

Die Krise der gesellschaftlichen Inklusionsfunktion der Jugendhilfe ist nicht nur ein Produkt ihrer eigenen vorherrschenden konzeptionellen Programmatik, sondern strukturell mit den Umprogrammierungen der Reichweiten und der politischen Rationalitäten der sozialstaatlichen Sicherungen verbunden. Die Funktion des relativ umfassenden, fordistischen Sozialstaats als Garant und Gewährleistungsinstantz sozialer Sicherheit wird dabei in einem materiellen Sinn durch Finanzierungs- und Niveauproblematiken, eine verschärfte soziale Selektivität sowie eine zunehmende Dysfunktionalität einer weiterhin um die Rollen eines – de facto anachronistischen - fordistischen Normallohnarbeitermodells zentrierten Sozialpolitik konterkariert.

Folgt man Niklas Luhmann (2000: 423), besteht die allgemeinste gesellschaftliche Funktion des Wohlfahrtsstaates im Bestreben „der Inklusion der Gesamtbevölkerung in das politische System der Gesellschaft. [... D. h.] geht es darum, durch soziale Hilfe oder Sozialarbeit Tendenzen zur sozialen *Exklusion* abzubauen bzw. ihnen vorzubeugen“. Während es, staatstheoretisch formuliert, demnach der wesentliche ‚Gebrauchswert‘ des Staates für kapitalistisch organisierte Gesellschaften ist, ein zentraler „factor of social cohesion“ zu sein (Jessop 2002: 20), wird in diesem Kontext auch die Funktion einer ‚aktiven‘ Sozialstaatlichkeit, als „Kitt einer modernen Gesellschaft“ (Böhnisch et al. 1999: 91), in so fern in Frage gestellt, wie sie einer Rationalität folgt, in der soziale Teilhabe, Hilfe und Unterstützung qua gesetztem Recht und staatlicher Bürokratie in einer umfassenden gesellschaftliche Inklusionsperspektive (vgl. Sachße 1999) als administrativ organisierte Form einer ‚Solidarität unter Fremden‘ (vgl. Brunkhorst 1997, 2002) verallgemeinert wird.

Für die Jugendhilfe in ihrer Konzeption als ein dispositionssensibles, auf Inklusion gerichtetes Instrument (vgl. SGB VIII § 1) der sozialen Zweitsicherung innerhalb des Wohlfahrtsstaates, besteht die durch den ‚Neo-Liberalismus‘ induzierte Krise des Wohlfahrtsstaates in erster Line darin, dass eine gesellschaftlich verallgemeinerte, institutionalisierte Form der ‚Solidarität‘ nicht mehr umfassend gewährleistet werden kann, bzw. politisch und ökonomisch werden soll.

## III. 7. 1

## SOZIALES KAPITAL AKTIVIEREN – DIE ‚NEO-SOZIALE‘ REGULATION DES ‚NEO-LIBERALISMUS‘

Politisch-ökonomisch wird im Laufe der 1990er Jahre jedoch international zunehmend deutlich, dass, wie es Bowles und Gintis (1987: 96) formulieren, „die kapitalistische Ökonomie sich nicht durch sich selbst reproduziert“ und eine am neo-klassischen ökonomischen Paradigma ausgerichtete marktfundamentalistische Politik des ‚Washington Consensus‘<sup>69</sup> (vgl. Dezalay/Garth 1998, Williamson 1993, 2000) an nicht hintergehbare Grenzen gestoßen war (vgl. Bowles/Gintis 2000, Mayer 2001, Fitzpatrick 2001).

<sup>69</sup> Die Bezeichnung ‚Washington Consensus‘ speist sich daraus, dass Institutionen, wie die Weltbank, der IWF und das US-amerikanische Finanzministerium, denen im weltweiten neo-liberalen Umbau eine entscheidende Rolle zukommt in Washington D.C. ansässig sind. Der Washington Consensus meint eine Politik der Strukturanpassung durch Liberalisierung, (aministrative) Deregulierung und Privatisierung vornehmlich im Bereich des Handels von Finanztiteln, Gütern und Dienstleistungen (hierzu gehört zumindest mittelbar auch das ‚New Public Management‘. Die OECD bestimmt jene Probleme auf die der ‚Washington Consensus‘ die Antwort war, vornehmlich als folgene Defizite der Verwertungsbedingungen des

Diese Grenzen werden durch die prinzipielle wirtschaftssoziologische Einsicht markiert in die Abhängigkeit und Eingebundenheit markoökonomischer Prozesse aber auch mikrosozialer ökonomischer Handlungsentscheidungen in soziale und kulturelle Handlungsressourcen (vgl. Beckert 1999, Neckel 2003, Portes 1995a, Smelser/Swedberg 1994).

Während der ‚Neoliberalismus‘, unter anderem bedingt durch seine Unfähigkeit mikro- und mesoökonomische Probleme - wie beispielsweise das der relativen Überakkumulationen - zu lösen, durch seine Krisenanfälligkeit gegenüber Konjunkturzyklen auf einer makroökonomischen Ebene und durch eine als Konsequenz der Freihandelsideologie erfolgte Erzeugung internationaler Instabilitäten bereits weitgehend an seinem eigenen Anspruch ökonomischer Revitalisierung gescheitert war (vgl. Lipitz 1995, Anderson 1997), wirken sich eine verstärkte soziale Polarisierung und ein schwindendes Vertrauen in die Gewährleistung verschiedenster Aufgaben und Funktionen des Staates zusätzlich negativ auf das ökonomische Wachstum aus (vgl. Zak/Knack 2001, Whiteley 2000). Auch aus einer neo-liberalen bzw. neo-konservativen Perspektive wird zunehmend deutlich, dass eine primär marktbezogene Regulierung sozialer Bezüge nicht nur zu mehr sozialer Ungleichheit geführt, sondern auch nicht in der Lage ist jene ‚invisible hand‘ (A. Smith) zu konstituieren, die eine Lösung des Problems sozialer Ordnung darstellen kann. In einer globalen Betrachtung haben die Mechanismen des freien Marktes in einem Maße zu sozialen Verwerfungen geführt, die eher die sozialen Implusion vorantreiben, als zu einer Stabilisierung kapitalistischer Marktdemokratien beitragen (vgl. Gray 2001 nach Galuske 2002, Ciscel/Heath 2001).

Alleine da die ‚sozialen Kosten‘ des Neoliberalismus (vgl. Bourdieu 1998, Wacquant 2000) in diesem Sinne auch ‚ökonomische Kosten‘ darstellen (vgl. Bourdieu et al. 2002), rücken auch aus ökonomischen Erwägungen ‚soziale‘ Zielsetzungen und staatliche Interventionen wieder auf die Tagesordnungen nationaler Regierungen (vgl. Mayer 2001) wie - vormals an der Durchsetzung neoliberaler wirtschafts- und sozialpolitischer Logiken maßgeblich beteiligter - internationaler Organisationen, allen voran der OECD (vgl. 1997, 2001) und World Bank: „Increasing evidence shows“, so die World Bank (2000) auf ihrer Homepage, „that social cohesion is critical for societies to prosper economically and for development to be sustainable“.

Eine solche konzeptionell-programmatische Wiederkehr ‚des Sozialen‘ ist in dieser ökonomischen Hinsicht im wesentlichen der Einsicht geschuldet, dass kapitalistische Geld-, Güter-, und Arbeitsmärkte langfristig nicht ohne eine sozialpolitische Einbettungen effektiv und erfolgreich operieren können, sondern schon alleine mit Blick auf eine stabile ökonomische Entwicklung, die Erzeugung einer wie auch immer gearteten Kohärenz von mikro- und makroökonomischen Elementen und sozialen wie politischen Regulationsformen unerlässlich ist (vgl. Roth 1998).

---

Kapitals im politischen Keynesianismus: „[A] shortfall of economic performances falling off in employment expansion, [...] a slowing in the rate of growth of productivity, [...] policies of governments and their effects on efficiency“ (OECD 1987: 15f). Diese wären verursacht durch: „[W]idespread compression of wage differentials; legislative restrictions on retrenchment; unionism clashed with need for flexibility and mobility public sector growth“ (OECD 1987: 23f). Der Lösungsvorschlag der OECD entspricht dem was Williamson (1993) als Washinton Consensus thematisiert. Es geht um Instrumente für die „exposure to international trade liberalizing financial markets correcting the wage-profit imbalances“ (OECD, 1987:38): „[T]he role of the government needs to be corrected“ (OECD, 1987:16f). Und diese veränderte Rolle soll durch vor allem durch einen „institutional renewal of the public sector institutions“ (OECD 1995: 7) gewährleistet werden.

Im Zentrum der sozial- und wirtschaftspolitischen Re-Orientierung seit den 1990er Jahren steht die Suche nach Politik- und Regulationsformen, die marktverstärkend wirken, aber gleichzeitig auch die Defizite einer ‚reinen‘ Marktorientierung ausgleichen sollen. Bereits seit Ende der 1980er Jahren werden in internationalen Standortvergleichen sogenannte ‚weichen‘ Faktoren, wie das Niveau des (Hoch)Schul-, Ausbildungs- und Erziehungswesens - zur optimalen Ausnutzung des ‚Humankapitals‘ an motivierten, selbstständigen und vor allem fähigen Arbeitskräften - die Qualität des Rechtssystems, Fragen politischer Stabilität, niedrige Kriminalitätsraten, intakte Gemeinwesen etc. zunehmend zu zentralen Indikatoren für Wettbewerbsfähigkeit, während die klassischen, ‚harten‘ ökonomischen Basisfaktoren, ihre zentrale Bedeutung sukzessive einbüßen (vgl. Brock 1994, Krätke 1997, OECD 2001).

Dieser Konstellation kann ein reiner, ‚hayekscher‘ ‚Neo-Liberalismus‘<sup>70</sup> mit einer einseitigen Konzentration auf die Optimierung des Akkumulationssystems und den Entfaltungsbedingungen des ökonomischen Kapitals, ohne deren Konvergenz und Verwobenheit mit Fragen des kulturellen und sozialen Kapitals genügend Aufmerksamkeit zu schenken, nicht gerecht werden.

Insbesondere im Kontext einer zunehmenden Erosion der sozialen Kohäsion (vgl. Bieling 2000: 228; Dixon 2000: 15 ff) wurde deutlich, dass der Neoliberalismus selbst kein stabiles gesellschaftliches Entwicklungsmodell ausbilden konnte, sondern in dem Maße selbst ‚scheitert‘, wie es ihm gelingt die politisch und sozial integrativen Regulationsweisen des Fordismus zurückzudrängen (vgl. Hirsch 2001: 205). Sozialen Spaltungen und Ungleichheiten sind in einem Maße gewachsen, dass sie als eine Krise der sozio-moralischen Legitimation und der politischen Repräsentation, für die Stabilisierung eines ‚deregulierten‘ kapitalistischen Gesellschaftsmodells kaum weniger bedeutsam sind als die ökonomischen Krisendynamiken selbst. Die Gewährleistung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Aufrechterhaltung sozialer Hegemonieverhältnisse (vgl. Hirsch 2002) stellt sich vor dem Hintergrund eingeschränkter politischer Regulationskapazitäten als ein zunehmend zentrales Herrschaftsproblem dar (vgl. Brand 2003).

Das Problem des Fehlens eines funktionalen Ersatzes für den keynesianischen Wohlfahrtsstaat, weniger hinsichtlich seiner ausgleichenden Funktion in Bezug auf ‚soziale Gerechtigkeit‘ und ‚soziale

---

<sup>70</sup> Versteht man den ‚reinen‘ Neo-Liberalismus als die tatsächliche Umsetzung der radikal libertären ökonomischen und sozialen Philosophie wie sie im Kern bereits von Max Stirner, vor allem aber aus den Reihen der ‚Société du Mont-Pélerin‘ (Friedrich von Hayek, Ludwig von Mises, Gary S. Becker, Milton Friedman etc.) vorgetragen worden ist, kann man davon sprechen, dass der ‚Neo-Liberalismus‘ als Praxis nie wirklich existiert hat. Das bedeutet nicht dass es ‚falsch‘ ist vom ‚Neo-liberalismus‘ zu sprechen, oder dass diese Theorie und ihre Vertreter nicht relevant wären. Im Gegenteil: Zumindest im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts kann der ‚Neo-Liberalismus‘ als die praktisch-politisch bedeutenste Theorie oder ‚Philosophie‘ betrachtet werden (vgl. Dixon 2000). Der Thatcherismus und die Reaganomics, die Politik des IWF und der World Bank, das New Public Management – vor allem die Orientierung an den der E’s economy efficacy, effectivity - etc. sind direkt davon beeinflusst. Neo-liberale inspirierte Projekte wurden von Mitgliedern des theoretisch-philosophischen ‚think tanks‘ der ‚Société du Mont-Pélerin‘ vorangetragen und teilweise auch von seinen Mitgliedern (z.B. Geoffrey Howe, John Biffen, Alan Greenspan usw.) politisch implementiert. Die Sunday Times führte 1997 dazu treffend aus, dass ‚Hayek and the Mont Pelerin Society are to the 20th century what Karl Marx and the First International were to the 19th century‘. Allerdings kann trotzdem nicht davon gesprochen werden, dass irgendein politisches System eine libertäre ‚Laissez-faire‘ Politik umfassend durchgesetzt hätte. Insbesondere im Falle von Thatcher und Reagan waren jenseits der Wirtschaftspolitik deutlich konservativ-autoritäre Züge kaum zu übersehen. Gesellschaftspolitisch entspricht der ‚real existierende Neo-Liberalismus‘ eher die Politik der ‚neuen Rechten‘ (vgl. O’Malley 2001) bzw. einem Projekt das Gamble (1994) mit ‚Free Economy and the Strong State‘ (vgl. auch Wacquant 2001, Western et al. 2001) umschrieben hat, als der ‚reinen Lehre‘ eines Friedrich von Hayek (vgl. 1979) oder einem (Markt-)‚Anarchismus‘ im Stile von Robert Nozick (vgl. 1974).

Gleichheit', denn als Garant gesellschaftlicher Ordnung, führt - in Kombination mit dem wachsenden Legitimationsproblem, dass nicht nur die ‚Modernisierungsverlierer‘ an den sich verbreiternden gesellschaftlichen Rändern, sondern „auch große Teile der abhängig Beschäftigten bis hin zu den neuen Mittelklassen [...] einer weiteren Ökonomisierung von Staat und Gesellschaft ablehnend gegenüber [stehen]“ (Bieling 2000: 228) - zwar zu keinem prinzipiellen Abrücken von der neoliberalen Agenda (vgl. Dixon 2000b) aber zu einem Bemühen um Modelle eines ‚nachhaltigen Neoliberalismus‘ (Esser/Hirsch 1998), die darauf ausgerichtet sind, die deutlich werdenden Schwächen einer formalistischen, a-historischen und auf dem Irrtum eines sozial entbetteten methodischen Individualismus beruhenden, neoklassischen ökonomische Lehre auszugleichen (vgl. Fine/Green 2000, Fukuyama 1996). In diesen Modifikationen der neo-liberalen Rationalitäten, geht es weit weniger um Beschwörungen des ‚Tods des Sozialen‘ (Rose 1996) und auch nicht (mehr) um eine Verdrängung des ‚Sozialen‘ durch das ‚Ökonomische‘, als vielmehr um eine *radikale Rekonfiguration* des Sozialen (vgl. Lewis 2000) im Sinne einer pragmatischen Reaktionen auf die Einsicht in die Richtigkeit, dass, wie es Claus Offe (1984: 330) formuliert hat, der Kapitalismus „weder mit dem Sozialstaat koexistieren noch ohne ihn fortbestehen kann“.

Die sich abzeichnende Konsequenz aus dieser Einsicht lässt sich als eine, mit ‚neo-liberal‘ geprägten gesellschaftspolitischen und ökonomischen Zielen kompatible (vgl. Murray 1996, Karstedt 1997) politische Steuerungsrationale beschreiben, die - im Gegensatz zur marktradikalen Idee des ‚eigentlichen‘ Neo-Liberalismus‘ (vgl. von Hayek 1945, Friedmann 1971, Nozick 1974) -

„tactically assumes that marked entrepreneurship itself is insufficient to advance a holistic conception of public interest in the task of regeneration. Emphasis here is upon a holistic, targeted logic of government which attempts to recreate the ‚social‘ within a tightly bounded place, in order to foster ‚solidarity‘ and a cohesive community“ (Stenson/Watt 1999: 199).

Die sich in diesem Zusammenhang etablierenden neo-sozialregulatorischen Strategien unterscheiden sich jedoch deutlich von den Konzeptionen des fordistisch-keynesianischen Sozialstaats. Sie können, wie Bourdieu (2002:4) mit Blick auf ihre Konkretisierung als ‚third way‘ oder ‚aktivierender Staat‘ ausführt, als eine Politik ‚aufgeklärter Herrschaft‘ verstanden werden: „Seine Vertreter sagen: Es gibt Schockunternehmer, die nur nach dem Maximalprofit streben, der auf Dauer teuer kommt und zu sozialer Erbitterung führt. Man müsse eine Politik der intelligenten Konzessionen machen“. Diese ‚intelligenten Konzessionen‘ neo-sozialer Regulationsstrategien beinhalten, dass dem Bezug auf ‚das Soziale‘ eine deutlich stärkere Bedeutung zugewiesen wird als im neo-klassischen Ökonomismus und Monetarismus des ‚Washington Consensus‘, verweisen aber zugleich auf veränderte Technologien und Teleologien einer qualitativ anderen politischen Ökonomie des Sozialen.

Während Fragen ‚sozialer Gerechtigkeit‘ in einem traditionell sozial-demokratischen Sinn (vgl. Bishoff/Lieber 2001) ebenso wie das Telos eines weit reichenden Ausgleich sozialer Ungleichheiten an relativer Bedeutung verlieren, rücken Fragen sozialer Kohäsion und der gesellschaftlichen Inklusion *trotz* mangelnder Garantien der Sicherstellung gesellschaftlicher Teilhabe in den strategischen

Mittelpunkt der politischen Bearbeitung des Sozialen<sup>71</sup> (vgl. Levitas 1998), ohne jedoch der sozialstrukturtheoretisch wie empirisch gesicherten – Einsicht übermäßige Aufmerksamkeit zu schenken, dass es vor allem zunehmende sozialen Ungleichheiten und Deklassierungen sind, die den gesellschaftliche Zusammenhalt gefährden (vgl. Vester et al. 2001)<sup>72</sup>: „Nur soweit Ungleichheit eine Bedrohung für die gesellschaftliche Ordnung und vor allem für die ökonomische und technologische Entwicklung der Gesellschaft darstellt“, so führt etwa Birgit Mahnkopf (2000: 510) zur Ersetzung des Ziels der Bedarfsgerechtigkeit durch die neo-soziale Politik der ‚Inklusion‘ aus,

„muss Politik auf ihren Abbau abzielen. Indem das Konzept der Gleichheit durch das der ‚Inklusion‘ ersetzt wird [...], verengt sich der Sinn von Gleichheit auf [...] soziale Nützlichkeit: Die ‚Teilhabe‘ an Bildung und Arbeit [so das Postulat] befördert die Integration der Gesellschaft und zugleich die wirtschaftliche und technische Entwicklung. ‚Nicht-Teilhabe‘ an [...] bzw. Exklusion aus] den Strukturen der Arbeitsgesellschaft gilt hingegen als eine Störung, die durch ‚modernes Regieren‘ beseitigt werden kann“.

Auf einer eher ‚technologischen‘ Ebene besteht ein zentraler Unterschied zur fordistisch-keynesianischen Konzeption des Sozialen darin, dass die staatlichen Interventionen und Transferleistungen weniger drauf gerichtet sind, Sicherheits- Gerechtigkeits- und sozialen Defizite des Marktes direkt auszugleichen, als darauf, die ‚zivilgesellschaftlichen‘ Akteure zu motivieren, aktivieren, anzuleiten und zu ‚empowern‘ dies selbst zu tun<sup>73</sup>. Die neo-sozialen Figurationen des Sozialen beinhalten eine tendenzielle Reduktion ‚sozialer Probleme‘, Ungerechtigkeiten und prekärer Lebenslagen auf die Frage von Inklusion und Exklusion, während sich im politischen Gebrauch die Frage der ‚Inklusion‘ zugleich von der wohlfahrtstaatlichen Garantie der Teilhabe abgekoppelt und zu

---

<sup>71</sup> Ein bezeichnendes Beispiels hierfür sind Förderbereiche des Europäischen Sozialfonds (ESF). Die Zielgruppen die als Begünstigte der ESF Zuschüsse in Frage kommen werden folgenden Politikbereichen zugeordnet:

„**Politikbereich A** ‚Aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik‘ betrifft Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen sowie aktive und präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit bei Erwachsenen [...].

**Politikbereich B** ‚Gesellschaft ohne Ausgrenzung‘ betrifft Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit unter besonderer Berücksichtigung älterer Arbeitsloser sowie von Personen mit besonderen Integrationsproblemen [...].

**Politikbereich C** ‚Berufliche und allgemeine Bildung, lebenslanges Lernen‘ betrifft Maßnahmen zur Verbesserung der Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung und Modellversuche zur Verringerung des Schulabbruchs [...].

**Politikbereich D** ‚Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist‘ betrifft Maßnahmen zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und der Beschäftigten und zur Förderung des Unternehmergeistes [...].

**Politikbereich E** ‚Chancengleichheit von Frauen und Männern‘ betrifft Maßnahmen zur Qualifikation, Information, Beratung, Förderung der Beschäftigung und Existenzgründung und zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Frauen und zum Abbau der vertikalen und horizontalen Segregation [...].

**Politikbereich F** ‚Lokales soziales Kapital‘ betrifft Maßnahmen zur Förderung der lokalen Beschäftigungsentwicklung. Gefördert werden können: Kleinprojekte zur Unterstützung der Beschäftigungsfähigkeit und der lokalen sozialen Entwicklung, Selbsthilfegruppen, Freiwilligendienste, kleine Nicht-Regierungs-Organisationen, lokale Initiativen usw. und deren Vernetzung“ (Freie und Hansestadt Hamburg 2000). Ebenso bezeichnend ist es, dass sich die ESF Förderung in den Bereichen A-E auf maximal 45% (bzw. 33, 33%) beläuft, während Projekte aus dem Bereich ‚lokales soziales Kapital‘ als einzige vollständig (100%) gefördert werden können.

<sup>72</sup> Vester et al. (2001: 13) weisen überzeugend nach, dass „wir auch heute keine Krise der Milieus (als Folge des Wertewandels) [haben], sondern eine Krise der politischen Repräsentation (als Folge einer zunehmenden Distanz zwischen Eliten und Milieus)“. Dem würde jedoch wenig entgegengebracht werden, „außer Sparkonzepten, die die sozial Benachteiligten nicht hinreichend schützen und reintegrieren“.

<sup>73</sup> „Staatlich organisierte Solidarität“ so heißt es etwa in einer Pressemitteilung des BMFSFJ vom 29. September 2003 „muss stärker als bisher durch persönlich ausgeübte Solidarität ergänzt werden. [...] Dafür steht das Leitbild des aktivierenden Staates. Wir wollen, dass der Staat den Bürgerinnen und Bürgern nicht ‚von oben‘ Vorgaben macht, sondern an ihrer Seite steht und die sozialen Netze, die unser Gemeinwesen ‚von unten‘ tragen, unterstützt. Wir wollen zu einer neuen Balance zwischen staatlichen Aufgaben, Eigeninitiative und gesellschaftlichem Engagement kommen“.

einer Strategie der ‚Ermöglichung‘ und vor allem der Forderung nach aktiver ‚Teilnahme‘ entwickelt. Fragen und Folgen von sozialer Ungleichheit, Macht- und Herrschaftsverteilungen und andere Formen der Beschränkung der Lebensführung geraten durch die Konzentration auf Exklusionsphänomene systematisch aus dem Blick (vgl. Scherr 2001a, Hillebrandt 2003). Im Gegensatz zur Wohlfahrtsrationalität des ‚sozialen Liberalismus‘ wird der Exklusionsbegriff

„co-opted into a different discourse, with different purposes and different effects. It is a discourse unable to address the question of unpaid work in society (work done mainly by women), or low paid work, and completely erases from view the inequality between those owning the bulk of productive property and the working population, as well as obscuring the inequalities among workers. It presents ‚society‘ as experiencing a rising standard of living by defining those who have not done so, who have become poorer, as ‚excluded from‘ society, as ‚outside‘ it“ (Levitas 1996: 7, vgl. Mahnkopf 2000, Young 1999).

Die Verkürzungen eines solchen Konzepts sozialer Exklusion bestehen, wie Jock Young (2002a) ausführlich darin, „that it carries with it a series of false binaries: it ignores the fact that problems occur on both sides of the line, however much one has clusters in one area rather than another and, more subtly, it conceals the fact that the ‚normality‘ of the majority is itself deeply problematic“.

Die mit dem derzeit dominanten Konzept der Inklusion und Exklusion verbundenen sozialpolitischen Umorientierungen sind im Einzelnen zwar oft nur Modulierungen der politischen Steuerung, stellen aber in ihrer Gesamtschau einen fundamentalen Systembruch dar. Historisch hat sich seit dem 18. Jahrhundert die Vorstellung der Moderne - die Idee der Gestaltbarkeit der Welt (Evers/Novotny 1987) - als grundlegendes Prinzip der Entwicklung der Gesellschaft durchgesetzt. Dieser Idee korrespondiert auf der Ebene der politischen Regulation das Konzept eines sich in weite Bereiche des Gesellschaftskörpers einbringenden ‚Interventionsstaates‘. Diesem liegt im Kern jene Vorstellung von ‚Gesellschaft‘ zu Grunde, die Rose (1996a) als ‚sozialen Liberalismus‘ und Dahrendorf (1987) als ‚sozialdemokratische‘ Orientierung bezeichnet. Damit ist weniger ein ‚sozialdemokratisches Wohlfahrtsregime‘ im Sinne Esping-Andersens (1990) gemeint, als die grundlegende Idee, dass die Welt nicht nur durch Entwicklungen der Technik zu verändern sei, sondern dass Gesellschaften auch politisch gestaltbar seien und, mehr noch, auch gestaltet und verbessert werden müssten: Nicht „Gott oder das Schicksal bilden die Eckfeiler der gesellschaftlichen und politischen Orientierung, sondern die aktive, rationale Kontrolle und Steuerung von Natur und Gesellschaft“ (Gronemeyer 2001: 122). Der ‚sozialdemokratischen Orientierung‘ zufolge kommt diese Gestaltung am besten dem Staat, seinen Institutionen und hierzu befähigten Experten und Professionellen möglichst auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zu. Die Gewährleistung gesellschaftlicher Kohäsion und die Bearbeitung ‚sozialer Probleme‘ wird neben einer Frage der geschickten Re-Distribution ökonomischer vor allem auch ein differenzierter, professionalisierter und rationalisierter Gegenstand der ‚richtigen‘ Technik und des überlegenen Expertenwissens verschiedener Disziplinen. Auf sozialwissenschaftlicher Ebene, folgen diesen Vorstellungen im Großen und Ganzen vor allem strukturfunktionalistischen Modelle wie sie etwa Talcott Parsons (vgl. 1939, 1969, 1978) vorgeschlagen hatte (zur Korrespondenz des AGIL-Schemas mit Marshalls ‚Citizenkonzept‘ vgl. Parsons 1979 nach Opielka 2002).

Konzepte eines ‚aktivierenden Staates‘ (SPD) oder einer ‚aktiven Bürgergesellschaft‘ (CDU/CSU vgl. CDU-Präsidiumskommission 2000, Merz 2000) stellen demgegenüber einen deutlichen Bruch mit diesen ‚modernen‘ Steuerungsrationaltäten dar, der im wesentlichen darin besteht, dass auch und

gerade dort wo sie auf die Gestaltung des Sozialen zielen und dessen Wichtigkeit hervorheben, die negativen Folgen direkter (sozial)staatlicher Interventionen betont werden. Programmatisch geht es jedoch im Gegensatz zur neo-liberalen Agenda im engen Sinne, nicht nur um eine einseitige Gewährleistung der Autonomie des Ökonomischen, sondern vor allem auch um die Hervorbringung und Formung einer individuellen, gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Selbststeuerung verbunden mit dem Ziel der Generierung sozialen Zusammenhalts ‚jenseits‘ direkter staatlicher Interventionen, Verantwortungen und ‚Erzwingungen‘ (vgl. Bourdieu 1998, Garland 2001, Rose 2000).

„Eine bürgergesellschaftliche Sozialpolitik“, so führt etwa Opielka (2002b) aus, „richtet ihr Augenmerk auf die gemeinschaftlichen Ressourcen der Gesellschaft, die seit einiger Zeit unter dem Begriff des ‚Sozialkapitals‘ die überfällige sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten.

Wenn ‚das Soziale‘ und die ‚sozialdemokratische Orientierung‘ sich als systematische, regulative Balance zum Ökonomischen seit der ‚take off‘ Phase des modernen Kapitalismus bzw. des ‚klassischen Liberalismus‘ entwickelt und mit dem Niedergang des ‚sozialen Liberalismus‘ eines ‚fordistisch‘ regulierten Kapitalismus seinen Höhepunkt überschreitet, lässt sich mit Bezug auf die neuen Regulationslogiken von dem alternativen Versuch der Erzeugung einer Art ‚neo-sozialen‘ Balance des ‚Neoliberalismus‘ sprechen. In diesem Sinne stellen ‚Privatisierung‘ und Betonungen des ‚Ehrenamtes‘ ‚bürgerschaftlichen Engagements‘ und wechselseitiger Sorge an Stelle einer ‚Expertokratie‘, Strategien der Verantwortlichmachungen des einzelnen Akteurs und der ‚Zivilgesellschaft‘<sup>74</sup>, Ausbreitungen von Kooperationsgeflechten und Amalgamierungen von öffentlichen und privaten Institutionen und Akteuren (‚public-private-partnerships‘) in der Produktion sozialer, persönlicher und öffentlicher Sicherheit ebenso wie Aktivierungen von Gemeinden und Gemeinschaften um ihre soziale Kohäsion herzustellen und ihre ‚sozialen Probleme‘ zu lösen, Ausdruck eines ‚neozozialen‘ ‚space of rule‘ dar (vgl. O’Malley 1999, Rose 1996, 2000). Kleinräumige Gemeinschaften, schreibt Zygmunt Bauman (1992: xvii f) „[are] now expected to bring the succor previously in [...] the legislative acts of the national state“.

Auf der Ebene sozialer Regierungsrationalitäten, sind vor diesem Hintergrund Prozess identifizierbar, die sich als eine Entwicklung von einem ‚sozialdemokratischen Interventions-‘ zu einem fortgeschritten liberalen ‚Regulationsstaat‘ beschreiben lassen (vgl. Groenemeyer 2002: 128, Aglietta 2000, Bröckling et al. 2000) Die ‚regulationsstaatlichen‘ Regierungstechnologien zeichnen sich dadurch aus, dass sie eher auf Strategien einer ‚Governance‘ (vgl. Rhodes 1997) verweisen, die eher auf einer Reihe von ‚finalprogrammierten‘ Kontextsteuerungstechniken, öffentlich-privaten Partnerschaften – in flexiblen und oft nur temporären Konstellationen und Allianzen – und Versuchen der Generierung und des Managements von Netzwerken außerhalb der engen staatlichen Sphären basieren, als auf den vergleichsweise regelgeleiteten, zentral organisierten, ‚konditionalprogrammierten‘ und bürokratisch

---

<sup>74</sup> Der Begriff der ‚Zivilgesellschaft‘ wird ohne Zweifel in einer sehr uneinheitlichen, über verschiedene Texte hinweg - und manchmal auch innerhalb eines Textes - kaum inhaltlich fixierbaren Weise verwendet. Nahezu überall jedoch wo der Gebrauch dieses Begriffs in Forderungen à la ‚mehr Zivilgesellschaft!‘ mündet es geht „um Gruppen, Gemeinschaftswerte, kommunitaristische Bindungen, identitätskonstitutive Zugehörigkeiten und Gesinnungsgemeinschaften [...] und] hat [es] mit Bestrebungen gesellschaftlicher Reform und dem Zurückdrängen kontrollierender staatlicher Bürokratien zu tun“ (Pauer-Studer 2002a: 1).

verwalteten Formen des ‚Government‘. In diesem Kontext verändern sich auch die Zielbeschreibungen staatlicher Sozialpolitik. In Bezug auf das Ziel der Organisation gesellschaftlichen Zusammenhalts und sozialer Stabilität, verschiebt sich der Fokus von der Sicherstellung einer verallgemeinerten ‚Systemintegration‘ zu einer Ermöglichung und Ermutigung unterschiedlicher, eher partikularer Formen der ‚Sozialintegration‘. Damit aber ist der Rekurs von der verfassten Gesellschaft als Leitgröße der Integration zu einem revitalisierten, substanziellen Begriff der ‚Gemeinschaft‘ bereits angedeutet und dies gilt insbesondere dann wenn man sich zwei der wesentlichen Schlüsselbegriffe des ‚Sozialintegrationsdiskurses‘ - ‚Solidarität‘ und ‚Vertrauen‘ die im Zuge der ‚Systemintegration‘ scheinbar verschüttet worden sind – näher betrachtet. Solidarität und Vertrauen, wie sie in diesem Diskurs verwendet werden „assum[e... to] presuppose ‚normative‘ or ‚cultural integration‘, ‚collective identity‘ and ‚loyalty‘, and these can be strong only where the respective groups are small and homogeneous“ (Bader 2003: 1 vgl. Streeck 1998). Tatsächlich finden sich in fast allen fortschritten liberalen Gesellschaftsformationen Hinweise darauf, dass, wie etwa Bob Jessop (2000) ausführt, die Relevanz „of the national scale of policy-making and implementation has diminished as local, regional, and supranational levels of government and social partnership have gained new powers“. Als ein „container of social processes and power“, so Saskia Sassen (2002: 285), die Vorherrschaft des Nationalen vorüber: „This cracked casing open up for a possibility for a geography of politics that link subnational spaces [...] they are the terrain where a multiplicity of globalization processes assume concrete, localized forms“. Die „lokale Ebene [ist in so fern] zu einem zentralen Experimentierfeld für neue postfordistische Regulationsweisen avanciert“ (Roth 1998: 107). Wie es Mary Daly (2003: 123) formuliert, zeichnet sich im Zuge einer neo-sozialen Governance eine umfassende „respatialisation of welfare [ab:] The community is replacing the society as the new locus for the administration of individual and collective existence“.

Stellte eine de-kommodifizierte wohlfahrtspolitische Gesellschaftsintegration auf dieser nationalen Ebene die wesentliche Erweiterung einer (früh-)liberalen Marktvergesellschaftung dar, so repräsentieren die auf einer sub-nationalen Ebene verorteten Versuche einer „Wiederherstellung eines basisdemokratischen sozialen Austausches, des sozialen Vertrauens und des sozialen Kapitals, kurz die Wiederherstellung starker Gemeinschaften in ihrem konkreten Umfeld die andere Seite [...] der neuen Machtpolitik im kommenden Jahrhundert“<sup>75</sup> (Rifkin 2000: 345). Diese ‚andere Seite‘ fortgeschritten liberaler Machtpolitik ist nicht nur eine ebenso pragmatische wie ökonomische Reaktion auf die Konsequenzen eines ‚hollowing out‘ des (Sozial-)Staates (vgl. Jessop 1995, Rhodes 1994, 1997), sondern verweist auch darauf, dass auch die gegenwärtige

„Entwicklung des Kapitalismus [selbst...] durch einen widersprüchlichen Prozess von Globalisierung und Regionalisierung gekennzeichnet [ist], der dazu tendiert, die bestehenden ökonomischen Räume aufzulösen, und der die staatlichen Funktionen und die nationalstaatlichen politischen Strukturen und Prozesse entscheidet verändert“ (Hirsch 1995: 102f).

---

<sup>75</sup> Die Ausführungen Jeremy Rifkins stehen im Zusammenhang mit den vorwiegend ökonomischen, die sozialpolitischen Kapazitäten des Nationalstaates scheinbar aushebelnden Prozessen der Globalisierung.



Bei diesem ‚Paradigmenwechsel‘ in der Implementation eines ‚Regulationsstaats‘<sup>76</sup> werden der Staat und seine Institutionen primär als eher für die ‚Gewährleistung‘ als für die ‚Durchführung‘ verantwortliche Träger und Organisatoren von Strategien aufgefasst, die deshalb treffender als ‚neo-sozial‘, denn als ‚neo-liberal‘ bezeichnet werden können, weil sie gerade nicht darauf zielen ‚das Soziale‘ hinaus zu eskamotieren, sondern es vielmehr in einer veränderten Form zu repräsentieren sowie aktiv zu formen und zu konstituieren. Der Staat soll eine Rolle einnehmen, in der seine bisherigen ‚Allzuständigkeitsphantasien‘ als ‚Lähmung der Gesellschaft‘ zurückgewiesen werden. Das Ziel seiner Regierungsrationalitäten soll es sein, „die Bürgerinnen und Bürger [zu] unterstützen und nicht [zu] bevormunden, sich auf seine Kernaufgaben [zu] konzentrieren und Bürokratie und Überreglementierung ab[zu]bauen“ (Bundesregierung 2002: 8f).

Die damit implizierte Regierungsweise wird in der internationalen Debatte mit dem Begriff ‚Governance‘ beschrieben. Governance ist eine Form der Regierung, die weniger die verstärkte Implementation von Bottom-Up-Prozessen als auf eine Verwischung der Grenzen und Unterschiede zwischen Staat und Zivilgesellschaft verweist. „The state becomes a collection of interorganizational networks made up of governmental and societal actors with no sovereign actor able to steer or regulate“ (Rhodes 1997: 57). Momente der Transformation vom ‚Government‘ zur ‚Governance‘ finden sich in sämtlichen fortgeschritten liberalen Gesellschaftsformationen. Am Beispiel der Clinton-Administration macht Jonathan Simon auf den zentrale Unterschiede zwischen einer ‚neo-liberalen‘ und ‚neo-sozialen‘ politischen Rationalität aufmerksam:

„Leaders like Margaret Thatcher of the United Kingdom and Ronald Reagan of the United States during the 1980s portrayed the state as the enemy. President Clinton popularised a vision of the state as a kind of helper, not responsible for taking on the risks and burdens of the people but instead for providing guidance, encouragement and the occasional subsidy“ (Simon 2001: 138)

Die formveränderte ‚Wiedergeburt‘ und Neukonstitution des Sozialen wird allerdings nicht nur von den verantwortlichen politischen Repräsentanten des Staates, sondern auch von (einst) marktradikalen ‚think tanks‘ vorangetrieben. Selbst bei den ehemaligen Trägern des ‚Washington Consensus‘ setzt sich die Erkenntnis durch, dass ein Marktversagen eher eine Regel als eine Ausnahme darstellt. Zugleich halten sie an der Behauptung fest, dass Regierungen bzw. direkte staatliche Interventionen „are neither sufficiently informed or sufficiently accountable to correct all market failures“ (Bowles/Gintis 2000: 2). Das zentrale Argument lautet dabei, der Wohlfahrtsstaat sei

„focus[ed] on delivering benefits and services to economically disadvantaged individuals or families, rather than building civil society through developing social connectedness and networks for socially excluded groups and communities [... and that] there is a lack of place management, compared to the place-specific community-building work of some non-government organisations [. ...Therefore] community organisations are better placed than government organisations to provide socially connecting, whole-of-life and place-specific responses to social exclusion, and so government would do better to fund their social entrepreneurialism rather than its conventional welfare“ (Muetzelfeldt 2001: 8f).

---

<sup>76</sup> Parteipolitisch gibt es diverse Konzeptionen dieses Regulationsstaats. Unabhängig davon ob sie einem Konzept des ‚aktiverenden Sozialstaats‘ - dem eher mit der SPD verbundenen Begriff (vgl. <http://www.staat-modern.de> und <http://www.aktivierender-staat.de>) - oder einer ‚aktiven Bürgergesellschaft‘ - dem etwas weniger verbreiteten Begriff der CDU/CSU (vgl. <http://www.aktive-buergergesellschaft.de>) entsprechen, zeichnen sie sich beide durch aus, dass sie im Wesentlichen denselben Parametern der Abkehr von einem ‚Interventionsstaats‘ folgen.

Anstelle einer Konzentration auf die zentralstaatlichen Regulationskapazitäten und vor allem an die Stelle der kompensatorischen Umverteilung von ökonomischem Kapital und die Realisierung der auf legalem Kapital basierenden (Teilhabe)Rechte der Akteure rückt in diesem Zusammenhang zunehmend ein anderes Machtmittel in das Zentrum des sozialpolitischen Diskurses: das ‚soziale Kapital‘.

Konzeptionell wird durch den Rekurs auf die Bedeutung des sozialen Kapitals eine Kategorie in das Zentrum sozialer Regulation gestellt, die die ‚positiven Funktionen‘ jener ‚Ressourcen‘, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer Gruppe bzw. einer Gemeinschaft für die einzelnen Akteure ergeben (vgl. Bourdieu 1972, 1997) und jener Ressourcen, die als ‚kollektives Gut‘ in diesen Gemeinschaften für die politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen der Gesellschaft bzw. des gesellschaftlichen Systems stecken (vgl. Putnam 1995, 2000, 2001, Europäische Union 2001 Gittel/Vidal 1998, Habisch 1999, Heinze/Olk 1999, Offe 1999, 2002 Probst 2001, Wendt 2000), als sozialpolitisch aktivierbare und nutzbare Alternativen zu den ‚aktiv‘ erbrachten, sozialstaatlichen Distributionsleistungen zusammenfassen soll. Folgt man Wolfgang Zapf (1999: 27), besteht der zentrale neue ‚Grundgedanke‘ zeitgenössischer Sozialpolitik darin, einen ‚Wohlfahrtspluralismus‘ (vgl. Evers/Olk 1996) zu implementieren, in dessen Zentrum die Annahme steht, dass „soziale Sicherheit nicht mehr allein von Markt und Staat garantiert werden kann, sondern dass dazu auch die Ressourcen der Zivilgesellschaft (das soziale Kapital) aktiviert werden müssen, [...d.h.] die lokalen Gemeinden, Nachbarschaften und Familien“ (vgl. auch Rodger 2000). An die Stelle des Rekurses auf „Gerechtigkeit als [...] Leitbegriff einer distribuierenden [...] Ordnung“, so etwa Herfried Münkler (2002: 31) für die Enquete-Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘, tritt dabei das ‚Gemeinwohl‘ als der

„konzeptionell[e] Leitbegriff einer Ordnung [...], die die Erfüllung von Ansprüchen an die (freiwillige) Erbringung von Leistungen knüpft [...] An die Stelle von Markt und Staat tritt [...] somit] bürgergesellschaftliches Engagement als der wichtigste Modus der Verfügbarmachung von Ressourcen zur Befriedigung von Ansprüchen und zur Verteilung von Leistungen und Ressourcen.“

Statt des aktiven Sozialstaats sollen nun vor allem diese ‚zivilgesellschaftlichen‘ Ressourcen, den „soziale[n] Kitt‘ [darstellen], der den sozialen und politischen Zusammenhalt sichert“ (Olk 2001: 11). Weniger durch direktive Regulationen eines aktiv intervenierenden (Wohlfahrts)Staates als im „freiwilligen und vertrauensvollen Zusammenwirken der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum“, so das neue ‚Glaubensbekenntnis‘ der neo-sozialen Agenda

„entstehen Orientierungen und Handlungsdispositionen wie Kooperationsbereitschaft, Gemeinsinn und Vertrauen, die als ‚soziales Kapital‘ eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren des politischen und ökonomischen Institutionensystems entwickelter Gesellschaften darstellen“ (Olk 2001: 11).

Damit ist zugleich ein verändertes Verhältnis der Bürger zum Staat skizziert, dass auf eine neue vornehmlich ideelle bzw. ‚soziokulturelle‘ (vgl. Schäuble 1994: 108) Grundlage gestellt werden soll: „Nicht mehr materielle Interessiertheit soll die Basis für ihre Beziehung zum Staat abgeben, sondern das Bewusstsein, einer Gemeinschaft anzugehören und sich mit ihr verbunden zu fühlen“ (Kellershoen 1997: 345).

Auf einer theoretisch-systematischen Ebene ist dabei zunächst auffällig, dass durch diese Form des Bezugs auf soziales Kapital ein durchaus nicht neues analytisches Konzept die Aufmerksamkeit von

Ökonomen, Sozialpolitikern, Kriminologen, Stadtentwicklern und Vertretern der Sozialen Arbeit in einer neuen Weise erreicht hat. Die Frage der Wirkungen und des ‚Surplus‘ die sich aus der Zugehörigkeit zu einer Gruppe und der Eingebundenheit der Akteure in denk- und handlungsstrukturierende Normen, Werte und Verpflichtungen ihres sozialen Umfelds - in wünschenswerter und weniger wünschenswerter Weise - ergeben, gehört von Beginn an zum Raison d’Être der Sozialwissenschaften:

„Eine der zentralen Fragen der klassischen Soziologie - und es gibt in der Tat kaum eine soziologische Theorie, die sich dieser Frage nicht stellte - war [...] die nach der Möglichkeit von Gemeinschaft als gelungener sozialer Integration unter den Bedingungen gesellschaftlicher Modernisierung und kultureller Rationalisierung.“ (Bonacker 2002: 187)

Portes und Sensenbrenner (1993), Portes (1998) und Woolcock (1998) verweisen auf Konzepte wie das der ‚bonded solidarity‘ (Karl Marx und Friedrich Engels), - als ein „defensive banding together of the losers in the market struggle“ (Portes/Sensenbrenner 1993: 1325) - der ‚reciprocity transactions‘ (Georg Simmel), der ‚value introjection‘ (Emile Durkheim, Talcott Parsons), und des ‚enforceable trust‘ (Max Weber) als wesentliche theoretische Wurzeln des Sozialkapitalkonzepts.

Die Re-Formulierung dieser ‚soziologischen Wahrheiten‘ in ein ‚Kapital‘ von Akteuren war in einem gänzlich anderem Zusammenhang ein analytisch fruchtbares Konzept verschiedener Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler: So bezieht sich der Ökonom Glenn Loury (1977) - und vor ihm sinngemäß bereits Yoram Ben-Porath (1930) in seiner Rede von der ‚F-connection‘ (family, friends, firms) - auf ein Konzept von sozialem Kapital um *gegen* die herrschende Ideologie des ‚freischwebenden‘ Marktsubjekts der neoklassische Ökonomie - und ihrem Rekurs auf ‚Humankapital‘<sup>77</sup> (vgl. Becker 1964, 1993) -, die Effekte sozialer Herkunft aufzuzeigen und die Auswirkungen sozialer Positionierungen für die Erleichterung oder Erschwerung der „acquisition of the standard human capital characteristics“ (Loury 1977: 176) aufzuzeigen<sup>78</sup>. Der Rational-Choice Theoretiker James S. Coleman verwendet den Begriff des ‚sozialen Kapitals‘ im wesentlichen als Synonym für einen Rekurs auf ‚Sozialstruktur‘ zum Zwecke einer systematischen Erweiterung der individualistischen Sozialtheorie<sup>79</sup>. In der sozialtheoretischen Fassung sozialen Kapitals von Pierre Bourdieu rücken Fragen von Klassenpositionierungen und Machtasymmetrien systematisch in theoriearchitektonischen Mittelpunkt des Konzepts: ‚Soziales Kapital‘ fungiert in der Fassung Bourdieus als ein habituelles Unterscheidungsmerkmal (vgl. Bourdieu 1979) – und damit als ein Mittel symbolischer Inklusion und Exklusion – und, allgemeiner gesprochen als ein zentrales Machtmittel in der Produktion und Reproduktion sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Dominanz- und Herrschaftsstrukturen (vgl. Bourdieu 1997).

---

<sup>77</sup> Der ‚Humankapitalsdiskurs‘ ist deutlich neo-liberal konnotiert. Wie Burt (2001: 202) zusammenfasst, lautet „the human capital explanation of inequality [...] that the people who do better are more able individuals; they are more intelligent, more attractive, more articulate, more skilled“

<sup>78</sup> Die Perspektive Lourys ist mit dem Sozialkapitalkonzept Bourdieus in so fern verwandt, wie dieser ausführt dieses Konzept zunächst als eine ‚theoretische Hypothese‘ verwendet zu haben, „which made it possible to explain the unequal scholastic achievement of children originating from the different social classes“ (Bourdieu 1986: 243).

<sup>79</sup> „Der Begriff des sozialen Kapitals“, so Coleman (1991: 395), „ist vor allem deshalb von Nutzen, weil er bestimmte Aspekte der Sozialstruktur über ihre Funktion identifiziert, so wie auch der Begriff ‚Stuhl‘ bestimmte physikalische Objekte über ihre Funktion kennzeichnet, wobei Unterschiede in Form, Design und Bauweise außer Acht gelassen werden. Die Funktion, die der Begriff ‚soziales Kapital‘ identifiziert, ist der Wert, den diese Aspekte der Sozialstruktur für Akteure haben, und zwar in Gestalt von Ressourcen, die von den Akteuren dazu benutzt werden können, ihre Interessen zu realisieren“.

Soziales Kapital ist aus dieser Perspektive in so fern ein Machtmittel, dass zur Reproduktion materieller, sozialer und symbolischer Ungleichheit beiträgt, wie sozial, kulturell und ökonomisch dominante Akteure viel eher über die Möglichkeit verfügen

„to access internal and external social networks that are more powerful and wealthy. By contrast, the poor have less influential networks that, while helping them cope with the vicissitudes of life, restrict their chances for mobility. Different groups within a social system can have different types of social capital, and, because it can be bequeathed, it plays an important role in the reproduction of inequality. It is contextualized – because it co-mingles with *habitus* and cultural capital. [...] In socially differentiated societies, social and cultural capital can work together in reproducing inequality, by preserving differential access to networks, by perpetuating symbolic violence that maintains the status quo, and by creating a pattern of *habitus* that generates constraining preferences, limiting the hopes and aspirations of the poor and perpetuating adverse ‚terms of recognition‘ from dominant groups” (Rao/Walton 2003: 10).

In diesem Sinne folgt Bourdieu im Wesentlichen der von Max Weber formulierten Einsicht, dass „domination is one of the most important elements of communal action” (Weber 1954: 322).

Von einer Kategorie zur Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu einer exploitierbaren Ressource und programmatischen Kategorie für eine sozial und ökonomisch ‚angemessene‘ Neugestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Rationalitäten in fortgeschritten liberalen Gesellschaften wird ‚soziales Kapital‘ vor allem von US-amerikanischen Politikwissenschaftlern erhoben. In einem breit zitierten ‚sozialhistorischen‘ Werk über den unterschiedlichen Entwicklungsstand von Nord- und Süditalien erklärte zunächst Robert Putnam (1993: 37) soziales Kapital – oder ‚Civiness‘ - zu einem Kollektivgut, dass wesentlich zu dem norditalienischen Wohlstand, bzw. dessen Fehlen zur süditalienischen Armut beigetragen hätte: „Communities did not become civic simply because they were rich [...] They have become rich because they were civic [...] Development economists take note: civics matters“.

Soziales Kapital wird dabei nicht mehr als Ressource und Machtmittel betrachtet, das in so sozialen Beziehungen eingebettet ist aber von einzelnen Akteuren mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen als ‚Kapital‘ realisiert wird (vgl. Loury 1977, Bourdieu 1997, Coleman 1988 Burt 1992), sondern als etwas, das Individuen, Gruppen, Städte und ganze Nationen *besitzen* oder nicht besitzen (vgl. Putnam 1993a, kritisch: Portes 1998, DeFilippis 2001). Mehr noch wird ‚soziales Kapital‘ nicht nur in ein kollektives, sondern auch in ein normatives Gut, etwas ex ante ‚Gutem‘ umdefiniert.

Soziales Kapital ist plötzlich eine Form der interpersonalen Kooperation, die zu ‚wechselseitigen Profiten‘ (‚mutual benefits‘) führt. Diese Profite zeigen sich in „communities blessed with a substantial stock of social capital“ (Putnam 1993a: 36) in Form einer Hervorbringung einer dezentralisierten ‚guten Regierung‘ (‚good governance‘), die mit einer Effizienz- und Effektivitätssteigerung der Bürokratie ebenso gepaart ist wie mit einer ‚besseren Regierbarkeit‘ mündiger und demokratischer Bürger. Vor allem aber bestehen die ‚Profite‘ des sozialen Kapital darin, dass es für die Generierung und Aufrechterhaltung ökonomischen Wachstums sorgt (vgl. Putnam 2000). Gleich eine ganze Reihe von Studien (vgl. u.a. Putnam 1995, 2000, Fukuyama 1995, World Bank 1997, Knack 1999, Woolcock 1998, Whiteley 2000) präsentieren ‚Beweise‘ dafür, dass unterschiedlichen ökonomischen Leistungsprofile von Nationalstaaten auf die Unterschiede im Maß und Ungleichheiten in der Verteilung sozialen Kapitals zurückzuführen seien. Pointiert formuliert, lässt sich sagen, dass die Politik des ‚Post-Washington-Consensus‘ darin besteht, die Formel ‚Wohlstand für alle‘ wieder zu beleben - nur

das Mittel dazu besteht nicht in der sozialen Regulation der Marktwirtschaft durch den Staat, sondern in der ‚Civicness‘ der Gesellschaft<sup>80</sup>: Es ist der Versuch einer gemeinschaftsbezogenen kulturell-solidarischen Integration der an die Stelle des sozialstaatlichen Projekts einer aktiven Gesellschaftsintegration innerhalb eines verallgemeinerten gesellschaftlichen Ordnungsrahmens treten soll und bürgergesellschaftliche lokale Gemeinschaftsformen, die die traditionelle sozialstaatliche Sozialpolitik substituieren sollen (vgl. Böhnisch/Schröer 2002: 200).

Vor allem in der von Putnam und ‚Putnams Anhängern‘<sup>81</sup> etablierten Fassung, mutiert ‚soziales Kapital‘ nicht nur zu einer Schlüsselkategorie für kommunitaristische Kritiker des frei flottierenden Marktes (vgl. Karstedt 1997), sondern stellt für Kommunen mit niedrigem Budget aber auch für die Vertreter einer neo-liberalen ‚Modernisierung‘ selbst, eine Art ‚anti-interventionsstaatliche Silberkugel‘ für nahezu sämtliche Probleme des ‚Sozialen‘ und des ‚Ökonomischen‘ dar. In dieser Hinsicht hat Wolfgang Kersting (1998: 123) durchaus recht, wenn er „eine erstaunliche Konvergenz zwischen den *libertarians* und den *communitarians*“ konstatiert und auch Amitai Etzioni (Etzioni/Scruton 1997) eine enge Beziehung zwischen Neo-Liberalen und Kommunitaristen her:

„Communitarians do not wish to dispense altogether with the state. Just as libertarians see some role for the state as a guarantor of public safety, contracts, and a short list of other social goods, so communitarians recognize that there are some sociopaths in the world who are deaf to the moral voice of community. [...] But the law should not be the prime source of social order. It should complement the good work of the community rather than seek to preempt it. [...] After all, they [communitarians] give great latitude to individual choice in many circumstances and join hands with libertarians in wanting to keep the state at bay“.

Der Bezug auf soziales Kapital ist dabei für Neo-Liberale wie Kommunitaristen gleichermaßen interessant, da es „holds the promise that were markets fail - in the provision of local public goods and many types of insurance for example - neighbourhoods, parent teacher associations, bowling leagues, indeed anything but the government, could step in to do the job“ (Bowles/Gintis 2000: 2).

Euphemistischer formuliert:

„Sinnvoller und zweckmäßiger als eine konventionelle, auf die Steuerungsmedien Geld und Recht setzende Förderung ist eine kontextorientierte Strategie, die auf den Abbau rechtlicher und institutioneller Restriktionen und die Schaffung von Gelegenheitsstrukturen für soziales Engagement setzt.“ (Backhaus-Maul/Brandhorst 2001: 197).

Es geht also nicht um eine Umverteilung von Ressourcen oder der aktive Kompensation von Ressourcenmängel, sondern um den Glauben, dass vor allem kleine lokalgemeinschaftliche Einheiten prosperieren können, wenn sie über aktive, pflichtbewusste Mitglieder verfügen, die bereit sind, einander zu vertrauen und miteinander zu kooperieren, während sich die staatlich verfasste Gemeinschaft von ihrer Rolle als administrativer Garant nationalstaatlich organisierter Solidarität

---

<sup>80</sup> Ein entscheidendes analytisches Problem besteht darin, dass die ‚Beweisführungen‘ über die scheinbar beeindruckenden Leistungen sozialen Kapitals in den meisten Fällen durch vergleichsweise einfache Korrelationen erfolgen. Der Nachweis von Kausalitäten fehlt zumeist oder wird einfach – und häufig nicht eben überzeugend – einfach gesetzt. Einige ganz banalen Fragen, die die ‚neo-sozialen‘ Sozialkapitalaktivisten bis heute nicht zu beantworten in der Lage sind – aber beantworten können müssten wenn die von ihnen unterstellten Kausalitäten und Präsuppositionen zutreffen wären lauten etwa: „Why and how would football clubs always promote co-operation outside the clubs and in wide societal fields? What is ‚the causal chain between bird watching and political activism‘? (Levi 1996:49) How people are capable of really standing up against nonperforming governments and suggest other policies? Why would civil community demands have to be democratic? (What of democratic middle class decisions to wall residential areas? Or ethnic and religious-based social capital or community cooperation that are enforced by authoritarian rulers like Suharto?) Again, how and why do Putnam and his followers exclude other plausible explanations for all this – including state and politics?“ (Tömquist 2002: 24)

<sup>81</sup> Der Begriff ‚Putnam‘ followers‘ stammt von Gittel und Vidal (1998)

zurückziehen und sich als Partner, Ermöglicher und Bereitsteller eines Rahmens rematerialisieren kann, der Gelegenheiten bietet zur individuellen und kollektiven Selbstverbesserung mittels der Regeneration sozialen Kapitals (vgl. Gamarnikow/Green 1999).

Es gibt in so fern durchaus gute Gründe dafür, die Beobachtung des Entwicklungssoziologen Molyneux (2002: 174) ernst zu nehmen, dass der gegenwärtige Sozialkapitaldiskurs vor allem einen „retreat from more problematic agendas [...] of citizenship and rights on the one hand, and of provision and policies to ensure greater social inclusion on the other“ signalisiert:

„While citizenship and rights-based agendas raise questions about politics and entitlements, and debates about social integration and inclusion implicitly confront social policy issues, social capital, where it's focus is on micro-level phenomena, raises few such challenging questions. In its most common usages it occupies a terrain upon which politics typically only enters through the back door, while social inequalities are rarely confronted either in theory or in policy“.

Vor diesem Hintergrund kann das sozialpolitische Interesse für ‚soziales Kapital‘ nicht einfach als epistemologischer Bruch mit den Grundfesten neoliberaler Regelmäßigkeitssysteme betrachtet werden (vgl. Harriss 2001), sondern reflektiert ebenso sehr den Versuch der Etablierung einer dem ‚Neo-Liberalismus‘ ‚angemessen‘, Regulationsrationalität jenseits direkter staatlicher Interventionen. In diesem Kontext kann es verwundern, dass die Protagonisten der Aktivierung sozialen Kapitals - im Gegensatz zu einigen ‚radikalen‘ Vertretern der Kommunitarismus und Befürwortern einer assoziativen Demokratie (vgl. Gorz 1992, Hirst 1994, 1997, Hughes/Little 1996, Jordan 1996, Richter 1993) - der Dominanz neo-klassischen Ökonomie und den ‚neo-liberalen‘ Subjektivierungsweisen keinesfalls skeptisch gegenüber stehen. Explizit würdigt etwa Francis Fukuyama (1996: 13) den Kern der ‚neo-liberalen‘ Rationalität als ein

„vast improvement from earlier decades in this century, when Marxists and Keynesians held sway [...] We can think of *neoclassical economics as being, say, eighty percent correct*: it has uncovered important truths about the nature of money and markets because its fundamental model of rational, self-interested human behaviour is correct about eighty percent of the time“.

Soziales Kapital lässt auf dieser Basis - *nicht gegen sie* - als eine ideale Ressource, zur Kompensation der im Sinne Fukuyamas letzten ‚zwanzig Prozent‘ konzipieren, in denen sich die marktradikale Lösung der neo-klassischen Lehre der Ökonomie als suboptimal erweisen könnte. Die Vorteile, die sich aus der neo-liberalen Perspektive aus einem Rekurs auf soziales Kapital ergeben liegen auf der Hand: Es ist möglich soziales Kapital kann in den Mittelpunkt der sozialpolitischer Rationalitäten zu rücken

„without having to come to terms in any serious or substantive way with the critical literature of the old consensus [gemeint ist der neo-liberale ‚Washington Consensus‘...] for it builds up from the micro to the macro from notions of civil, as opposed to market, imperfections and with the potential for non-market improvements with impact upon the market“ (Fine 1999: 10ff).

Im Sinne dieser Logik werden soziales Kapital - genauer jene Dimensionen und Mechanismen die Putnam als soziales Kapital beschreibt - und die Fragen seiner aktivierenden Förderung zunehmend auf die politische Agenda sowohl von Entwicklungsländern (vgl. World Development Report 2001), als auch von fortgeschritten liberaler Gesellschaften gesetzt (vgl. Fine/Green 2000).

Dies gilt – selbst wenn sich der Begriff ‚soziales Kapital‘ erst seit dem letzten Dritten der 1990er Jahre durchzusetzen beginnt - auch für die Bundesrepublik (vgl. Wendt 2000). Ebenso wie im Falle der Etablierung des ‚neo-liberalen‘ ‚Washington Consensus‘, sind es auch hier nicht zuletzt Institutionen

wie der IWF und die WTO, das European Committee (1999) und die European Investment Bank (2000), vor allem aber die OECD und die World Bank, die die Verbreitung der auf der Förderung sozialen Kapitals basierenden neo-sozialen Regulationsstrategien als ‚missing link‘ ökonomischer Entwicklung (vgl. Grootaert 1997) international vorantreiben. So hat die vor allem die World Bank, auf Basis der Annahme, dass neben ‚physischem‘, ‚natürlichem‘ und ‚Humankapital‘ auch soziales Kapital notwendig sei, um ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum bei möglichst niedrigen staatlichen Transaktionskosten – so auch ein zentrales Argument der Kommunitaristen<sup>82</sup> (vgl. Etzioni 1988) - zu gewährleisten (vgl. Worldbank 1996), soziales Kapital zu einem der vier Indikatoren ihres ‚wealth accounting system‘ erhoben (vgl. Winter 2000: 17).

Auch in den normativ politischen Konzepten auf nationaler Ebene stellt soziales Kapital als - ausgesprochenes oder unausgesprochenes - Hintergrundkonzept die zentrale theoretische, intellektuelle und philosophische Grundlage der US-amerikanischen und westeuropäischen Politik des dritten Weges, bzw. des aktivierenden Staates seit den 1990er Jahren dar (vgl. Szreter 1998 1999, Driver/Martell 1998, Gamarnikow/Green 1999, Habisch et al. 2001, Olk 2000a, Franke et al. 2000, Renner 2001). Entsprechend wenig überraschend ist es, dass es unter den namhaften westeuropäischen Soziologen, neben Ulrich Beck vor allem Anthony Giddens ist, der eine Form der Sozialpolitik einfordert, die sich statt auf ‚Vorsorgung‘ auf die Unterstützung von „networks, self-help and the cultivation of social capital as a means to generate economic renewal“ konzentriert (Giddens 1998: 110). Vor allem in seinem Modell einer ‚dialogischen Demokratie‘ und ‚positiven Wohlfahrt‘ recurriert Giddens (2000, 2001) auf die effektive Verknüpfung von Markt, Staat und dem von einer ‚revitalisierten‘ Zivilgesellschaft selbstverantwortlicher Bürger produzierten sozialen Kapital (als Synonym für ‚trust and social decency‘) als das zentrale Moment einer funktionierenden Demokratie (Giddens 2000: 164f, vgl. Beck 1999, 2000).

Die zentrale Aufgabe des Staates wird in diesen Politikkonzepten dahingehend reformuliert, dass - während monetäre Transferleistungen zu ‚passiven Leistungen‘ umcodiert werden (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2002, OECD 1997) - es ihm im primär zukommt, Selbstregulierungspotentiale zu aktivieren, und in eine Form des ‚sozialen Kapitals‘ zu ‚investieren‘, die auf jene Verhaltensdispositionen der Bürger zielt, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Selbstorganisations- und Vergemeinschaftungsprozesse stärken. Soziales Kapital soll dabei von einem dabei staatlich-direktiven Koordinationsaufwand entlasten - und damit einen Beitrag zur Senkung der Reibungsverluste von Transaktion in Wirtschaft und Politik leisten - indem es auf der Basis von Vertrauen, Fairness, Reziprozität und pro-sozialen Normen die Gestaltung eines interpersonalen Arrangements sicherstellt, das komplexe Handlungsabläufe innerhalb einer vergleichsweise dauerhaften und ebenso implizit und präreflexiv wirksamen wie zweckmäßigen non-formellen Handlungskoordination ermöglicht. Nichts anderes ist gemeint, wenn im EU-Weißbuch (2001) „Genossenschaften im ‚Unternehmen Europa“ soziales Kapital als die „Merkmale der sozialen Organisation wie z. B. Vertrauen, Normen und

---

<sup>82</sup> Etzioni argumentiert, dass vor alle, moralische Untermauerung impliziter ‚Verträge‘ in einem großen Umfang gesellschaftliche Transaktionskosten einsparen würde. Darüber hinaus könne bei den meisten Transaktionen in Wirtschaft und Gesellschaft, nur ein kleiner Teils aller durchgeführten Transaktionen external überwacht werden (vgl. Etzioni 1988).

Netzwerke“ definiert wird, „die die Effizienz der Gesellschaft steigern können, indem sie ein abgestimmtes Handeln erleichtern“. Verbunden mit der Reduzierung von „expensive monitoring and sanctioning devices“, die einen funktionalen Ersatz für eine solche Investition darstellen würden (vgl. Boix/Possner 1998: 692), induziere soziales Kapital - so die Hoffnung - einen positiven Einfluss auf die Volkswirtschaft und gewährleiste Effizienzsteigerungen der Administration (vgl. Offe/Fuchs 2001, Probst 2001). So würden sich „die über Raum und Zeit auftretenden Schwankungen in der Qualität politisch-administrativer und ökonomischer Performanz durch das Niveau und die Verbreitung von Sozialkapital in einer Gesellschaft erklären“ lassen (Offe/Fuchs 2001: 417). Insbesondere die Qualität sozialpolitischer Leistungen könne durch eine Steigerung des gesellschaftlichen Niveaus an sozialem Kapital erhöht werden. Als Synonym für eine „wohlfahrtssteigernd[e] sozial[e] und moralisch[e] Kompetenz“ (Offe 1999: 118) von Gesellschaften leiste soziales Kapital - quasi als eine eigenständig wertschöpfende Produktivkraft - „einen Beitrag zur (kollektiven) Wohlfahrt“ (Offe 1999: 118).

In einer solchen ‚funktionalistischen‘ bzw. ‚ökonomischen‘ Fassung der ‚zivilgesellschaftlichen Ressource‘ sozialen Kapitals wird offensichtlich nicht nur das tatsächliche oder vermeintliche Potential der zivilen Gesellschaft demokratisierendes ‚Korrektiv‘ zu Staat und Markt reflektiert (dazu Cohen/Arato 1992). Vielmehr zeichnet es sich ab, dass die ohnehin nur sehr unscharf zu ziehenden Grenzen zwischen diesen drei idealtypischen Elementen verfasster kapitalistischer Gesellschaften systematisch verwischt werden (vgl. Hirsch 2002, Jessop 2001, Stenson 2001, Taylor-Gooby 1994). Während der Staat durch partnerschaftliche Arrangements seine monopolistische Stellung in manchen Bereichen zwar relativiert, erweitert er zugleich seinen Einflussradius. Joachim Hirsch (2001, 2002) hat diese Prozesse als eine neuen Weise der ‚Durchstaatlichung‘ der zivilen Gesellschaft analysiert, in der staatliche Herrschaft zunehmend auch innerhalb der Zivilgesellschaft organisiert wird – bzw. sich selbst organisiert – und damit zu einer vergleichsweise breiten Akzeptanz der gegebenen ‚Hegemonieverhältnisse‘ beiträgt, die die Basis staatlicher Politik darstellen.

Parallel zu dieser ‚Durchstaatlichungsprozessen‘ beinhaltet eine solche Regulationsweise als ‚Regierung aus der Distanz‘ aber auch Momente, die in so fern als eine ‚neue Privatisierung‘ sozialer Leistungen interpretiert werden kann (vgl. Kessl/Otto 2002), wie zumindest die Durchführung und Durchführungsverantwortung einst staatlicher Aufgaben an den Markt und an die ‚Zivilgesellschaft‘, bzw. die einzelnen ‚zivilgesellschaftlichen‘ Akteure abgegeben oder ‚partnerschaftlich‘ geteilt wird. Dabei geht es weniger darum, dass diese Prozesse und Aufgaben in dem engeren Sinne des Wortes ‚privatisiert‘ werden, dass sie aus dem staatlichen Herrschafts- und Einflussbereich entbunden werden (dazu Nogala 1995), sondern im Gegenteil um das Bestreben, diesen Einfluss ‚effektiver‘ und ‚effizienter‘ zu organisieren (vgl. Crawford 1999). In diesem Sinne wandelt sich der Rekurs auf das Potential der ‚Zivilgesellschaft‘ von einer Konzeption, die diese als ein Forum für oppositionelle Praktiken in den Blick nimmt, zu einer Art ‚Dienstleistungsinstanz‘, die das Funktionieren des administrativen Systems erhöhen und stabilisieren soll und sich dabei als gleichermaßen anschlussfähig an neo-liberale wie neokonservative Diskurse erweist (vgl. Cohen 1999, Dryzek 1996). Wie Cohen (1999) ausführt, tendiert dieser Diskurs dazu all jene politischen Kräfte zu unterstützen, die weniger daran interessiert sind nicht eine Demokratisierung der Gesellschaft und der Institutionen



voranzutreiben, als darin traditionelle und autoritäre Formen einer ‚Bürgergesellschaft‘ inklusive eines ‚klassischen‘ Familienmodells zu reetablieren und Institutionen des Wohlfahrtsstaates zurückzudrängen.

Eine dabei eingeforderte Neufassung des Verhältnisses von Staat, Markt und ‚Zivilgesellschaft‘ verlangt in einer gewissen Weise auch eine Veränderung der politische Rationalität der Bearbeitung der positional-dispositionalen Matrix (zukünftiger) Bürger und Lohnarbeiter. An die Stelle des liberal-wohlfahrtsstaatlichen Versuchs einer Gestaltung von ‚guten Regeln des Spiels‘ und einer Verteilung der Jetons, die idealtypisch jedem das ‚mitspielen‘ ermöglichen und gegebenenfalls durch Strategien einer normierenden Normalisierung erzwingen soll, tritt der ‚neo-soziale‘ Versuch einer Generierung von ‚guten Bürgern‘ im Sinne „selbstverantwortlicher aktiver und sozial engagierter Bürgerinnen und Bürger in ihren überschaubaren Lebensräumen“ (Kessl 2002a: 121) als sine qua non einer ‚guten Regierung‘ (vgl. Bowles/Gintis 2000: 2).

Der Rekurs auf diesen ‚guten Bürger‘<sup>83</sup> – in einem gewissen Sinne ein „Rückgriff auf das antike Ideal des Aktivbürgers“ (Schröder 2003: 78) – leistet einen eigenständigen Beitrag zu einer Sektoralisierung bzw. Lokalisierung des Sozialen. Während er als regulatives und selbstregulatives Moment „in der modernen, komplexen, vernetzten, mobilen Gesellschaft nicht mehr trägt“, liegt seine – vermeintliche – Stärke im „überblickbaren, politischen Raum“ (Thührer 2000: 206). Damit wird zugleich eine, wie es Wolfgang Schröder (2003: 78) formuliert, „kleine Renaissance“ der, oder, wie man es ebenso nennen könnte, eine Renaissance des Glaubens in die gesellschaftsregulative Kraft kleiner Einheiten und Netzwerke impliziert:

„die Stadt oder die Region werden als politische Gestaltungsräume von Aktivbürgern neu entdeckt, nachdem die politischen Modelle, die sich in den sozialpolitischen Diskussionen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem auf gesellschaftliche Großgebilde – wie eben den Sozialstaat – bezogen, am Ende des 20. Jahrhunderts als nicht mehr gestaltunfähig gelten. So wird soziale Gestaltung zwar als notwendige Aufgabe erkannt, aber einem Verantwortungsdiskurs nach bürgerschaftlichen Mustern übertragen“ (Schröder 2003: 78)

Dieses ‚neo-soziale‘ Ideal findet sich anschaulich in den Ausführungen von Thomas Olk (2001: 43) zum ‚zivilgesellschaftlichen Aktivbürger‘ als normativ-programmatisches Leitbild republikanischer Konzeptionen von ‚Bürgergesellschaft‘. Seine Repräsentation des ‚Citoyen‘ - die an die Stelle des fordistischen ‚Normalerwerbsarbeiters‘ (vgl. Müller/Otto 1980, Schaarschuch 1990) als Referenzfigur von Sozialer Arbeit und Sozialpolitik tritt - rekurriert im Wesentlichen

„auf Dispositionen und Handlungsbereitschaft wie ‚Bürgersinn‘ und ‚Bürgertugend‘. Es geht um die freiwillige Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, Solidarität zu üben und gemeinwohlorientiert zu handeln. [...Dabei wird] sowohl auf ein gemeinwohlorientiertes Handlungsmodell des guten Bürgers, als auch auf die hiermit verbundenen Kompetenzen abgehoben: [Dieser] Bürger ist nicht nur ein ‚guter‘ sondern zudem auch ein ‚kompetenter‘ Bürger“.

---

<sup>83</sup> Diese Figur ist in moralischer Hinsicht alles andere als unerheblich und dies nicht unbedingt im Sinne eines ‚zivilisatorischen‘ Fortschritts: „Recht besehen muss einem angst und bange werden, sollte die Stabilität demokratischer Gesellschaften von der Existenz tugendhafter Bürgerinnen und Bürger abhängen. Denn abgesehen davon, dass dann sittliche Kontrollfeldzüge eigentlich zur Staatsaufgabe werden müssten, kann ein anderer Effekt auftreten, dass nämlich Mitbürger, die in ihrem Streben nach dem Guten und der moralischen Perfektionierung ihrer Gesellschaften sich daran stoßen könnten, dass demokratisch-liberale Verhältnisse so viel an Spielraum für moralisch nachlässige und anstößige Lebensweisen zulassen und sie sich nach restriktiveren Gesellschaftsformen mit klaren Verbannungen des Verwerflichen zu sehnen beginnen“ (Pauer-Studer 2002a: 10). Dass eine solche Sorge nicht völlig unberechtigt ist wird sich im Kontext der Analyse einer ‚bürger-‘ und ‚sozialraumorientierten‘ kommunalen Kriminalprävention zeigen.

Die politische ‚Generierung‘ des ‚guten‘, ‚gemeinwohlorientierten‘, ‚solidarischen‘ und entsprechend ‚kompetenten‘ Bürgers verweist weniger auf den Einsatz der ‚systemischen Steuerungsmittel‘ (vgl. Habermas 1981) bzw. der sozial-administrativen Machtmittel ökonomisches und legales Kapital, als auf die personal gebundenen bzw. interpersonal ‚eingebetteten‘ Machtmittel soziales und kulturelles (bzw. Human-) Kapital als die zentralen Interventionsressourcen gegenüber einer „Bürgergesellschaft ‚neben‘ dem Sozialstaat und der Ökonomie“ (Böhnisch/Schröer 2002: 150).

Diese Machtmittel entfalten ihre Wirkung am ‚effektivsten‘ in kleinen, ‚geschlossenen Netzwerken‘ (vgl. Coleman 1990): „Part of [...] social capital is the set of norms that develop in communities with a high degree of social closure. Closed networks give rise to functional communities foster among children [and adults] living therein [...] avoidance of deviance [...] enforcement of norms“ (Marshall 1998: 608).

In so fern verspricht vor allem das ‚soziale Kapital‘ ein geeignetes Element in dem Versuch zu sein, eine Form der ‚mechanischen Solidarität‘ (Durkheim) ‚aktivierend‘ wieder zu beleben, um auf diese Weise gesellschaftliche Brüche auf ‚sozialintegrativ‘ zu kitten (vgl. Böhnisch/Schröer 2002, Kreissl 1987) und durch den Fokus auf kleine Einheiten zugleich ein funktionales und ‚kostenneutrales‘ Mittel ‚der Absicherung (Regulation) der lokalen ‚Standorte‘ im globalen Wettbewerb“ zu etablieren (Widersprüche 2000: 5). In diesem Kontext erscheint es „nicht als Zufall, dass Appelle und Aktivitäten einer Stärkung von Gemeinschaften mit den Finanzproblemen des Wohlfahrtsstaates einhergehen [...]: ein Ausbau der ‚Zivilgesellschaft‘ [stellt] ein kostengünstigeres funktionales Äquivalent des Wohlfahrtsstaates dar“ (Schimank/Lange 2003: 16). Insbesondere da die „potential fungibility of diverse sources of capital [...] engages the attention of policy-makers seeking less costly, non-economic solutions to social problems“ (Portes 1998: 2f) wird ein Konzept der lokalen Gemeinschaft „centered on community responsibility and civic engagement as the glue undergirding social justice and the good society“ (Sampson 2002: 214) in nahezu sämtliche Facetten des zeitgenössischen Diskurses um ‚soziales Kapital‘ und ‚Bürgergesellschaft‘ eingebunden.

Ein solcher Versuch der Aktivierung des sozialen Kapitals ‚guten Bürger‘ entspricht einer politischen Vergesellschaftungs- und Regulationsstrategie, in der die zu mobilisierende ‚Gemeinschaft‘ als „letztes große Eldorado eines brachliegenden Altruismus“ (Pinker 1995: 86) verhandelt wird, das auch von Regierungen mit schmalem finanziellen Budget ohne riskante und kostspielige Investitionen exploitiert werden kann (vgl. Zukunftskommission 1998). Private Initiativen und Gruppensolidaritäten sollen die Basis der Ressource ‚soziales Kapital‘ darstellen (vgl. Beck 2000), die die staatlich-bürokratischen Formen der ‚Solidarität‘ und damit das quasi-universelle System der (Risiko-)Absicherung des fordistischen Wohlfahrtsstaates modifikatorisch ‚ergänzen‘ und in einzelnen Sektoren auch sukzessive ersetzen (vgl. Zukunftskommission 1998). „Am Ausgang des 20. Jahrhunderts“ wird demnach, wie Susanne Karstedt (2003: 3) feststellt, der gesellschaftliche ‚Großraum‘ des Sozialen durch einen Raum des Regierens verdrängt in dem das

„das Feld des staatlichen Eingriffs auf die ‚Community‘ zusammenschrumpft [...] und] in dem die kollektive Existenz als soziale Netzwerke und eingegrenzte Austauschbeziehungen gedacht wird [...] Dabei werden] das Soziale und die kollektive Existenz grundsätzlich kleinräumig gefasst. Die Gesellschaft besteht gewissermaßen aus ‚Blasen des Sozialen‘, Gemeinschaften, die sich aufgrund der räumlichen oder sozialen Nähe zusammenfinden, aufgrund eines gemeinsamen Interesses oder eines gemeinsamen Risikos. Darüber hinaus wird die Community zum eigentlichen Ort

der moralischen Ordnung: hier werden die grundlegenden und gemeinsamen Werte realisiert, und Kollektivgüter in Form von öffentlicher Sicherheit, von Normen des zivilen Umgangs, Vertrauen, und effizienten bürgerschaftlichen Vereinigungen geschaffen“.

Die Politik der Sozialkapitalaktivierung zielt also nicht nur auf eine kostengünstige Möglichkeit der Kompensation von Desintegrationspotentialen durch den Staat, sondern stellt zugleich auch eine Form der systematischen ‚Devolution‘ des Staates dar, die es ermöglichen soll zentrale Regulationsprobleme an die ‚zivile‘ Gesellschaft rückzubinden und sie mit dem Ziel einer Lösung staatlicher Regulationsprobleme auch dort produktiv und aktiv einzubeziehen, wo es einst als die Aufgabe des Staates und seiner Institutionen betrachtet wurde, Antworten auf die Bedürfnisse der Gesellschaft zu finden, zu implementieren, zu gewährleisten, zu verallgemeinern, zu verteilen und zu kontrollieren (vgl. Donzelot 1991: 178f).

In diesem Kontext kann die Konjunktur der politischen Fokussierung jener ‚inkluisiven‘ sozialen Kräfte und Ressourcen, die jenseits des Staates aus der Zivilgesellschaft selbst entspringen, nicht alleine als instrumenteller Regulationsversuch der Folgekosten des ‚Neo-Liberalismus‘ thematisiert werden. Sie ist zugleich - möglicherweise sogar hauptsächlich - auch ein ‚moralisches‘ Projekt - Jessop (1998: 78) spricht von einer „Remoralisierung der neoliberalen Akkumulationsstrategie“ -, das einen Ausgleich dafür schaffen soll, dass „many aspects of the neo-liberal vision of freedom predictably lead to a crisis of confidence in the stability of collective moral values“ (Simon 2002: 3, vgl. Jessop 1998). Vor diesem Hintergrund kann die Betonung und Förderung von Zivilgesellschaft, Gemeinwohlorientierung, Familie, interpersonaler Sorge etc. von seitens eines ‚neo-sozialen Regulationsstaates‘ als ein Ausdruck einer Regierungsweise betrachtet werden, die Nikolas Rose (1999, 2000a) als ‚ethopolitics‘ beschreibt, d.h. als systematischer Versuch jene ethischen Normen und Werte zu generieren und zu reaktivieren

„that are now believed to regulate individual conduct and that help to maintain order [...] by binding individuals into sheared moral norms and values [bzw. ‚moralisches Kapital‘]: governing through the self steering forces of honour and shame, of propriety, obligation, trust, fidelity, and commitment to others“ (Rose 2000a: 187).

Kevin Stenson (2001: 23) räumt dieser eher ‚moralischen‘ und ‚moralisierenden‘ - bzw. ‚moralkapitalbasierten‘ - als instrumentell-technokratischen Dimension der Regierung, einen Stellenwert ein, der es erlaube von einer Ersetzung der fordistischen Figur des Leviathan als einem funktionalistisch-direktiven Prämissen folgenden ‚Sozialingenieur‘ (vgl. Whyte 1956) durch eine Art fortgeschritten liberalen ‚Moralingenieur‘ zu sprechen. Vergleichbar mit dem selektiven Bias auf die primären Zielgruppen im Kontext der fordistischen Versuche der Etablierung einer umfassenden ‚Sozialtechnologie‘ haben insbesondere die Arbeiten von Alejandro Portes (1998, 2000) Theda Skocpol (1996, 1997) und Katha Pollit (1996) deutlich gemacht, dass nicht alle gesellschaftlichen Akteure und Klassen einer solchen ‚Moraltechnologie‘ im gleichen Maße unterworfen sind. Dem dominanten politisch-programmatischen Sozialkapitalkonzept das sich in Anlehnung an Robert Putnam entwickelt hat, sei vielmehr eine ‚elitäre Sichtweise‘ eingeschrieben, die positionale bzw. sozioökonomische Probleme in Probleme der ‚Civiness‘ übersetzt (vgl. Wills 2000) für die vor allem die ‚non-elite classes‘ verantwortlich gemacht werden (Pollit 1996: 9) und es daher auch legitimiere, insbesondere von sozial benachteiligten und subdominanten Akteuren, jene ‚lebensweltlichen‘ Formen des Engagement, der Sorge, Loyalität und Solidarität einzufordern, die den Verfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts

kompensieren sollen. In diesem Sinne kann davon gesprochen werden, dass wie Zygmunt Bauman (2001: 58) ausführt „communalism‘ ‚a philosophy of the weak“ sei, während sich die „Bürgergesellschaft mit ihrer Eigenverantwortung als Ideologie der Erfolgreichen“ darstellt (Bourdieu nach Brumlik et al. 1996).

Nichtsdestoweniger ist kaum zu bestreiten, dass *gegen* Hilfsbereitschaft, (Selbst)Verantwortung und Solidarität als solche kaum vernünftig und ohne Zynismus argumentiert werden. In diesem Sinne findet der Versuch ebenso selbst- wie verantwortungsbewusste, sorgende, ‚aktive‘ und in diesem Sinne ‚mündige‘, ‚zivilen‘ Bürger an die Stelle eines ‚aktiv‘, über die ‚systemischen‘ Steuerungsmedien Geld und Recht intervenierenden, bürokratisch organisierten und dabei häufig ‚kolonialisierenden‘ und ‚entmündigenden‘ ‚sorgenden Staates‘ (vgl. de Swaan 1993) zu setzen, - zumindest rhetorisch - Anschluss an ‚emanzipatorische‘ und ‚radikale‘ Argumentationslinien findet.

Auch die (gemäßigte) Linke selbst habe sich wie, Samuel Bowles und Herbert Gintis ausführen, in dieses Regelmäßigkeitssystem begeben, weil sie entgegen der hegemonialen neoklassischen Ökonomie „affirms the importance trust generosity, and collective action in problem solving, thus countering the idea that well-defined property rights and competitive markets could so successfully harness selfish motives to public ends as to make civic virtue unnecessary“ (Bowles/Gintis 2000: 2).

Während die Faszination der ‚Zivilgesellschaft‘ als einem emanzipatorischen ‚Kampfbegriff‘ in ihrer „Bindung an das Ideal der republikanischen Selbstregierung“ und „der alten Utopie der Auflösung des Staates in die Gesellschaft“ liegt (Thaa 2000: 18, Marx/Engels 1972: 482), besteht jedoch gerade für ein emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt das Problem darin, dass dieser Begriff - insbesondere in seiner kommunitären Wendung (vgl. Keupp 2000) - selbst zu einem der zentralen theoretischen ‚faux amis‘ geworden ist (vgl. Bourdieu/Wacquant 1999). Der zeitgenössische zivilgesellschaftliche Diskurs stellt vor allem eine Reaktion der Auflösung des Sozialen in das Ökonomische dar und ist zur „emanzipatorischen Begleitmusik einer Privatisierung der Welt unter kapitalistischen Vorzeichen“ geworden (Thaa 2000: 18 vgl. Boggs 2000)

In der Verbindung von Moral, Fürsorge und einem Ethos der Pflicht – statt einer Verbindung mit Rechten (dazu: Habermas 1992, Nino 1996)- sowie einem tiefen Misstrauen gegenüber bürokratisch organisierten gesellschaftlich verfassten Gemeinschaften rückt das im Kern ‚deliberative‘ Moment einer partizipatorischen Demokratie in die deutliche Nähe eines klassischen Kernthema der konservativen Kritik am Wohlfahrtsstaat: der Unterstellung einer ökonomischen und vor allem politisch-moralischen Überbeanspruchung des Sozialstaates, die zu einer „gesellschaftlich zerstörerischen Dialektik von Berechtigung und Entpflichtung“ geführt hätte (Lessenich 2000: 63f, vgl. Etzioni 1997, Herrnstein/Murray 1994 ). Unter diesen Vorzeichen ist eine systematische politische Betonung der Bedeutung einer sorgenden und selbstsorgenden Zivilgesellschaft zunächst weniger von sozialdemokratischen Strategen eines ‚dritten Weges‘ vorangetrieben worden, als von Konservativen<sup>84</sup>

---

<sup>84</sup> Der Historiker Matthew Hendley (1996) führt in seiner Arbeit „Constructing the Citizen: The Primrose League and the Definition of Citizenship in the Age of Mass Democracy in Britain, 1918-1928“ die Entstehung des Konzepts der ‚active citizenship‘ wie folgt aus: „The Primrose League was a patriotic mass organization nominally independent from, but allied to the British Conservative Party [...] After 1918, the Primrose League attempted to define or construct a partisan model of citizenship. The League's model *emphasized citizens' duties*, individuals' civil rights and the *idea of active citizenship*. This

und ‚Neuen Rechten‘<sup>85</sup> (vgl. Gyford 1991). Im Kontext der Krisen und der Umgestaltung des fordistischen bzw. sozial-liberalen Regulationssystems war es im europäischen Kontext zunächst die britische Conservative Party, die in einem richtungweisenden Parteitag im Jahr 1988 ein Konzept namens ‚active citizenship‘<sup>86</sup> zu ihrem Zentralthema für die 90er Jahre erhoben hatte (vgl. Gyford 1991: 170). Der Kern dieses Konzepts bestand darin, dass die Rechte der Bürger an stärker an Pflichten gebunden werden sollten, zu denen zuvorderst ein aktives Eintreten für das ‚Gemeinwohl‘ gehört. Trotz der ‚konsumeristischen‘ Basisideologie des konservativen ‚active citizenship‘-Konzepts (vgl. Clarke 1998, Harris 1999), war das kaum verhohlene Vorbild eines solchen ‚aktiven Bürgers‘<sup>87</sup> im Kern der bürgerliche Philanthrop, der sich selbstständig – d.h. vor allem jenseits des (sozialen) Staates - in einer ebenso rational<sup>88</sup> wie moralisch angetriebenen Privatinitiative aufmacht, gesellschaftliche Probleme, insbesondere Probleme in seinem unmittelbaren Umfeld, zu lösen (vgl. Leadbeater 1997, Sheard 1992 zur deutschen Version: Beck 2000). Auch Margaret Thatchers berühmter Ausspruch, das es so etwas wie Gesellschaft nicht gäbe (‚there is no such thing as society‘) steht in diesem Zusammenhang. Er wäre gründlich missverstanden, würde er als einfaches Votum für einen hyperindividualistischen Marktliberalismus verstanden werden (dazu Thatcher 1993). Vielmehr ist dieses Zitat Teil eines Plädoyers für eine neues sozialpolitisches Grundverständnis, das deutliche Korrespondenzen zu den Kernelementen der aktuellen neosozialen Programmatiken eines ‚aktivierenden Staates‘ aufweist: „individual responsibility; reciprocity; obligations corresponding to social rights; social inclusion as the basis for social justice“ (Jordan/Jordan 2000, vgl. Carling 1999). So fährt Thatcher fort:

„There are individual men and woman, and there families [...]. It’s our duty to look after ourselves and then, also, to look after our neighbour. People have got entitlements too much in mind, without the obligations. There is no such thing as entitlement unless someone first has obligation“ (Thatcher 1993: 626, vgl. Thatcher 1987).

Der wesentliche ‚Fehler‘ der durch einen sozialpolitischen Rekurs auf ‚die Gesellschaft‘ induziert werde, ist der neo-konservativ/neo-liberalen Logik Thatchers - und ihrer parteiübergreifenden, politischen Erben (vgl. Dixon 2000a) - zufolge, weniger der Zweifel daran, dass Menschen in organisierter Form

---

campaign both helped the Conservative Party to adjust to the new political order and gave the Primrose League a new role to play in the age of mass democracy“.(Herv. H.Z.)

<sup>85</sup> In Anlehnung an die Ausführungen von Dario Melossi (2000: 169) lässt sich argumentieren, dass die politische Repräsentation von ‚problematischen‘ (kriminellen) Akteuren seitens der ‚Rechten‘ traditionell über die das Problem einer positionalen oder dispositionalen Unterbietung gesellschaftlicher Standards hinausging. „Rather, they redressed the moral value of society as a whole“ und wurden dabei den komplexen gesellschaftlichen Verortungen und Bedingungen enthoben und zur Frage eines mangelnden individuellen Willens, einer falschen Einstellung, Vorstellung und Haltung und vor allem eines Defizits an moralischer Führung und Erziehung (siehe dazu Brezinka et al. 1978) Micha Brumlik (1996: 260) hat den Bezug auf die Pädagogik in Phasen, in denen ein ‚konservativer Zeitgeist‘ vorherrscht wie folgt zusammengefasst. Das Erstarken des Konservatismus hat „einer von der Öffentlichkeit längst abgeschriebenen Wissenschaft eine zweifelhafte Scheinblüte beschert. Nach bis vor kurzem auch nur das Nennen der Berufsbezeichnung ‚Pädagoge‘ beim geselligen Beisammensein aufgeklärten Zeitgenossen allenfalls ein mitleidiges Lächeln hervorzubringen vermochte, kann es jetzt gar nicht mehr pädagogisch genug zugehen. Wie ein Spuk ist das postmoderne ‚Anything goes‘ verschwunden, sind Erziehungswissenschaftler auch für Wochenmagazine wieder wichtige Gewährsleute. [...Die ganze Debatte Reduziert sich dabei auf] die Frage wie erzogen soll [... Eine solche Reduktion] führt nicht nur zu Rückschritten in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme, sondern auch zu einer Regression im Bewusstsein der Freiheit, genauer: zu einer besorgniserregenden Aushöhlung des liberalen Hintergrundkonsenses dieser Gesellschaft“.

<sup>86</sup> Dieses Konzept wird eng mit der ‚moralischen Vision‘ von Douglas Hurd verbunden

<sup>87</sup> Die Korrespondenzen zum bayrisch-sächsischen ‚Gemeinwohlunternehmer‘ sind keinesfalls zufällig

<sup>88</sup> Der Gemeinwohlunternehmer bei Beck (2000) ist „eine Mischung aus Bill Gates und Mutter Theresa“.

zusammenleben, sondern „the confusion of society with the state as the helper of first ressort“ (Thatcher 1993: 626f). Auch wenn die inhaltlich-politischen Positionen der Befürworter eines ‚aktivierenden Staates‘ keinesfalls immer mit dem Gesellschaftsbild der britischen Konservativen und sozialen Visionen à la Thatcher übereinstimmen, findet der Rekurs auf den Kern der von ihnen vorgebrachten neo-sozialen Rationalität - der Engführung von Eigenverantwortung und interpersonalem Gemeinsinn, die zusammengenommen das darstellen sollen, was ‚Gesellschaft‘ ausmacht - eine außerordentliche Verbreitung. In der sozialdemokratischen Fassung lautet diese Erkenntnis dann: „Without responsibility there is no society“ (Blair 1993: 3f, vgl. Schröder 2000a, Schröder/Blair 2001) - Eine Neufassung von ‚Gesellschaft‘ als politisch zu regulierende Entität, die als eine Art ideologisches Kernelement fortgeschritten liberaler Regulationsstaaten betrachtet werden kann.

Aus der Sicht ihrer ‚linken‘ und ‚rechten‘ Befürworter stellt die stärkere Betonung und politische Förderung und Forderung von Verantwortung und Gemeinsinn nicht nur ein wesentliches Element zur Kompensation des Umbaus bzw. Rückzugs des Sozialstaats, sondern zugleich ein *normatives Mittel* dar, um eine ‚zivilitäts-‘ und ‚humanitätsgefährdende‘ ‚Desintegrationsproblematik‘ in fortgeschritten liberalen Gesellschaftsformationen wirkungsvoll zu bekämpfen (dazu: Bieling 2000, Giddens 2001, Heitmeyer 1997, Honneth 1994, 1994a, Lange/Karsten 2002). Auf einer akademischen Ebene bringt etwa - der des Konservatismus unverdächtige - Wilhelm Heitmeyer, die neo-soziale Problemwahrnehmung auf diese griffige Formel:

„Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit; - je weniger Gleichheit, desto mehr Konkurrenz; - je mehr Konkurrenz desto weniger Solidarität; - je weniger Solidarität; desto mehr Vereinzelung – je mehr Vereinzelung, desto weniger soziale Einbindung; - je weniger soziale Einbindung, desto mehr rücksichtslose Durchsetzung“ (Heitmeyer 1994: 64).

‚Desintegration‘ bezeichnet dabei eine „Abnahme von sozialer Verantwortung [...und eine] Zunahme von Gleichgültigkeit über die Folgen des Handelns“ (Heitmeyer 1992: 119). Sie ist in diesem Sinne primär ein Moment interpersonaler Handlungen, Beziehungen und Einstellungen, weniger eine Frage makrosozialer gesellschaftlicher Organisation<sup>89</sup>. Als Form der Bearbeitung von ‚Desintegration‘ bzw. eines ‚desintegrativen Individualismus‘, wird der integrative Aspekt, den ein in seiner Substanz angegriffener Wohlfahrtsstaat nicht mehr zu leisten in der Lage sei, im Wesentlichen auf der Ebene intersubjektiver Vergesellschaftungsmustern verhandelt, die in ihrer programmatischen Konstitution erhebliche Korrespondenzen zu jenen Formen enger, normativer gesellschaftlicher Bande aufweisen, die Emile Durkheim als ‚mechanische Solidarität‘ analysiert hat.

Gleich ob sie sich primär auf Kompensationen von Marktversagen oder auf die moralischen Disruptionen fortgeschritten liberalen Gesellschaften beziehen, folgen die diversen Formen neo-sozialer Strategien in dieser Hinsicht einem gemeinsamen ‚Dispositiv‘ (vgl. Kessl/Otto 2002), dass sich als ‚Aktivierung sozialen Kapitals‘ beschreiben lässt. Auf der Ebene sozialpolitischer Regulation wird eine Erhöhung des ‚Sockels‘ an sozialem Kapital der zivilen Gesellschaft (vgl. Putnam 2000), zu einer umfassenden „sozialpolitischen Strategie der Kompensation desintegrativer Tendenzen der Moderne

---

<sup>89</sup> Dies ist eine Differenz zum verwandten Begriff der Anomie bei Durkheim, die primär einen gesellschaftlichen Zustand und weniger individuelle Dispositionen bezeichnet.

erklärt, oder anders gesagt: zur Vergesellschaftungsstrategie des Spätkapitalismus erhoben“ (Kessl 2000: 20).

Die gleichzeitige Aktivierung sozialen Kapitals und Responsibilisierung einzelner Akteure durch einen ‚aktivierenden Staat‘ unterscheidet sich von einem ‚unternehmerischen Individualismus‘ - als dem prototypischen Leitbild des Neo-Liberalismus - dadurch, dass der ‚Unternehmer seiner Selbst‘ durch eine ‚mechanische‘, durch einen Rekurs auf eine übergeordnete auf Gemeinsinn und Verantwortung verweißende Moralität gekennzeichnete Form ‚sozialer Solidarität‘ in einem gewissen Sinne ‚re-sozialisiert‘ werden soll. Diese kommunitär-aristotelische Moralität – z.T. als ‚Neo-Republikanismus‘ bezeichnet (vgl. Cohen 2002) – divergiert nicht nur deutlich dem eher funktionalistischen ‚Soziologismus‘ des fordistisch- interventionstaatlichen Gesellschaftsprojekts, sondern steht auch in scharfem Kontrast zu der rationalistischen Sterilität des ‚neo-liberalen‘ bzw. ‚konsumeristischen‘ Diskurses (vgl. Clarke 1998, Harris 1999).

Das ‚Neo-Soziale‘ ist ein ent-universalisiertes und re-lokalisiertes Konzept des Sozialen. Vom neo-liberalen Diskurs unterscheidet es sich primär dadurch, dass es die Vorstellung eines ‚freischwebenden‘ Rationalegoisten (‚methodischer Individualismus‘ vgl. Fine 1999) der neo-klassischen Ökonomie zurückweist. Der Unterschied zur ‚sozial-liberalen‘ Form des ‚Sozialen‘ besteht darin, dass das Soziale auch jenen Bereichen, in denen es primär eine Garantie wohlfahrtsstaatlicher Rechte darstellte, in eine Quelle von Autorität und Verpflichtung umformuliert wird (vgl. Stenson 2001, Lund 1999). Die ‚neo-soziale‘ Perspektive setzt dabei an einem vermeintlichen

„Gegensatz von subjektiven Rechten, individueller Autonomie und Gemeinwohl an. [...Entsprechend liegt] der Schwerpunkt weniger auf der sozialen und Verteilungsgerechtigkeit [...sondern im Gegenteil] auf Eingrenzung der disruptiven Kräfte subjektiver Rechte [...] Die mit Autonomierechten und dem Privileg der Entfaltung individueller Identität ausgestatteten Subjekte erscheinen nicht nur ‚rücksichtslos‘ in der Durchsetzung ihrer Interessen hinsichtlich der Beachtung des Gemeinwohls, sondern auch als disengagiert und bindungslos“ (Karstedt 2001e: 1004).

Das Modell des aktivierenden Staates als eine Mischung bzw. Addition von ‚neoliberalen‘ Topoi mit den Ideen einer kommunitaristischen Bewegung in der Tradition von Etzioni und Putnam und ‚verschlankten‘ Resten des ‚fordistischen‘ Sozialstaats (vgl. Jordan/Jordan 2000, Dahme/Wohlfahrt 2002) kann demgegenüber als Generierungsversuch einer mit dem ‚nachfordistischen‘ Akkumulationsregime kompatiblen Regulationsweise verstanden werden. Probleme der Sozial- wie Systemintegration werden dabei in einer Weise verknüpft in der ein durch einen Rückgriff auf eine harmonisierte und idealisierte Gemeinde- und Gemeinschaftsorientierung (vgl. Hughes/Mooney 1998, Brumlik 1999a) eine Ordnung ‚simuliert‘ wird (vgl. Kreissl 1987, Söffner 2000), die als ein Hort einer ‚nicht-institutionalisierten Solidarität‘ an die Stelle der Abhängigkeit von sozialen Sicherheitssystemen treten soll (vgl. Zoll 1994: 85). Dabei gerät zunehmend eine gemeinschaftsbezogene kulturell-solidarische Integration – bzw. soziale Integration durch geteilte Werte und Werterfahrung (vgl. Archer 1996) - als primärer gesellschaftlicher Ordnungsrahmen in den Mittelpunkt (vgl. Groenemeyer 2001), in der die gesellschaftliche Teilhabe, vor allem aber die soziale Teilnahme (vgl. Kessl 2000, 2001b) der Akteure weniger durch die ‚institutionelle Materialität‘ des Staates als ‚Kristallisationspunkt von Klassenbeziehungen‘ (vgl. Poulantzas 1978, Hirsch 2002), sondern primär durch die

„sozialintegrativen“ Momente der Kulturation, Platzierung Interaktion und Identifikation gewährleistet werden soll (vgl. Esser 1999, siehe auch Böhnisch 1994, 1999).

Als ein Heilmittel für die verstärkt sichtbar werdenden ‚spätkapitalistischen‘ (Legitimations-)Krisen (vgl. Habermas 1973) bieten sich diese Strategien sowie die parochialisierende Rekonstitution des gesellschaftlichen Ordnungsrahmens nicht nur in ökonomischer, sondern auch in sozialer, kultureller, politischer und symbolisch-ideologischer Hinsicht durchaus an:

„Sie lindern die fiskalischen Probleme des Wohlfahrtsstaates durch Rekommunalisierung sozialer Dienste, sodass statt teurer staatlicher Leistungen die Quellen der Selbsthilfe wieder angezapft werden. Sie reagieren auf die Legitimationskrise, indem sie die Kommune als Bezugsrahmen politischer Entscheidungen wieder einführen und damit das Gefühl politischer Partizipationsmöglichkeiten vermitteln. Gegen politische Entfremdungserscheinungen wird hier reagiert mit der Erzeugung des Eindrucks, dass eine zentralisierte, bürokratisierte und anonyme Staatsadministration einige der von ihr monopolisierten Entscheidungskompetenzen an die lokalen Träger zurückgibt. Und schließlich lässt sich mit der Wiederbelebung der Gemeinde auch ein neuer Sinnhorizont erzeugen der die individuellen Motivationskrisen lindern helfen kann. [...] Jedoch bleibt diese Gemeindeorientierung eine simulierte Ordnung, da die] materielle und symbolische Reproduktion [...] hier nicht mehr in der traditionellen Art synchronisiert [sind] und die Kommune als ökonomische Einheit nicht mehr koextensiv mit sozialen und symbolischen Strukturen<sup>90</sup>. Das Hauptproblem ist nicht mehr die materielle sondern die symbolische Reproduktion. Mit anderen Worten: die Probleme, auf die mit Ansätzen gemeindenaher Strategien reagiert werden soll, [...] werden], obwohl sie aus ökonomischen Entwicklungen erwachsen, auf der Ebene der symbolischen und sozialen Ordnung angegangen“ (Kreissl 1987: 276).

Eine solche Simulation ist mehr als ein bloßer nostalgischer Rekurs auf die sozio-historisch anachronistischen Idee einer ‚guten Gemeinde‘. In der Gesamtschau stellt die Betonung endogener lokaler Potentiale, die zunehmende Begrenzung sozialpolitischer Interventionsformen auf einzelne Quartiere, das wieder entdeckte Ideal eines ‚selbstständige Gemeinwesen‘ - das ein Minimum gesamtstaatlicher Kosten und Interventionen erfordern soll – und die Konjunktur von Strategien und Programmen, die auf die Aktivierung Einzelner und kleinräumig lokalisierten Gemeinwesen zu Selbsthilfe und Eigeninitiative zielen, eine Abkehr der wohlfahrtsstaatlichen Konzepte räumlicher und sozialer Homogenisierung dar<sup>91</sup> (vgl. Lanz 2000: 43).

Während die Diagnosen von ‚Bindungslosigkeit‘ und soziokultureller Segregation einen Teil der Krise des fordistisch-keynesianischen Regulationsmodus bezeichnen, werden sie im Kontext neo-sozialer nicht nur zum eigentlichen Problem erhoben, sondern zugleich mit der kulturpessimistischen Diagnose verwoben, „dass sozialer Verfall, Desintegration und Atomisierung schon [...]so weit fortgeschritten seien, dass alle Menschen sich zunehmend nur noch als egoistische Individuen verhalten würden.“ (Brumlik 1999a: 1454). Versteht man diese Unterstellung und diese Rechtfertigung einer Umsteuerung der Regulation fortgeschritten liberaler Gesellschaften als eine empirische Frage (vgl. Brumlik 1992) sind Zweifel angebracht. Zwar ist es richtig, dass von den 1950er bis in die frühen 1990er Jahre ein deutlicher Wertewandel hin zu Entfaltungsfreiheit und Selbstverwirklichung konstatiert werden kann (vgl. Klages 1993) - dessen Ursachen jedoch nicht *nur* auf einer dispositionalen Ebene des individuellen Einstellungswandel, sondern auch auf der makrosozialen

---

<sup>90</sup> Nachräumliche ‚Gemeinschaften in modernen Gesellschaften sind wie es Gerald T. Suttles (1972: 59) formuliert „communities of limited liability“ die alles andere als ontologisch ‚alternativos‘ sind, sondern mit anderen Möglichkeiten der Gruppen- und Netzwerkbildung konkurrieren.

<sup>91</sup> Es sei an die ‚Legende‘ des mit dem ‚Neo-Liberalismus‘ verbundenen Begriff der ‚Laissez faire‘ erinnert. Auf die – wenn man möchte ‚sozialpolitische‘ - Frage Colberts ‚Que faut-il faire pour vous aider?‘ antwortet der Kaufmann Legendre: ‚Nous laissez faire‘.



Ebene einer marktökonomischen Freisetzung und eines gesteigerten Zwangs zu Mobilität und Flexibilität liegen (vgl. Braczyk/Heidenreich 1996) - die Krisensymptomatik einer ‚Gesellschaft der Ichlinge‘ (Keupp 2000) ist indes empirisch unhaltbar. So ist der Prozentsatz der Bürger in der Bundesrepublik, die ‚Freiheit und Unabhängigkeit‘ besonders wichtig finden von 1983 bis 1995 von 71,1 % auf 58,0 % *gesunken*<sup>92</sup> (vgl. Duckner 1998: 76). Dabei sind es gerade nicht die ‚sozialpolitisch bedürftigen‘ Akteure, die ‚postmaterialistische‘ bzw. Freiheits- und Autonomiewerte besonders hervorheben (vgl. Inglehart 1989, Schell 2000), sondern vor allem die aufstrebenden Klassenmilieus (vgl. Vester et al. 2001). Wesentlicher als die empirische Basis und ihre pessimistische Interpretation, ist jedoch die sozialtheoretische Einordnung und die sozialpolitischen Folgerungen des Diskurses um einen Gemeinschafts- und Gemeinsinnverlust. In der theoretischen Einordnung – und damit verbunden in der Herleitung der ‚Lösungen‘ – beziehen sich die Analysen weniger auf die Ebenen der Sozialstruktur und der politischen Ökonomie, als vielmehr auf einen einseitig überhöhten Kulturalismus, in dem die Vorstellung einer „dezentral organisierte[n] und normativ integrierte[n] Bürgergesellschaft [...das] implizite Leitbild bildet [...] Im Umkehrschluss konzentriert sich die Krisendiagnose auf die Auflösung gemeinschaftlicher Assoziationen und den Verlust an Gemeinsinn“ (Bieling 2000: 141), bzw. auf „die schwindenden Eigenkräfte der informellen und naturwüchsigen Netze in den kleinen Lebenswelten“ (Rauschenbach 2000a) oder kurz, den ‚Niedergang des sozialen Kapitals‘ (vgl. Putnam 1995, 2000).

Auf Basis dieser Problemdiagnose erscheint der ‚aktive‘ Sozialstaat mit seinen ‚passivierenden‘ Leistungen und seinen Ermutigungen an die Wohlfahrtssubjekte ihrem Eigeninteresse ‚rücksichtslos‘ und auf Kosten der Allgemeinheit nachzugehen (vgl. Fukuyama 1995, Henkin 1990) nicht nur als eine wenig erfolgversprechende Lösung, sondern als Teil des Problems. Die staatliche Regulationsweise, die demgegenüber Abhilfe schaffen soll, deckt sich mit dem Selbstverständnis eines ‚aktivierenden Staates‘: „To effectively build social capital, local government must shift from acting as controller, regulator and provider to new roles as catalyst, convenor and facilitator“ (Warner 1999: 387).

Zusammengenommen finden sich in den neo-sozialen Strategien demnach Verschiebungen in den Regulationsmodi der gesellschaftlichen Organisation und Regierung über die gesellschaftlichen Subjekte, die auf *Remoralisierungen* in der Bearbeitung des Sozialen – im Sinne einer Mobilisierung integrativer gesellschaftlicher Kräfte auf einer ‚moralkapitalbasierten‘ Ebene - verweisen, sowie Prozesse die als eine disaggregierende Rekonfigurierung des Sozialen selbst in ein Moment *des Lokalen* - oder gar *des Individuellen* – zu interpretieren sind.

Die Bedeutung des Sozialen wird zwar nicht abgestritten, sondern möglicherweise im Gegenteil stärker betont als zuvor, aber es wird ein neues Verhältnis von Gesellschaftlichkeit und Tugend (vgl. Brunkhorst 2002) geschaffen, in dem Gemeinschaftssinn, Werte und ‚Bürgertugenden‘ zur Basis der Gesellschaft erhoben (vgl. Michel 1999) und insofern die ‚sozial-liberalen‘ Rationalitäten und Muster der politischen Bearbeitung (vgl. Rose 1996a) der Beziehungen von Produktionsweise und Reproduktionsform verkehrt (vgl. Bieling 2000, Bowles/Gintis 2000). Metaphorisch gesprochen kommt

---

<sup>92</sup> Auch die Ergebnisse des ‚International Social Justice Project‘ zeigen für Ost- und Westdeutschland je eine Verschiebung vom weg von den Werten des Individualismus an (vgl. Wegener/Liebig 1998).

dies dem Versuch gleich die ‚guten Regeln des Spiels‘ durch ‚gute Spieler‘ zu ersetzen. Die nicht der Staat, sondern ‚die lokale Gesellschaft‘ wird als der Ort konzipiert an dem

„soziale Ressourcen mobilisiert werden und soziales Kapital gebildet werden kann. Die Gesellschaft ist nicht nur Ort sozialer Probleme: Das wäre die Perspektive der traditionellen Sozialpolitik. Die Gesellschaft ist auch der Ort, wo soziale Probleme gelöst werden können: Das ist die Perspektive der neuen Sozialpolitik“ (Dettling 2002).

Das alte Leitmotiv des keynesianischen Sozialstaats nach dem ‚schlechte‘ gesellschaftliche Bedingungen ‚Schlechtes‘ – deprivierte, defizitäre, abweichende oder gar bösartige Menschen – hervorbringe, wird durch das genaue Gegenstück ersetzt: die ‚gute Gesellschaft‘<sup>93</sup> als das Aggregat tugendhafter Bürger. In dem Maße wie die Frage des aktiven ‚Mitspielens‘ jedoch zur entscheidenden Demarkationslinie für das Gemeinwohl, das Funktionieren wie für die Organisation der Gesellschaft erhoben wird - und sich damit auch die möglichen und rationalen ‚Spielstrategien‘, die Wahrscheinlichkeiten zu ‚gewinnen‘ oder zu ‚verlieren‘ und letztlich auch das ‚Spiel‘ selbst verändert -, sind sich neo-liberale Befürworter wie ‚neo-soziale‘ bzw. kommunitaristische Skeptiker eines freien Spiel des Marktes – mit ihrem Projekt der Wiederbelebung von Gemeinschaftsdenken unter den Bedingungen moderner Dienstleistungsgesellschaften (vgl. Resse-Schäfer 1996: 3) - in zwei entscheidenden Fragen einig:

„Hatte nicht der Staat dadurch, daß er inzwischen eine Fülle von Aufgaben übernahm, dazu beigetragen, daß sich die ursprünglichen Sozialbeziehungen, in die gegenseitige und solidarische Hilfeleistung eingebettet waren auflösten? Und bestände nicht umgekehrt der sicherste und kostengünstigste Weg zu einer dauerhaften Entlastung und zu einem Ausweg aus der Finanzkrise des Rechts- und Wohlfahrtsstaats darin, diese Aufgaben schlicht an die Gesellschaft zurückzugeben und auf die Funktions- und Erneuerungsfähigkeit eben dieses sozialen Kapitals zu vertrauen?“ (Karstedt 1997: 104)

### III. 7.2 KONTUREN EINES KOMMUNITÄREN ‚NEO-LIBERALISMUS‘

Eine Konsequenz dieser komplexen und in sich selbst spannungsreichen Allianz gegen die Rationalitäten des Sozialstaats (vgl. O’Malley 1999) – bei der sich jedoch in zentralen „strategischen Fragen zeigt [...], dass es eine substantielle Differenz des [Neo-]Liberalismus zum Konservatismus längst nicht mehr gibt“ (Fritsche 1998: 297) - besteht darin, dass in der Konstitution ‚sozialer Probleme‘ die „geistig-moralische Dimension der spätkapitalistischen Gesellschaft“ (Bieling 2000: 152), die in der Geschichte der Konstruktion sozialer Probleme<sup>94</sup> zunehmend in den Hintergrund getreten war (vgl. Groenemeyer 2001), wieder stärker in den Mittelpunkt zu rückt (vgl. Melossi 2000): „Social complexities of many kinds are reduced to a simple choice of either moral responsibility or immoral dependency“ (Yeatman 2000: 8). Dabei werden eher ‚moralisch‘ als ‚technologisch‘ beschreib- und bearbeitbare Phänomene wie von Egoismus, Individualismus, Vereinzelung und Rücksichtslosigkeit weniger – wie es der ‚sozialen‘ Perspektive sozialer Arbeit entspricht - als performativ wahrnehmbare Expression einer zugrunde liegenden positional-dispositionalen Matrix der Akteure gefasst, sondern als eigentliches Problem bzw. als kulturelle Ausdrucksform (zivil)gesellschaftlicher ‚Anomie‘ im engeren

---

<sup>93</sup> Dies ist bezeichnenderweise der Titel des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Jahr 2000.

<sup>94</sup> Diese lässt sich als eine Entwicklung von einer ‚prä-sozialen‘, normativen Fassung sozialer Probleme als Sünde zu ihrer tendenziell ent-moralisierten mathematisch kalkulierbaren Rekonstitution als ‚Risiko‘ beschreiben (vgl. Groenemeyer 2001, Kemshall 2002, Schmidt-Semisch 2002)

Sinne einer ‚Normlosigkeit‘ als „l’absence d’organisation [...] naturelle“ (Dictionnaire de la Langue Philosophique 1976: 35, nach von Sternstein 1991: 25).

Die neo-soziale Kritik an einem entfesselten Markt konzentriert sich vor allem auf den Umstand, dass dieser ‚systemische‘ Prozess induziere, aus denen sich heraus keine soziale Solidarität entwickeln könne, während die eingeforderten substanziellen wirtschaftspolitischen Korrekturen eher bescheiden bleiben (Bieling 2000: 151). In einem gewissen Sinne verhält sich die moralisierende Form der Kritik gegenüber dem Markt, insofern sogar eher als dienlich, dass der, trotz aller Globalisierungsideologie ja keineswegs ‚ortlose‘, Markt gerade auch als ‚flexibilisierter Kapitalismus‘ auf eine flexible soziale Regulation angewiesen ist (vgl. Bourdieu/Wacquant 1999, Hirsch 2001, 2002, Fitzpatrick 2001, Rifkin 2000). Da neo-sozialen Regulationsversuche weniger auf die politisch-ökonomischen und herrschaftstheoretischen Implikationen des Neo-Liberalismus, als vielmehr auf seine desintegrativen Folgewirkungen auf einer symbolischen und sozio-moralischen Ebene zielen, erscheint ihr Verhältnis eher komplementär als antagonistisch<sup>95</sup>: Es besteht eine Art balancierende Allianz zwischen neo-kommunitaristischen und neo-liberalen Elementen in der Regulation post-fordistischer Gesellschaftsformationen (vgl. Jessop 2002). Als Lösung für das Regulationsproblem einer fortgeschritten liberalen Gesellschaftsformation ist der Rückgriff kommunitäre bzw. ‚sozialkapitalistische‘ (vgl. Putnam 2000) ideologieimmanent plausibel. Mit Micha Brumlik (2000) kann von einer Doppelstrategie gesprochen werden, die eine managerielle Ausrichtung der Sozialadministration an Marktimperativen und betriebswirtschaftlichen Rationalitäten mit Strategien einer Revitalisierung primordialer, subsidiärer Lebensgemeinschaften verbindet: „In allen Fällen geht es darum, die steuerlich nicht mehr finanzierbaren, bürokratisch zugeteilten staatlichen, d.h. kommunalen Leistungsangebote kostengünstig, effektiv und flexibel zu gestalten“ (Brumlik 2000: 218). In diesem Kontext sind für politische Entscheidungsträger vor allem Regulationsweisen attraktiv, die auf den an Personen gebundenen Ressourcen kulturelles und soziales Kapital basieren. Dies gilt nicht nur, weil sie nicht-ökonomische<sup>96</sup> Mittel zur Bearbeitung sozialer Verwerfungen und Probleme darzustellen versprechen (vgl. Mayer 2002), sondern vor allem auch weil es im Rekurs diese beiden Kapitalformen möglich scheint, zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben zu unterscheiden.

Ein zentraler Unterschied zwischen den Interventionen eines neo-sozialen Regulationsstaat in das Soziale und den Regulationsrationalitäten des ‚sozialdemokratischen‘ Interventionsstaat liegt nicht nur in der Höhe der benötigten finanziellen Ausgaben<sup>97</sup>, sondern vor allem darin, dass es den fortgeschritten liberalen Regulationsrationalitäten entspricht, sich auf ‚gute‘ Ausgaben im Sinne ‚Investitionen‘ zu konzentrieren (vgl. Kemshall 2002): Während Ausgaben zur Alimentation

---

<sup>95</sup> Pointiert - und personalisiert - formuliert lässt sich Robert D. Putnam als eine Art Robert Owen des flexibilisierten Finanzkapitalismus beschreiben.

<sup>96</sup> Dies erscheint damit als tatsächlich oder vermeintlich kostengünstiges Regulationsmittel

<sup>97</sup> Man beachte hierzu etwa die paradigmatischen Ausführungen von Wilfried Prewo (2002: 5) dem Vorsitzenden der Industrie und Handelskammer Hannover zum Workfare-Modell a`la Koch in Hessen: „The Hesse proposal of replacing the welfare handout with a helping hand in finding a job is not just good policy, but good politics as well. With the Wisconsin model, the CDU, finally, has an effective compassion proposal. Nobody can criticize it for trying to scrimp welfare recipients for money, as a Wisconsin-type reform will, initially, cost more money. The party can claim that it cares for welfare recipients, that it wants to put them back on their feet, not just hand them a check and send them off“.

individueller Bedürfnisse vor allem in Form einer Redistribution von ökonomischem Kapital - als ‚faux frais‘ mit angeblich kontraproduktiven, namentlichen ‚passivierenden‘ Wirkungen die zu einer ‚Abhängigkeitskultur‘ (‚welfare dependency‘) führen würden (vgl. Europäische Kommission 2003, Becker/Löhr 2000, Dettling 2001, Schmals et al. 2002, kritisch: Dahme/Wohlfahrt 2001, Schnur 2000) - weitgehend vermieden werden sollen, werden Investitionen in soziales und kulturelles bzw. ‚Human-Kapital‘<sup>98</sup> als ‚gute‘ Ausgaben, d.h. als rationale soziale Investitionen verhandelt, die einen ökonomischen ‚pay-off‘ versprechen (vgl. Côté 2001, Giddens 1999, OECD 2001, UNESCO 2000). Der Wohlfahrtsstaat wird in so fern in ein „System sozialer Investitionen“ (Dahme/Wohlfahrt 2003: 85) überführt, in dem selbst die Sozialtransfers in zunehmendem Maße weniger und vor allem „nicht automatisch die Form einer monetären Auszahlung annehmen, sondern [...vor allem] auch als ‚investment in human capital‘ annehmen“ (Priddat 2000: 99). Insbesondere der ‚aktivierende Staat‘ bzw. der ‚dritte Weg‘ werden als eine Politik „for a changing world which will build its prosperity on human and social capital“ definiert (Blair, 1998: 20, vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2001): „The top priority must be investment in human and social capital“<sup>99</sup> (Schröder/Blair 2001).

Auf dieser Basis wird einer neo-liberalen Akkumulationslogik eine neo-soziale Regulationsrationalität an die Seite gestellt, die in der Gesamtschau Konturen eines - möglicherweise durchaus stabilen - post-fordistischen Artikulationsmodells darstellen. Eine solche, re-regulierte Form eines „embedded neo-liberalism“ (vgl. Rhodes/Apeldorn 1997) verweist demnach weniger auf einen ‚Tod des Sozialen‘ (vgl. Rose 2000), als vielmehr auf dessen ‚Umbau‘ und eine veränderte politische Rationalität der sozialen Regulation.

Der neo-soziale Regulationsdiskurs widerspricht nur oberflächlich dem zentralen Prinzip des neoliberalen Modells einer ‚Steuerung aus der Distanz‘, das den ökonomischen Zwang in das Soziale integrieren, die Individuen ermutigen „ihrer Existenz eine bestimmte unternehmerische Form zu geben [... und] die Entwicklung von interventionistischen Technologien ermöglich[en soll], die Individuen führen und anleiten, ohne für sie verantwortlich zu sein“ (Lemke 1997: 253). Vielmehr setzt die neo-soziale Logik komplementär zur neoliberalen Rationalität ebenfalls dort an, wo sich der Fokus der Konstitution von Risiken von einer gesellschaftlich verallgemeinerten Verantwortung zu einer Zuschreibung persönlicher, autonomer Verantwortung für die eigene angemessene ‚vorsichtige‘ (‚prudent‘) und ‚vernünftige‘ Lebensführung verschiebt (vgl. O’Malley 1992, 2001), indem sie nicht die mehr die (nationale) *Gesellschaft* im Sinne einer abstrakten, staatlich verfasste und formalrechtlich

---

<sup>98</sup> In den eher sozialtheoretischen Rekonstruktionen wird von einem relativ engen Zusammenhang zwischen beiden Kapitalsorten ausgegangen. Dies gilt nicht nur für die Analysen Bourdieus, dem z.T. berechtigterweise vorgeworfen, zwischen den beiden Kapitalarten nicht klar zu trennen (vgl. Dangschat 1998). Eine ähnliche Engführung findet sich beispielsweise auch bei Glenn Loury (1987: 258), der soziales Kapital vornehmlich als einen Beitrag zum Erwerb von ‚Humankapital‘ fasst und in den Arbeiten von James S. Coleman (1991) bei dem das ‚Humankapital‘ einen wesentlichen ‚Knoten‘ in Netzwerkstrukturen darstellt.

<sup>99</sup> Bereits vor knapp zehn Jahren, argumentierte die unter der konservativen Regierung in Großbritannien eingerichtete Commission for Social Justice bereits nahezu identisch: „The moral and social reconstruction of our society depends on our willingness to invest in social capital. We badly need to mend a social fabric that is so obviously torn apart. Social capital is a good in itself; it makes life possible. But social capital is also essential for economic renewal; the two go together [...] economic prosperity depends not only on economic but also on social resources. Social capital can encourage new investment as well as making existing investment go further; it is the glue that bonds the benefits of economic and physical capital into marginalized communities“ (Commission for Social Justice 1994: 308).

stratifizierte Entität, sondern je konkrete (lokale) Gruppen, als intersubjektiv konstituierte Entitäten, zu ihrer Referenzgröße erhebt<sup>100</sup> und dabei selbst einen Teil jener Rationalität repräsentiert, die darauf zielt „die rechtlich-statuaristische Position der Subjekte durch eine moralisch-ökonomische Autonomisierung aufzubrechen“ (Lemke 1997: 254).

Grade wo die ‚reine‘ Hayek’sche Lehre des Neoliberalismus aufgrund ausgeprägter Schwächen auf der Ebene der Regulation kein stabiles gesellschaftliches Entwicklungsmodell entwerfen konnte, repräsentierten neo-soziale Strategien den Versuch der Artikulation eines ‚Passungsverhältnisses‘. Insofern werden die Logiken des über wirtschaftliche Aspekte hinausreichenden hegemonialen Projekts (vgl. Röttger 1997) ‚Neoliberalismus‘ nicht substantiell in Frage gestellt, insbesondere auch dort nicht, wo ‚Eigennutz‘, ‚Bindungslosigkeit‘, ‚Egoismus‘ und ‚konsumeristische Anomie‘ beklagt wird. Vielmehr ermöglicht eine ‚neo-soziale‘ Regulation spezifische gesellschaftspolitische und staatliche Interventionsmöglichkeiten, die mit den Prämissen des neo-liberalen Prämissen schon alleine in so fern vereinbar sind, dass die Krise des fordistischen Gesellschaftsentwurfs weniger als ökonomische und soziale, sondern vor allem als eine Krise der Normen und Werte verhandelt wird (vgl. Ronneberger 2000: 328, Bieling 2000).

Das neo-soziale Regulationsziel – wie es etwa in einer zur Karikatur überspitzen Form im ‚kommunitaristischen Manifest‘ dokumentiert wird – richtet sich vor allem darauf, die durch den keynesianischen Wohlfahrtsstaat und die soziale Gewährleistung bürgerlicher Rechte und Freiheiten in Mitleidenschaft gezogenen moralischen Verpflichtungen zwischen den Bürgern zu regenerieren: Es geht im wesentlichen darum „eine Ethik zu entwerfen die vom Vorrang des gemeinschaftlichen Lebens vor individueller Selbstbestimmung ausgeht“<sup>101</sup> (Brumlik 2001: 45): „Ask not what your community can do for you“ fasst Lund (1999), den normativen Kern des neo-sozialen Rekonfiguration des Verhältnisses von Rechten und Pflichten zusammen.

Die ‚neo-soziale‘ Neubestimmung des Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft oder genauer, der subjektiver Freiheits- und Autonomierechte und den Erfordernissen des ‚Gemeinwohls‘, kann letztlich nur um den Preis einer Abwertung des *legales Kapital* – insbesondere die verbürgten und sozial gesicherten Rechte jener Minderheiten, deren Lebensführung nicht dem hegemonialen Common

---

<sup>100</sup> In diesem Zusammenhang zeichnen sich Versuche ab, eine ‚gute‘ Zivilgesellschaft ‚von oben‘ einzuleiten, die trotzdem behaupten kann ‚bottom-up‘, Strategien eines Empowerments von Gemeinschaften und Netzwerken zu betreiben (vgl. Hughes 1996).

<sup>101</sup> Dabei werden vor allem drei miteinander verbundene gesellschaftliche Arenen die reformbedürftig betrachtet:

1. Wird der moralische Zerfall ziviler Institutionen wie Familie, Schule und ehrenamtliche Verbindungen beklagt.
2. Wird das Problem ‚zu vieler Rechte und zu weniger Pflichten‘ fokussiert mit dem Ziel dieses Verhältnis umzukehren.
3. Wird die Bedeutung ‚öffentlicher Interessen‘ gegenüber den Partikularinteressen – etwa denen der Gewerkschaften - im politischen Leben hervorgehoben. (vgl. Etzioni 1994, siehe auch Bundesregierung 2002, Schröder/Blair 2001)

Dabei wird eine Art – in ebenso ausdifferenzierten wie klassenstratifizierten modernen Gesellschaften zwangsläufig fiktiver - positiv formulierter ‚volonté general‘ hypostasiert, der die Interessen all jener Gruppen, die diesem Konstrukt nicht entsprechen als ‚Partikularinteressen‘ delegitimiert. Diese vermeintlichen oder tatsächlichen Partikularinteressen sind einerseits die Interessen der (wirtschaftlich) Mächtigen vor allem sind es aber auch die Interessen von Minderheiten und jenen die nicht einem solchen ‚normativen‘ common sense nicht entsprechen. Insofern wird vor allem die Wirksamkeit von Bürgerrechten, konzipiert als liberale Abwehrrechte des Einzelnen - und insbesondere von Minderheiten -, *strukturell* untergraben (vgl. Grundrechtreport 1999). Konnte man sich auf diese gegenüber dem Staat mehr oder weniger berufen, so sie gegenüber dem Rekurs auf den Gemeininn der vor allem jenseits von, oder partnerschaftlich mit Institutionen ‚zivilgesellschaftlich‘ implementiert werden soll, der Tendenz nach wirkungslos.

Sense entspricht - gegenüber dem *moralischen Kapital* einer idealiter engen, homogenen Gemeinschaft, das de facto jedoch auch hier, primär das Kapital des Kleinbürgertums bleibt.

Mit der ‚neo-sozialen‘ Regulierung aus der Basis eher interpersonal eingebetteter als ‚institutionalisierter‘ (vgl. Bourdieu 1997) Formen soziales Kapital geht eine Aufwertung des Machtmittels ‚moralisches Kapital‘ einher, die mit Bezug auf die Mitglieder ‚sozialkapitalistisch‘ konstituierter Gemeinschaften häufig weit reichende - materielle wie moralische - Anforderung stellt (vgl. Portes 1998), die über das legalistisch verallgemeinerte Rechte und Pflichten Verhältnis hinausgeht, wie es durch formelle Gesetzesnormen (vgl. Brumlik 1992) und im Konzept eines wohlfahrtsstaatlich geprägten Bürgerstatus (vgl. Lewis 1998) institutionalisiert ist. In der fragilen Balance des Verhältnisses von Rechten und Pflichten der Bürger werden in den neo-sozialen Regulationsformen die Gewichte auf die Pflichten hin verschoben, denen teilweise keine verallgemeinerten, ‚unkonditionalen‘, ex ante gesetzten Rechte (vgl. Dahrendorf 1995) gegenüberstehen, sondern eher Rechte, die erst durch die aktive und (moralisch) ‚angemessene‘ *Teilnahme* verdient werden müssen (vgl. Kessl et al. 2002).

Diese aktive ‚Teilnahme‘ wird vor allem als eine Frage des persönlichen ‚Ethos‘ bzw. der eigenen Bereitschaft und Willigkeit verhandelt, während die strukturellen Bedingungen der Möglichkeit entweder unreflektiert bleiben oder durch den Rückzug systemischer Kompensationsleistungen - und ihre funktionale wie normative Entlegitimierung (vgl. Stenson 2001) - selbst faktisch untergraben werden (vgl. Karstedt 1997, Brömme/Strasser 2001, Morenoff et al. 2001).

Die implizite oder explizite ‚moralkapitalistische‘ und vor dem Hintergrund der Ignorierung sozialstruktureller Bedingungen der Möglichkeiten faktisch auch ökonomische Orientierung am Kleinbürgertum der Strategien einer Aktivierung ‚sozialen Kapitals‘ als zentraler Integrationsmechanismus droht, wie es Untersuchungen von Brömme und Strasser (2000) nahe legen, zu einer ‚exklusiven Solidarität‘ zu führen. Die Träger ‚bürgerschaftlichen Engagements‘ und

„neuer sozialer Bewegungen [sind] weitgehend in besser gestellten sozialen Schichten verortet. Untersuchungen über Selbsthilfegruppen weisen ebenso klar auf die Überrepräsentation von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen hin. Auch Forschungsarbeiten zu Kooperations- und Tauschringen, Nachbarschaftszentren und Initiativen im Sozialbereich betonen durchweg die ‚Mittelschichtzentriertheit‘ dieser Organisationsformen [... Der] Trend zur Informalisierung bzw. ‚Privatisierung‘ sozialer Beteiligung [...verstärkt einen] weitgehend ersatzlosen Verlust sozialer Integration [...] bei bestimmten Bevölkerungsgruppen“ (Brömme/Strasser 2000: 9, 12, vgl. Newton 1999, Schlozmann et al. 1999, Skocpol/Fiorina 1999)

Da ‚soziales Kapital‘ seinen Wert vor allem aufgrund seines Multiplikationseffekts von anderen Kapitalsorten wie kulturellem oder ökonomischen Kapital erfährt (vgl. Bourdieu 1980, 1985, 1997), verlangen insbesondere ‚leistungsfähige‘ auf informellen Beziehungsnetzen basierende Solidaritätsformen von ihren Mitgliedern regelmäßig individuelle Qualitäten ab, die auf der Ebene kulturellen Kapitals mit hohen Bildungsabschlüssen einhergehen, so dass „Personen mit niedrigen Bildungsqualifikationen kaum Zugang zu diesen Assoziationsformen finden“ (Brömme/Strasser (2000: 12). Gesellschaftliche Stratifizierungen auf der Basis einer ungleichen Verteilung ökonomischen und kulturellen Kapitals werden in dieser Hinsicht durch ‚Sozialkapitalmobilisierungsstrategien‘ insofern noch einmal verstärkt, wie soziales Kapital selbst als Substitut des ‚klassischen‘ Integrationsmechanismus einer Re-distributionen ökonomischer Ressourcen zur Kompensation sozio-

ökonomischer Problemlagen und Bedingung sozialer Inklusion verhandelt wird. In diesem Sinne kommen die Aktivierungsstrategien einer zusätzlichen „Schließung eines Beteiligungspfades gleich, der bisher weniger privilegierte Bevölkerungsgruppen trotz geringem kulturellen und ökonomischen Kapitals eingebunden hat“ (Brömme/Strasser 2000: 13 f).

Über diesen durch die Interdependenz von sozialem, kulturellem und ökonomischen Kapitals begründeten Effekt hinaus, wird durch eine Informalisierung des juristischen Kapitals des Bürgerstatus im Wohlfahrtsstaat als eine als eine symbolischen Dimension sozialen Kapitals zugleich die strukturelle Aufwertung des moralischen Kapitals des Kleinbürgertums in gesellschaftlich hegemonialen Verweisungszusammenhängen induziert. In diesem Sinne lassen sich drei figurative Elemente der, durch die neo-liberale ebenso sehr wie durch die Sozialstaatskritik eines konservativen, politischen Kommunitarismus geprägten, neo-sozialen Strategien zusammenfassen (dazu: Hughes 1996, 1997, 1998, Brumlik 2000, Bieling 2000, Dahme et al. 2003, DeFilippis 2001, Karstedt 2001, Kessl et al. 2002, Ziegler 2002):

1. Die neo-sozialen Regulationsstrategien sind durch einen politisch und moralisch erhobenen Versuch einer Stärkung der Verantwortlichkeiten einzelner Akteure, der ‚traditionellen‘ Familie und einer engen, lokal verankerten, sorgenden Gemeinschaft gekennzeichnet, die zur Grundlage sozialer Kohäsion erhoben werden. Obwohl erkannt und gegen den keynesianischen Wohlfahrtsstaat – und seine Normalitätsannahmen - auch geltend gemacht wird, dass sich die Pluralität und Diversität von Identitäten und Interessen in fortgeschritten liberalen Gesellschaften erweitert hat, soll das soziale Kapital primärer und nähräumlicher Gemeinschaften einen wesentlicheren Beitrag als im bisherigen ‚fordistischen‘ Wohlfahrtssystem leisten, um soziale Risiken einzudämmen und ‚soziale Krankheiten‘ zu kurieren. Die ebenso strukturellen wie qua Praxis realisierten und reproduzierten Herrschaftsrelationen in diesen Gemeinschaften finden dabei ebenso wenig Berücksichtigung wie die Tendenz, dass das ideologisch aufgeladene Idealbild einer konsensualen, vornehmlich auf einer kleinräum-lokalen Ebene zu realisierenden ‚Bürgergesellschaft‘ ihr empirisches Gegenstück häufig in einer moralisch präskriptiven Agenda der sozialen Exklusion subdominanter und ‚abweichender‘ Interessen und Akteure findet.

2. Ein mit diesen Regulationsversuchen eng verbundener Ruf nach Gemeinwohl sowie einer stärkerer Beachtung von Pflichten und moralischen Verbindlichkeiten wird von einer Skepsis gegenüber und einem Abbau von subjektiven Rechten begleitet. Eine systematische Kritik an Eigentumsrechten und der damit verbundenen ungleichen Güterdistribution bleibt dabei jedoch weitgehend ausblendet. Die neo-soziale Alternative zum freien Spiel des Marktes und einem bürokratisch organisierten ‚Wohlfahrtskollektivismus‘ besteht primär in der Etablierung eines, wie es Fitzpatrick (1998) formuliert, ‚market collectivism‘, dessen kollektivistisches Moment sich innerhalb gesellschaftlicher und administrativer Ökonomisierungsprozesse in erster Linie in der Unmittelbarkeit nähräumliche Netze entfalten soll, während sich der ‚Wohlfahrtskollektivismus‘ in einer flexiblen Konditionalisierung und Individualisierung von Rechten und einer Kollektivierung von Pflichten auflöst.

3. Korrespondierend zu dieser halbierten Kritik und Relativierung ziviler und sozialer Rechte lassen sich die neo-sozialen Rationalitäten kaum von Fragen sozialer wie ökonomischer Ungleichheit und

mangelnder Verteilungsgerechtigkeit provozieren (vgl. Brumlik 1995, 2001a, Karstedt 2001e). Stattdessen findet sich eine unzureichende Beachtung oder gar explizite Zurückweisung der Relevanz ökonomischer und sozialstruktureller Bedingungen, die der geforderten aktiven Teilnahme in der ‚guten Gemeinschaft‘ zu Grunde liegen, zugunsten ihrer Rückbindung an die ‚Sozio-Kultur‘ und in diesem Kontext vor allem an die Moralität, an motivationale Willensentscheidungen und den an Ethos der Lebensführung individueller Akteure. Neben einem einseitigen Rekurs einer, auf die Unmittelbarkeit der direkten Lebenswelt disaggregierten, sozio-kulturellen Rahmung dieser Lebensführung als dem ‚sozialen‘ Aspekt der neo-sozialen Regulationsrationalität, wird eine weit reichende persönliche Verantwortung für gesellschaftliche Marginalisierungs- und Deprivationsprozesse unterstellt (Bauman 2000d). Diese werden primär als Ergebnis eigener Passivität interpretiert, die ihrerseits auf moralisch de-qualifizierende Momente persönlicher Unwilligkeit und Verantwortungslosigkeit verweisen. Im Falle ‚unangemessener‘ bzw. ‚abweichender‘ Formen und Muster der ‚persönlichen Lebensführung‘ wird einer Wiederkehr eines ‚gesellschaftslosen‘ Konzepts von ‚moralischer Schuld‘ und ‚Bösartigkeit‘ (vgl. Groenemeyer 2001, Melossi 2000, Peters 1998) der Weg bereitet (paradigmatisch: Bennett et al. 1996) und auch jenseits dispositionaler Unterbietung hegemonialer, normativ-kultureller Standards eine Interpretation gesellschaftlichen Scheiterns als Ausdruck der individuellen Pathologien<sup>102</sup> eines „mangelhaftende[n] oder unvollständigen Individuums“ ermöglicht (Capaldi 1998: 105, vgl. Wilson 1995). Die positionale Unterbietungen sozialer Standards durch ein so repräsentiertes ‚Subjekt‘ – gekennzeichnet durch einen „Charakterfehler, eine moralische Inadäquatheit“ (Capaldi 1998: 105) - lässt sich nicht durch politische und soziale Rechte und eine Redistribution ökonomischer Ressourcen, sondern nur durch eine Form der ‚Sozialpolitik‘ bearbeiten, die sich auf eine Hervorbringung des - wie es Nussbaum (1998) formuliert - ‚Good as Discipline‘ richtet. Das allgemeine Ziel einer solchen Form sozialpolitischer Regulation

„[is to] foster a sense of mutual obligation and [...to] help to realise the moral potentialities of its citizens. [...It] assumes the overwhelming majority of people who claim welfare will act rationally to better the conditions of themselves and their dependants [...and that they are] also motivated by a sense of commitment, and by an acceptance that they have obligations to the communities in which they live. The task of welfare is to foster and enhance this sense of duty, and it should look to do so through persuasion and moral argument. [... Nevertheless it also realizes] that a significant proportion of claimants lack the capacities to pursue their own self interest. In consequence they do not respond to changes in the framework of incentives in the way that the previous perspective assumes. [Thus t]he task of welfare is to compel such people to act in ways that are conducive to their long-term betterment, and hence to the common good“ (Deacon 2002: 1).

### III. 8 JUGENDHILFE ALS INSTANZ DER GEMEINSCHAFTSAKTIVIERUNG UND DES SOZIALRÄUMLICHEN ‚SOLIDARITÄTSMANAGEMENTS‘<sup>103</sup>

Betrachtet man sich diese Logiken unabhängig von den je konkreten Inhalten auf der Ebene ihres Modus Operandi und ihres primär fokussierten Gegenstands, so lässt sich davon sprechen, dass sich neo-soziale Strategen weniger auf die Regierung eines bürokratisch organisierten Sozialstaats als auf

<sup>102</sup> Für diesen Hinweis danke ich Jacqueline Karn, Keele University.

<sup>103</sup> In dieses Kapitel fließen zahlreiche Überlegungen ein, die gemeinsam mit Fabian Kessl und Hans-Uwe Otto entwickelt worden sind..



die (lokale) ‚Governance‘ (vgl. Stocker 1999, 2000) ‚zivilgesellschaftlicher‘ Prozesse und Dynamiken richten. Im Gegensatz zum ‚interventionstaatlichen‘ ‚Government‘, geht es in diesen Strategien zunehmend nicht mehr darum, vor dem Hintergrund einer verallgemeinert gültig erachteten Normalität, die Varianz von Identitäten und Identitätsentwürfen möglichst gering zu halten. Auch die in den Identitätsentwürfen enthaltenen Autonomiepotentiale sollen weniger unterdrückt, sondern in einer bestimmten Weise hervorgebracht und in ein ‚ermöglichendes‘ Arrangement eingebunden werden. Die Eigenkapazitäten der Akteure erscheinen in diesem ‚Regierungsmodus‘ weniger als zu vermeidende Störgrößen, sondern als gewünschte Effekt, die zu einem konstitutiven Mittel neo-sozialer Regulationsstrategien bzw. einem entscheidenden Element der Reichweite und Kapazität (sozial)politischer Steuerungsprozesse werden.

Die optimale Ausnutzung der bestehenden, durch die sozialen Akteure selbst aktualisierbaren Reproduktionspotenziale, rückt damit in den strategischen Mittelpunkt neo-sozialer Interventionen, die sich in so fern weniger auf eine ‚aktive‘ Kompensation sozialer Positionen, auf der Basis von Interventionsmittel, die generalisiert und dispositionsneutral umverteilt werden können, sondern auf eine Ermöglichung von Selbstsorge individueller und kollektiver Akteure konzentrieren. Eine Basis hierfür wird in Versuchen einer Mobilisierung von kulturellem bzw. ‚Humankapital‘<sup>104</sup> (kritisch: Kessl et al. 2002a, Scherr 2002, Klausenitzer 2002) - insbesondere auch in Form des ‚Lifelong Learning‘ zur Steigerung der ‚Employability‘ (vgl. McKenzie/Wurzburg 1998), verbunden mit der Botschaft, dass wer „sich als unternehmerisches Subjekt behaupten will [...] gut daran [tut], rechtzeitig ins eigene Humankapital zu investieren“<sup>105</sup> (Bröckling 2002: 49) – und der Aktivierung ‚sozialen Kapitals‘ als jener ‚zivilgesellschaftlichen Ressource‘ gesucht, von der, so die Behauptung, die Existenz das ökonomische und soziale Wohlergehen von Individuen, Nachbarschaften, Städten und ganzen Ländern entscheidend abhängt.

Beide Kapitalsorten sind inzwischen als die ‚neuen‘, zentralen „Instrumente für Einzelne und Gesellschaften zur Anpassung an immer schneller eintretende wirtschaftliche und soziale Veränderungen“ auserkoren worden sind (OECD 2001 [http://www1.oecd.org/deutschland/well\\_being\\_nations.html](http://www1.oecd.org/deutschland/well_being_nations.html)): „Für den Standort Deutschland“, so etwa Heiner Keupp (1998), „ist die Förderung ‚sozialen Kapitals‘ genauso wichtig wie die Frage nach technologisch-ökonomischer Wertschöpfung“.

In dem Maße wie diese Ressourcen und Machtmittel zu den zentralen Regulationsinstrumenten der sozialpolitischer Regulation avancieren, nähern sich die strukturellen bzw. ‚allgemeinen‘ Interventionsrationalitäten in das Soziale den dispositionssensiblen Interventionsweisen der Sozialen Arbeit insgesamt an. Anders formuliert, wird durch die Aufwertung der als sozialökologisch rückverwiesenen, ‚ortspezifischen‘ (vgl. DaVanzo 1981) und individuierbaren Kapitalformen soziales und kulturelles Kapital zu den zentralen staatlichen Steuerungs-, Interventions- und Machtmitteln,

---

<sup>104</sup> Die Rede von der ‚Wissengesellschaft‘, der ‚New Economy‘ oder des ‚digitalen Kapitalismus‘ ist in ihrer Gesamtschau ein Synonym für das von anderen bereits als ‚Humankapitalismus‘ thematisiert wird. Tatsächlich zeichnen sich alle diese Beschreibungen ‚Projekte‘ und Gesellschaftsdiagnosen dadurch aus, dass sie das Humankapital als ihre zentrale Säule in den Vordergrund rücken (vgl. Gürtler 2001, Moldaschl 2001).

<sup>105</sup> Hier sei auch auf das Konzept der Kontrollgeschäft von Gilles Deleuze verwiesen, der in diesem Zusammenhang davon spricht, dass die permanente Weiterbildung die Institution Schule und die kontinuierliche Kontrolle das Examen ablöse (vgl. Deleuze 1993: 257).

auch die interventionsstrukturelle Logik der Institution des Sozialen, die sich primär dieser Machtmittel bedient, ins Zentrum sozialpolitischer Regulation erhoben: Die Logik der Sozialen Arbeit.

In diesem Zusammenhang erfährt das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Sozialpolitik eine *qualitative* Veränderung, die bereits alleine dadurch induziert wird, dass die Machtmittel auf deren Basis Soziale Arbeit innerhalb des durch die ‚Steuerungsmittel‘ Geld und Recht strukturierten, sozialpolitischen Rahmens des Wohlfahrtsstaates operiert, einen Bedeutungszuwachs und eine stärkere Eigenständigkeit erfahren. Dabei beziehen sich diese Machtmittel weniger auf ein mit gesellschaftlichem Universalitätsanspruch konstituiertes Gebilde des ‚Sozialen‘, sondern reflektieren zunehmend das partikulare, je ‚Lokale‘ als ihre wesentliche Referenzgröße. „Indem sich staatliche Sozialpolitik nun nicht mehr nur der unmittelbaren Konsequenzen marktwirtschaftlicher Prozesse annimmt, sondern sich anschickt, auch solidarische Lebensformen einer wohlmeinenden Stützung und damit Beeinflussung zu unterwerfen“ vollzieht sich, wie Franz-Xaver Kaufmann (1997: 109) ausführt, „etwas Neuartiges oder zumindest Andersartiges als in der herkömmlichen Sozialpolitik. Denn hier sind es nicht nur die Grenzen ökonomischer Mittel und die Reichweite des Rechtes, welche die möglichen Wohlfahrtseffekte in Frage stellen, sondern Eigendynamiken des sozialen Nahbereichs“.

Im Kontext der durch eine sukzessive Verschiebung von Government- zu Governancestrategien induzierten Veränderung der relationalen Relevanzverhältnisse zwischen den Machtmitteln sozialpolitischer Interventionen kann - vermutlich eher noch als vor dem Hintergrund *gesellschaftsstruktureller* Individualisierungsprozesse in einem empirischen Sinne - davon gesprochen werden, dass Soziale Arbeit als eine ‚Gewinnerin‘, wenn nicht von gesellschaftlichen, so doch von sozialstaatlichen bzw. sozialregulatorischen Modernisierungsprozesse hervortritt. Weniger im Sinne ihres professionellen Anspruch als auf der Ebene ihres Gegenstands und ihrer dispositionssensiblen Machtmittel, scheinen die ‚traditionell‘ mit der Sozialen Arbeit verbundenen Interventionsrationalitäten zu jenem „integralen Bestandteil der sozialpolitischen Versorgung“ (Rauschenbach 2000: 473) zu werden, der in der Regel als Indikator für die ‚Normalisierung‘ Sozialer Arbeit selbst angeführt wird. In diesem Kontext ist es gerade nicht ‚erwartungswidrig‘ (vgl. Rauschenbach 2000), dass sich trotz „Deregulierung, Privatisierung und Abbau sozialstaatlicher Leistungen“ auch in den 1990er Jahren ein „überproportionaler [...] Zuwachs an Personal, Aufgaben und Diensten innerhalb der Jugendhilfe und der sozialen Berufe“ zeigt (Rauschenbach 2000: 473 ff, vgl. Züchner 2000). „Die Bearbeitung und Regulierung sozialer Probleme“, so Merten und Olk (1999: 955), „wird in modernen Gegenwartsgesellschaften zu einem erheblichen Teil den sozialen Dienstleistungsberufen überantwortet“. Dieser Prozess ist nicht - oder zumindest nicht mehr - dadurch zu erklären, dass sie von einer informellen an eine an eine staatlich verantwortete und bürokratisch organisierte Form der Bearbeitung abgegeben werden, sondern vor allem auch dadurch, dass der Ort einer staatlich gestalteten bzw. ‚mitgestalteten‘ Bearbeitung solcher Probleme und Risiken in zunehmendem Maße nicht mehr das System einer verallgemeinerten positionsbezogenen Risikoversicherung ist. Stattdessen ist der „social space of welfare“ zunehmend „fragmented into a multitude of diverse pockets, zones, floods, each comprised of a linking of specific persons, organizations, spaces and types of conduct, each with their own dangers and risks“ (Rose 2000a: 192) und weist insofern ein

engeres Passungsverhältnis zu den Interventionsrationalitäten der Sozialen Arbeit auf, als zu denen der generalisierten sozialen Risikoversicherungssystemen.

Diese Entwicklungen stellen keine Besonderheit der Bundesrepublik dar. So führen etwa Jordan und Jordan (2000: 14) aus, dass ausgerechnet die konservative Regierung in Großbritannien parallel zu einer substantiellen Reduktion des Wohlfahrtsstaates dafür gesorgt hatte, dass

„social work's position as an occupation, and local authority social service departments' role in social welfare provision, were consolidated. Although Conservative ministers [...] regularly denounced social workers as ‚loony lefts' and vegetarian wimps [...] their budgets grew and their powers and duties enlarged during the long period of the Thatcher-Major administrations“.

Analoge Entwicklungen lassen sich in nahezu allen fortgeschritten kapitalistischen Ländern beobachten, und zwar unabhängig davon, ob die Expansion öffentlich finanzierter Dienste - wie etwa in den ‚sozialdemokratischen' Wohlfahrtsregimes Skandinaviens - in einem unmittelbar staatlich induzierten Sinne erfolgt oder ob - wie in ‚liberalen' Regimes - vor allem Bedingungen geschaffen werden „that allow the expansion of affordable private services“ (Scharpf 2001: 6).

Versteht man den Rückzug des Wohlfahrtsstaates in erster Line als Rückzug seiner auf den direkt übertragbaren und damit zur Verfügung stellbaren Machtmitteln ökonomisches und legales Kapital basierten kompensatorischen und redistributiven ‚Ausgaben', während ‚Investitionen' in soziales und ‚Humankapital' an Bedeutung gewinnen (vgl. Kemshell 2002, OECD 2001, World Bank 2002), so lässt sich widerspruchsfrei argumentieren, dass ein Wachstum personenbezogener sozialer Dienste nicht trotz, sondern gerade wegen eines solchen Rückzugs zu verzeichnen sein könnte: Während jene die sozialen Sicherheitssysteme, die als ein ‚Aufbewahrungsort' de-kommodifizierter Arbeitskraft verstanden werden *relativ* zum gesellschaftlichen Bedarf *abgebaut* und als eine ‚passivierende' Form der Sozialpolitik - der ‚aktivierende' Form entgegenzusetzen sei (vgl. Oster 2002) - abgelehnt werden, findet gleichzeitig ein *Umbau* der Sicherungssysteme insgesamt statt, der vor allem dadurch gekennzeichnet ist, sich verstärkt auf Aktivierungsstrategien sowie „die Bereitstellung von Bildungs- und Qualifikationsangeboten als Empowerment bzw. als Hilfe zur Selbsthilfe“ (Schaarschuch 1999: 58) zu konzentrieren.

Ein solcher Umgestaltungsprozess sozialpolitischer Regulationsrationalitäten findet seine potentielle ‚Aktivierungsinstanz' vornehmlich in den interventionslogisch ex ante dispositionssensiblen, personenbezogenen sozialen Diensten (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2002, Kessl/Otto 2002) denen eine systematisch bedeutendere Rolle in den neo-sozialen Rationalitäten sozialpolitischer Regulation zukommt. Diese Verschiebung von materiellen Kompensations- zu personenbezogenen Dienstleitungen ist unter anderem unter anderem dadurch kontextuiert, dass

- soziale Ungleichheit zu einer Frage individueller Risiken, ‚Fehlentscheidungen' oder ‚Misskalkulationen' disaggregiert wird,
- sich die neosozialen Strategien eher um die ‚inkorporierte' Bereitschaft, Willigkeit und Kapazität zur ‚aktiven' Selbsthilfe kümmern, als um die um die ‚passive' Versorgung mit materieller Hilfe und
- diese Strategien auch in Bezug auf die Erzeugung sozialer Kohäsion zunehmend weniger nur ‚die Gesellschaft' als solche, sondern vor allem auch kleinräumige und partikulare Gemeinschaften, Netzwerke und Assoziationen fokussieren. Der ‚soziale Raum' wird damit

zwar möglicherweise stabilisiert aber zugleich (lokal) segmentiert und spezifische Arrangements personaler Beziehungen verent.

In diesem Sinne lässt sich von einer diskursiven Reinterpretation und politischen Refiguration des Feldes des Sozialen sprechen, zu deren (sozial)politischen Bearbeitung die Interventionsrationalitäten der dispositionssensiblen sozialen Dienste angemessener erscheinen als ein Ausbau der kollektivierenden, ‚administrativen Solidarität‘ der allgemeinen primären Sicherungssysteme.

Ein wesentliches Moment der neo-sozialen Strategien besteht in einer Disaggregation des Sozialen (vgl. Edward/Stenson 2001), auf die Ebene der Familie, des Verwandten- und Bekanntenkreises sowie einer ‚nahräumlichen‘ lokalen ‚Gemeinschaft‘ (vgl. Bauman 2001) oder wie es Hauke Brunkhorst (1997) formuliert, auf eine ‚Solidarität unter Freunden‘. Unabhängig davon, ob eine solche Form der ‚Kommunalisierung der Sozialpolitik‘ (vgl. Zander 1989: 39) als ‚Sparpolitik‘ von ‚oben‘ oder als ‚deliberatives‘ Projekt ‚unten‘ forciert wird, haben die neo-sozialen Ansätze gemeinsam, dass sie darauf zielen ‚Solidarität‘ - und damit auch eine korrespondierende Form sozialer ‚Normalität‘ - auf einer nicht nationalstaatlichen und bürokratisch organisierten Ebene zu entwickeln und abzusichern. Die ‚fordistische‘ Frage der ‚Systemintegration‘ verliert tendenziell an politisch-regulatorischer Relevanz gegenüber dem Problem der Gewährleistung und Verfestigung der ‚Sozialintegration‘ im Sinne einer personalen Inkorporierung sozialer Regeln und Praktiken in Situationen der Kopräsenz (vg. Böhnisch et al. 1999, Braun 2003, Habermas 1981).

Auf der Ebene der sozialen Risiko- und Problemdefinition gewinnt im Kontext der diskursiven Aufwertung dieses ‚Sozialintegrationsproblems‘ ein Deutungsmuster ‚sozialer Pathologien‘ an Bedeutung in dem die Frage der Bearbeitung von ‚Zerfallsprozessen‘ in den Vordergrund rückt, die sich vor allem in Form eines Rückgangs oder einer ‚Desorganisation‘ *nahräumlicher* Netzwerke und - auf der personalen Ebene der Akteure - als ‚Desorientierung‘, ‚individuell-emotionale Desintegration‘ oder ‚exzessiver Individualismus‘ manifestieren (vgl. Currie 1991, Heitmeyer 1997, Böhnisch et al. 1999, Etzioni 1997).

Politisch-regulatorisch kann zur Erzeugung von ‚Sozialintegration‘ auf unterschiedliche Mechanismen zurückgegriffen werden, im Wesentlichen staatlicher Zwang, individuelle Nutzenkalküle und gemeinschaftliche Bindungen (vgl. Schimank/Lange 2003, siehe auch Etzioni 1961). Während eine Zunahme staatlichen Zwangs - die mit Blick auf ihre Symbolebene durchaus als Versuch der ‚positiven Generalprävention‘ verstanden werden kann, die auf eine normativen Sozialintegration zielt (vgl. Müller-Tuckfeld 1996, Schünemann et al. 1998) – rekonstruiert werden kann, wird die im modernen Wohlfahrtsstaat repräsentierte politische Antwort auf den Anspruchsindividualismus (vgl. Luhmann 1981) restringiert und zurückgedrängt (vgl. Bourdieu 1998, Habermas 1998):

„Der Krise anspruchsbefriedigender Politik qua Steuerstaat korrespondiert auch eine neue Semantik der maßgeblichen politischen Akteure. Der heutige Staat versucht sich energisch von den umverteilenden Staatsaufgaben zu entlasten und sozial- und kulturpolitische Steuerungsaufgaben an die gesellschaftlichen Akteure zurück zu verweisen. Die entsprechende Selbstbeschreibung lautet: „aktivierender Staat“ [...] Diese Neuausrichtung der politischen Semantik [...verweist auf die derzeit] am stärksten forcierten Beitrag der Politik zur gesellschaftlichen Sozialintegration: der Stärkung *gemeinschaftlicher Bindungen*. Der Wohlfahrtsstaat wirkt in dieser Richtung eher kontraproduktiv; er befriedigt vorrangig je individuellen Eigennutz. [...]: Die wohlfahrtsstaatlich sozusagen erkaufte Fügsamkeit der Bürger befriedigt nicht nur deren Bedürfnisse nach kollektiven Sinngebungen nicht, sondern schafft auch noch dazu individuelle Erfahrungen des Sinnverlusts. [...] Zumindest für die sozialintegrative Stärkung

gemeinschaftlicher Bindungen ist [...eine] vergleichsweise Kleinräumigkeit [...] ein wichtiger Vorteil. Da schon der Nationalstaat aufgrund seiner Bevölkerungsgröße in starkem Maße nur als vorgestellte Gemeinschaft durch eine Reihe politischer Rituale und Symbole wirken kann [...] setzt ein Teil der normativen Theorie deshalb auch auf räumliche Einheiten, die weit unterhalb dieser Größe liegen: Die Traditionen einer heimischen Kommune (Stadt, Stadtviertel, Dorf) oder einer ‚Region‘ sollen als neue Sinnstifter Gemeinschaftsgefühle befördern (Schimank/Lange 2003: 11 ff)

Korrespondierend zu diesen Bearbeitungsmechanismen die vor allem auf das sozialintegrative Potential kleinräumig-gemeinschaftsorientierter (vgl. Schubert 2000) Lösungsstrategien verweisen in deren Kontext insbesondere dem sozialen Kapital die Stellung einer zentralen Ressource für Programme der Armutsbekämpfung zugeschrieben wird (vgl. Enquete-Kommission 2002: 78), werden die fokussierten Zerfallsprozesse selbst vor allem als eine ‚Schattenseite der Modernisierung‘ interpretiert. Das ‚Integrationsproblem‘ nach-fordistischer Gesellschaftsformationen ist aus dieser Perspektive nicht als Ausdruck sozialer Teilhabebeschränkungen zu interpretieren sondern in erster Linie als der Ausdruck einer überbordenden Ichbezogenheit (vgl. Keupp 2000) und Anspruchshaltung (vgl. Gross 1990), eines allgemeinen Werteverlustes, einer weit verbreiteten sozialen Bindungslosigkeit (vgl. Bieling 2000: 170) sowie einer Zunahme der individuellen Rücksichtslosigkeit (vgl. Schubert 2000).

In einer solchen – häufig stark kulturalistischen - Deutung der Entwicklungen fortgeschritten liberaler Gesellschaftsformationen wird soziale Desorganisation, bzw. mangelnde soziale Integration im Prinzip mit einem Mangel an sozialem Kapital auf der Ebene der lokalen Gemeinschaft gleichgesetzt (vgl. Harriss/de Renzio 1997) und mehr oder weniger kausalistisch mit einer ganzen Reihe unterschiedlichster ‚sozialer Probleme‘, angefangen bei hohen Kriminalitätsraten (vgl. DeLeon-Granados 1999, Putnam 2000), über Entwicklungsschwierigkeiten bei Adoleszenten (vgl. Furstenberger/Hughes 1995) bis hin zu materieller Armut (vgl. Kingsley et al. 1998) in Verbindung gesetzt.

Dabei sind sich libertäre Individualisten (vgl. Hayek 1976, Nozick 1974) und die kommunitaristischen Kritiker eines ‚possessiven Individualismus‘ (vgl. Etzioni 1995) in einem Punkt einig: die Lösung ihrer unterschiedlichen Probleme ist kein Wohlfahrtsstaat der systematisch soziale Leistungen auf der Basis von Rechtsansprüchen des einzelnen sozialen Akteurs erbringt (vgl. Karstedt 1997). Kern teilen beide Richtungen das Konzept eines Minimalstaates, mit dem Unterschied, dass der ‚politische Keynesianismus‘ gemäß der neo-liberalen Lehre zum quasi autonomen Marktsubjekt und zum selbstsorgenden Unternehmer seiner Arbeitskraft hin aufgelöst werden soll<sup>106</sup>, während in der kommunitaristischen Vision Gemeinschaftlichkeit und Verantwortungsgemeinschaften an die Stelle des sorgenden Staates treten soll (vgl. Lamping et al. 2002)

Verlässt man die libertäre – ‚anarcho-kapitalistische‘ – Philosophie, und richtet den Blick auf die gesellschaftsregulatorischen Prämissen des ‚Neo-Liberalismus‘ als einem ‚politisch-ökonomischen‘ und gesellschaftlich ‚hegemonialen‘ Projekt (vgl. Anderson 1997, Dixon 2000, Jessop 2000, Plehwe/Walpen 1999, Röttger 1997) ist dieser tatsächlich nicht weit entfernt ist von den zentralen Topoi des kommunitaristischen Diskurses (vgl. Fitzsimons 2000): In sozialregulatorischer Hinsicht betonen seine

---

<sup>106</sup> Allerdings reduziert sich auch der ‚neo-liberale‘ Diskurs in seiner Fassung als gesellschaftliches Projekt (vgl. Dixon 2000) nicht alleine darauf, ‚den Markt‘ an die Stelle des sozialen Staates zu setzen (vgl. Fitzsimons 2000).

Protagonisten die Bedeutung der Familie (vgl. Capaldi 1998, Murray 1984) „suggesting it has been duntrodden by welfarism and needs to become both independent and responsible once more“ (Bell 1993: 395) ebenso wie das Potential – ‚rational kalkulierende‘ - Akteure „through intensifying and acting upon their allegiance to particular ‚communities“ (Rose 1996: 61) aus der Distanz zu ‚regieren<sup>107</sup> (dazu: Murray 1990).

Aus der Perspektive der kommunitaristischen Kritiker eines ‚possessiven Individualismus‘ geraten die staatlich garantierten, individuellen Ansprüche – auf denen die ‚pastorale‘ ‚Omnes et Singulum‘ Technologie basiert, durch die Förderung des Wohlergehens des Einzelnen, die Wohlfahrt von allen zu verbessern (vgl. Foucault 1981) - in die Kritik. Im Gegensatz zum ‚Neo-Liberalismus‘ wird dabei jedoch keine Vorstellung des rational kalkulierenden Einzelnen promoviert, sondern im Gegenteil, die weitreichende Gewährung von Rechten und Ansprüchen vor allem als eine „staatlich exekutierte Ersatzsolidarität“ angeprangert, weil sie sich „als Deckmantel über die Verantwortungslosigkeit der gesellschaftlichen Akteure“ gelegt hätte (Arlt 2002), der Selbstdisziplin und Selbsthilfe abträglich sei und in eine Versorgungsmentalität sowie eine ‚individualistische Selbstauflösung‘ (vgl. Hoffmann-Nowotny 1995) und damit in eine Zerstörung familialer und solidarischer Werte und eine Unterminierung kommunitärer Strukturen (vgl. Yankelovich 1996, Thurow 1996) gemündet wäre (kritisch: Jones/Novak 1999, Karstedt 2001): Sie hätte damit auf der institutionellen Ebene wie in Bezug auf die moralische Verfassung der Gesellschaft gleichermaßen zu disruptiven Konsequenzen geführt (vgl. Gross 1990, Sass 1990).

Zumindest jenseits des rein fiskalischen Arguments für den Abbau von Sozialleistungen, ist die Dominanz beider Kritiklinien jedoch kaum durch die empirische Überlegenheit ihrer Deutungsmuster und gesellschaftsanalytischen Prämissen begründet. Folgt man den wesentlichen Untersuchungen zur unterstellten Legitimationskrise des Sozialstaats und der passiven Verantwortungslosigkeit der Leistungsadressaten, so lässt sich feststellen, dass „die sozialen Milieus das sozialstaatliche Modell der Bundesrepublik immer noch zu gut 80 % gutheißen (nur das konservative Milieu liegt mit 60 % etwas niedriger)“ (Vester 2002: 116, vgl. Alber 2001a, Roller 2000, Vester et al. 2001). Auch über diese symbolische Ebene der Legitimation hinaus, ist weder das unterstellte Ausmaß der Ineffektivität und Dysfunktionalität des Wohlfahrtsstaates, noch die Behauptung, dass eine Versorgungsmentalität und Wohlfahrtsabhängigkeit der Akteure ein vorherrschendes Muster unter den ‚Wohlfahrtsrezipienten‘ sei, empirisch haltbar (vgl. Prein/Buhr 1998, Leisering/Leibfried 1999): Der „Affekt gegen einen ‚wuchernden Fürsorgestaat“ ist, wie es Michael Opielka (2002) formuliert, möglicherweise „mit Kant [...] aber nicht mit der Wirklichkeit abgesichert“.

---

<sup>107</sup> Diese Form der Responsibilisierung ist offensichtlich auch in Bezug auf eine marktförmige Umgestaltung personenbezogener sozialer Dienstleistungen insbesondere hinsichtlich einer ‚Effizienzorientierung‘ – „je kürzer eine soziale Hilfe ist und je weniger Professionelle tätig werden, desto effizienter, d.h. desto kostengünstiger ist sie“ - sowie dem Versuch einer Vermeidung dass sich „eine ineffektive und ineffiziente Abhängigkeitsbeziehung zwischen Klientensystem und Hilfesystem entwickelt“ (Kleve 2001: 33) sehr anschlussfähig. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des Versuchs „so effektiv wie möglich die lebensweltlichen Ressourcen und Netzwerke der Klientinnen und Klienten, etwa Freunde, Verwandte oder Nachbarn, für mögliche Hilfeleistungen zu aktivieren. Alles das was auch von Laien an Unterstützung angeboten werden kann, soll nicht von Professionellen übernommen werden. Den Klientinnen und Klienten soll im Prozess der Hilfe ein Maximum an Unabhängigkeit und Selbstverantwortung bewahrt bleiben. Die professionellen Case Managerinnen und Manager haben in diesem Zusammenhang die Funktion der Koordination“ (Kleve 2001: 33).

Unabhängig vom empirischen Gehalt der Argumente einer ‚neo-sozialen‘, ‚neo-liberalen‘ und ‚neo-konservativen‘ Kritik sind vor allem den wohlfahrtsstaatlich verankerten individuellen Rechtsansprüchen von beiden Seiten der hegemonialen ‚Grundlagentheorien‘ für die zeitgenössische Entwicklung der sozialpolitischen Regulation diskreditiert worden. Gegenüber den quasi-universalistischen legalkapitalbasierten Ansprüche setzt die ‚neo-liberale‘ wie die kommunitaristische Perspektive die Verantwortung des Einzelnen sowie eine prinzipielle Favorisierung des sozialen Kapitals familialer, nachbarschaftlichen und anderer kleinräumig assoziativer Netzwerke (vgl. Esch et al. 2001, Evers et al. 2000, Olk 2000, Putnam 2000, ‚Zukunftskommission Gesellschaft 2000‘ 1999).

Vor allem die ‚nahräumlichen‘ Gemeinschaften bilden die Entitäten auf die jene Versuche einer Aktivierung und Mobilisierung von Eigenaktivität, Selbsthilfe und -verantwortung für die eigene und gemeinschaftliche Lebensgestaltung zielen, die an die Stelle staatlich-administrativ organisierter und gewährleisteter kollektiver Sicherungen und gesellschaftlicher Teilhabe treten sollen. Selbst noch im ‚Aktionsprogramm zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung‘ der Europäischen Kommission wird als eines der wesentlichen institutionellen Konzepte die „Förderung der Entwicklung lokaler Gemeinschaften, um die Einbindung und die Handlungskompetenz ausgegrenzter Menschen zu stärken und soziales Kapital aufzubauen“ (Europäisch Kommission 2002: 6) empfohlen<sup>108</sup>.

Das ‚soziale Kapital‘ dieser nahräumigen Gemeinschaften und der als lokale Einheiten kartographierten Gemeinwesen<sup>109</sup> soll das (sozial)integrative Vakuum fortgeschritten liberaler Gesellschaftsformationen kompensieren, soziale Kohärenz stiften und schließlich auch - je nach Perspektive als Haupt- oder Nebeneffekt - die informelle soziale Kontrolle erhöhen beziehungsweise formelle Kontrollkapazitäten entlasten<sup>110</sup> (vgl. Currie 1991, Lea et al. 1988, Schubert 2000). Nicht zuletzt weil neben kulturellem Kapital insbesondere das soziale Kapitals die basale Ressource bzw. das zentrale Machtmittel ihrer Interventionen personenbezogener sozialer Dienste darstellt, erfährt mit der verstärkten Gemeinschaftsorientierung und dem Versuch einer Gemeinschaftsmobilisierung als Mittel der Erzeugung sozialer Kohäsion, ein - bereits im Kontext der Jugendbewegung und dem Elberfelder System zur kommunalen Armenunterstützung explizit grundgelegtes - grundlegendes *sozialpädagogisches Handlungsprinzip* eine sozialpolitische Aufwertung (vgl. Kessl 2001, Kessl/Otto 2002a, Dahme/Wohlfahrt 2003). Diese Aufwertung geschieht allerdings vor dem Hintergrund, dass

---

<sup>108</sup> Dass seit 2000 laufende Förderprogramm ‚Lokales Soziales Kapital‘ der Europäischen Union – nach einer Modellprojektphase seit 2002 als ‚Lokales Kapital für soziale Zwecke - LOS.de‘ in der Bundesrepublik etabliert - , dass sich primär an ‚Sozialräume‘ richtet die „durch innerstädtische Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit, soziale Brennpunkte, Ausgrenzung von Minderheiten [...] und Armut“ beschreibt seine Strategien und Ziele wie folgt: „In ausgewählten Gebieten in Europa soll durch diese Aktion das soziale Kapital einer Nachbarschaft, eines Kiezes, eines Bezirkes gestärkt werden. Zum sozialen Kapital gehören zum Beispiel Netzwerke unter den Bürgern, gemeinsame Werte, nachbarschaftliche Bindungen und gegenseitiges Vertrauen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass wirtschaftliche Entwicklung dort gedeiht, wo soziales Kapital vorhanden ist. Arbeitslosigkeit bedeutet, dass Ressourcen und Potenziale brach liegen und nicht für die gesellschaftliche Entwicklung genutzt werden. Soziale Ausgrenzung ist nicht nur eine der Folgen der Arbeitslosigkeit, sondern inzwischen auch eine ihrer Ursachen. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts soll bewirken, dass der Kiez oder die Nachbarschaft dieses Potenzial wieder für die wirtschaftliche Entwicklung nutzbar macht“ (MircoPolis 2000).

<sup>109</sup> Solche Kartographierungen geschehen etwa durch sogenannte ‚Sozial-‘ oder ‚Kriminalitätsatlanten‘ (vgl. Kabisch et al. 1997, Stadt Heidelberg 2000)

<sup>110</sup> Ganz allgemein formuliert sich eine häufige und enge Beziehung zwischen den Mitgliedern einer Gruppe bzw. eines Netzwerks die unmittelbare Beobachtbarkeit und Sanktionierbarkeit von Abweichlern (vgl. Coleman 1988, Portes/Sensenbrenner 1993).

auch der *Erbringungskontext* personenbezogener sozialen Dienstleistung Jugendhilfe selbst auf den sozialen und lokalen Nahraum primärer Gemeinschaften herunter transformiert wird. Dabei lässt sich zwar argumentieren, dass eine ‚Aktivierung‘ bzw. Erhöhung von Selbststeuerungskompetenzen, Hilfe zur Selbsthilfe, Überwindung von Abhängigkeit etc. ‚von je her‘ den Raison d’Être Soziale Arbeit darstellt (vgl. Cruishank 1999, Kessl/Otto 2002), der entscheidende Unterschied einer ‚neo-sozialen‘ Figuration dieser Denk- und Handlungsrationalität besteht jedoch darin, dass an die Stelle einer Kultur- und Sozialkapitalproduktion - sowie gegebenenfalls auch den ‚klassischen‘ Bemühungen einer Gemeinschaftsorientierung (vgl. Natorp 1899) bez. Versuchen einer ‚Gemeinschaftsaktivierung‘ (vgl. Oelkers 1991, Kessl/Otto 2002a) - *innerhalb* der ‚Regierung des Sozialen‘ sukzessive eine sektoralisierte ‚Governance‘ des gemeinschaftlichen Nahraums selbst tritt (vgl. Pavlich 1999).

Nicht der einzelne Akteur, sondern in wachsendem Maße der ‚Sozial-‘ oder ‚Nahraum‘ als solcher wird zu entscheidenden Bezugsgröße der Interventionsrationalitäten (vgl. BMSFSJ 2000, ISA 1999). Insofern damit auf der Ebene der Akteure zugleich eine partikulare ‚lebensweltliche‘ ‚Sozialintegration‘ zur *Substitution* einer quasi-universellen rechtsförmigen ‚Systemintegration‘ konzipiert wird, werden die sozial-topographischen, ethischen, ethnischen und kulturellen Grenzen, die eine administrative, durch den sozialen Staat organisierte Solidarität tendenziell nivelliert hatte wieder re-installiert:

„Wenn die Praxis der Solidarität sozialstaatlich nicht abgesichert würde, bliebe das Maß der jeweils im Einzelfall gewährten Hilfe von individuellen Umständen abhängig. Mitglieder starker Gemeinschaften könnten auf umfangreichere Hilfe rechnen als Mitglieder schwächerer Gemeinschaften oder Außenseiter. Die Praxis der Solidarität wäre von den Zufällen der individuellen Situierung abhängig“ (Nida-Rümelin 2000: 346).

Darüber hinaus bleibt die Verschiebung der Gewichte zwischen einer rechtsförmigen System- und einer nahräumlichen Sozialintegration für den Status der Adressaten Sozialer Arbeit auch alleine deshalb nicht ohne Konsequenzen, weil diese Verschiebung eine (Re)Substitution des ‚legalen‘ durch ‚moralisches Kapital‘ impliziert. Das heißt in diesem Fall, eine Ersetzung des idealtypisch und formal für jeden Einzelnen *gleichen Rechts* durch ein weder verallgemeinert durchsetzbares noch prima facie bedingungsloses und für alle Akteure gleiches ‚flexibles Gefühl der Sympathie füreinander‘ (vgl. Rorty 1993), auf dem die hierbei fokussierte, vor allem normativ definierte Form ‚sozialen Kapitals‘ – als „a person’s or group’s sympathy or sense of obligation toward another person or group“ (vgl. SCICG 2000: 580) - basiert. Das Problem der Sympathie oder gar des *Mitleids* - als jener Emotion, auf die Schwache und Hilflose jenseits von verbürgten Rechtsansprüchen hoffen dürfen - besteht nicht nur darin, dass sie schon alleine deshalb keinesfalls mit *Recht* - als der institutionalisierten und formal garantierten Form von Gerechtigkeit - auf einer Ebene liegen, weil sie nicht verbindlich eingefordert und durchgesetzt werden können, sondern dass sie, wie Tugendhat (1993: 43f) ausführt, „in ihrer Reichweite begrenzt [sind: S]ie sind von Person zu Person unterschiedlich, es gibt auch die entgegengesetzten Gefühle des Sadismus und der Schadenfreude, und – am wichtigsten – diese Gefühle enthalten keinerlei Verpflichtung“.

Statt die Bedeutung dieser ‚Sympathie für einander‘ – bereits Emil Durkheim (1988: 109) spricht von „den Sympathiegefühlen [...] deren Quelle die Ähnlichkeit ist“ - durch entmoralisierte und institutionelle Regelungen zu relativieren und zu kompensieren, wird dies durch eine Form sozialer Dienstleistungserbringung, deren Basis eine gemeinschaftsbezogene Aktivierung darstellen soll,



zusätzlich verstärkt. In einer Aktivierung und Mobilisierung der Gemeinschaft und des Gemeinsinns der einzelnen Akteure, als zentralem ‚neo-sozialen‘ Moment der Leistungserbringung wird zumindest implizit das wohlfahrtsstaatliche Versprechens *allgemeiner* und struktureller Integration von dem Maß *spezifischer* soziokultureller Eingebundenheit und *Teilnahme* der Akteure abhängig gemacht.

In diesen Kontext ist es zwar unter Umständen durchaus möglich, dass eine stärker auf die (lokale) ‚Zivilgesellschaft‘ bezogene neo-soziale Form der Sozialen Arbeit, die über einen Konsumentenstatus - wie im Konzept des ‚Klienten‘ oder des ‚Kunden‘ - hinausgehende, produktive Rolle ihrer Adressaten (vgl. May 1997, Schaarschuch 1998) als ‚ermächtigte‘ und ‚müde‘ ‚Bürger‘ (vgl. Olk 2000, Roth 1999) ernster nimmt als in ihrem tendenziell eher ‚etatistisch‘, ‚expertokratisch‘ und ‚bürokratisch‘ konnotierten ‚fordistischen‘ Verständnis, allerdings geschieht dies in einem Kontext, in dem eine implizite Rekonfiguration des Bürgerkonzepts vorgenommen ist. Das - stark Hegelianisch geprägte - Konzept des ‚aktiven Bürgers‘ im neo-sozialen Regulationsstaat soll sich stärker über eine aktive Partizipation in unmittelbar erfahrbaren Gemeinschaften - allen voran der Nachbarschaft und Familie - aktualisieren als in einem quasi-universellen, ‚bedingungslosen‘ Status (vgl. Dahrendorf 1995) angelegt sein, in dem die Bürger zumindest formal als unabhängig von ihren Positionen und Dispositionen gleichermaßen rechtsunterworfenen Träger von gleichen Rechten gefasst werden (vgl. Brunkhorst 2002).

Ein im Kern liberal gestaltetes Konzept, das in einer ‚Republik des positiven Rechts‘ (vgl. Maus 1993: 308 ff) mit Blick auf seine idealtypische Legitimation zwar keinesfalls *ausschließlich* auf der ‚negativen Freiheit‘ (d.h. die negativ bestimmte ‚Freiheit vor‘ Unterdrückung und Zwang) (vgl. Berlin 1987) der Rechtunterworfenen, wohl aber auf dem Vorrang dieser Freiheitsform (vgl. Rawls 1971) basiert und darüber hinaus deren ‚positive‘ Verwirklichung bis zu einem gewissen Grad wohlfahrtsstaatlich sichert (vgl. Preuss 1990), wird dieser Konzeption in ein kommunitär-neorepublikanisches Konzept<sup>111</sup> der ‚positiven Freiheit‘ (‚Freiheit zu‘ etwas positiv bestimmten) (vgl. Bienfait 1999, Taylor 1985) transformiert. Ebenso wie ein eher ‚egalitär-liberales‘ Konzept der ‚positiven Freiheit‘ ist zwar auch das kommunitär-neorepublikanische skeptisch gegenüber der libertären Reduktion staatlich verfasster Gemeinschaften auf die Gewährleistung der ‚negativen Freiheit‘ (vgl. Hayek 1960, Nozick 1999), die Alternative wird jedoch nicht in Form einer Ausgestaltung sozialer Bürgerrechte formuliert. Wie es Fitzpatric (2001: 34) pointiert formuliert, wird stattdess ein anderer Ausweg zwischen den vermeintlichen Alternativen eines ‚Kasernenhofsozialismus‘ und einem strikt marktorientierten Liberalismus gewählt: ein ‚Marktkollektivismus‘ der Pflichten kollektiviert und Rechte individualisiert bzw. ent-universalisiert und zwischen diesen beiden Perspektiven sowohl den liberalen als auch den sozialen Bürgerstatus (‚civil rights‘ und ‚social rights‘) zerreibt. Für den ‚aktiven Bürger‘ (vgl. u.a. Deutscher Bundestag 2002, Giddens 2000, KAS 2001, Kellermann 2001, NMFAS 1998) ist mit der ‚positiven Freiheit‘ weniger die soziale Gestaltung der Bedingungen zur Möglichkeit der Ausübung von subjektiven Freiheitsrechten gemeint, sondern vor allem die Förderung und Forderung der verpflichtende ‚Freiheit‘ zur Selbstsorge und produktiven Teilnahme in der Gemeinschaft. Der einzelne Akteur kann von der positiven Freiheit nicht nur Gebrauch machen, sondern wird dazu verpflichtet

---

<sup>111</sup> Dieses Konzept weicht von den Postulaten ‚Gleichfreiheit‘ liberaldemokratischer Wohlfahrtsstaaten deutlich ab.

diesen ‚essential act of citizenship‘ (vgl. Straw 1998) aktiv nutzen, wenn er seine Ansprüche geltend machen will<sup>112</sup>. Die hierin angelegte Zurückdrängung wohlfahrtsstaatlogischer Zudringlichkeiten und Pateranalysierungen (vgl. Blanke/Sachße 1987), sowie die Repräsentation des ‚Wohlfahrtssubjekts‘ als eine aktiver gemeinschaftsgestaltender Akteur, bilden den Hintergrund vor dem Forderungen nach genossenschaftlichen Ansätzen und einer Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements laut werden. Bis in die 1980er Jahre hinein waren diese Forderungen fast ausschließlich als eine „mehr an Partizipation einklag[ende ...] Alternative zu dem bürokratielastigen und eingriffsorientierten Image der zentralstaatlichen Einrichtungen sozialer Arbeit“ konzipiert (Redaktion Widersprüche 1997: 4). Dieser ‚emanzipatorische‘ Diskurs hat sich inzwischen mit Diskursfragmenten einer ‚neo-sozialen‘ Regulationsrationalität ‚verschränkt‘, in deren Kontext diese Ansätze aus weniger ‚heroischen‘ Gründen angemessen erscheinen: Im Sinne einer ‚sozialen Nahraumorientierung‘ in der Leistungserbringung erscheinen sie nicht nur als Alternativen zu pateranalitischen Eingriffsorientierungen, sondern vor allem auch als (kostengünstige) Alternative zu einem auf ‚aktive‘ Redistribution zielenden, auf der Grundlage von legalem und ökonomischen Kapital basierten kollektivistischen Sicherungssystem des fordistischen Wohlfahrtstaates (vgl. KGSt 1998). In diesem Sinne stellen sie zugleich eine Legitimation für den Abbau staatlicher Sozialleistungen dar (vgl. Brumlik 1998, Office for National Statistics 2001). Mit der Veränderung der Konstitutionsbedingungen des Sozialen als gesellschaftlicher Erbringungskontext, in dem die Jugendhilfe strukturell eingebunden ist, finden auch jugendhilfeimmanente programmatisch-konzeptionelle Umorientierungen statt. In ihrer Gesamtschau verweisen sie auf einen fundamentalen Wandel der Erbringung wohlfahrtsstaatlich organisierter Dienstleistungen. Im Kern geht es dabei um Modelle, die die Jugendhilfe weniger als administrativ organisierte, personenbezogene Hilfeleistung, sondern vor allem als Koordinations- bzw. Moderationsinstanz ‚zivilgesellschaftlicher‘ Selbsthilfebemühungen oder sozialer Bewegungsformen (vgl. Wendt 1993, Nestmann 2001) auf der Ebene des sozialen Nahraums verstanden wissen wollen. Eine ‚sozialräumliche Orientierungen‘ (vgl. BMFSFJ 2000), als der territorial gefassten Ausdruck einer allgemeineren Verschiebung der Orientierung weg von Fragen der ‚Gesellschaft‘ und hin zu einer eng gefassten Orientierung am interindividuellen Nahraum der Adressaten, entwickelt sich dabei zu einer der ideologisch und materiell am stärksten geförderten sozialpolitischen Perspektiven der Jugendhilfe. Diese ist eingebettet in eine weit reichende fachliche wie konzeptionell-strategische Neuausrichtung

---

<sup>112</sup> Der ‚Freiheitsgewinn‘, der in einer neue Balance von Rechten und ‚positiven‘ Pflichten - die im Sinne des Gemeinwohls ‚abverlangt‘ werden - beinhaltet ist, liegt vornehmlich darin, dass der prima facie institutionell gesicherte Raum für Pluralität und Individualität, tendenziell weniger durch - im wesentliche ‚legalkapitalbasierte‘ - ‚pateranalitische‘ und wohlfahrtsbürokratische Zudringlichkeiten (vgl. Blanke/Sachße 1987) in Frage gestellt wird. Allerdings kann unter Freiheitsgesichtspunkten ernsthaft bestritten werden, dass es einen ‚guten Tausch‘ darstellt, wenn - quasi von der anderen ‚positiven Seite‘ kommend - durch die Schaffung von de facto ‚moralkapitalbasierten‘ (Wohlfahrts)Arrangements, eine ‚freiwillige‘ Selbstbeschränkung und die Zustimmung in den partikular-ethischen Geltungsgrund interpersonalen Gemeinschaften konstitutiv vorausgesetzt werden. Zum einen kann argumentiert werden das Recht, bzw. das ‚kollektive Gut‘ legales Kapital, das sich auf Seiten der Akteure in vor von zugestandenen Rechten äußert, per se kein Instrument von Unterdrückung, sondern von Ermöglichung von Freiheit ist (vgl. Ewald 1993). Zweitens ist strittig, in wie weit die präsentierte ‚alternative‘ Gestaltung des Gemeinwesens immanent un- oder zumindest ‚unterdemokratische‘ Elemente mit sich führt. In den positiven Freiheiten des ‚citoyen‘ in Rousseaus Republikanismus beispielsweise, will Fletcher (1975) eine wesentlich Basis moderner Demokratien erblicken, während andere diesen Republikanismus in die Nähe der Gegenauflösung rücken oder ihn gar als eine frühe Wurzel der ‚totalitären Demokratien‘ des zwanzigsten Jahrhunderts analysieren (vgl. Talmon 1961)

der Jugendhilfe, die verstärkt ab den späten 1980er Jahren Einzug in den praktischen wie theoretischen Diskurs der Jugendhilfe hält und etwa seit dem letzten Drittel der 1990er Jahre im Feld der Jugendhilfe eine ‚diskursive Dominanz‘ erreicht.

An zentraler Stelle für die Soziale Arbeit, insbesondere aber für die Jugendhilfe, stehen dabei die Diskussionen um den Achten Jugendbericht. Bereits in diesem strategisch einflussreichen Jugendbericht geht es darum, verschiedene vorgängige Fachdiskussionen um die Potenziale einer ‚Sozialraumorientierung statt quantitativer Flächendeckung‘ (BMJFFG 1990: 183) systematisch zusammenzuführen. Die dabei präsentierte Form der ‚Sozialraumorientierung‘ beinhaltet in erster Linie Fragen, zu administrativen Einheiten und zur Infrastruktur in den jeweiligen Gebieten. Die Kernforderung besteht darin, die „jeweiligen regionalen (örtlichen, lokalen) Besonderheiten von Familien, Nachbarschaften, Stadtteilen, Dörfern u.ä. [...] in der Jugendhilfeplanung zu berücksichtigen und in die Entwicklung [...] mit einzubeziehen“ (BMJFFG 1990: 183). Im Kontext von Überlegungen, die darauf zielen einer ‚regionalen Prioritätensetzung‘ den Vorzug vor ‚flächendeckenden‘ Prinzipien zu geben (vgl. BMJFFG 1990: 183), wird die Forderung nach so genannten ‚Sozialraumanalysen‘ erhoben, bei denen „die Beschreibung einzelner Planungsregionen nach sozialstrukturellen Kriterien“ (BMJFFG 1990: 182) den systematischen Ansatzpunkt darstellen solle. Ein so gefasstes Prinzip der ‚Sozialraumorientierung‘ als „Regionalisierung/Stadtteilorientierung“ (BMJFFG 1990: 182) ergibt sich für die Autoren des Achten Jugendberichts als Konsequenz der ex ante präferierten Konzeption einer ‚Lebensweltorientierung‘, da auch diese „vor allem auf regionale/lokale [...] Veränderung“ ziele (BMJFFG 1990: 202).

In diesem Sinne stellt der Achte Jugendbericht eines der frühen ‚offiziellen‘ Diskursereignisse dar, in dem die „Aufgaben einer lebensweltorientierten Kinder- und Jugendhilfe“ als eine allgemeine, theoretisch intendierte Formulierung der Jugendhilfe (vgl. Füssenhäuser/Thiersch 2001) mit den Erfordernissen einer „Flexibilisierung und Sozialraumorientierung“ (Thiersch 2000: 41) enggeführt werden. In diesem Zusammenhang kann, wie Lothar Böhnisch (2002: 1044f) ausführt, das die 1990er Jahren prägende ‚Metakzept‘ einer ‚lebensweltorientierten Jugendhilfe‘ vor allem als ein ‚Übergangskonzept‘ betrachtet werden, das in eine Bewegung von einer weitgehend unilinear institutionenbasierten Maßnahmeorientierung zu einem nah- und sozialräumlich fokussierten Konzept möglich flexibel und zielgerichtet aktivierbarer sozialer („public-private“) Netzwerke mündet.

In der im achten Jugendbericht grundgelegten Form einer Sozialraumorientierung wird zwar vornehmlich das Moment sozialräumlich sensibler Gestaltungen von infrastrukturellen Maßnahmen gefordert, zugleich wird jedoch bereits hier eine Verschiebung des Fokus innerhalb eines für Institutionen, die auf der Basis von sozialem und kulturellem operieren, typischen Kontinuums von institutionalisierter Infrastruktur und ‚soziokulturellem Milieu‘ (vgl. Gittel/Vidal 1998), als die beiden Pole der Erbringungskontextes, weiter vorangetrieben. Im Kotau einer ‚Orientierung am sozialräumlichen Kontext‘ wird die Aktivierung des soziokulturellen Milieus gegenüber einer institutionell verallgemeinerten Sicherstellung und Kompensation des Mangels an sozialen Kapitals aufgewertet (vgl. Mielenz 2001, Prölß 2002). Damit bringt die

„in den 1990er Jahren aufblühende kommunale Sozialraumdiskussion wie [...] in der Sozialen Arbeit geführt wurde (und heute noch geführt wird) [...vor allem die Hoffnung zum Ausdruck], durch kommunitäre Regulierungen Spaltungen zu überwinden und Segmentierungen aufzulösen. Der raumorientierte, nicht mehr an Einzelschicksalen haftende Diskurs soll einen integrativen Sog erzeugen, in dem *alle* Beteiligung und Gegenseitigkeit spüren“ (Böhnisch/Schröer 2002: 133).

Diese Verschiebung des Fokus<sup>113</sup> harmoniert von Beginn an sehr gut mit der ‚Präventionsorientierung‘ als der wesentlichen ‚Strukturmaxime‘ des achten Jugendberichts. Diese nahezu selbstverständliche Zusammenführung dieser beiden Elemente lässt sich anschaulich am Beispiel des „erste[n] deutschen Qualitätskatalog[s] für die Arbeit im Jugendamt“, dem ‚Dormagener Qualitätskatalog‘ verdeutlichen:

„Frühe und präventive Hilfen<sup>114</sup> von Familien müssen an den Stärken und Ressourcen von Familien ansetzen und nicht an ihren Defiziten und Erziehungsrückständen. Die Entwicklung von partnerschaftlichen Hilfeangeboten im nachbarschaftlichen Umfeld muss daher verstärkt werden. Präventive Hilfen dürfen sich nicht auf den Einzelfall konzentrieren, sondern müssen proaktiv im Gemeinwesen ansetzen [...] Aufgabe von Prävention im psychosozialen Kontext ist es:

1. ein soziales Unterstützungsnetz für Familien zu schaffen, das gegenseitige Unterstützung möglich macht
2. Bindungen in den Familien zu fördern und zu stärken
3. Erziehungs- und Betreuungsressourcen von Eltern zu stärken
4. Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten

[...Wesentlich ist dass Prävention] von Anfang an im Zusammenwirken gesellschaftlicher Gruppen, von Initiativen und Vereinen an der Basis des Gemeinwesens selbst [gestaltet wird]. Auf diese Weise wird ein Perspektivenwechsel der Jugendhilfe möglich, der durch die Stichworte ‚Ressourcenentwicklung‘ sowie Stützung und Vernetzung im Gemeinwesen‘ durch das KJHG gekennzeichnet ist“ (Stadt Dormagen 2001: 31f).

In der weiteren Entwicklung ‚nah-‘ und ‚sozialräumlicher‘ Ansätze in den letzten zehn Jahren ist diese Aufwertung des sozialen Milieus in einer Weise radikalisiert worden, in der „das Milieu zum konstituierenden Faktor für sozialpädagogische Hilfen“ (Wolff 2000: 57) überhaupt aufgewertet worden ist. Zugleich sind die Ansätze selbst zu einem zentralen Bestandteil der dominierenden sozialpolitischen Programmstrategien erhoben worden<sup>115</sup>. Während Böhnisch und Münchmeier (vgl. 1990) zu Beginn des letzten Jahrzehnts einen Paradigmenwechsel für die Jugendarbeit durch die Ausbildung eines sozialräumlichen Verständnisses fordern, hat sich dieser – wenn auch weniger im Sinne einer ‚wissenschaftlichen Revolution‘ (vgl. Kuhn 1967) - vor allem auf der Ebene des Handlungsvollzugs als eine fundamentale Neuausrichtung der Sozialen Arbeit vollzogen. Folgt man Thomas Olk, kann in der

„in der Praxis der Jugendhilfe von einer ‚Revolution‘, also von einem tiefgreifendem Umsturz in den fachlichen Konzepten, Handlungsstrategien und Organisationsstrukturen gesprochen [werden. Dabei wird ...] die herkömmliche etablierte Jugendhilfe umfassender und radikaler heraus[gefordert] als dies in den Anfängen dieser Entwicklung zu erkennen gewesen war“ (Olk 2000b: 10).

---

<sup>113</sup> Diese Verschiebung hat zugleich den politisch-ideologischen Vorzug, dass das gesellschaftlich grundsätzliche Moment sozialer Spannungen systematisch ausgeblendet werden kann (vgl. Böhnisch/Schröer 2002)

<sup>114</sup> Damit sind jene Maßnahmen der Prävention gemeint, die sich nicht auf pflgerische Aspekte im Sinne einer gesundheitlich orientierte Förderung beziehen

<sup>115</sup> Dies gilt auch wenn der 11. Kinder- und Jugendbericht (2002: 43) davon spricht, dass die umfassende „Erfüllung der Forderung nach einer konsequenten Sozialraumorientierung der Kinder- und Jugendhilfe [...] einstweilen noch aus[stehe]“. Ihre bereits aktuelle Dominanz zeigt sich nicht zuletzt darin, dass weniger der Gebrauch, als der Verzicht auf eine ‚nahraumorientierte Perspektive‘ in sozialpolitische Zeitdiagnosen rechtfertigungsbedürftig wird. Exemplarisch hierfür ist der nahezu entschuldigende Hinweis der Autoren des zweiten Armutberichts von Hans-Böckler-Stiftung, DGB und Paritätischem Wohlfahrtsverband, dass aufgrund der Verwendung ausschließlich bundesweiter und europäischer Bezugsdaten die „zweifello wichtige sozialräumliche Dimension von Armut und Ausgrenzung [...] ausgeblendet bleiben [musste]“ (Hanesch u.a. 2000: 25).

Diese Konzepte, Handlungsstrategien und Organisationsstrukturen, so fasst Schrapppner den ‚revolutionären‘ Gehalt und die Konsequenzen der Nah- und Sozialraumorientierungen zusammen, zeichnen sich dadurch aus, dass ein Fokus auf die „sozialen und räumlichen Prägungen der Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, zum *wesentlichen* Bezugspunkt“ für nahezu sämtliche Aspekte der Sozialen Arbeit wird<sup>116</sup> (Schrapppner 2001: 77). Dabei manifestiert sich die ‚Nahraumorientierung‘ als fachlich-programmatische Gesamtstrategie einer Re-Figuration der prinzipiellen Denk- und Handlungsrationalität Sozialer Arbeit gleichzeitig als eine zunehmend verbreitete *Methode direkter Leistungserbringung* (vgl. Hinte et al. 1999, Merchel 2001), als zentrales Element der *Organisation* sozialer Dienstleistungserbringung (vgl. Koch/Lenz 1999, Riege/Schubert 2002) als Fokus der *Konzeptentwicklung* der Jugendarbeit (vgl. Deinet 1999, Deinet/Kirsch 2002) und der *Sozial- wie Kinder- und Jugendhilfeplanung* (vgl. BMJFFG 1990, BMSFSJ 2002, Jordan 1998) als Beschreibung der *Entität der Ressourcensteuerung* über ‚Sozialraumbudgets‘ im Kontext der ‚Neuen Steuerungsmodelle‘ (vgl. KGSt 1998, BMSFSJ 2000, ISA 1999, Otto 2000, Wohlfahrt/Dahme 2001) und schließlich als dominierende *Programmstrategie* sozialpolitischer Einflussnahme der Sozialen Arbeit (vgl. Hinte 1998, Pleiner/Thies 2002).

Zusammengenommen verweisen diese Elemente einer Nahraumorientierungen auf eine grundlegende „Relativierung oder *Abkehr von anderen Orientierungen*, wie z.B. an: Problemlagen und Defiziten, vorgegebenen Sozialisationszielen, professionellen Handlungskonzepten und Kompetenzen insbesondere spezialisierter Aufgabenwahrnehmung [sowie an] gesetzlichen oder organisatorischen Vorgaben“ (Schrapppner 2001: 77, Herv. I. Org.).

Die Erbringung von Leistungen, ebenso wie das Erfordernis einer Erzeugung gesellschaftlicher Kohäsion, so ein wesentliches Argument nahezu aller Überlegungen in diesem Kontext, habe weniger in einem administrativen ‚top-down-Prozess‘ als vielmehr in einem lokalen ‚bottom-up-Prozess‘ zu erfolgen (kritisch: Maloney et al. 2000). Dabei wird die Dimension sozialer Interaktionen auf der lokalen Ebene gegenüber staatlich vermittelten Transferleistungen mit dem Ziel in den Vordergrund gerückt „dem Problem sozialer Benachteiligung mit einem Konzept der sozialen Entwicklung (Empowerment) zu begegnen“ (Jordan et al. 2001: 10). Anders formuliert, stellt der Versuch einer Mobilisierung des sozialen Kapitals interpersonaler Beziehungsstrukturen (vgl. Evers et al. 2000, Löhr 2002 Steinmetz 1997) den konzeptionellen Kern der nahraumorientierten Handlungsstrategien dar.

Die darin angelegte Verschiebung lässt sich auch im Kontext neuerer sozialkapitaltheoretischer Konzepte analysieren. Unterscheidet man zwischen ‚bonding‘ und ‚bridging‘ (vgl. ebd. Putnam 2000, Baron et al. 2000) sowie ‚linking‘ Formen sozialen Kapitals (vgl. Woolcock 2000, 2001, Côté/Healy 2001, Karstedt 2002), verweist dies mit Bezug auf personenbezogene sozialer Dienstleistungen vor allem auf eine Veränderung der Fokussierung der Formkomponenten sozialen Kapitals. Während eine institutionalisierte Form infrastrukturell verfügbar gemachten sozialen Kapitals auf seine ‚Verknüpfungsform‘ und Funktion verweist, entspricht eine Fokussierung auf das ‚soziokulturelle Milieu‘ weitgehend dem Versuch der Erzeugung von Bindungskapital (vgl. Gittel/Vidal 1998: 16).

---

<sup>116</sup> Christian Schrapppner (2001: 77) nennt in diesem Kontext unter anderem die „organisatorische Gestaltung (Zuschnitt und Ausstattung von Aufgabenbereichen), [die] konzeptionellen Zielsetzungen und Schwerpunkte der Aufgabenwahrnehmung, [die] methodischen Verfahren und Arbeitsweisen sowie [die] finanziellen Planungen erforderlicher Haushaltsmittel und deren geschäftlicher und administrativer Abwicklung (z.B. Sozialraumbudgets und Kontraktmanagement)“.

„Bindungskapital“ kann als die „kommunitäre“ und „Brückenskapital“ als die „zivilgesellschaftliche“ Form sozialen Kapitals verstanden werden (vgl. Offe 1999), die jenseits eines institutionellen und formal regulierten Bezugs bestehen. Das „Bindungs-Kapital“ - Putnam (2000: 19) spricht von „a kind of sociological super glue“ - entspricht den „starken Bindungen“ („strong ties“), während „Brücken-Kapital“ - als „a sociological WD 40“ (Putnam 2000: 19) - im wesentlichen eine Komponente jener „schwachen Bindungen“ („weak ties“ bzw. „cross-cutting ties“) darstellt, deren auf deren Bedeutung insbesondere Mark Granovetter (1973) aufmerksam gemacht hat. Die Stärke schwacher Bindungen besteht darin, dass sie im Vergleich zu den starken Bindungen Akteure in einem weit höheren Maß und einer größeren Bandbreite mit Zugängen<sup>117</sup>, Alternativen und Informationen versorgen, „since acquaintances are less likely than close friends to know one another, and are more likely to move in circles different from and beyond own“ (Granovetter 1995: 148). Brückenskapital beinhaltet in aller Regel die Möglichkeit der Expansion des Zugangs zu „nützlichen“ Beziehungen aufgrund „überlappender Netzwerke“. D.h. ein Mitglied einer Gruppe oder einer Gemeinschaft kann aufgrund „überlappender Mitgliedschaft“ bzw. nicht-redundanter Beziehungen zugleich Zugang zu den Ressourcen einer anderen Gruppe erhalten.

Sowohl die Bindungs- als auch die Brücken-Formen sozialen Kapitals bleiben jedoch auf eine Art der „Nachbarschaft“ begrenzt. Die „starken Bindungen“, die das „Bindungs-“ Kapital bezeichnet, beziehen sich auf die exklusiven Beziehungs- und Interaktionsmuster innerhalb relativ der homogenen parochialen Familien-, Freundschafts- und Bekanntschaftsnetze sowie der nachbarschaftlicher Nähe im geographischen Sinne des „Sozialraums“, während die schwachen aber dafür vielfältigeren - und damit potentiell Mobilitätsgelegenheiten eröffnenden - Bindungen des „Brückenskapitals“ typischerweise auf eine Form sozialer Nachbarschaft im „sozialen Raum“ (vgl. Bourdieu 1985) verweisen: „Brückenskapital“ beschreibt Kontakte, Beziehungen, Interessengruppen und freiwillige Assoziationen (vgl. Rose 1996, Hirst 2000, Richter 2000), die auf einer horizontalen und - idealtypisch - für die Mitglieder wechselseitig nützlichen Ebene gelagert sind.

Erst das „Verknüpfungskapital“ bezieht sich auf „transversale“ Beziehungen (vgl. Kunstreich 1998), die Individuen und Gruppen aus *vertikal* unterschiedlichen sozialen Straten Zugänge zu Macht, sozialem Status und Wohlstand eröffnen (vgl. Côté/Healy 2001: 42). Diese Verbindungen können sich im Bezug auf ihren Nutzen im für die einzelnen Akteure als „friends in high places“ (Woolcock 2000), Mäzenen und wohl gesonnene Förderer darstellen. Sie lassen sich aus der darin enthaltenen Seltenheit und vor allem einer unhintergebareren immanenten Partikularität<sup>118</sup> (dazu: Dederichs 1999) nur entheben, wenn sie auf Ressourcen, Zugänge, Hilfen und Ideen bezogen werden, die durch formale, öffentlich Institutionen unabgänglich von der Zugehörigkeit der Akteure zu einzelnen sozialen, ethnischen, kulturellen etc. Gemeinschaften und Gruppen (vgl. Karstedt 2002, Woolcock 2000) eröffnet und garantiert werden (vgl. Rawls 1975).

---

<sup>117</sup> Ein bezeichnendes Beispiel gibt demonstriert Granovetter (1995) beim Zugang zu Arbeitsplätzen. In seiner Untersuchung waren es 84, 3%, die die notwendigen Informationen und Zugänge zu ihrem Job über „weak ties“ erhalten haben, namentlich über Akteure mit denen sie nur „gelegentlich“ oder sogar nur „selten“ interagieren.

<sup>118</sup> Diese Partikularität ist insbesondere im Kontext der diversen Formen einer „Vettern-“ oder „Günstlingswirtschaft“ oder in Form von universalisierbare Fairness- und Gleichheitsnormen unterlaufenden „Seilschaften“ ersichtlich (vgl. Dederichs 1999)

In diesem Sinne besteht der Vorzug des ‚Verküpfungs-‘ Sozialkapitals darin, über Institutionen Zugang zu Ressourcen, Ideen und Informationen zu erhalten, die über gemeinschaftliche Zugehörigkeitsgrenzen hinaus und hinweg reichen:

„[Such] dispersed, and heterogeneous (interclass) social networks increase the opportunity for advancement [...] (Wellman/Gulia 1999). Interclass networks stand in contrast to dense, truncated networks that often produce redundant ties, which constrain ‚dispersion (of information) and the search for new opportunities‘ (Waldinger/Dermatrosian 200: 244)“ (Domínguez/Watkins 2003: 113).

Der logisch und faktisch dominante Aggregationszustand des Verknüpfungskapitals ist seine institutionalisierte Form. Eine substanzielle und dauerhafte vertikal asymmetrische und nicht reziproke Form sozialen Kapitals zwischen ‚privaten‘ oder ‚zivilgesellschaftlichen‘ Akteure ist aufgrund der Abhängigkeit des praxisökonomischen ‚Wertes‘ der Kapitalien von spezifischen Feldlogiken (vgl. Bourdieu 1982, 1985, 1997, Bourdieu/Wacquant 1996) eine wohl eher zu vernachlässigende Ausnahme. Die Besonderheit (der nicht-institutionalisierten Formen) des sozialen Kapitals besteht darin, dass Investitionen in diese Kapitalform - sei es in Form von Geld, Zeit oder Arbeit - aufgrund der erhöhten Abhängigkeit ihrer Existenz und ihres Wertes von wechselseitiger Anerkennung im Vergleich zu ökonomischen und kulturellen Kapital in einem stärkeren Maße risikobehaftet sind. Diese Risiken manifestieren sich, wie Hans-Peter Müller (vgl. 1992: 270 ff) ausführt in unterschiedlich strukturierten sozialen Sinnzusammenhängen aus der Perspektive der Besitzer sozialen Kapitals in Form von ‚Beziehungs-‘, ‚Status-‘ und ‚Freundschaftsfallen‘ als ‚Undankbarkeit‘ und dem, hiermit verbundenen, Schwundrisiko der eingebrachten ‚Investitionen‘<sup>119</sup> in die Sozialbeziehungen, als ‚asymmetrische Reziprozität‘ - wenn die Vorleistungen permanent den Ertrag übersteigen - und als ‚Unzumutbarkeit‘ - wenn in einer Beziehung einfach ‚zuviel verlangt‘ wird.

‚Zivilgesellschaftliche‘ Formen von ‚linking‘ Kapital, die sich auf der Perspektive der ressourcenstärkeren Akteure als einseitige Unterstützung bzw., wie es Portes und Landolt (2000) formulieren, als ‚Geschenke‘ manifestieren, können zwar durchaus vorkommen<sup>120</sup>, sind aber, insbesondere wenn sie dauerhaft installiert sind in ‚praxisökonomischer‘ sind, nahezu idealtypische Beispiele für die von Müller ausgeführten ‚Sozialkapital-Fallen‘. Anders formuliert dürften dauerhafte und verpflichtende Konstellationen, in denen Akteure sich gegenseitig ‚über die Runden helfen‘ zwischen sozialtopologisch ähnlich positionierten Akteuren - z.B. in einem ‚sozialen Brennpunkt‘ - (d.h. ‚Bindungskapital‘) wesentlich häufiger zu finden sein, als zwischen Millionären und Obdachlosen: Reziprozität, vor allem in ihrer Form als direkte, interpersonale Reziprozität, basiert im wesentlichen auf symmetrischen Beziehungen, die ein gewisses Maß an (sozialer) Gleichheit der Akteure prima facie voraussetzen (vgl. Mauss 1990, Stegbauer 2002). Die Konsequenz, die sich daraus für deprivierte Akteure ergibt, wird von Else Øyen (2002: 13), der wissenschaftlichen Direktorin des UNESCO ‚Comparative Research Programme on Poverty‘, wie folgt beschrieben:

---

<sup>119</sup> Unter ‚Investitionen‘ wird hier im Anschluss an Bourdieu die „Neigung zum Handeln, die aus der Relation zwischen einem Feld und einem auf dieses Feld abgestimmten System von Dispositionen entsteht, einen Sinn für das Spiel und die auf dem Spiel stehenden Objekte [verstanden], der zugleich die – jeweils sozial und historisch konstituierte und nicht universal gegebene – Neigung und Fähigkeit zum Mitspielen [im ‚eigenen‘ Feld] impliziert“ (Bourdieu/Wacquant 1996: 150)

<sup>120</sup> Dies gilt z.B. als Form des ‚Altruismus‘, als Ausdruck sozialer Gerechtigkeitsvorstellungen, aus religiös motivierter Mildtätigkeit, weil es Spaß macht sich zu ‚engagieren‘ etc.

„In any network a member is expected to contribute something, whether it be material or non-material resources. By definition the poor may not have much to offer in the way of material resources to any non-poor network, and their non-material resources may not be much appreciated since they stem from a different background. Th[us a] rosy picture [...one might have] of integration through social capital formation is in fact gloomy and unrealistic. *If a majority of the poor are neither able to develop useful networks for increasing their own social capital on a large scale, nor given entry into those networks where social capital flourishes, how can social capital then be an efficient instrument for poverty reduction?* The conclusion must be that [...this form of] social capital formation [beyond the state] is not a useful instrument for poverty reduction”.

Sozialkapitaltheoretisch impliziert dies, dass die durch öffentliche Institutionen gesicherte Form des Verknüpfungskapitals als die einzige substantielle, dauerhafte und verbindliche „bridging relation that connect individuals from different socio-economic and demographic groups” (Ritzen et al 2001: 6) betrachtet werden kann (vgl. auch Rauschenbach 2000). Alleine die institutionelle Dimension sozialen Kapitals ist dauerhaft in der Lage

„Individuen und Gruppen aus verschiedenen sozialen Schichten und verschiedener Herkunft *durch* die institutionelle Struktur [zu verbinden]. Steuerzahler aus der Mittelschicht werden durch eben diese Institution mit denjenigen verbunden, die häufig mehr soziale Dienstleistungen in Anspruch nehmen, und mit denen sie sonst wenig gemein haben, und schon gar nicht die sozialen Netzwerke, oder gar das Stadtviertel teilen“ (vgl. Karstedt 2003: 9).

Dass der Universalisierungsgrad einer solchen *gesellschaftlichen* Integrationsleistung auf kaum auf der unmittelbaren Interaktionsebene je unterschiedlicher kleinräumiger Communities erfolgen kann, ist unmittelbar einsichtig, aber auch das ‚zivilgesellschaftliche Sozialkapital‘ (vgl. Offe 1999) von Freiwilligenassoziationen leistet eine solche Integrationsleistung in aller Regel empirisch nicht (vgl. Brömme/Strasser 2001, Delhey/Newton 2003, Turner 2001). Mehr noch: „many, if not most, voluntary organizations will have stronger bonding than bridging effects” (Newton 2001: 15).

Die ‚Inklusionskrise‘ des *Wohlfahrtsstaates* lässt sich in einer solchen sozialkapitaltheoretischen Systematisierung als eine Krise beschreiben, die sich dadurch auszeichnet, dass gesellschaftliche Teilhabe nicht mehr umfassend durch absichernde und kompensierende Garantien dieses Verknüpfungskapitals gewährleistet wird, während sich der Fokus in Bezug auf ‚ehrenamtliches Engagement‘ in erster Linie auf Brücken- und in Bezug auf ‚nah-‘ beziehungsweise ‚sozialräumliche‘ Orientierungen in den sozialen Diensten auf bindendes Sozialkapital konzentriert. „[I]n den Diskursen über soziales Kapital“, so Peter Bartelheimer und Christoph Schmitt (2002: 2), dienen „überschaubare soziale Beziehungen in der Familie, im Freundeskreis, in der Nachbarschaft, in ethnischen und religiösen Gemeinschaften als wesentliche Ressource und als Gradmesser des sozialen Zusammenhalts“. „Aktuellen Bestrebungen unter den Schlagworten ‚lokale Ökonomie‘ und ‚soziale Stadt‘“, so fasst auch Gerhard Pfannendörfer (2001) den aktuellen Diskurs zusammen, „geht es darum, den Zusammenhalt im [lokalen] Gemeinwesen zu festigen“.

Die Form sozialen Kapitals, auf die sich Aktivierungsansätze beziehen, sind entsprechen „largely place-specific“ (Galston 1996): „Working within communities to develop their internal capacities to work together, the social planning organization primarily uses ‚bonding‘ strategies, facilitating the building of trust among individuals and within groups” (Clutterbuck 2001). Im Kontext einer Analyse der zeitgenössischen Strategien des aktivierenden Sozialstaats, bzw. dritten Weges, der Stadtentwicklung und ‚Community Organisation‘ bilanzieren Mullins et al. (2001: 11) zusammenfassend, dass in „all of



this discussion, an emphasis on promoting strong, cohesive local ties – communal ties – underlies policy recommendations“.

Neben der Krise des ‚aktiven‘ sozialen Interventionsstaats trägt dabei ironischerweise gerade auch die Beobachtung einer verstärkten sozialräumlichen Allokation sozialer Ungleichheit<sup>121</sup> dazu bei, dass die auf ‚starke‘ Beziehungen gerichtete Sozialkapitalform in den Mittelpunkt des Interesses und in das Zentrum ‚neo-sozialer‘ Gegenstrategien gerät. Eine sozialpolitische Interpretation der armuts- und stadtsoziologischen Beobachtung dass die „engen sozialen Spielräume der Armen sich mit einem verengten Bewegungsraum im eigenen Viertel [überschneiden]“ (Kronauer 1998: 25) wird zu einer wichtigen Basis und Rechtfertigung der Implementierung von Stadtentwicklungsprogrammen, denen eine nahraumorientierte Form der Sozialen Arbeit angeschlossen wird. Eine am sozialen Nahraum orientierte Form der Leistungserbringung wird dabei mit dem Hinweis auf das Potential Sozialer Arbeit für eine Wiederbelebung der ‚benachteiligten‘ Quartiere, Stadtteile und Nachbarschaften als der wesentliche Beitrag begründet, den sie als Teil einer sozialpolitischen Gegenstrategie gegenüber einer wachsenden ‚sozialräumlichen Spaltung‘ leisten könne. Auf einer diskursiven Ebene kann sich die Nahraumorientierung in der Sozialen Arbeit damit in einer gewissen Weise als der Ansatz profilieren, der sich, im Gegensatz zur - scheinbar ‚normalisierten‘ und betriebswirtschaftlich adaptierten - Dienstleistungsorientierung (vgl. Hauptert 2000, siehe aber: Schaarschuch et al. 2001) noch über individualisierte Zugriffe hinaus für die sozial Schwachen und Benachteiligten einsetzt<sup>122</sup> und der als einziger Ansatz eine umfassende sozialpolitische Einflussnahme und Gestaltungsmacht Sozialer Arbeit für sich reklamiert.

Eine Vielzahl solcher und ähnlicher Analysen, Programmatiken und Leitfäden sind in den vergangenen Jahren auch von den Ministerien auf Landes- und Bundesebene sowie zentralen sozialpolitischen Akteuren publiziert worden (vgl. MfASSKS NRW 1998; BfAS 2000; MfFJFG 1999, Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘). Selbst in den jüngeren KGSt-Berichten (vgl. 1998) wird eine ‚sozialräumliche Perspektive‘ verbindlich gemacht: es werden Leistungsbeschreibungen vorausgesetzt, die explizit Vorgehensweisen zur Entwicklung des sozialräumlichen Arrangements, den Aufbau und die Bündelung ‚lebensweltlicher‘ Ressourcen sowie die Organisation nachbarschaftlicher Solidarität verlangen.

Die in den Neuen Steuerungsmodellen angelegten Verantwortungsstrategien verlängern sich dabei vom einzelnen ‚Kunden‘ zur Aktivierung von Selbsthilfe in nahräumlichen Kollektiven, die im Sinne von institutionell unterstützten und arrangierten informalen Netze einen zunehmend wichtigeren

---

<sup>121</sup>Diese Beobachtung stellt den Hintergrund der, für den diskurskonjunkturellen Aufschwung sozialraumorientierter Ansätze nicht unwesentlichen gesellschaftliche Zeitdiagnose dar, dass sich marginalisierte Bevölkerungsgruppen zunehmend in kleinräumig begrenzbaren Arealen (Stadtteilen, Quartieren, Nachbarschaften oder Straßenzügen) wiederfinden, die durch die Kumulierung sozialer Ungleichheitsfaktoren und ein Fehlen sozialer Integrationsmöglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner gekennzeichnet seien. Dabei bestehe die Gefahr, dass die zunehmenden ‚sozialräumlichen Segregationsprozessen‘ zu ‚ghettoartigen‘ Milieus der Armut führen (vgl. u.a. DIU 2000, Hanesch 1997; Alisch/Dangschat 1998). Bereits jetzt würde eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen „in Wohnquartieren [aufwachsen], die weit entfernt sind von den Zentren der (Mittelschicht-) Normalität, an deren Normen sie gemessen werden“ (AWO Bundesverband 2000: X).

<sup>122</sup> Wie Zygmunt Bauman (2000) in seinem blendenden Essay über die ‚Community‘ ausführt, ist der Verweis auf ‚Gemeinschaft‘ von je her ein wichtiger Bestandteil einer ‚Philosophie der Schwachen‘

Bestandteil der öffentlichen Versorgung darstellen sollen (vgl. Wohlfahrt 2000: 123, Olk 2000, Otto/Schnurr 2000). Ganz im Sinne der ‚new public management‘ Philosophie, sich nicht auf das ‚Rudern‘, sondern auf das ‚Steuern‘ zu konzentrieren, soll der Sozialen Arbeit im Kontext einer sozialpolitischen Nahraumorientierung vor allem die Rolle der ‚sozialraumorientierten Aktivierungsinstanz‘ zukommen. Entsprechend sucht das ‚Partnerprogramm‘ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zu dem Stadtentwicklungsprogramm „Soziale Stadt“ unter dem Titel „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) die „sozialräumliche Vernetzung“ in den Stadtteilen zu verbessern: Die Aktivierung brachliegender Ressourcen soll durch ein „Jugendhilfe-“ und „Quartiersmanagement“ erreicht werden, während direkte Unterstützungsmaßnahmen und Transferleistungen für die strukturell benachteiligte Wohnareale nicht vorgesehen sind. Dabei folgt das Programm der Annahme, dass es in den ‚überforderten Nachbarschaften‘ (vgl. Neuhöfer 1998) nicht nur um materielle Deprivation ginge, sondern vor allem auch um „Zusammenbrüche der ‚sozialen Netzwerke‘, d[ie] stabilisierenden Wirkungen von sozialen Milieus, de[n] Verlust von Ressourcen und Kompensationsmöglichkeiten in sozialen Nahräumen“ (Jordan et al. 2001: 9, vgl. Olk 2000), deren Bearbeitung im Zentrum der Interventionen der Jugendhilfe stehen sollte.

In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit dieser ‚Orientierung‘ rückt dabei eine Entität die im weitesten Sinne als ‚nahräumliche Gemeinschaft‘ beschrieben werden kann. Während sich ‚Gemeinschaft‘ durch die sozialen Interaktionen zwischen einer Entität einander bekannter sozialer Akteure bestimmen lässt, liegt das ergänzende Moment das durch die Rede von der Nahräumlichkeit zum Ausdruck gebracht wird, in der Bindung dieser - in der Regel ‚problembelasteten‘ - Gemeinschaft an ein geographisch bestimmtes Areal.

Eine spezifische Form der Verknüpfung von ‚sozialen Problemen‘ ‚Gemeinschaft‘ und ‚physikalischem Raum‘ wird insbesondere in Programmen wie dem der ‚Sozialen Stadt‘ deutlich: „Um die Situation in den benachteiligten Stadtquartieren grundlegend zu verbessern“, so die Basisphilosophie dieses Programms, würden

„Maßnahmen wie Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung nicht aus[reichen]. Wichtig ist vor allem, die Menschen in diesen problembehafteten Quartieren mit ihren Wünschen und Sorgen, ihren Potenzialen und Handlungsmöglichkeiten als wichtige Akteure der Stadteilerneuerung ernst zu nehmen. Einer Kultur der Abhängigkeit (von Sozialtransfers und anderen Finanzmitteln) soll so eine Kultur der Selbstbestimmung entgegengesetzt werden“ (Löhr 2002: 3).

Da die Soziale Arbeit weder eine Institution zur Wohnungsmodernisierung noch zur materiellen beziehungsweise baulichen Wohnumfeldverbesserung darstellt, werden die für sie vorgesehenen Programmmittel in erster Linie für indirekte Mobilisierungsmaßnahmen aufgewendet. Soziale Arbeit soll dabei vor allem dafür Sorge tragen, dass „soziale Koproduktion initiiert, unterstützt und begleitet“ (<http://www.eundc.de/seiten/info/exp.html>) wird, d.h. sie ist als jene Institution konzipiert, die sich handlungspraktisch zuvorderst auf die Gestaltung und Verbesserung des ‚Stadtteillebens‘ konzentrieren soll. Gemäß dem „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘“ geht es dabei um genau drei Ziele:

- „- [Eine] Aktivierung örtlicher Potenziale, Hilfe zur Selbsthilfe,
- [eine] Entwicklung von Bürgerbewusstsein für den Stadtteil [und eine]

- Schaffung selbsttragender Bewohnerorganisationen und stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze" (Bund Länderprogramm 'Soziale Stadt' 2001: 96f).

Aktivierung, Gemeinsinn und Netzwerkaufbau, die hier die als die zentralen Aspekte der sozialraumorientierten Programme Sozialer Arbeit formuliert werden sind nicht anderes als die konstitutiven Zentralelemente dessen, was in der internationalen Debatte als ‚soziales Kapital‘ verhandelt wird.

Die entsprechenden Initiativen auf der Ebene der Länder weichen bezüglich der personenbezogenen Leistungen und Aufgaben ihrer Programme in keiner Weise vom Bundeskonzept ab. Im ressortübergreifenden Landesprogramm des MSfKS (1999: 80) in Nordrheinwestfalen etwa wird es als das zentrale Ziel formuliert „ein dichtes Netz nachbarschaftlicher Hilfen aufzubauen, in dessen Mittelpunkt die Selbsthilfe und Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger steht“, und die Ansätze in Berlin sollen sich in erster Line darauf richten, „die Entwicklungspotenziale in den Stadtteilen zu aktivieren [und] die Menschen zur Verantwortungsübernahme zu ermutigen“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung o.J.). Die einzelnen Länderkonzeptionen lassen sich im Prinzip beliebig fortsetzen und auch die sozialpädagogischen Protagonisten einer ‚Nah‘- bzw. ‚Sozialraumorientierung‘ - inklusive der Verbände - argumentieren strukturanalog<sup>123</sup>. Reiner Pröbß (2002: 24), der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (AGJ), etwa geht in diesem Kontext so weit, generell eine ‚neuen Professionalität‘ für den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) einzufordern:

„Der ASD muss sich viel stärker von seiner helfenden und interventionistischen Fallarbeit lösen und zum Organisator des sozialen Nahraums werden. Er muss die sozialen Netzwerke organisieren, biografische Ressourcen und personale Bezüge aufspüren und diese nutzen. Er muss Selbsthilfe anregen und fördern, nachbarschaftliches und bürgerschaftliches Engagement einfordern und unterstützen [...Es geht] um eine neue und andere Professionalität, Ressourcen nutzbar zu machen. Der ASD wird zum Experten und Manager des sozialen Nahraums“.

Verweise auf die besondere Relevanz von Strategien und Ansätzen, die sich vornehmlich auf die Beziehungen und Solidaritätsformen im sozialen Nahraum der Akteure beziehen, werden in der Regel auch von der ‚scientific community‘ unterstützt<sup>124</sup> (vgl. u.a. Rauschenbach 2000; Olk 2000). Norbert Wohlfahrt (2001: 1791) spricht von einem neuen

„Grundkonzept sozialer Dienstleistungen der Sozialverwaltung [...] das sich im Kern an drei Zielsetzungen orientiert:

- a) Soziale Hilfen müssen präventiv und ursachenbezogen sein;
- b) Das Bedürfnisgefüge sozialer Problemlagen hat neben individuellen Aspekten immer auch die spezifischen Lebensbedingungen als Grundlage, die kommunal gesehen als Faktor des sozialen Raums beschrieben werden können und
- c) Soziale Hilfen sind als flexible, möglichst lebensweltnahe Angebote zu organisieren“.

Ein wesentlicher Teil der Reorganisation der Gestaltungsprinzipien sozialer Dienstleistungen besteht dabei darin, dass der „Steuerungs- und Planungsansatz [...] nicht die einzelne Hilfeart [ist,] sondern der soziale Raum mit seinen konkreten Bedingungen“ (Wohlfahrt 2001: 1791).

<sup>123</sup> Der Berufsverband DBSH formuliert nicht etwa das Berufsbild eines ‚Quartiersmanagers‘ sondern seine *allgemeine* Berufsbildbeschreibung für ‚Diplom-SozialarbeiterInnen‘ unter anderem wie folgt: „Leitziel professioneller Sozialarbeit ist es, dass einzelne Menschen und Gruppen, insbesondere benachteiligte, ihr Leben und Zusammenleben [...] zunehmend mehr in selbstbestimmten und in solidarischen Beziehungen bewältigen“ (DBSH 2001).

<sup>124</sup> Bezeichnend ist auch, dass in der dritten Auflage von Michael Galuskes Bestseller ‚Methoden der Sozialen Arbeit‘ (2001) zusätzlich zur Abhandlung der Gemeinwesenarbeit ein Kapitel ‚soziale Netzwerkarbeit‘ aufgenommen worden ist.

Folgt man Löhr (2001) heißt das wesentliche ‚Produkt‘ Sozialer Arbeit dabei ‚soziale Beziehungen im Stadtteil‘, nach Hinte (1998) lässt sich ihr neues Paradigma als „Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren“ zusammenfassen und Rothschuh (2001: 49) zufolge ist das Ziel Sozialer Arbeit „soziale Beziehungen aufzubauen und zu stärken und zugleich das persönliche Wachstum der beteiligten Menschen zu fördern“. In diesem Sinne wird Soziale Arbeit in einer Weise reformuliert, die zu einer ‚Sozialraumorientierung‘ in einem quasi-organischen Passungsverhältnis steht. Dies wird u.a. professionspolitisch damit begründet, dass eine sozialräumliche Orientierung der Sozialen Arbeit selbst dann, „wenn sich politische, gesellschaftliche und ökonomische ‚Großwetterlagen‘ [...] dem sozialarbeiterischen Zugriff entziehen, [...] Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten mit Blick auf die Stabilisierung, die Rekonstruktion und die Aktivierung sozialer Milieus (Milieuarbeit) [... eröffnet]“. In dieser Aktivierungsarbeit kommt es nämlich nicht auf die ‚Großwetterlagen‘ - sprich Transferleistungen -, sondern vor allem „auf den ‚subjektiven Faktor‘ an [...], auf die ‚Community‘, also auf die Verfasstheit und die Belastbarkeit der sozialen Beziehungen, in denen Menschen ihren Alltag gestalten“ (Jordan et al. 2001: 10).

Kurz, all jene Formen und Fassungen einer ‚Nah-‘ und ‚Sozialraumorientierung‘ haben die zentrale Gemeinsamkeit, dass es ihnen im Kern darum geht, die vorhandenen Potentiale und vorfindbaren ‚soziale Netzwerke‘ lokaler Akteure zu aktivieren bzw. „brachliegendes soziales und kulturelles Kapital im Sozialraum, Bezirk, Stadtteil oder Quartier zu bergen“ (Dahme/Wohlfahrt 2002: 3, vgl. auch Kessl 2000, Kessl et al. 2002, Ziegler 2001, 2002). Zugleich wird auch über die Fragen einer Positionierung Sozialer Arbeit in Stadtentwicklungsprogrammen hinaus eine Nahraumorientierung zu einem allgemeinen und weithin akzeptierten Grundprinzip sozialpädagogischer Handlungsvollzüge erhoben (vgl. 11. Jugendbericht 2001). Damit wird eine Perspektive eingenommen, die sich primär an ‚räumlich<sup>125</sup> identifizierbaren Einheiten ausrichtet. Versteht man Sozialen Arbeit im Wesentlichen als ‚vergesellschaftete Sozialisationsarbeit‘, ist mit ihrer sozialräumlichen Reformulierung die bisher zentrale Handlungsperspektive Sozialer Arbeit, sich an den einzelnen gesellschaftlichen Akteuren als individuelle wie kollektive ‚Subjekte‘ zu orientieren, substanziell in Frage gestellt.

Eine solche Infragestellung ist jedoch per se keinesfalls ein fachlicher Rückschritt. Die Vorteile, die eine ‚nah-‘ oder ‚sozialräumliche Orientierung‘ für die Soziale Arbeit zu bieten verspricht sind erheblich: nahräumlich orientierte Konzepte sind in der Regel zielgruppen- und bereichsübergreifend orientiert, nicht zuletzt um die Kooperationen der Einrichtungen und Dienste optimieren zu können. Statt dem Einzelfall sollen die Lebenswelt und ihre territorialen Bezüge in den Vordergrund treten. Dies soll es ermöglichen, an unmittelbar erfahrbaren Strukturen und Lebensbedingungen zu arbeiten, statt individuelle Dispositionen zu kurieren. Eine stärkere Orientierung am Bedarf der Bewohner ebenso wie ihre partizipative Einbindung erscheinen nicht nur möglich, sondern wird als zentrale Voraussetzung für nahräumliche Leistungen der Jugendhilfe gefasst. Handlungsmöglichkeiten zur Selbsthilfe und Eigeninitiative ohne kolonialisierende Bevormundung sollen geboten werden, die mobilisierte Teilnahme versprechen, und zugleich Leistungen transparent machen und den Zusammenhalt der Bewohner stärken sollen. Dies wird als eine Basis dafür verstanden, die unausgeschöpften

---

<sup>125</sup> ‚Räumlich‘ bedeutet in meisten Konzepten schlicht ‚territorial‘

Ressourcen, die der Sozialraum bietet, effektiv nutzen zu können (vgl. u.a. Onnasch/Treeß 1999, Leu 2000).

Insofern eine solche nah- oder sozialraumorientierte Konzeption der Jugendhilfe darauf verweist, räumliche Situierungen von Leistungen starker zu beachten und in der Leistungserbringung konsequent die Tatsache mit einzubeziehen, dass ‚der Raum‘ eine apriorische Bedingung zur Möglichkeit sozialen Handelns und sozialer Existenz ist (vgl. Giddens 1980, Simmel 1968), dass ‚soziale Probleme‘ einen räumlichen, lokalisierbaren Bezug haben (vgl. Bourdieu 1997) und dass unterschiedliche Räume und örtlich situierte Entitäten mit unterschiedlichen und teilweise spezifischen Problemen konfrontiert sind (vgl. Savelsberg 1980, Schäfers 1980), kann eine solche Perspektive eine sinnträchtiges Korrektiv zu der Tendenz einer Individualisierung ‚sozialer Probleme‘ darstellen: Statt de-kontextualisierter Individuen werden Akteure in ihrer konkreten Lebenssituationen in den Blick genommen. Auch dem Hinweis, dass viele soziale und Lebensführungsprobleme nach entsprechend spezifizierten Ansätzen verlangen, um ihnen zu begegnen und daher bestimmte Vorgehensweisen, die in einem bestimmten sozialökologischen Kontext zu den gewünschten Effekten geführt haben, in einem anderen nicht nur erfolglos, sondern kontraproduktiv sein können (vgl. Farrington et al. 1993, Wilkstöm 1998, Oberwittler 2001) ist eine empirisch valide, theoretisch überzeugende und strategisch wie handlungspraktisch zentrale Einsicht. Ebenso wenig lässt sich bestreiten, dass Sozialraumanalysen und Bewohnerbefragungen zwar mehr oder weniger gut geplant und durchgeführt sein können, aber grundsätzlich nützliche Mittel für die Jugendhilfe darstellen, die nicht nur dazu beitragen können, den Bedarf ihrer Nutzer zu ermitteln, sondern vor allem auch dazu Leistungen möglichst nach dem gegebenen und zukünftigen ‚Gebrauchswert‘ (vgl. Schaarschuch 1998, Schaarschuch et al. 2001) und zur Verbesserung der sozialen Positionen und Handlungsmöglichkeiten ihrer Nutzer zu gestalten (vgl. Bartelheimer 1997, Green 2000). Schließlich hat eine solche Orientierung auch das Potential, darauf zu verweisen, dass die Logiken und Erbringungsweisen der Institutionen nicht unbedingt dem je kontextspezifischen Bedarf folgen müssen, ja selbst in einem Widerspruch zu diesem stehen können, und dass es die Lage der Nutzer eher verschlechtert als verbessert, die institutionellen Logiken über ihre Köpfe hinweg durchzusetzen (vgl. Karn 2002).

In *einer solchen Fassung* wäre eine ‚Nah‘- oder ‚Sozialraumorientierung‘ treffend als ein Bestandteil - und der ‚Nah‘- oder ‚Sozialraum‘ selbst als *ein mögliches* Handlungsfeld - jener Konzeption von Sozialer Arbeit als Dienstleistung beschrieben, wie sie aus einer ‚liberalen‘, professions- und demokratiethoretisch anspruchsvollen Perspektive vor allem von Andreas Schaarschuch und Hans-Uwe Otto vorgeschlagen worden ist (vgl. z.B. Otto 1991, Schaarschuch 1995, 1998, Dewe/Otto 2001, Schaarschuch et al. 2001): Als eine personenbezogene soziale Dienstleistung, die

1. in ihrem *Erbringungsverhältnis* auf die Ermöglichung, Beachtung und Stärkung einer demokratischen ‚Voice‘ Option (vgl. Hirschmann 1970) gerichtet ist,
2. den *Erbringungskontext* als gesellschaftliche Bedingung der Erbringung ihrer Leistungen – d.h. die Strukturen und Bedingungen des sozialen Raums als Ganzem und der sozialen Felder als mikrophysikalische Orte gesellschaftlicher Praxis im sozialen Raum (vgl. Bourdieu 1985, 1987) - systematisch in ihre Leistungen einzubeziehen versucht, und sich

3. durch den Bezug auf Freiheits- soziale, kulturelle, politische und ökonomische Bürgerrechte legitimiert, als Zielperspektive die Beeinflussung der Bedingungen der Möglichkeit ihrer substanziellen Verwirklichung formuliert und damit Handlungsoptionen zu eröffnen versucht - seien sie nun lokal oder nicht.

Sofern sich das insbesondere von Pierre Bourdieu (1998: 207 ff, vgl. auch Foucault 1991) vertretene Argument als stichhaltig erweist, dass ‚Ortseffekte‘, als territorialisierte Konsequenz sozialstruktureller Bedingungen, zugleich selbst Konstitutionsbedingungen für die ‚Subjektivierung‘ der Akteure darstellen, ist die Analyse dieser sozialen Positionierungen der Akteure in der Tat *ein* notwendiger Ausgangspunkt Sozialer Arbeit. Dies gilt vor allem in so fern, wie die Sozialräume nicht in ihrer verwaltungstechnischen Dimension als statistisch aggregierte, territorial vermessene Einheiten, sondern als sich überlagernde, dynamische, widersprüchliche und auf einer symbolischen Ebene permanent umkämpfte, soziale Räume fokussiert werden, die *ein* Moment der Vergesellschaftungsbedingungen und der handlungsfähigkeits-, handlungsmöglichkeits- und habitusformierenden Strukturierungsgrößen der Adressatinnen und Adressaten Sozialer Arbeit darstellen.

Eine solche Perspektive Sozialer Arbeit als eine Art ‚sozialraumsensible‘ Dienstleistung<sup>126</sup> steht jedoch in deutlicher Opposition zu Ansätzen, die sich darauf reduzieren, *lediglich* den territorial gefassten Ort - etwa als einen auf der Basis standardisierter Indikatoren identifizierbaren ‚benachteiligten Stadtteil‘ - zu fokussieren, und dabei de facto eine Art ‚lokalgemeinschaftsutilitaristischen‘ Ansatz zu erproben, der sich im Zweifelsfall gegen die individuellen Interessen und Ansprüche der *je einzelnen* Akteure - bzw. ihre ‚unaufhebbar partikularen‘ Vorstellungen eines ‚guten Lebens‘ (vgl. Brumlik 1999) – richten kann, und darüber hinaus vor allem auf Basis des Bezugs auf ein kleinräumiges *Gebiet* operiert, ohne ‚Räume‘ als *soziale* Räume *innerhalb* eines weitgefasteren, gesellschaftlichen *sozialen Raums* (vgl. Bourdieu 1985, 1991) in den Blick zu nehmen, d.h. die Perspektive darauf zu richten, dass auch der physikalische, umbaute Raum zugleich eine Art Sediment historisch abgelagerter Relationen früherer Akteure und deren Entscheidungen in sich birgt und in diesem Sinne wiederum selbst als ein Strukturelement wirkt, das das Handeln und die Beziehungen der Akteure strukturiert.

Unabhängig davon, ob sie seitens der Jugendhilfe oder seitens der betroffenen Akteure so wahrgenommen werden, sind Räume immer soziale Räume und als solche auch Räume von Hierarchien und sozialen Abständen und Arenen von individuellen, sozialen, symbolischen und politischen Kämpfen um Aneignungen von Gütern und Diensten (vgl. Bourdieu 1998, Bartelheimer 1999). In diesen Arenen tritt Soziale Arbeit, sobald sie einen dieser Räume betritt, an und positioniert sich dabei nolens volens in den sozialen Auseinandersetzungen.

Sofern sich eine sozialraumorientierte Soziale Arbeit in diesem Kontext zu einem Appendix von Stadtentwicklungsprogrammen reduzieren lässt, sich in ihrer Handlungsorientierung stärker an territorialen Einheiten - die zur zentralen Steuerungsgröße erhoben werden - als an den Interessen und dem Bedarf einzelnen, mit ‚dem Sozialraum‘ eben nicht identischen Akteure ausrichtet und eine

---

<sup>126</sup> Der ‚Sozialraum‘ wäre dabei eine Konkretisierung des sozialen bzw. positionalen Bezugs auf die positional-dispositionale Matrix der Akteure unter andern.

Eingebundenheit in gegebene kleinräumig territoriale Netzwerke sowie eine Aktivierung gegebener stadtteil*immanenter* Ressourcen zur *conditio sine qua non* ihrer Leistungserbringung erhebt, steht sie jedoch in der Gefahr, die lokalen Akteure mit Verweis auf ihre eigenen Handlungsressourcen in ihren Arealen ‚einschließen‘ (und sie damit erst recht gesellschaftlich zu ‚entkoppeln‘).

Eine Fassung von Sozialer Arbeit als nahräumliche Aktivierungsinstanz wird dabei nicht Seitens der Vertreter Sozialer Arbeit selbst vorgeschlagen, sondern hat insbesondere auch in den multi-institutionellen Stadtentwicklungsprogrammen selbst Eingang gefunden. Der fiktive, institutionelle ‚Hauptakteur‘ dieser Programme wird beispielsweise vom Deutschen Institut für Urbanistik als ein ‚idealer Quartiersmanager‘ beschrieben, der

„alles können muss‘, dass heißt ein hohes Maß an sozialer, fachlicher, planerischer, wirtschaftlicher, organisatorischer und kommunikativer Kompetenz besitzen sollte - bei gleichzeitigem Rückhalt in der lokalen Politik. Da es aber die ‚eierlegende Wollmilchsau‘ nicht gibt, sollte eine *Streuung der Aufgaben und Qualifikationen* [...erfolgen]“ (Deutsches Institut für Urbanistik 2001: 70).

Faktisch äußert sich diese ‚Streuung von Aufgaben und Qualifikationen‘ in der Regel darin, dass die Vertreter der Stadtteilentwicklung für die Infrastrukturmaßnahmen verantwortlich zeichnen (Bürgerbüros, Stadtteilbeiräte, lokale Ökonomien etc.), während die nahraumorientierte Soziale Arbeit die hierzu *komplementäre* Aufgabe der (Re)Aktivierung der einzelnen Bewohner zukommt. Da die Leistungen der Sozialen Arbeit interventionslogisch eher ‚soziales‘ und ‚kulturelles‘ als ‚legales‘ und ‚ökonomisches‘ Kapital als Machtmittel und Ressourcen reflektieren, scheint sie in einem gewissen Sinn für diese Aufgabe auch geradezu prädestiniert zu sein.

Tatsächlich gibt es in der Sozialen Arbeit - und in der Jugendhilfe im Besonderen - eine ganze Palette älterer und neuerer Ansätze und Traditionen, die zumindest oberflächlich betrachtet mit nahraumorientierten Modellen vereinbar sind, bzw. mittlerweile selbst unter dem Chiffre ‚sozialräumliche Orientierungen‘ subsumiert werden. Diese Ansätze reichen von der Gemeinwesenarbeit<sup>127</sup> (vgl. Boer/Utermann 1970, Boulet et al. 1980, Müller/Nimmermann 1972, Peters 1983, Ross 1968, Utermann 1965, Vogel/Oel 1966), in ihrer ‚parteilichen‘, ‚aggressiven‘ (vgl. Galuske 1998) ‚aktivierenden‘ (vgl. Seippel 1976) oder ‚innovativen‘ (Ries et al. 1997) Form, über die ‚Netzwerkförderung‘ (Dewe/Wohlfahrt 1991) und Milieuarbeit (vgl. Ebbe/Friese 1989) zur ‚stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit‘ (vgl. Hinte 1985), dem Stadtteilmanagement (Alisch 2001), ‚sozialökologischen‘ Ansätzen, die auf „die alte Ökonomik als Muster geschlossener lebenspraktischer Orientierungen in ländlichen Verhältnissen“ (Wendt 1982: 16f, vgl. Walter 1981) zielen usw. Ebenso auf lokale Netzwerke, Gemeinschaft und alltägliche Solidaritäten rekurriert die Ausrichtung Sozialer Arbeit am ‚Alltag‘ ihrer Nutzer (vgl. Otto et al. 1981), eine ‚lebensweltliche Orientierung‘ (vgl. Thiersch 1992) und Formulierungen sozialpädagogischer Konzepte, die stärker auf eine gemeinschaftsbezogene ‚Sozialintegration‘ als auf ‚Systemintegration‘ zielen (vgl. Böhnisch 1994, 1999). Ferner können in diesen Kontext Strategien gerechnet werden, die einen Übergang ‚vom Fall zum Feld‘ (vgl. Hinte et al. 1999) induzieren sollen, verschiedene Formen des ‚Empowerment- Ansatzes‘ (vgl. Herriger 1991, Stark

---

<sup>127</sup> Bezeichnenderweise beginnt Dieter Oelschlägels (2001: 653) Beitrag ‚Gemeinwesenarbeit‘ in der zweiten Auflage des ‚Handbuchs Sozialarbeit/Sozialpädagogik‘ mit dem Satz: „Gemeinwesenarbeit (GWA) ist eine *sozialräumliche* Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet“.

1996, Klöck 1998), Konzeptionen, die Soziale Arbeit als eine Form der aktiven Sozialpolitik in der Kommune verstanden wissen wollen (vgl. Müller et al. 1981, Otto/Olk 1989) ebenso wie Fassungen Sozialer Arbeit als ‚Inszenierungen von Solidarität‘ (vgl. Rauschenbach 1992), bzw. ‚Inszenierungen von Gemeinschaft‘ (vgl. Böllert 1995) und schließlich Überlegungen zu einer ‚ProduzentInnen-Sozialpolitik‘, als einem Problembearbeitungsprozess, „der ‚von unten‘ kontrollier[en und] vor Vereinzelung, Machtanhäufung und unausgewiesenen Normalitätskriterien“ schützen soll (Widersprüche 1984: 131, vgl. Kessl 1998).

Diese Aufzählung lässt sich nicht nur nahezu beliebig lange fortsetzen, sondern verwandte Traditionen lassen sich - etwa unter Rekurs auf Hoernles sozialistische Jugenderziehung (vgl. 1919) den Konzeptionen Natorps, dem ‚community service‘ von Frauen aus der Mittelklasse im England des 19. Jahrhunderts (vgl. Teo/Yeo 1988), der ‚klassischen‘ ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ Figur der frühen ‚prä-sozialen‘ Philanthropen (vgl. Cruikshank 1999), bis zu Rousseaus ‚Emile‘ (1983 [1782]) - auch historisch mehr oder weniger beliebig weit nach hinten verlagern (dazu: Brumlik 1993). Einige Vertreter der ‚historischen Sozialpädagogik‘ gehen sogar soweit, die ‚Gemeinschaft‘ zu dem zentralen sozialpädagogischen Bezugspunkt und Integrationsprinzip sowie der wesentlichen ‚Denkform‘ der Sozialpädagogik schlechthin zu erheben (vgl. Henseler/Reyer 2000, Reyer 2002).

Während die Gemeinsamkeit der ‚nah-‘ und ‚sozialraumorientierten‘ Ansätze seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in erster Line eine ‚negative‘ ist, nämlich der Versuch einer Überwindung der fordistischen, hierarchischen, pateranalistischen und bürokratischen Form Sozialer Arbeit<sup>128</sup>, sind sie in Bezug auf die Begründungen dieser Kritik sowie in Bezug auf die ‚positiven‘ Formulierungen ihrer Konzeption, Problemdefinitionen und Zielsetzung überaus heterogen. Diese Heterogenität trifft auch für die (oft nur implizit rekonstruierbare) theoretische bzw. politische Basis der neueren Ansätze zu. Ihre Argumenten speisen aus sich Rekursen, die von (dem jungen) Marx über anarchistische und utopiesozialistische Argumente, von rousseauischen Kulturpessimismen, tocquevilleschen Demokratietheorien, Hannah Arendts ‚Vita activa‘, Amitai Etzionis Kommunitarismus und Benjamin Barbers ‚Starke Demokratie‘, über klassischen Konservatismen in der Tradition Edmund Burkes und Gesellschaftsinterpretationen eines Warnfried Dettling bis zu den Analysen von Oskar Negt und André Gorz reichen. Auch auf einer theoretisch systematischen Ebene findet sich eine Spannweite die sich etwa von systemtheoretischen über kommunikationstheoretische und reflexiv-modernisierende bis hin zu regulationstheoretischen Argumentationslinien erstreckt (vgl. Bowles/Gintis 2000, Kessl 2001a, May 1998): „die Differenz von ‚Gemeinschaft‘ und ‚Gesellschaft‘ steht quer zu älteren, politischen Differenz von ‚links‘ und ‚rechts“ (Brumlik 1993: 8).

Der ‚linke‘ Teil der Ansätze betont den emanzipatorischen Bezug auf ‚gegenhegemoniale‘ Graswurzelaktivitäten (vgl. Crawford 1999) und auf „die Selbstregulierung von Subjekten [...], welche ihre Lebenszusammenhänge, Krisen und Probleme öffentlich bearbeiten wollen“ (Widersprüche 2000: 4, vgl. Castells 1983, Fung/Wright 2001 Gitlin 1987). In diesem Zusammenhang konstatiert etwa der

---

<sup>128</sup> Auch wenn die gewählten Begriffe dabei eher ‚Lebenswelt‘ und ‚System‘ lauten schließen sich die Kritiken argumentationslogisch durchaus an Tönnies Gegenüberstellung von Gemeinschaft – als ‚reales und organisches Leben‘ und ‚lebendiger Organismus‘ – und Gesellschaft – als ‚ein mechanisches Aggregat und Artefact‘ – an. (dazu: Ruben 1999).



dezidiert marxistische Staatstheoretiker Joachim Hirsch (1982: 62), dass sich die bestehenden Vergesellschaftungsverhältnisse, die sich in einer Struktur des Sozialstaats niederschlagen, und sich „im Zuge der vollen Entwicklung des Kapitalismus in den Metropolen durchgesetzt“ hätten nur reformiert werden können, wenn sie grundlegend verändert werden und zwar durch „Entbürokratisierung, Dezentralisierung, die Förderung kollektiver Selbstorganisation [und eine] Unterstützung von Initiativen zur Herstellung autonomer Lebens- und Arbeitszusammenhänge [sowie eine] Reaktivierung kommunitärer Strukturen“.

Dieser „zeitgeist of community optimism [was] born with the student and civil rights movements“ (Wellmann et al. 2002: 3). Im Mittelpunkt steht der Versuch einer Organisation des ‚Drucks von unten‘ (vgl. Cohen/Arato 1992) mit dem Ziel struktureller Reformen und ein ‚Kampf für bessere Lebensbedingungen‘ (vgl. Widersprüche 2000), Interessenartikulation und Selbstbestimmung bzw. ‚selbstbestimmte Vergesellschaftung‘, der von der Sozialen Arbeit auch gegen das staatlich-bürokratische System unterstützt werden soll (vgl. Kunstreich 1999, May 1997). Solche Formen und Begründungen gemeinschaftsorientierter Ansätze verstehen sich in der Regel in einer Traditionslinie der ‚radikalen Sozialarbeit‘ bzw. der angelsächsischen ‚radical social work‘ (vgl. Langan/Lee 1989) und deren Forderungen nach einer ‚practice in and against the state‘ (vgl. Sünker 2000: 214f), in der sich der ‚sozialräumliche‘ Aspekt vornehmlich auf die Möglichkeiten zu Infrastrukturverbesserungen in Verbindung mit einer raumbezogenen Interessenorientierung und -organisation sowie der Förderung basisdemokratischer Selbstbestimmungstendenzen konzentriert und auf fachlicher Ebene von einer Kritik der Expertokratie sowie damit verbundenen funktionalistischen Deutungsmustern geleitet ist. Dabei ist die Zurückdrängung der ‚Klientifizierung‘ der ‚Subjekte‘ (vgl. Becker et al. 1984, Müller et al. 1981) und die Anmahnung „eine[r] Wiederaneignung sozialer Probleme und ihrer Lösungen durch die Betroffenen“ (Brumlik 1992: 230) ein zentraler Topos:

„At its most innocuous, client refusal consists simply of blocking the unjust suction of individuals into so-called therapeutic situations where they lose control and responsibility. [...] But more important is] that client refusal, which in isolation could be seen as another form of rationing, should include an attempt to enlist the client as a political ally“ (Simpkin 1979: 155, vgl. Corrigan/Leonard 1978).

In der radikalen Variante geht es dabei darum, die vom Wohlstand ausgeschlossenen Bürgerinnen und Bürger gegen die herrschenden Macht- und Unterdrückungsstrukturen für den Kampf um ‚völlige Freiheit‘ (Alinsky 1999) bzw. ‚echte Befreiung‘ (Freire 1974) zu mobilisieren. In diese Traditionslinie können auch die von Castells<sup>129</sup> (1983) als ‚urban social movements‘ bezeichneten ‚community groups‘, in ihrem Kampf um sozialen Wandel und insbesondere eine Erweiterung von Rechten, Ressourcen und Leistungen eingeordnet werden. „Gemeinwesenarbeit“, so ist etwa in der ‚Sozialpädagogischen Korrespondenz‘ vom Februar 1972 zu lesen,

„stellt sich zunächst als der Arbeitsbereich der Sozialarbeit dar, der am unmittelbarsten mit gesellschaftlichen Problemen konfrontiert ist, das heißt aber auch, dass die Sozialarbeit hier am unmittelbarsten politisch wirkt, zumindest der Möglichkeit nach. [...] Es scheint uns unbestreitbar, dass Sozialarbeit in diesem Arbeitsbereich nicht umhinkommt, aktuelle Probleme als *gesellschaftliche* anzuerkennen und dementsprechend *politisch* dazu Stellung zu nehmen. (Anders als in der Einzelfall- oder Gruppenarbeit, wo sie die *Individualität* der Probleme betont um sie zu entpolitisieren.)“ (Baron et al. 1978 : 141).

---

<sup>129</sup> Wobei Manuel Castells zumindest implizit von Anfang an Brücken- und Verknüpfungskapital fokussiert, und in seinem letzten Werk (1998) eindringlich und explizit vor der Gefahr eines ‚neuen Tribalismus‘ in der ‚Netzwerkgesellschaft‘ warnt.

In den derzeit dominanten Formen einer gemeinschaftsbildenden ‚sozialraumorientierten‘ Jugendhilfe findet sich demgegenüber zwar - ebenso in der Zivilgesellschafts- und Sozialkapitaldebatte im weiteren Sinne (vgl. Mayer 2002) - eine deutlich anti-etatistische Tendenz, die den fordistischen Traditionen der Sozialen Arbeit des sozialen Interventionsstaats skeptisch gegenübersteht, es werden jedoch kaum ‚staatskritische‘ Perspektiven in der genannten Tradition formuliert. Vielmehr werden Ansätze entwickelt, um die Möglichkeiten und Autonomiepotentiale zivilgesellschaftlicher Akteure, eingebettet in ‚partnerschaftliche‘ Arrangements, eher ‚jenseits‘, ‚unterhalb‘ oder ‚komplementär‘ zu staatlichen Leistungen und Garantien zu nutzen (vgl. May 2001). Diese Position ist kaum jünger als die ‚emanzipative‘ Kritik am professionellen Expertentum. Zumindest retrospektiv betrachtet, können beide auch als Reaktion auf die fiskalische wie Legitimationskrise der Leistungserbringungsrationaltäten des fordistischen Sozialstaats und seiner sozialen Dienste verstanden werden:

„Von allem Anfang an war [...] das Projekt einer Rückverlagerung sozialer Probleme aus dem Bereich bürokratischer Expertensysteme mit der interessierten Rückendeckung von Finanzbürokratien verbunden, die auf diesem Wege Möglichkeiten zu einer Entlastung öffentlicher Haushalte sahen“ (Brumlik 1992: 230 f).

International ist etwa John McKnights Werk über die ‚Careless Society‘ (1995) paradigmatisch für diese Sichtweise. Wohlfahrtstaatliche Versuche, inklusive der extensiven ‚helfenden Beziehungen‘ Seitens der Sozialen Arbeit, so die Kernthese, hätten die Fähigkeiten zu Autonomie und Selbsthilfe der lokalen Communities verschüttet. Diese Fähigkeiten gelte des durch Gemeinschaftsmobilisierungen wieder zu gewinnen, die an einen Rückzug des ‚passivierenden‘, aktiven Wohlfahrtssystems gekoppelt sind, das sich zersetzend auf das gemeinschaftliche Miteinander aufwirkenden würde. Wie es die einer ‚radikalen Sozialarbeit‘ unverdächtige KGSt-Consult (2000: 60) formuliert: Wo „die Sozial- und Jugendhilfe ihre Klienten nur bedient, von ihnen nichts verlangt und sie finanziell und durch praktische Hilfeleistungen ‚verwöhnt‘, werden alle Möglichkeiten und Chancen einer erfolgreichen Sozialraumarbeit verschüttet“<sup>130</sup> (vgl. auch Wendt 1993).

In diesem Kontext zeichnet sich ein Wandel im Bezug des sozialpädagogischen Rekurses auf die ‚kommunale Lebenswelt‘ ihrer Adressaten ab. So sehr sich dieser Bezug auf der progressiven Seite aus der Erkenntnis speist, das Erreichen ‚sozialer Gerechtigkeit sei

„always primarily a political obligation [...] and thus] it was still correct to define social work as a special form of social work politics in community and neighbourhood [...] acknowledging that the] direction of intervention here can never be *primarily* changing persons, yet changing their life world“ (Brunkhorst 1992: 90),

so gradlinig scheint er gegenwärtig in eine neo-konservativ/neo-liberal dominierte Rekonfiguration der Wohlfahrt adaptiert werden zu können, die sich – mit deutlichen Unterschieden im Einzelnen – in vergleichbarer Form in nahezu sämtlichen fortgeschritten Gesellschaftsformationen findet. So ist es vornehmlich die politische Rechte, die etwa in den US-amerikanischen Diskursen über die ‚Wohlfahrtsstaatsreform‘

---

<sup>130</sup> Wolf Rainer Wendt (1993: 257) vertritt eine vergleichbare Grundthese wenn er davon spricht, dass „[w]ohlfahrtsstaatliche Versorgung [...] Abhängigkeit mit sich [bringt. ...Z]wangsläufig mußte der Ruf nach mehr Selbsthilfe und Selbstorganisation laut werden. Das soziale Sicherungs- und Leistungssystem förderte überdies die Individualisierung, die Pluralisierung des Privaten statt einer Vermehrung des sozialen Miteinanders“.

„landauf landab mit der Behauptung hausieren ging [- durch] Kürzungen der Sozialhilfe [...] den Armen zu mehr Selbstständigkeit verhelfen, [...] ihr Zauberwort hieß ‚Empowerment‘ [...]. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Linke alleinerziehende Mütter ‚bemitleide[t]‘ (wie Lisa Gordon es formulierte), während die Rechte in ihnen aktive Gestalterinnen des eigenen Lebens“ sieht (Stern 1999: 12).

In einem gewissen Sinne kann davon gesprochen werden, dass, Kürzungen und Privatisierungen in den öffentlichen sozialen Diensten mit - vor allem administrativ geforderten - Praktiken vermischt werden, die vor wenigen Jahrzehnten noch in erster Line mit Versuchen der Erzeugung von (lokalen) Widerständen und der Solidarität der ‚Subdominanten‘, für den Ausbau ihrer Rechte und gegen Ausgrenzungs-, Stigmatisierungs- und ‚Kontrollzumutungen‘ Seitens des Staates und seiner Institutionen konzipiert waren. Sofern diese Praktiken angemessen reguliert und in einer bestimmten partnerschaftlichen Weise hervorgebracht werden, versprechen sie weniger einen ‚Point de Resistance‘, sondern vor allem eine kosteneffiziente Weise darzustellen, auf soziale Bedürfnisse und Probleme zu antworten, lokale Kohäsion zu erzeugen und vor allem den staatlichen ‚Partner‘ vom ‚Rudern‘ entlasten. Aus dieser Perspektive ist es in erster Line die materielle wie politisch-ideologische Erosion des keynesianischen Sozialstaats, die der sozialraumorientierten Sozialen Arbeit wie der community-orientierten Sozialpolitik insgesamt zu einem Auftrieb verhilft. Im Mittelpunkt steht dabei nicht mehr eine Erzeugung von Widerständigkeit und eine Ausweitung ziviler und sozialer Rechte<sup>131</sup>, sondern eher die Hoffnung auf Erhöhung der Effektivität und (ökonomischen) Effizienz sozialer Dienstleistungen (vgl. KGSt 1999, Heinz 2000) durch die Schaffung und ‚Wiederherstellung‘ von Beziehungen zwischen den lokalen Akteuren eines kleinräumig territorialen Areals: „The focus is internal, finding and building the community’s own ‚assets‘ or ‚social capital‘ rather than confronting or negotiating with external power and resource holders“ (Stoecker 2001: 4).

In diesem Sinne lassen sich zwei idealtypische Positionen in den nah- und sozialraumorientierten Ansätzen extrahieren: Eine Position, die die Frage von Autonomie, Selbstorganisation und Handlungsfähigkeit (‚agency‘ vgl. Giddens 1979, Sewell 1992), unsuspendierbar mit ihren den der strukturellen Voraussetzungen verknüpft<sup>132</sup> (vgl. Bourdieu 1979) und eine, die sozialstrukturelle und ökonomische Zwänge weitgehend ignoriert und auf die ‚soziale‘ Ebene des Nahraumdiskurses vor allem mit Blick auf die (moralischen) Dispositionen der Akteure diskutiert<sup>133</sup> (vgl. Low 1999).

Die erste Position, der sich etwa die ‚Politik des Sozialen‘ der Redaktion Widersprüche (dazu: Kunstreich 1997, 1999), eine Reihe ‚radikal egalitärer‘ Ansätze (dazu: Hughes 1996) und Modelle einer ‚Zivilisierung des Sozialstaates‘ im Umfeld der neueren kritischen Theorie (dazu: Kessl 2001a)

---

<sup>131</sup> Im Gegenteil ist es eine zentrale Diagnose ‚aktivierender‘ Sozialpolitik, dass der „Wohlfahrtsstaat [...] den Arbeitnehmern nicht die Luft [lasse], ihre persönliche soziale Sicherung stärker in die eigenen Hände zu nehmen“ (Hombach 1998: 79). Auch wenn die diversen Formen einer sozialpädagogischen Sozialraumorientierung nicht pauschal als ein affirmativer Teil der regulationsstaatlichen Rationalität fortgeschritten liberaler Gesellschaftsformationen interpretiert werden können, ist es durchaus auffällig, dass sich eine solche Diagnose in einer Vielzahl der Sozialraumkonzeptionen in oft nur unerheblich modifizierter Form wiederfinden (vgl. z.B. Elsen 1997).

<sup>132</sup> So etwa Tim Kunstreichs Vorschlag ‚das Soziale‘ als eine Emergenzebene des ‚Subjekts‘ zu reformulieren (vgl. Kunstreich 1999).

<sup>133</sup> Dies gilt vor allem für den Teil der Ansätze die sich handlungsleitend an kommunitaristischen Idealen orientieren. Vor allem mit Rekurs auf Etzioni hat Low (1999) treffend einen ‚a-soziologischen‘ Bezug der kommunitaristischen Perspektive auf soziale Probleme nachgezeichnet. Aus dieser Perspektive würden die Probleme als eine „a-social malaise“ (Low 1999: 95) erscheinen, die als ein Symptom für ein Defizit des sozialen Engagements und Mangel an (Selbst)Verantwortlichkeit der Akteure erscheinen. Eine solche Perspektive ist im engeren Sinne dispositionsbezogen.

zuordnen lassen, fokussiert der Tendenz nach die Unterstützung der Selbstregulierung der ‚Subjekte‘ im Sinne emanzipatorischer Bildungsprozesse und partizipativer Verfahren als Bestandteil und demokratisierendes Korrektiv einer wohlfahrtsstaatlich universell garantierten gesellschaftlichen Teilhabe, in Form von - auszubauenden - Teilhaberechten, -gelegenheiten und monetären Ressourcen.

In der zweiten Position werden die Gemeinschafts- und Selbsthilfepotentiale eher als eine *Alternative* zu kollektiven Sicherungssystemen und staatlich induzierten Integrationsstrukturen oder als Ausfallbürgen staatlicher Kürzungen thematisiert, gefordert und vorangetrieben.

Vor allem in den Kopplungen von Stadtentwicklungsprogrammen und einer nahräumlich aktivierenden Form der Sozialen Arbeit ist es in erster Line zweite – weniger ‚von unten‘ erstrittene als ‚von oben‘ eingeforderte (vgl. Widersprüche 2000) - Variante, die sich in den Vordergrund drängt.

Während sich im einzelnen darüber streiten lässt ob diese Neuformulierung Sozialer Arbeit als eine ‚gelungene Erweiterung‘ (vgl. Olk 2000b) oder als eine „kastrierte Fassung der alten, kämpferischen Gemeinwesenarbeit“ (Müller 2001: 19) zu interpretieren ist, muss bezweifelt werden, dass sich diese Entwicklung *alleine* aus immanenten Dynamiken, Modernisierungen, Modifikationen, ‚Weiter-‘ oder ‚Rückentwicklungen‘ bisheriger Ansätze und Selbstverständnisse der Sozialen Arbeit bzw. der Jugendhilfe speist. Die Konjunktur einer Nah- und Sozialraumorientierung in der Sozialpädagogik ist nicht nur fachimmanent z.B. als eine ‚neu entdeckte‘ Form der Gemeinwesenarbeit (vgl. Oeschlägel 2001) zu verstehen, die sich im Zuge ihrer professionellen und disziplinären Revitalisierung verändert hat. Vielmehr ist selbst sie eng mit den veränderten Arrangements des Wohlfahrtsstaats und insbesondere den Rationalitäten neuerer sozialpolitischer Stadtentwicklungsdiskurse verknüpft.

Um diese Beziehung aufzuhellen ist insbesondere ein Blick auf den vergleichsweise fortgeschrittenen US-amerikanischen Diskurs instruktiv<sup>134</sup>. Im US-amerikanischen Stadtentwicklungsdiskurs geht es - *nach* dem nationalen Programm eines ‚Kriegs gegen die Armut‘ - pointiert formuliert vor allem darum, die vorherrschenden ‚welfare to work‘- Programme auf lokaler Ebene zu implementieren und mit stadtteilverankerten Organisationen zu koppeln (vgl. Hardina 1997, Theodore/Peck 1999). Ein wesentliches Diskursereignis ist dabei ein in der Tradition der ‚Enterprise Communities‘ und ‚Empowerment Zones‘ der 1980er Jahre stehender, ‚National Urban Policy Report‘ von 1995 (vgl. NCCED 1995). Hier werden drei zentrale Ziele bzw. Prinzipien formuliert:

- (1) dass die Revitalisierung benachteiligter Stadtteile vornehmlich durch die Schaffung von ‚economic opportunities‘ für die Bewohner in den Stadtteilen zu bewerkstelligen sei,
- (2) dass die daraus entfalteteten Aktivitäten der baulich-räumlichen und vor allem der Gemeinschaftsentwicklung zugute kommen sollen und

---

<sup>134</sup> Wie in anderen Bereich kann nicht davon ausgegangen werden, dass Konzepte und Ideologien als ganze einfach als Infiltration von außen, ohne Rücksicht auf je soziale, rechtliche, systemimmanente, kulturelle, institutionelle etc. Traditionen und Besonderheiten übernommen werden. Allerdings haben die USA häufig eine Vorbild bzw. Schrittmacherfunktion. Diese Funktion kann im Bereich der Kriminalpolitik (vgl. Wacquant 2000) ebenso rekonstruiert werden wie im Kontext von ‚Workfare‘ oder dem New Public Management (NSM). In Bezug auf die ‚Community‘ Perspektive ist dieser Bezug besonders offensichtlich (z.B. die Gemeinwesenarbeit insbesondere in Form der ‚Community Organization‘, die Kommunitarismusdebatte, und schließlich der Sozialkapitaldiskurs)

(3) dass die Voraussetzung hierfür die Partnerschaft und Kooperation aller vor Ort relevanten Akteure sowie der kommunale Zwang zur Mobilisierung aller ‚stakeholder‘ sei, womit vor allem und ausdrücklich auch die Bewohner selbst gemeint sind.

‚Welfare‘ in einem redistributiv-kompensatorischen Sinne steht in keiner der als ‚national urban policy‘ implementierten Maßnahmen im Vordergrund. Stattdessen geht vor allem um die Förderung unternehmerischer wie lokalökonomischer Planung und ‚Verantwortungsübernahme‘ bzw. ‚Risikobereitschaft‘ (vgl. Porter 1995).

Diese zentralen Parameter der amerikanischen Stadtpolitik haben offensichtliche, strukturelle Ähnlichkeiten mit den derzeit in Europa dominierenden Formen der Stadtentwicklungspolitik. Unabhängig davon, ob man den Blick auf die jüngeren bundesdeutschen Stadtentwicklungsprogramme<sup>135</sup> (vgl. Grell/Sambale 2001, Eick/Grell 2001), die ‚City Challenge‘ Strategie in Großbritannien, die ‚Quartiers en Crise‘ in Frankreich oder die Handlungsansätze im Kontext der ‚PCG-beleid‘-Programme in den Niederlanden richtet repräsentieren sie ein zentrales Exerzierfeld gewandelter, in den Dimensionen ‚place‘ ‚space‘ und ‚scale‘ reorganisierter sozialer Regulationspolitiken (vgl. Brenner 1999, Cox 1996, Harvey 1989, Jessop 2000, 2002, MacLeod/Goodwin 1999). Paradigmatisch kommt dies etwa in dem Bericht der Kommission für Zukunftsfragen (1997: 152f) zum Ausdruck, in dem betont wird, dass dem

„kurativen Blick der traditionellen Sozialpolitik [...] die wachsende Bedeutung von sozialen Netzwerken [entgehe...:] Statt solche Ressourcen innerhalb von Gemeinschaften zu fördern [...], konzentriert sich Sozialpolitik auf die Bereitstellung von Leistungen an individuelle Empfänger, was im Übrigen die (meist überzogen karikierte) Rolle des ‚Wohlfahrtskonsumenten‘ ungewollt fördert“.

In der Sozialen Arbeit wird diese Logik implizit in den so genannten ‚Sozialraumbudgets‘ reflektiert. Auch die Sozialraumbudgets haben ihre spezifische Eigenart vor allem darin, dass sie die auf ‚den Sozialraum‘ selbst bezogenen Finanzierungsaspekte stärker betonen als die, die sich auf Leistungserbringungen an die einzelnen Leistungsberechtigten richten<sup>136</sup> (vgl. Münder 2001a, Wohlfahrt 2001) – als ob es ‚der Sozialraum‘ als solcher und nicht die je unterschiedlichen Akteure die ihn bewohnen wären, die an Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und einer Reihe anderer sozialer Probleme leiden<sup>137</sup> (vgl. Duyvendak 2003). Dabei findet sich in der Regel neben einer faktischen Umgewichtung der Erbringungslogiken zugunsten indirekter Unterstützungsleistungen, auch eine deutliche und aktive ‚ideologische‘ Diskreditierung direkter Unterstützungsleistungen an einzelne Akteure<sup>138</sup> (vgl. Garcia 2001).

---

<sup>135</sup> Die Analogie zeigt sich schon alleine darin, dass auch in der Bundesrepublik die für die entsprechenden Programme bereitgestellten Finanztitel in der Regel nicht für die direkten Unterstützungs- und Transferleistungen für die einzelnen Akteure, sondern nahezu ausschließlich für indirekt wirksame Mobilisierungsmaßnahmen vorgesehen sind.

<sup>136</sup> Dabei besteht aus der Perspektive der einzelnen Akteure zumindest die Gefahr, dass ihre individuellen Rechtsansprüche (strukturell) unterlaufen werden.

<sup>137</sup> Treffend führt Martin Prowse (2003:6) in Anlehnung an Dreze und Sen (1989) aus, dass, „a lack of vulnerability at the national, regional or community level does not preclude extreme vulnerability at the individual level“.

<sup>138</sup> Betrachtet man die beiden grundsätzlichen sozialpädagogischen ‚Aktivierungs-‘ Positionen vor diesem Hintergrund, so besteht ihr wesentlicher Unterschied, bezogen auf die Freiheits- Autonomiepotentiale der ‚Zivilgesellschaft‘ darin, dass in der ersten Variante die anzustrebende ‚Freiheit‘ eines gemeinschaftlich eingebundenen Rechtssubjekts, in der zweiten die – kontrafaktisch - als gegeben erachtete ‚Freiheit‘ zur rationalen Wahl des ‚Selbstunternehmers‘ (vgl. Freytag 2001) innerhalb der normativen Ansprüche eines partikulargemeinschaftlichen ‚Common Sense‘ in den Vordergrund rückt.

Darüber hinaus kann trotz einer Abkehr des Blicks auf einzelnen Leistungsberechtigten zugunsten des ‚Sozialraums‘ in der hegemonialen Form der Nah- und Sozialraumkonzeptionen dennoch kaum davon die Rede sein, dass ein Übergang ‚vom Fall zum Feld‘ (vgl. Hinte et al. 1999) der Jugendhilfe die Möglichkeit gibt, gesellschaftlich notwendige Konsequenzen im Falle sozialer Problemlagen nicht nur in individuellen erzieherischen Forderungen ausmünden zu lassen (vgl. Otto 1973) und stattdessen einen Beitrag zur Bewältigung strukturell erzeugter Problemlagen zu leisten (skeptisch: Olk/Otto 1987: XVII). Eine Aufgabenzuweisung der Jugendhilfe als nahräumliche Aktivierungsinstanz impliziert in diesem Kontext nämlich nicht nur, dass sich ihre sozial- und kulturkapitalbasierten Interventionen tendenziell von einem erweiternden, ergänzenden, spezifizierenden und dispositionssensiblen Teil der Sozialpolitik zu einer Hauptstrategie der lokalbezogenen sozialen Politik verschieben<sup>139</sup>, sondern zugleich auch eine Regkonfiguration ihres Bezug auf die positional-dispositionale Matrix der Akteure. Das Argument, dass Problemlagen durch eine Aktivierung von Bewohner ‚gelöst‘ werden können, impliziert unweigerlich, dass diese Lösung nicht außerhalb ihres Einfluss- und Verantwortungsbereichs, sondern ‚in ihren Händen‘ liegt. Gerade weil die Aktivierungs- und Mobilisierungsperspektive damit unterstellt, dass auch die zunächst ‚überindividuellen‘ und ‚strukturellen‘ Problemlagen ‚im Feld‘ (als Gegensatz zu den Problemen des Akteurs als ‚Falls‘), vornehmlich als lokal emergente Eigenschaften zu fassen sind, die implizit auf Summe der individuellen Eigenschaften der Bewohner zurückgeführt werden können, verschiebt sich dieser Bezug von sozialen Positionen – d.h. als ‚gesellschaftlich‘ verhandelte Frage – zur individuellen Dispositionsebene der zu aktivierenden Akteure hin (vgl. Butler/Drakeford 2001).

Die sozial-positionale Referenz Sozialen Arbeit wird vom ‚Sozialen‘ zum ‚Lokalen‘ disaggregiert, genauer, zu einer *kleinräumig begrenzten* und – durch den territorialen Bezug – vornehmlich auf *primordiale* Interpersonalität verweisenden Gemeinschaft. Betrachtet man gegenwärtige sozialräumliche Strategien vor dem Hintergrund ihres (impliziten) Sozialkapitalkonzepts, so liegt ihnen – empirisch – ein (aggregierter) Individualbezug zu Grunde<sup>140</sup>. Das soziale Kapital, das im ‚Feld‘ aktiviert werden soll, reflektiert in erster Linie ‚Qualitäten‘, die auf einer individuellen bzw. individuell inkorporierten Ebene angelegt sind (vgl. Dekker 2000, Glaeser 2001): „Community involvement and trust in others is a demonstration of social capital in individual behavior and attitudes“ (Brehm/Rahn 1997: 999).

Die durch eine Nahraumorientierung zum Ausdruck gebrachte Kritik am ‚Individualbezug‘ unterscheidet sich in so fern deutlich von der – vornehmlich Seitens einer ‚radikalen Sozialarbeit‘ an die Adresse der ‚klinischen Sozialarbeit‘ gerichteten – Kritik einer Zentrierung der Interventionen auf Individuen. Diese Kritik hat sich primär darauf bezogen, dass es die klinische Sozialarbeit vernachlässige, die Problemlagen ihrer Adressaten als strukturelle und politische Angelegenheiten zu bearbeiten, sondern sich stattdessen darauf konzentriere Individuen – gleich ob durch ‚Versorgung‘,

---

<sup>139</sup> Dies ist – wie ausgeführt – in ähnlicher Weise auch auf der Ebene der neo-sozialen Rationalitäten eines ‚aktivierenden‘ ‚Regulationsstaat‘ geschehen.

<sup>140</sup> Dies hängt damit zusammen, dass soziales Kapital zwar aus Beziehungen entspringt, aber es dennoch schlicht *kein* kollektives Gut ist, dass Nachbarschaften, Stadtteile oder Gesellschaften ‚besitzen‘ oder nicht ‚besitzen‘, sondern wird als Kapital von einzelnen Akteuren verwertet wird (vgl. DeFilippis 2001).

‚Behandlung‘ oder ‚Aktivierung‘ - zu ‚helfen‘, in ihren sozialen Umwelten besser zu funktionieren (vgl. Becker 1997). Insofern dies die kritische Pointe der *Kritik* am Individualbezug darstellt, verweist eine - die ‚individuellen‘ Dimensionen einer physischen Unmittelbarkeit und interpersonalen Ko-Präsenz fokussierende (dazu: Urry 2002) - Nahraumorientierung jedoch eher auf eine Neuformulierung der ‚sozialen Umwelt‘ als auf eine Überwindung des kritisierten Individualbezugs der Interventionen.

Die partielle Zurückweisung einer ‚Zentrierung auf Individuen‘ im Übergang vom Fall zum Feld liegt auf einer anderen Ebene. Parallel zu der Disaggregation der ‚sozialen Umwelt‘ auf den konkreten lokalen Kontext, wird soziales Kapital als ein zentrales Machtmittel der Jugendhilfe von einer Ressource, um die Teilhabechancen *des einzelnen Adressaten* zu verbessern und zu gewährleisten, auf eine höhere Ebene aggregiert: Auf die Ebene des ‚Sozialraums‘ als solchem. Wenn der Sozialraum zur zentralen Steuerungseinheit für sozialpädagogische Planungsansätze erhoben wird, in dem sich einzelne sozialpädagogische Leistungserbringungen nicht mehr an Individuen oder spezifischen Zielgruppen, sondern stattdessen am Sozialraum mit seinen je identifizierbaren (Problem)Charakteristika ausgerichtet, lässt sich davon sprechen, dass sich der Bezug auf Individuen vor allem in so fern verschoben hat, dass dies einer Subordination der Ansprüche des Einzelnen unter den Bedarf einer territorial konstruierten Gemeinschaft gleichkommt. Pointiert formuliert geht es – im Gegensatz zu elaborierten Formen der Dienstleistungsorientierung (vgl. Schaarschuch et al. 1999) oder einer ‚subjektorientierten Jugendarbeit‘ (vgl. Scherr 1997) - weniger darum, den Interessen und Bedürfnissen einzelner Akteure gerecht zu werden, als um eine Stabilisierung und Stärkung lokaler Gemeinschaften, verbunden mit dem Ziel eines (Re-)Arrangements informeller Netze, die zu einem wesentlichen Bestandteil öffentlicher Versorgung auf- und ausgebaut werden sollen.

International wird eine solche Leistungserbringungsperspektive in sozialpolitischer Hinsicht vornehmlich von den ‚Neuen Rechten‘ propagiert: „The state’s role in enabeling the pursuit of happiness“, so etwa Charles Murrays (1998: 260) Verständnis von Wohlfahrtstaatlichkeit, „depends ultimately on nurturing not individuals, but the associations they form“. Damit wird gerade jener Aspekt in das Zentrum der ‚neo-sozialen‘ nahraumorientierten Strategien gestellt, dessen Fokussierung bereits von Analytikern des US-amerikanischen ‚War on Poverty‘ in den 1960 Jahren<sup>141</sup> als ‚major irony‘ (vgl. Downes/Rock 1998) bzw. als ‚Kardinalfehler‘ und zentrale Ursache für das Scheitern der sozialkompensatorischen Reformbemühungen identifiziert wird: „Under the War on Poverty in the US in the 1960s, area based initiatives proliferated. A proposal to have demonstration projects in 6 or perhaps 10 cities became 250 in the first year of operation and then a thousand cities by 1967“ (Kleinman 1998: 3). Der beschränkte Fokus auf den Nahraum wird von Beginn an von einer Vielzahl zeitgenössischer sozialpolitischer Beobachter massiv zurückgewiesen. Paradigmatisch für die Position jener Mehrheit der US-amerikanischen ‚Liberals‘, die in der (ausbleibenden) Einkommensredistribution den Schlüssel zur Armutsbekämpfung sehen (vgl. Lehman 1991), kritisiert z.B. Elizabeth Wickenden den ‚war on poverty‘ in einem Brief an Lyndon Johnson’s ‚Chief of Staff‘ im Januar 1964 wie folgt: „The problems of poverty are only in limited instances localised in character.

---

<sup>141</sup> Der Zeit also bevor dieser in einen ‚Krieg gegen die Armen‘ transformiert wurde (vgl. Gans 1995, Katz 1990, Wacquant 2000)

They are for the most part widely distributed, related to economic and social factors that operate nationwide, and would require more than local action for solution.“ Die Reformprogramme, resümieren auch Marris und Rein Mitte der 1970er Jahre, kranken vor allem ihrer „inability to supersede the limits of local action, and tackle the national problems that underlay their frustrations“(Marris/Rein 1974: 124 vgl. Gouldner 1970, Lehman 1991). Das Problem der in den lokal fixierten Sozialprogrammen implizierten Ursachenzuschreibung von sozialer Problemlagen jenseits ihrer allgemeinen, strukturellen, sozio- und politisch ökonomischen Ursachenzusammenhänge - die bereits im Kontext der vergleichsweise ‚inkluisiven‘ Konditionen fordistischer Gesellschaftsformationen (vgl. Young 1999) auf massive Einwände gestoßen war - hat sich vor allem seit den 1980er und 1990er Jahren – im Kontext einer ökonomisch forcierte ‚Globalisierung‘ - noch deutlich zugespitzt. Es ist überaus zweifelhaft<sup>142</sup> ob ‚strukturelle Probleme‘ fortgeschritten liberaler Gesellschaften *ursächlich* auf Interaktions- und Verkehrsformen einer kleinräumigen lokalen Einheit zurückzuführen sind, oder ob diese nicht eher ein mittelbarer *Ausdruck* von Problemlagen sind, deren Ursachen außerhalb der interpersonalen Beziehungsstrukturen in einem isolierbaren, territorial begrenzten sozialen Nahraums liegen (vgl. Bauman 2001, Dangschat 1994, Fine 2001, Hope 2001, Warner 1999, Young 2001):

„Ein sozialraumorientierter Ansatz verkennt [...systematisch], dass verursachende Faktoren von Ungleichheit im Produktions- und Reproduktionsprozess der Gesellschaft liegen und daraus faktisch wirkende problematische Lebenslagen der Betroffenen durch selbigen nicht nennenswert beeinflusst und schon gar nicht beseitigt werden können.“ (Schipman 2002: 140, vgl. Logan 2003).

Dem steht nicht entgegen, dass in der zerklüfteten Landschaft des Sozialen in fortgeschritten liberalen Gesellschaftsformationen für eine kleinräumig lokalbezogene Form der Politik - im Vergleich zum vereinheitlichenden ‚staatsbürokratischen‘ Etatismus (vgl. Poulantzas 2002) der fordistischen Phase des Kapitalismus - ein erhöhter ‚objektiver Bedarf‘ besteht (vgl. Duyvendak 2002). Im Verbund mit einer fortgeschritten liberalen ‚Entgrenzung und Segmentierung der Arbeitsgesellschaft‘ (vgl. Böhnisch 2002) - d.h. einer regional und selbst statteilspezifisch höchst unterschiedlichen aber insgesamt dramatisch hohen Arbeitslosigkeit sowie einem stetig steigenden Anteil prekärer Lohnarbeitsverhältnisse, die von einer sowohl politisch als auch marktgesteuerten Intensivierung der Lohnarbeit einhergeht (vgl. Wacquant 1996) - werden urbane Segregationsprozesse sowie Entkopplungen, Abhängungen und partielle ‚Verslummungen‘ kleinräumig identifizierbarer Stadtgebiete in einem Maße vorangetrieben, die zumindest in der Bundesrepublik bisher nicht bekannt waren (vgl. u.a., Alisch/Dangschat 1998, Dangschat 1999, Hanesch 1997, Häußerman 2000, Heitmeyer et al. 1998, Keller 1999, Matthies et al. 2000, Ronneberger et al. 1999). Urbanität im ‚Post-Fordismus‘ ist in wachsendem Maße dadurch gekennzeichnet, dass sich Verhältnisse von ‚Zentrum‘ und ‚Peripherie‘ (vgl. Kreckel 1992) und, dadurch vermittelt, von ‚Modernisierungsgewinnern‘ und ‚Modernisierungsverlierern‘, nicht nur im ‚sozialen Raum‘ (vgl. Bourdieu 1982, Vester et al. 2001) als Gesamtheit, sondern auch in den, teilweise in sehr engen, sektoralen Grenzen des territorialen Raums (vgl. Lanz 2000, Karstedt 2000), in einer Form abzeichnen, in der sich sozial wie ökonomisch

---

<sup>142</sup> Es sei daran erinnert, dass einige sozialpolitische Kommentatoren (sowie Sozialpolitiker) darauf bestehen, dass der *Nationalstaat* angesichts globaler Zusammenhänge nicht mehr über die Machtmittel und die Reichweite verfüge, ‚strukturelle gesellschaftliche Probleme‘ zu lösen (kritisch: Hirsch 2001).



fortgeschrittene, periphere und marginale Lebens- und Produktionsverhältnisse in direkter Nachbarschaft finden<sup>143</sup> (vgl. Hirsch 2002).

Das ‚objektive‘ Erfordernis darauf sozialpolitisch in einer Weise zu reagieren, die sich nicht nur einen Bezug auf die Dispositionen individueller Akteure, sondern auch durch einen spezifischen und damit flexiblen Bezug auf die je konkreten ‚örtlicher‘ sozial-ökologischen Aspekte auszeichnet, kann jedoch die Konjunktur der Dimensionen von Lokalität und Diversität gegenüber den universalistischeren Formen einer auf Redistribution und De-Kommodifizierung gerichteten Sozialpolitik nicht erklären. Vielmehr lässt sich eine Form der ‚Territorialisierung der Regierung des Sozialen‘ (vgl. Clarke 2002) skizzieren, die sich nicht nur durch eine Engführung der sozialen Probleme mit den identifizierbaren Arealen, in denen diese Probleme erscheinen auszeichnet<sup>144</sup>. Sie beschreibt vielmehr eine generelle Bewegung weg von ortsunabhängig verallgemeinerten Formen der Absicherung sozialer Risiken, hin zu eher partikularen Intervention in je kleinräumig-territorial identifizierte ‚hot spots‘ sozialer Problematiken (vgl. Dangschat 2002).

Zwar lässt sich im Einzelnen argumentieren, dass durch eine Konzentration auf dramatische Orte, die durch ein ‚Stadtmonitoring‘ auf der Basis von kleinräumigen statistischen Daten und Schlüsselindikatoren kenntlich und typisierbar werden (vgl. Bartelheimer 2002), politische, planerische und sozialer Interventionen zielgerichteter und spezifischer ausgerichtet und damit nicht nur effizienter, sondern auch effektiver gestaltet werden können, in der Gesamtschau lässt sich diese Veränderung der sozialpolitischer Interventionsrationalitäten jedoch nur sinnvoll als ein Teil und Ausdruck einer grundlegenden Umgestaltung und Re- Territorialisierung des Sozialstaats interpretieren (vgl. Jessop 2000, 2002, Lorenz 2002). Dabei werden wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zunehmend auf relativ kleine kartographierbare Areale konzentriert (vgl. Mohan 2002).

Durch diese Form des ‚Placing‘<sup>145</sup> der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit geraten jedoch die Probleme und der Bedarf an sozialer Sicherheit jener Akteure aus dem Blick, die entweder außerhalb der ‚Zielgebiete‘ der sektoralen Maßnahmen leben (vgl. Dangschat 2002), oder deren Probleme und Risiken von den Problemtypisierungen des ihres Areals, als der fokussierten Entität, abweichen und damit außerhalb der Reichweite der spezifischen Programme liegen.

Mit Bezug auf die Möglichkeiten einer strukturellen Bearbeitung von Problemlagen ist es keinesfalls plausibel, gerade jenes Moment, das im ‚Krieg gegen die Armut‘ als Reduzierung eines ehrgeizigen Programms zu einem ‚demonstration project‘ kritisiert worden ist (vgl. Marris/Rein 1974: 122f, vgl. auch Piven/Cloward 1971) - nämlich ein verengter Fokus auf jene lokalen Orte und nahräumlichen Gemeinschaften an denen sich die Symptome sozialer Ungleichheit und Benachteiligung manifestieren -, im Kontext einer Sozialraumorientierungen zu einer zentralen ‚Heilsversprechung‘ zu erheben.

Ideologieimmanent konsistent ist hingegen der Versuch einer intra-gemeinschaftlichen Ressourcenmobilisierung im Kontext einer Verwaltungsmodernisierung, die sich programmatisch um

---

<sup>143</sup> Dies gilt in besonderen Maße für die sogenannten ‚Global Cities‘ (vgl. Keil 1993)

<sup>144</sup> Dies geschieht im wesentlichen ohne dass im einzelnen geklärt wäre, ob und in wie fern die fokussierten Probleme durch diesen Ortseffekt verursacht werden

<sup>145</sup> Placing wird hier im Sinne einer verwaltungstechnischen Verräumlichung von Gebietskörperschaften verstanden (vgl. Kessl et al. 2002)

die Dimension eines ‚bürgerschaftlichen Co-Managements‘ erweitert hat. Dabei wird das Lokale jedoch weniger mit dem Argument fokussiert, dass die Problemlagen der Akteure aus dieser Ebene sinnvoller zu bearbeiten seien, sondern weil es die Möglichkeit biete „Gemeinsinn zu wecken und sonst nicht mehr finanzierbare Leistungen zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten“ (KGSt 1999: 16). Eine solche Perspektive ist mehr oder weniger das genaue Gegenteil von dem, was Marris und Rein (1974: 126) als Konsequenz ihrer Analyse des notorischen Scheiterns lokalimmanent fixierter Ansätze, als den einzigen möglichen Weg einer *reformistischen* Ungleichheitskompensation und Verbesserung der sozialen Lage von Bewohnern in marginalisierten Gebieten vorgeschlagen hatten: „[A] framework of national redistribution of resources, which deliberately redressed the balance of opportunities between rich and poor communities“.

Programmatisch den Konzeptionen der KGSt wesentlich näher als solchen Analysen wird als das wesentliche Ziel zeitgenössischer Stadtentwicklungsprogramme in der Regel eine Wiederherstellung ‚selbständig lebensfähiger Wohnareale‘ benannt. Vor allem personenbezogenen sozialen Dienstleistungen kommt dabei die Aufgabe zu, nahraumorientierte Strategien zu entwickeln, die einen Beitrag dazu leisten sollen den ‚Leim anzurühren, der die (lokale) Gesellschaft zusammenhält‘ (World Bank). Insbesondere ‚benachteiligte Stadtteile‘ und ‚überforderte Nachbarschaften‘ sollen solchen ‚sozialräumlichen Integrationsmaßnahmen‘ unterzogen werden. Bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen, zeichnen sich die derzeit dominanten Strategien im wesentlichen durch ein gemeinsames Moment aus: Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit, gemeinwesenorientierte Strategien, Quartiersmanagementkonzepte, Stadtteilpolitiken Hilfsprogramme für benachteiligte Stadtteile zielen auf die Aktivierung von Sozial- und ‚Humankapital-‘ Ressourcen *innerhalb* dieser Stadtteile. Dabei werden Konzepte der Subsistenzwirtschaft, der Eigen-, Bürger- oder Gemeinschaftsarbeit ebenso wie Kommunikationsinitiativen zwischen den Bewohnern aber auch Stadtteilkonferenzen und Bürgerausschüsse zur sozialpolitischen Strategie der Bearbeitung von Desintegrations- und Desorganisationsprozessen auf einer lokalen Ebene erhoben. Es geht darum, das *soziale Kapital* der Stadtteile zu stärken, indem das ‚civic engagement‘ der Bürger - als Konstitutionsgröße sozialen Kapitals - mobilisiert wird (Putnam 2000: 45). In der, auch in Deutschland adaptierten, Putnam’schen Fassung von sozialem Kapital geht es dabei vornehmlich um - eine normativ gefasste - ‚Zivilität‘, die auf den kleinräumig gefassten interpersonalen Nahraum bezogen wird. Diese Form sozialen Kapitals sei „closely related to what some have called civic virtue. The difference is that social capital calls attention to the fact that civic virtue is most powerful when embedded in a dense network of reciprocal social relations“ (Putnam 2000: 19), wobei „people’s connection with the life of their community“ (Putnam 1995b: 665) im Mittelpunkt der fokussierten Sozialbeziehungen stehen.

Dieses Sozialkapitalkonzept des interpersonalen Nahraums<sup>146</sup> spiegelt in sofern eine sozialtheoretische bzw. sozialpolitische Grundsatzposition wieder, in der wechselseitiges Vertrauen, Inkorporierungen

---

<sup>146</sup> Putnam unterscheidet zwar zwischen ‚Bonding-‘ und ‚Bridging-‘Kapital, seinen Schwerpunkt legt er aber durchaus auf parochiale Gruppen: „In the first place, networks of civic engagement foster sturdy norms of generalized reciprocity and encourage the emergence of social trust. Such networks facilitate coordination and communication, amplify reputations, and thus allow dilemmas of collective action to be resolved. When economic and political negotiation are embedded in dense networks of social interaction, incentives for opportunism are reduced. At the same time, networks of civic engagement

analoger Werthaltungen und praktischer Präferenzen sowie freiwilliges Engagement die Grundlage sozialer Kohäsion darstellt.

Eine solche Perspektive erscheint an eine demokratietheoretisch fundierte Perspektive sozialer Arbeit (vgl. Schaarschuch 1998 in Anlehnung an Barbers ‚strong democracy‘) in so fern als anschlussfähig, wie es verspricht, einem ‚pateranalistischen Modell‘ der Leistungserbringung sozialer Dienste im fordistischen Interventionsstaat nicht nur eine auf ‚Exit‘ Optionen basierte Partizipationsform zu bieten - wie es etwa das Marktmodell der Jugendhilfe suggeriert - sondern eine Partizipationsform die aktive Mitgestaltung und Mitentscheidung („Voice“) zu ermöglichen, wenn nicht voraus zu setzen (vgl. Hughes 1996). Diese ‚demokratische Stärke‘ der Sozialraumorientierung lässt sich aber dann als eine fundamentale, wenig demokratische Schwäche darstellen, wenn in der Leistungserbringung nicht mehr die artikulierten Bedürfnisse eines einzelnen, als Bürger ‚subjektivierten‘ sozialen Akteurs (vgl. Schaarschuch 1998), sondern eine räumlich situierte und kollektiv ‚subjektivierte‘ (partikulare) Gemeinschaft als Einheit fokussiert wird. Die ‚demokratische Schwäche‘ dieser Perspektive liegt zunächst darin begründet, dass bisher weder ein theoretisches Modell noch eine programmatische Konzeption vorgeschlagen worden ist, durch die gewährleistet wird, dass alle Stimmen gleichermaßen gehört werden. Zumal es sich bei der Mehrzahl der Diskussionsbeiträgen um den Sozialraum in der Jugendhilfe zum um Erörterungen handelt, die Realisierungsfragen in den Mittelpunkt der Diskussion stellen (vgl. Kessl 2001b) sind solche Konzeptionen auch künftig nicht erwartbar.

Besonders im derzeitigen Diskurs der Jugendhilfe hat ‚der Sozialraum‘ oft vor allem den Charakter einer ‚These‘ im aristotelischen Sinne, von der aus diskutiert wird, die aber selbst dem Diskurs entzogen bleibt. Nicht zuletzt dieser Umstand führt dazu, dass die strukturellen Voraussetzungen des demokratischen Potentials der Community-Diskurse, d.h. jene Voraussetzungen die sicherstellen, dass der Einzelnen von seiner ‚Voice‘- Option so Gebrauch zu machen, kann dass er ‚gehört‘ wird (vgl. Bourdieu 1990) unterbestimmt bleiben (vgl. Sampson 2002, Narayan et al. 2000).

Dieses Problem wird dadurch verschärft, dass es in der ‚kommunitaristisch‘ geprägten Variante des ‚Sozialraumdiskurses‘ gar nicht primär darum geht, diese Option als die Möglichkeit des Einzelnen zu fassen, Forderungen zu stellen, die von der Erbringern als legitim anerkannt und in einem demokratischen Prozess der Leistungserbringung berücksichtigt werden. Vielmehr zeichnet sich die Mehrheit der Ansätze dadurch aus, das ‚Voice‘ gerade nicht als legitime Forderung des Nutzers an den (institutionalisierten) Erbringer (vgl. Burns et al. 1994), d.h. als Artikulation von Rechtsansprüchen – als *Basis* und *nicht* als Teil und Verhandlungsmasse ‚deliberativer‘ Prozesse - verstanden wird, sondern vor allem als Aufforderung an die Nutzer sich ‚produktiv‘ und ‚konstruktiv‘ in die aktivierend angeleitete Stimulation kollektiver Selbsthilfe einzubringen. In der von Albert Hirschman (1972) vorgeschlagenen Dreiteilung steht in diesem Fall steht weder die ‚Exit-‘ noch die ‚Voice-‘ Option, sondern die dritte Dimension, ‚Loyalty‘ (dazu: Fletcher 1994) im Mittelpunkt, die den ‚Widerspruch‘ im Sinne einer Voice-Funktion gerade verzögert und häufig mit einer intragemeinschaftlich

---

embody past success at collaboration, which can serve as a cultural template for future collaboration. Finally, dense networks of interaction probably broaden the participants' sense of self, developing the ‚I‘ into the ‚we‘, or (in the language of rational choice theorists) enhancing the participants ‚taste‘ for collective benefits“ (Putnam 1995: 67).

exkludierenden Wirkung auf materiell und symbolisch subdominante Akteure verbunden ist (vgl. Sampson 2002).

Verbunden mit dieser Stärkung der ‚Loyalty-Option‘ beinhaltet gerade das in den nah- und sozialraumorientierten Ansätzen zentrale Moment der Aktivierung stadtteilimmanenter Ressourcen und der Mobilisierung bestehender Kräfte und Stärken mindestens zwei zentrale Gefahren, zu denen - sofern sie überhaupt thematisiert werden - die Verfechter dieser Ansätze bisher keine konzeptimmanent überzeugende und konsistente Antwort vorzulegen in der Lage sind.

Zum einen besteht die Gefahr im Kontext der Mobilisierung bestehender lokaler Kräfte auch die bestehenden - und keinesfalls durch geringe soziale kulturelle und Interessensunterschiede gekennzeichneten (vgl. Crawford 1999, Häußermann 2000, Löw 2001, Walkate 1996) - lokalen Kräfte- bzw. Macht*verhältnisse* zu reproduzieren und zu zementieren (vgl. u.a. Portes 1998, Crawford 1999, Bowles/Gintis 2000, Portes/Landolt 2000, Brint 2001, DeFilippis 2001). Zum anderen läuft ein Ansatz, dessen Reichweite vor allem auf lokale Gegebenheiten und nahräumliche Beziehungsstrukturen begrenzt bleibt zumindest Gefahr es zu versäumen weitreichendere Strategien zur Überwindung oder Reduzierung (sozialstrukturell bedingter) gesellschaftlicher Teilhabebeschränkungen zu formulieren. Mildred Warner (2001: 190, 191f) konstatiert, dass die Strategien von ‚nah-‘ oder ‚sozialraumorientierten‘ sozialen Diensten (‚neighborhood based social service systems‘) im Vergleich zu den auf die Problemlagen des einzelnen Adressaten bezogenen sozialen Dienstleistungen zwar Interventionsformen implizieren, die mit der größten Wahrscheinlichkeit zur Förderung sozialen Kapitals auf der Ebene der ‚Community‘ beitragen, verweist aber die kaum hintergehbaren Defizite der Strategien einer Aktivierung sozialen Kapitals als vermeintliches Kollektivgut in ‚benachteiligten‘ Communities:

„Investments in community social capital are likely to reinforce hierarchical social capital structures already in place [...] larger changes to organizational or societal structures are unlikely. [...] A second limitation is the difficulty of addressing broader structural change. Deeper structural issues (economic and political, as well as social) create community conditions. The mismatch between the current enthusiasm with social capital and the scale and depth of community development problems is a reflection of the general retreat of the state“.

Ein Versäumnis der systematischen Reflektion intra-kommunaler Machtdifferentiale wie lokalgemeinschaftsexterner politischer und sozialstruktureller Hintergrundbedingungen ist die Ursache dafür, dass sich die aktuellen lokalen Re-Vitalisierungsstrategien im wesentlichen als bloße ‚Coping-‘ Strategien erweisen. Das heißt, dass sie in einer Etablierung von Alltagspraktiken münden, die praxisökonomisch nicht zuletzt deshalb pragmatisch und ‚lebensweltlich‘ angemessen erscheinen weil sie in einem Redundanzverhältnis zu den gegebenen Strukturen stehen. Diese Praxisformen können zwar - für die nicht intra-kommunal stigmatisierten Akteure - innerhalb ihrer Reichweite durchaus dazu dienen, mit Marginalisierung und Deklassierung – im Sinne einer ‚Demokratisierung der Ohnmacht‘ (vgl. Roth 2002) - umzugehen, ohne sie allerdings selbst verringern zu können<sup>147</sup>.

Dieses Problem ist nicht der - für eine reflexive Praxis der Jugendhilfe notwendigen - verstärkten Sensibilität gegenüber den Eigenlogiken, praktischen Ökonomien, Regelmäßigkeiten und (Macht-)

---

<sup>147</sup> In der Regel kann sogar davon gesprochen werden, dass die ‚Coping‘ Strategien vor allem Habitusadaptationen darstellen, die die ihnen zu Grunde liegenden Strukturen eher aufrecht erhalten und reproduzieren.

Verhältnissen innerhalb eines *sozialen Feldes* (vgl. Bourdieu 1985, 1987, 1997 *nicht* Hinte et al. 1999) an der Stelle einer Bearbeitung des einzelnen Akteurs einem als isolierten Fall geschuldet, sondern einer bestimmten Fassung eines sozialen Mikrokosmos als ‚Sozialraum‘. Der ‚Sozialraum‘ wird in der Mehrheit der ‚nahraumorientierten‘ Ansätze weniger als Relation zwischen Akteuren konzipiert (gesellschaftszentriertes Raummodell), sondern primär als territorial identifizierbarer Ort (Containermodell) (vgl. Läßle 1991, Löw 2001) *in* dem etwas geschieht (vgl. z.B. Merchel 2001). In diesem Sinne wird eine Vorstellung vorangetrieben, die bereits von den sozialökologischen Arbeiten der 1980er Jahre aus handlungstheoretischer Perspektive zurückgewiesen wurde (dazu: May 2001).

Die Konzeption eines sozialen Raums als relationaler Raum, verweist demgegenüber darauf, dass ein sozialwissenschaftlich gehaltvolles Raummodell zuvorderst als ein Beziehungsgeflecht zwischen sozial, politisch, ökonomisch und kulturell positionierten Akteuren zu verstehen ist, und damit nicht auf sein materielles, territoriales Substrat reduziert werden kann (vgl. Bourdieu 1998, Gregory 2000, 2000a Know/Pinch 2000, Löw 2001). Wird der ‚Sozialraum‘ als Verwaltungseinheit auf eine begrenzte materiell fassbare Territorialität begrenzt, bleibt dagegen völlig unklar, was das ‚Soziale‘ am ‚Sozialraum‘ sein soll. Das derzeit in der Jugendhilfe dominante Sozialraumraumkonzept, setzt sich in diesem Sinne - gerade dann, wenn der ‚Sozialraum‘ mit den administrativen Grenzen eines Stadtteils gleichgesetzt wird - akkumulativ aus zwei Elementen zusammen. Das eine Element ist die Ebene des Raums, die im Wesentlichen a-theoretisch, als ein wie auch immer begrenzter, physikalischer Ort gefasst wird (kritisch: Löw 2001, Knox/Pinch 2000). Das andere Element, die ‚soziale‘ Ebene, verhandelt die Frage sozialer Verkehrsformen, Strukturen und Regelmäßigkeiten, sowie den damit in Verbindung gebrachten Problemen *innerhalb* dieses Raums. Diese werden vor allem in Bezug auf relativ eng verbundene soziale Gruppen fokussiert, die zumindest potentiell in Form primärer, interpersonaler Interaktion verkehren (vgl. Knox/Pinch 2000). Damit rückt als das primär fokussierte Objekt der Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe vor allem das in den Mittelpunkt, was der englischen Begriff ‚Community‘ bezeichnet: „A social network of interacting individuals [...] concentrated into a defined territory“ (Johnson 2000: 101). Der ‚Community‘ Begriff bezieht sich in sofern - und dies bringt ihn in die unmittelbare Nähe der Sozialraum**begriffs** – bereits definitorisch auch auf geographische Einheiten, die von Assoziationen - durch ‚Kommunikationsbeziehungen‘ (vgl. Stegbauer 2001) - verbundener Akteure genutzt werden.

Aus einer ganzen Reihe möglicher Entitäten<sup>148</sup>, die als ‚Community‘ beschrieben werden können – Poplin (1979) etwa verweist auf unterschiedliche 125 ‚Community‘-Begriffe -, fokussiert eine Sozialraumorientierung, im Kontext der Identifizierung verhältnismäßig kleinräumiger geographischer Einheiten (Nachbarschaften, Stadtteile, ‚Quartiere‘ etc.) jedoch vor allem - wenn nicht ausschließlich - zwei assoziative Formationen, die sich, analytisch getrennt, als ‚unmittelbare‘ Community und als ‚traditionell nachbarschaftliche‘ Community charakterisieren lassen. Während beiden Community-

---

<sup>148</sup> David Harvey (1993:4) listet alleine hinsichtlich der Kategorie des ‚Ortes‘ (‚Place‘) im Gegensatz zur komplexeren Kategorie des ‚Raums‘ (‚Space‘) folgende möglichen Bezüge mit je unterschiedlichen politischen, sozialen kulturellen etc. Konnotationen und affektuellen Besetzungen auf: milieu, locality, location, locale, neighbourhood, region, territory, city, village, town, megalopolis, state, home, hearth, ‚turf‘, community, nation und landscape. Dabei gehört nicht einmal sonderlich viel Phantasie dazu, diese Liste noch wesentlich länger zu gestalten

Formen gemeinsam ist, ein auf Dauer angelegtes, informell gewachsenes soziales Gebilde zu beschreiben, dessen Bestand auf Vertrauen und Zugehörigkeitsgefühl basiert, verweist der Rekurs auf ‚traditionell nachbarschaftliche‘ Communities auf kleine, sich in der Regel überlagernde assoziative Einheiten, die vor allem durch interpersonale, auf ‚leibhaftige‘ Ko-Präsenz der Akteure verweisende Interaktionen (dazu: Homans 1960) gekennzeichnet sind. Demgegenüber lassen sich traditionell nachbarschaftliche Communities als Entitäten bestimmen „[which] are characterized by a social interaction that is consolidated by the shearing of local facilities and the use of local organizations“ (Knox/Pinch 2000: 257). Während im Kontext sozialräumlicher ‚Aktivierungsversuche‘ die ‚unmittelbare‘ Community als implizites Leitbild rekonstruiert werden kann, zielen die eher ‚infrastrukturbezogenen‘ Momente der Vernetzung im Rahmen der Sozialraumorientierung explizit oder implizit auf eine Hervorbringung des letztgenannten Community- Typus.

Ein wesentliches Moment der Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe ist es jedoch, dass ein Bezug auf Community-Formen, die sich durch eine großflächige Reichweite, Diversität und ein geringes Maß direkter sozialer bzw. interpersonaler Interaktion und Wechselseitigkeit charakterisieren lassen, ausbleibt - oder selbst als problematisch charakterisiert wird (vgl. bspw. Jordan et al. 2001, Putnam 2000). Im Wesentlichen ist das implizite Idealbild ein Kleinkollektiv, das in einem hohen Maße durch gemeinsame Interessen, ‚face-to-face‘ Interaktion<sup>149</sup> und kollektive Identität gekennzeichnet ist<sup>150</sup> (vgl. Wilmott 1984).

In diesem Sinne beziehen sich nah- und sozialraumorientierte Strategien auf eine Erzeugung von Vertrauen, Kooperation und Reziprozität innerhalb einer Entität, die ein ‚geschlossenes Netzwerk‘ von einander bekannter Personen bezeichnet (vgl. Coleman 1990) bzw. ‚closed communities‘ beschreibt. Der Versuch einer ‚nahräumlichen‘ Aktivierung von interpersonalen Interaktions- und Beziehungsformen sozialer Akteure erfordert alleine deshalb eine ‚Geschlossenheit‘ des sozialen Netzwerks, weil diese eine Voraussetzung für wechselseitiges Vertrauen als die Basis für Gemeinsinn und innergemeinschaftliche Sozialintegration darstellt: „Reputation cannot arise in an open structure, and collective [informal] sanctions that would ensure trustworthiness cannot be applied“ (Coleman 1998: 107f, vgl. auch Evans 2001, Putnam 2000).

Beschreibt man die Netzwerke, die durch eine sozialpolitisch/sozialpädagogische Nahraumorientierung zum Zwecke der Kohäsionsstabilisierung und personal-normativen Sozialintegration generiert bzw. aktiviert werden sollen auf der Basis der netzwerktheoretischen Zentralkategorien Dichte, Abgrenzung, Reichweite, Bindungsstärke und soziale Kontrolle, so lassen sie sich wie folgt charakterisieren: Sie sind durch den Versuch gekennzeichnet, möglichst viele Netzwerkmitglieder mit möglichst vielen anderen unmittelbar zu verbinden, d.h. sie sollen eine möglichst hohe Dichte aufweisen. Die

---

<sup>149</sup> Eine ganze Reihe von Analytikern hat gegenüber dem dominanten Sozialkapitalkonzept plausibel argumentiert und nachgezeichnet, dass solche ‚face-to-face‘ Interaktionen für die Partizipation und soziale wie demokratische Teilhabe in modernen, ausdifferenzierten (‚globalisierten‘) Gesellschaften substanziell an Bedeutung verloren haben (vgl. Chin/Mittelman 1997, Paxton 1999, Rich 1999).

<sup>150</sup> Hier besteht durchaus eine Nähe zu Tönnies‘ ‚Gemeinschaft‘ als auf familiären, verwandtschaftlichen, freundschaftlichen oder nachbarschaftlichen Sozialbeziehungen, beruhenden Bindungen beruhend, das idealtypisch auf (scheinbar) traditionelle dörfliche Formen des Zusammenlebens verweist, das durch geringe soziale und geographische Mobilität der Gruppenmitglieder und den Umstand geprägt ist, dass jeder jeden kennt.

Aktivierungsstrategien richten sich vornehmlich auf Interaktionen, die innerhalb des lokal fixierten Netzwerkes stattfinden. Damit wird ein hoher Grad an Abgrenzung – in den Worten Colemans ‚closure‘ - logisch impliziert bzw. empirisch vorausgesetzt. Je homogener und ‚geschlossener‘ das Netzwerk ist, desto geringer ist seine geographische, inhaltliche und soziale Reichweite (vgl. Wellman 2000) und desto eher impliziert es, zumindest wenn es mit ‚starken Bindungen‘ (vgl. Grannovetter 1974) – d.h. große empfundene soziale Nähe und hohe (freiwillige) Kontakthäufigkeit – verbunden ist, ein intensives und extensives Ausmaß an sozialer Kontrolle durch die Mitglieder des Netzwerkes (vgl. Coleman 1990, Wellmann 2000).

Die damit beschriebenen ‚starke Bindungen‘, als jene Bindungen und Loyalitätsformen die ‚naturalen‘ oder ‚kleinen Netzen‘ (vgl. Mielenz 2001, Meinhold 1987) - wie Familien, Nachbarschaften, engen Freunden - entspringen „und sich über die Gemeinsamkeit eines geteilten Raums festigen“ (Göbel/Pankoke 1998: 67), verfügen zwar in der Tat über das in einer sozialpolitischen Aktivierungslogik gewünschte hohe Maß an wechselseitiger Verpflichtung und Solidarität verfügen „aber die ‚innere Stärke‘ und ‚Geschlossenheit‘ wird erkämpft und erkaufte durch ‚soziale Schließung gegenüber allem Fremden (und allen Fremden)“ (Göbel/Pankoke 1998: 67, vgl. Sen 2002a): Wie es der Philosoph Wildes (1998: 459) formuliert, steht der interpersonale Zusammenhalt und die Solidarität innerhalb einer Gemeinschaft in einem direkt proportionalen Verhältnis zu ihrer Exklusivität<sup>151</sup>.

Sozialkapitaltheoretisch lässt sich in diesem Kontext die These formulieren, dass das Maß an wechselseitigen intragemeinschaftlichen und interpersonalen Interaktions- und Beziehungsformen innerhalb eines kleinräumig definierten Orts, d.h. das Maß an ‚Bindungskapital‘ als ein Indikator für ‚soziale Schließung‘ und - noch radikaler - die Aktivierung dieser ‚bindenden‘ Form von sozialem Kapital als die Erzeugung eines (Macht-)Mittels zur ‚sozialen Schließung‘ verhandelt werden (vgl. Diani 2001, vgl. Bourdieu 1983). Diese These ist erklärungsbedürftig.

Sofern eine sozialräumlich orientierte Strategie in der Jugendhilfe eine räumlich bezogene Aktivierung sozialer Akteure mit dem Versuch der Erzeugung ‚lokalen Zusammenhalts‘, ‚solidarischer Nachbarschaft‘, der Generierung von ‚sozialen Beziehungen im Stadtteil‘ etc. verknüpft, geht es im weitesten Sinne um die Mobilisierung von ‚sozialem Kapital‘ an einem bestimmtem Ort. Eine solche Konzeption deckt sich mit der diskursiv dominanten Einschätzung der akademischen und politischen Vertreter des Sozialkapitalkonzepts, dass „das soziale Kapital seine ureigenste Wirkung insbesondere auf lokaler Ebene, im Kontext von Communities entfaltet“ (Meyer 2002: 38, vgl. Dettling 1998, Putnam 2000, kritisch: Skocpol et al. 2000).

Die Quelle sozialen Kapitals wird dabei vor allem im parochialen ‚informellen Sektor‘ verortet: in Familien, (Lebens)Gemeinschaften und Nachbarschaften. Dabei wird von einer Vermehrung des sozialen Kapitals *des* ‚Sozialraums‘ - als kollektive Entität - erhofft, sowohl eine Antwort auf ‚überforderte Nachbarschaften‘ und ‚inner-city ills‘ zu bieten, als auch zur Sicherstellung einer „vitality

---

<sup>151</sup> In diesem Sinne ist die auch die These plausibel, „that at least two forms of social capital emerge from our associational forms: an inward-looking and localized form that is potentially distrustful of outsiders, and generalized, impersonal social capital that is perhaps positive but generates no strong sense of community“ (Fattore et al. 2003: 168, vgl. Onyx/Bullen 2000)

of democratic institutions and civic life“ (Civic Practices Network 1996: 1f) beizutragen (vgl. die Beiträge in Haus 2002a).

Auf einer theoretischen Ebene wird diese Fassung ‚sozialen Kapitals‘ vor allem in Anlehnung an die um normative Dimensionen erweiterte Interpretation (vgl. Portes/Landolt 1996, Portes 1998), der bis Anfang der 1990er primär soziologisch analytisch verwendeten Kategorie (vgl. Bourdieu 1976, 1983, Coleman 1988, 1990) durch vornehmlich US-amerikanische Politikwissenschaftler verhandelt. Dabei erscheint soziales Kapital als ein kollektives bzw. ‚öffentliches Gut‘ (vgl. Heinze/Olk 1999), das in den Communitydiskursen an einen relativ engen, definierten Sozialraum gekoppelt und als normatives Qualitätsmerkmal für eine ‚gute Nachbarschaft‘ vorgeschlagen werden kann. Auf einer praktischen Ebene ist durch diese Fassung eine Strategie im Sinne einer Aktivierung sozialen Kapitals impliziert und intendiert (vgl. Wohlfahrt 2001), die eher die Entwicklung ‚des Sozialraums‘ selbst als die Förderung und Ressourcenerweiterung individueller Akteure fokussiert.

Eine sozialräumliche Sozialkapitalerzeugung oder -aktivierung verweist demnach auf Konzeptionen, die soziales Kapital als ein Merkmal sozialer Beziehungen, die darin besteht zu den Fähigkeit einer *Gemeinschaft* zur Zusammenarbeit und zum Erreichen ihrer Ziele beizutragen. Eine solche Definition ist vor allem von Putnam (1993) elaboriert und von der Weltbank (1999) in ihrer Definition von sozialem Kapital - als Gesamtheit der Institutionen, Beziehungen und Normen, die die Qualität und Quantität der sozialen Interaktionen einer Gesellschaft formen<sup>152</sup> - aufgegriffen worden.

Mit einer Fassung von sozialem Kapital als „features of social organization such as networks, norms, and social trust that facilitate coordination and cooperation for mutual benefit“ (Putnam 2000: 67) und damit als Kollektivgut<sup>153</sup> das Gesellschaften, Gemeinschaften oder Sozialräume ‚besitzen‘ sind vor allem zwei Probleme verknüpft<sup>154</sup>.

Erstens werden Aspekte von Ungleichheit, unterschiedlichen oder antagonistischen Interessen sowie unterschiedliche Macht- und Herrschaftspotentiale innerhalb der fokussierten Entität ausgeklammert oder zumindest nicht systematisch in den Blick genommen (vgl. DeFilippis 2001). Soiales Kapital erscheint als „a totally chaotic concept that is unable to capture the dimensions of power and the political“ (Francis 2001: 90), „[that] does not effectively distinguish between those groups that

---

<sup>152</sup> Mit dieser Definition stellt sich ernsthaft die Frage ob es überhaupt ein soziale Phänomen gibt, das nicht zumindest mittelbar als ‚soziales Kapital‘ verhandelt werden kann.

<sup>153</sup> „Whereas physical capital refers to physical objects and human capital refers to the properties of individuals, social capital refers to connections among individuals - social networks and the norms of reciprocity and trustworthiness that arise from them. In that sense social capital is closely related to what some have called ‚civic virtue‘. The difference is that ‚social capital‘ calls attention to the fact that civic virtue is most powerful when embedded in a sense network of reciprocal social relations. A society of many virtuous but isolated individuals is not necessarily rich in social capital“ (Putnam 2000: 19).

<sup>154</sup> Tatsächlich ist die Liste der Probleme im Einzelnen wesentlich länger. Hickey und Mohan (2003: 5) fassen einige wesentlich Kritikpunkte und Ungereicherheiten wie folgt zusammen: „Very broadly the key arguments against [...these approaches] include an obsession with the ‚local‘ as opposed to wider structures of injustice and oppression [...] an insufficiently sophisticated understanding of how power operates and is constituted and thus of how empowerment may occur [...] a bias towards the civic and the social as opposed to the political [...], and a tendency for certain agents of participatory development to treat participation as a technical method of project work rather than as a political methodology of empowerment [...]. Further critical and theoretical concerns are related to the inadequate understanding of structure and agency within notions of participatory development [...] and the related lack of clarity concerning how (imminent) participatory interventions relate to underlying (immanent) patterns of exclusion and inclusion“.



organise as a means of defending socioeconomic *privilege* and those who organise to protect the *rights* of excluded and impoverished groups" (Hickey/Mohan 2003: 19).

Demgegenüber wird zumindest implizit der je feldspezifische ‚gültige‘ Common Sense (vgl. Bourdieu 1987) bzw. die prävalente sektorale symbolische Hegemonie eines Feldes zugleich als individuelles Ziel und Interesse der einzelnen sozialen Akteure gefasst, während deren differente Interessenlagen sowie unterschiedliche Ressourcenpotentiale aufgrund ihrer sozialstrukturell-geformten Lebenslagen ausgeklammert bleiben. Portes (2000: 3f) erläutert an einem treffenden Beispiel worin das Problem der „nie explizit theoretisierten“ Transformation besteht, wenn soziales Kapital von einer individueller Ressource, bzw. einem individuellen Machtmittel, das dem Akteur, der darüber ‚verfügen‘ bzw. es ‚realisieren‘ kann, Vorteile – gegenüber anderen – verschafft, in eine kollektive Ressource, die Gemeinschaften, Stadtteile oder ganze Nationen ‚besitzen‘: „For instance, the right ‚connections‘ allow certain persons to gain access to profitable public contracts and bypass regulations binding on others. ‚Individual‘ social capital in such instances consists precisely in the ability to undermine ‚collective‘ social capital“ (dazu auch Scheuch/Scheuch 1992).

Das zweite Problem ist die Fassung von sozialem Kapital als normatives Qualitätsmerkmal für ‚gute Nachbarschaften‘ oder mit Putnam (1993, 2000) gesprochen für ‚Civiness‘. In einer Verknüpfung von normativen und analytischen Aspekten wird die Fähigkeit Ressourcen und Machtmittel durch Netzwerke zu erreichen mit den Netzwerken in eins gesetzt. Eine solche Setzung impliziert aber, dass nicht in erster Line geprüft wird, ob, wann, wie und für wen, welche Form sozialen Kapitals unter welchen Bedingungen zu welchen Effekten führt, sondern dass ex post, ausgehend von einem (positiven) Effekt - nämlich dem wechselseitig erfolgreichen Austausch von materiellen und symbolischen Ressourcen zwischen den beteiligten Akteuren - auf soziales Kapital geschlossen wird (vgl. Cox/Caldwell 2000). Der heuristische Wert dieser Setzung ist begrenzt: Die ‚guten‘ Ergebnisse ergeben sich dabei nicht aus dem ‚sozialen Kapital‘ der Entitäten selbst, sondern aus dem ‚guten‘ sozialen Kapital, ‚guter‘ sozialer Entitäten. Gutes wird durch Gutes erklärt, wobei nicht einsichtig wird, was dies mit ‚sozialem Kapital‘ in einem analytischen Sinne zu tun haben soll.

James Putzel (1997: 942) berichtet etwa von der mit einem hohen Maße mit sozialem Kapital ‚gesegneten‘ ‚chinesischen Community‘ auf den Philippinen, die „by very success [...] excluded or pre-empted indigenous groups from engaging in many lines of trade“ und sehr wenig Interesse daran gezeigt hatte das Marcos Regime, das ihr diese Operation erleichterte, durch ein demokratisches zu ersetzen. Eindringlicher noch, macht Sheri Berman (1997) auf die schwachen formaldemokratischen, staatlichen Institutionen und das außerordentlich vielfältige Assoziationswesen im Deutschland der 1920er und 1930er Jahre aufmerksam. Ihr Argument ist, dass diese Assoziationen nicht nur nicht in der Lage waren demokratische und liberale Werte zu stabilisieren, sondern im Gegenteil aktiv an ihrer Zersetzung beteiligt gewesen seien, und ihre Interessen und Ziele durch Allianzen mit nationalistischen und populistischen Gruppen und schließlich der NSDAP zu verwirklichen wussten.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass es eine direkte Verbindung zwischen starken ‚zivilgesellschaftlichen‘ Kräften per se und einer demokratischen Form der Regierung offensichtlich nicht gibt<sup>155</sup>.

Während, wie Levi (1996: 47f vgl. auch Stolle/Rochon 1998) betont, die Fragen nach den Mechanismen, Ursachen und Bedingungen unter denen etwa eine Mitgliedschaft in einer Vogelschutzgruppe, einem Fußballverein oder gar in einer örtlichen ‚nationaldemokratischen‘ Landsmannschaft zu einem „high level of civic engagement, democratic politics, and high-quality government performance“ führen sollen, weder empirisch geklärt noch theoretisch beantwortet, noch spontan einsichtig sind, lautet das ‚abstrakte‘ Argument der ‚guten‘ kollektiven Folgen sozialen Kapitals etwa wie folgt: In jedem politischen System, sei es eine Stadt, ein Bundesstaat, eine Nation etc., „in dem die Autoritäten und die Bevölkerung als ganze mit einem Sinn für kollektive Verantwortung und Altruismus erfüllt sind, wird das System besser geführt und die politischen Prozesse effektiver sein werden“<sup>156</sup> (Portes 2000: 4): Verantwortungsbewusste, demokratische, ‚bürgerschaftlich‘ orientierte Bürger sind also gut für eine bürgerschaftliche Demokratie und wenn alle ohne Rücksicht auf Eigeninteressen an einem Strang ziehen, wird das angestrebte ‚gemeinsame‘ Ziel – was es auch immer sein mag – besser erreicht als dann, wenn die einzelnen Akteure kein gemeinsames Ziel haben und jeder nach seinen Eigeninteressen strebt.<sup>157</sup> Auf der normativen Ebene ist dies ein

„tautological statemen[t], where a positive outcome necessarily indicates the presence of social capital, and a negative one its absence. [...] Saying that only those who secure desirable goods from their associates have social capital is tantamount to saying that only the successful succeed“ (Portes/Mooney 2000).

Das Problem der Zirkularität dieser Fassung von sozialem Kapital ist nicht nur ihr tautologischer Charakter in Bezug auf sein erfolgreiches ‚oberes‘ Ende, sondern vor allem, dass sie am unteren Ende hochgradig irreführend ist. Selbst wenn die soziale Ungleichheit verstärkenden, sowie die Macht-, Herrschafts-, Konflikts- und Schließungsdimensionen ausgeklammert bleiben, und soziales Kapital ausschließlich als ‚positiver‘ und ‚nützlicher‘ ‚Transmissionsriemen‘ oder ‚Pool‘, von Ressourcen zur Unterstützung Informationen und Ideen gefasst werden könnte, kann aus einem nicht-erfolgreichen Austausch von Ressourcen keinesfalls auf mangelndes soziales Kapital geschlossen werden, weil die Akteure überhaupt über die Ressourcen verfügen müssen um sie austauschen zu können (vgl. Warner 1999). Die Funktionen sozialen Kapitals – „die Summe aller Kapitalen und aller Macht die über ein [...] Netz von Beziehungen, einer –mehr oder weniger institutionalisierten – wechselseitigen Kenntnis und Anerkennung [...] mobilisierbar sind“ (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 151f) - sind auf das Maß der

---

<sup>155</sup> „[First] associational activity alone will not be enough unless it can [...] foster attitudes and behaviors that actually influence regimes in some way [...] The second and related point is that high levels of social capital have been proven to be of little utility unless a sufficient degree of *political agency* is also available to households and communities“ (Hickey/Mohan 2003: 19)

<sup>156</sup> Empirisch ist es mit diesem Altruismus nicht sonderlich weit her. In einer niederländischen Studie von van Oorschot (2002) entstammt die Motivation die finanziellen Bürden des Sozialsystems zu dulden bei 82 % Befragten ihrem Eigeninteresse. Den steht zwar nicht entgegen das immerhin 64 % auch von einer ‚moralischen Verpflichtung‘ gegenüber den Armen ausgehen allerdings, und dies ist hier entscheidend, ist es eine deutliche Mehrheit von etwa 60 Prozent der Befragten „who do not express ‚empathy‘ with those who are dependent on the welfare state“ (Rodger 2003).

<sup>157</sup> Diese These ist ‚selbstverständlich‘ ebenso richtig, allerdings auch ebenso erhellend, wie die These, dass derjenige der zügig in die ‚richtige‘ Richtung fährt, schneller an seinem Ziel ankommen wird, als derjenige der langsam in die falsche Richtung geht.

Ressourcen verwiesen, über die qua sozialem Kapital verbundene Akteure je selbst verfügen (vgl. Duncan 1999): „Building and maintaining networks [...] not a natural given; it requires investments, which yield a return. If the object of network building is not endowed with social, economic or cultural capital then the effort will not be considered worthwhile“ (Warner: 2001: 188, vgl. Burt 1992). Gleichzeitig verleiten die ‚sozialräumlichen‘ bzw. Community Development- Ansätze - deren sozialen bzw. sozialpolitischen Implikationen mehr oder weniger zu einem Synonym für Sozialkapitalaktivierung geworden sind (vgl. Labonte 1999) - dazu ihr Gestaltungspotential auf einer Ebene zum Ausdruck zu bringen, die auf die Beeinflussung und Änderung von Dispositionen und Praxisweisen von kleinräumlich identifizierten und damit typisierten Populationskohorten zielt, während die den ‚kartographierbaren‘ Problemlagen zu Grunde liegenden strukturellen Einflussgrößen aus dem Blick geraten (Leeder/Dominello 1999): Das Soziale in wird seiner intersubjektiv und unmittelbar erfahrbaren Form innerhalb des territorialen ‚Sozialraums‘ fokussiert, während eine Relationierung des Sozialraums im Sozialen und damit auch eine Relationierung der Akteure, die den Sozialraum konstituieren zu den Bedingungen des Sozialen zumindest in einer systematischen und strategielogischen Form ausbleibt. Unter diesen Bedingungen verkennen lokale Sozialkapitalmobilisierungsstrategien

„as a solution to the problems of the inner city [...] the problem and can lead to both a waste of resources and new frustrations. It is not the lack of social capital, but the lack of objective economic resources - beginning with decent jobs – and underlies the plight of impoverished groups“ (Portes/Landolt 1996:19).

Entsprechend lässt sich sagen, dass mit Blick auf die Wirkungen sozialen Kapitals nicht nur die Frage von ‚bindenden‘, ‚brückenbildenden‘ und ‚verknüpfenden‘ Formen relevant sind, sondern vor allem materielle, ökonomische symbolische und politische Faktoren die diesem Kapital zugrunde liegen bzw. dadurch verbunden zu zugänglich gemacht werden (vgl. Morrow 2001).

Schaubild 1: Formen des Sozialkapitals, symbolische Dimensionen und idealtypische ‚Effekte‘<sup>158</sup>

FORMEN DES SOZIALEN KAPITALS	SYMBOLISCHE DIMENSION		VERHÄLTNIS DER AKTEURE ZUR GRUPPE/ ORGANISATION
	POSTULIERTER NUTZEN	UNBEABSICHTIGTE NEBENFOLGEN	
BINDUNGS-KAPITAL	Integration in die dominanten Teile‘ der Community, enge Netzwerke, lokaler Gemeinsinn, Zusammengehörigkeitsgefühl, lokaler Zusammenhalt  <i>‚getting by‘</i>	Mitgliedschaft in einer ‚falschen‘ Gruppe, informelle, lebensweltliche Stigmatisierung ‚Desaffiliation‘ innerhalb der eigenen Community	‚LOYALTY‘
BRÜCKEN-KAPITAL	Putnams ‚gute Zivilgesellschaft‘, Freunde und Unterstützung außerhalb der eigenen engen Community  <i>‚getting alternatives‘</i>	Diskriminierung, Segregation Marginalisierung, gesellschaftliche Verachtung und soziale Entkoppelung	‚CHOICE‘/ ‚VOICE‘/ ‚LOYALTY‘

<sup>158</sup> In diesem Kapitel steht vor allem das ‚vertikale‘ Spannungsverhältnis der verschiedenen Kapitalformen im Vordergrund auf das ‚horizontale‘ Spannungsverhältnis der symbolischen Bewertungen wird vor allem im Kontext der Auseinandersetzung mit Strategien der ‚kommunalen Kriminalprävention‘ eingegangen.

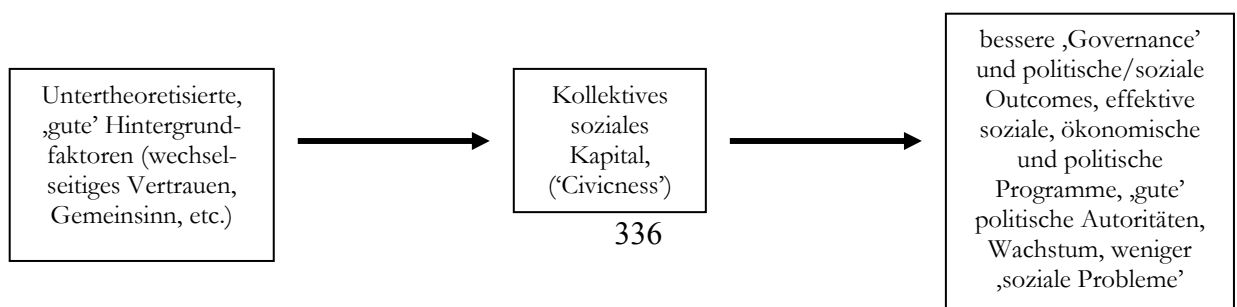
VERKNÜPFUNGS- KAPITAL	‚Freunde in hohen Positionen‘ Rechte, Berechtigungen, Unterstützung von Institution um soziale und politische Rechte zu verwirklichen, ‚Voice‘ reflexive‘ Soziale Arbeit als Dienstleistung  <i>‚getting ahead‘</i>	‚Feinde in hohen Positionen‘, Kriminalisierung, institutionelle Formen der Stigmatisierung, Unfairness und Missachtung (stigmatisierendes Expertenhandeln).	‚CHOICE‘/ ‚VOICE‘
--------------------------	--	---	----------------------

Die grundlegende Einsicht, dass Sozialkapitalbeziehungen erst auf der Grundlage von ökonomischen und symbolischen Tauschbeziehungen existieren (vgl. Bourdieu 1983) - der Netzwerktheoretiker Ronald Burt (1992: 9) definiert soziales Kapital als die Kontakte und Beziehungen, die einem Akteur die Möglichkeit bieten, sein ökonomisches und ‚Humankapital‘ zu nutzen - ist nicht nur in theoretischer Hinsicht konsistent, sondern auch empirisch außerordentlich gut belegt. Eine ganze Reihe von Studien aus unterschiedlichen Ländern konnte aufzeigen, dass ein ‚Erfolg‘ durch soziales Kapital keinesfalls bedingungslos ist, sondern der ‚positive Outcome‘ vor dem Kontext ‚exogener‘ Faktoren - bzw. im Sinne des Bourdieuschen Konzepts vor dem Hintergrund der anderen ‚konvertierbaren‘ Kapitalen - betrachtet werden muss. So korrelieren beispielsweise der sozioökonomische Status (vgl. Hughes et al. 2000, Sampson 1999, Voydanoff et al. 1998, Portes 2000) und der Bildungsgrad der Akteure (vgl. Schuller 2001, Glaeser 2001, Onyx/Bullen 2000) hoch signifikant positiv, Arbeitslosigkeit fast ebenso stark negativ (vgl. Hogan/Owen 2000, Sampson 1999) mit ‚positiven Outcomes‘ durch soziales Kapital (vgl. auch Stone 2000, Keupp et al. 2000, Offe/Fuchs 2001). Transferierbares - d.h. ‚nützlich‘ - soziales Kapital konzentriert sich sozialstrukturell bei „den gesellschaftlichen Gewinnern [...und] korreliert am stärksten mit Erziehung, Lebenszufriedenheit, Einkommen, Klasse und Rasse“ (Newton 1999: 185). Entsprechend ist es auch nicht verwunderlich, wenn etwa O’Connell (2003: 246) feststellt, dass eine „multiple regression analyses including economic inequality explains more variances in social satisfaction than the same variables does where social capital substituted for economic equality“.

Wenn die nur die Faktoren, die auf den Bildungsgrad, die Struktur der lokalen Ökonomie und die vergangenen Erfolge in Bezug auf Gleichheit und Teilhabe verweisen, konstant gehalten werden, sind die angenommenen Effekte der ‚Civicness‘ von sozialem Kapital schon nahezu verschwunden (vgl. Portes/Mooney 2000, DeFilippis 2001, Mayer 2001). In empirischer Hinsicht gibt es kaum einen Zweifel daran, „that social capital operates well and is easily facilitated and maintained in areas and circumstances of relative prosperity, but that [a positive outcome of] social capital is hindered by economic disadvantage, poverty and inequality“ (Stone 2000: 13).

Gegenüber dem dominanten Erklärungsmodell (Modell I) der Erklärung und Wirkweise ‚kollektiven‘ sozialen Kapitals haben Portes (2000: 6) und Portes/Landolt (2000: 537) ein alternatives Modell (Modell II) vorgeschlagen, das sowohl theoretisch als auch empirisch angemessener erscheint.

MODELL I (dominantes Modell):



MODELL II (Alternativmodell):

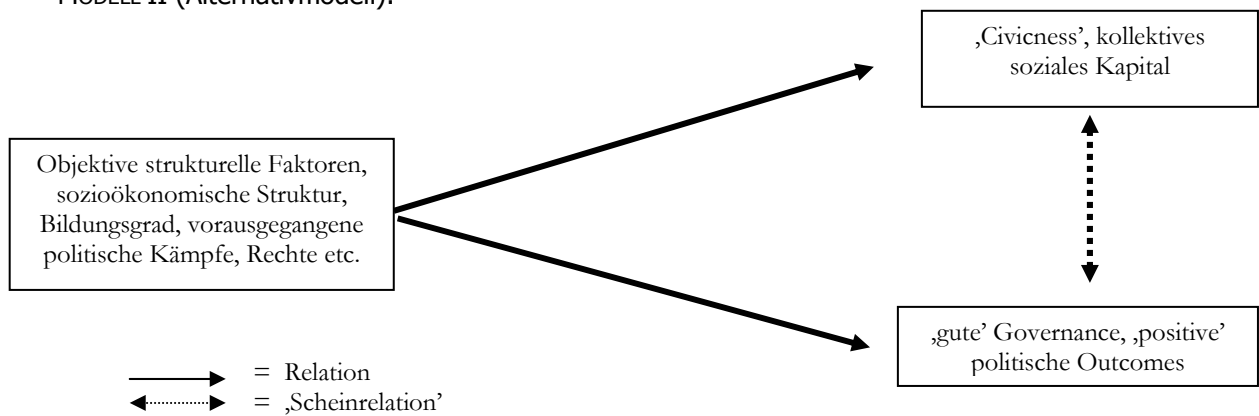


Schaubild 1: Alternatives Begründungsmodell der ursächlichen Muster ‚kollektiven sozialen Kapitals‘ (modifiziert nach Portes 2000 u. Portes/Landolt 2000)

Vor diesem Hintergrund stellt es ein entscheidendes Problem dar, dass die auf eine Aktivierung sozialen Kapitals gerichteten Strategien, dort – z.B. in ‚überforderten Nachbarschaften‘ - am häufigsten anzutreffen sind, wo die Voraussetzungen für ‚positiven Outcomes‘ strukturell am ungünstigsten sind. Das heißt nun aber keinesfalls, dass ‚soziales Kapital‘ keine Effekte hat. In Verbindung mit anderen materiellen und immateriellen Kapitalsorten konnte nachgewiesen werden, dass Investitionen in soziales Kapital äußerst hohe (praxis)ökonomische Renditen bringen: „Undoubtedly, individuals and communities can benefit greatly from social participation and mutual trust, but the outcomes will vary depending on what resources are obtained [...and] who is excluded from them“ (Portes/Landolt 1996). Das die positiven, ‚civic outcomes‘ vor allem ökonomisch stabilen Gruppen mit hohem Bildungsgrad, Gruppen mit einem hohen Grad an ‚wertvollem‘ – ökonomischen und kulturellem Kapital also, zu Gute kommen wurde ebenso deutlich für die Bundesrepublik (vgl. Offe/Fuchs 2001), wie für andere europäische Staaten (Großbritannien, Schweden, Frankreich und Spanien) bestätigt (vgl. Putnam 2001).

Wenn (bindendes) soziales Kapital aber programmatisch als ‚Alternative‘ zu einem ‚passiven Versorgen lassen‘ konzipiert wird und zugleich den am meisten benachteiligten Gruppen wenig, bzw. *am wenigsten* nützt, führt dies logischerweise zu der Konsequenz, dass inter- und intragemeinschaftliche Ungleichheiten und Machtdifferentiale im Kontext dieser Aktivierungsstrategien eher vergrößert als abgemildert werden. Wie McClenaghan (2000: 568) nachzeichnet, führt soziales Kapital für jene Akteure, die in der Lage sind seinen Wert zu realisieren zu „advantages and opportunities accruing through membership in *certain* [an materiellen und symbolischen Ressourcen reichen] communities and it is an important means whereby social inequality and social exclusion are reproduced“.

Als problematisch erscheint dabei der im Wesentlichen normative Gebrauch des Sozialkapitalbegriffs, wenn er an einen relativ engen, geschlossenen Sozialraum gekoppelt und als Qualitätsmerkmal für

eine ‚gute Nachbarschaft‘ verstanden wird. In einer solchen Perspektive wird übersehen, dass soziales Kapital - wie alle ‚transformierbaren‘ Kapitalien - klassenspezifisch ungleich verteilt ist bzw. dazu beiträgt, Klassen zu konstituieren (Bourdieu 1985, 1997). Eine Ungleichverteilung sozialen Kapitals ist jedoch nicht identisch mit der Vermutung eines rein quantitativen Mangels an sozialen Beziehungen deprivierter Gruppen. Diese These ist empirisch nicht haltbar: Das zentrale Problem dieser Gruppe ist zwar ein Mangel, dieser besteht aber in der Regel nicht in der Kontaktarmut in ihren Nahräumen, sondern in einer (materiellen) Unterversorgung im weitesten Sinne<sup>159</sup> (vgl. Andreß 1997, Jenson/Beauvais 2002, Joseph Rountree Foundation 1999, Stern 2003):

„[A]ccess to any form of capital, including social capital, depends to a considerable extent on where th[e] individual is located in a liberal, market society’s overall structure of economic inequality. Thus, the very poor *are relatively rich in social capital* not necessarily because they have absolutely more of it than the better-off in society, but because it is *the only form of capital* to which they have relatively abundant access and therefore *their way of life is more thoroughly permeated by its ‚rules‘*. Maintaining good social relations (moral credit) with *a small trusted group*, to whom one can turn for support in times of all too frequent crisis is *vital for this group, lacking in other resources and opportunities* to cope with their vicissitudes” (Szretzer 2002: 577, vgl. Bourdieu 1980, 1985, Herv. H.Z.)

Fasst man soziales Kapital in als die Quantität von Beziehungen zwischen Akteuren - und nicht als den ‚Outcome‘, der sich aus diesen Beziehungen ergibt (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996) - so ist eine Verfügung über ‚soziales Kapital‘ im Gegensatz zu kulturellen und ökonomischen Kapital weitgehend ubiquitär. Folgt man einer soziologisch-analytischen Perspektive (vgl. Bourdieu 1997) findet sich Problem einer klassenförmigen Ungleichverteilung sozialen Kapitals auf einer anderen Ebene: Soziales Kapital ist

„subject to hierarchical valorizations of particular social capitals manifested in class-specific Forms of sociability and networks. The universality of sociability and networks obscures their intrinsic differential performativity: lower class networks are as plentiful and varied as middle class ones, but less productive of socially and economically outcomes“ (Gamarnikow/Green 1999: 7, vgl. Portes 1998, Woolcock 2000).

Es ist empirisch sehr gut belegt, dass enge familiäre Bande ebenso wie wechselseitige Unterstützung gerade in benachteiligten und armen Gebieten - vor allem Relation zu einem Mangel an anderen verwertbaren Kapitalien - eine verhältnismäßig große Rolle spielen (vgl. Forrest/Kearns 2001: 2141): Während die These einer Armut an sozialen Beziehungen „echoes the common view that the inner city is short on sociability, careful studies show the opposite. In poor areas, many people rely on their social and family ties for economic survival“ (Portes/Landolt 1996: 20, vgl. Stack 1974). Obwohl es aber ein beachtliches Maß an sozialem Kapital in marginalisierten Stadtteilen gibt, können die intrinsisch positive Effekt als gering betrachtet werden: „the assets obtainable through it seldom allow participants to rise above their poverty“ (Portes/Landolt 1996: 20, Henly et al. 2003).

In diesem Sinne können ‚benachteiligte Quartiere‘ nicht per se als ‚sozial-kapital-arm‘ und ‚integrierte Quartiere‘ als ‚sozial-kapital-reich‘ bezeichnet werden. Allerdings ergibt sich, um ein einfaches Beispiel zu nennen, aus dem sozialen Kapital der Zugehörigkeit zum BDA offensichtlich ein anderer

---

<sup>159</sup> „ [T]he problem in many disadvantaged communities [...] is not a lack of social cohesion. Neighbourhood studies in [...] different cities in the United Kingdom considered the factors that contribute to social cohesion and a sense of local community within an area. The projects looked at what residents themselves felt about their neighbourhoods and the impact on the area of regeneration initiatives. The conclusion was that the neighbourhoods did not lack social cohesion and, indeed, irrespective of age, gender and ethnicity, residents had a strong commitment to their local area. Rather, problems were those of poverty, in its broadest sense” (Jenson/Beauvais 2002: 13).

symbolischer Nutzwert, als aus der Zugehörigkeit zu einer allochtonen ‚Jugendgang‘ in einem ‚sozialen Brennpunkt‘. Das Problem der dominanten sozialkapitalmobilisierenden Strategien besteht in diesem Zusammenhang zunächst schon alleine darin, dass sie üblicherweise ihren Blick auf die Verfügbarkeit oder den Mangel an sozialem Kapital richten, und versuchen den ‚stock of social capital‘ (Putnam 2000) zu erhöhen. Dabei wird regelmäßig gerade die entscheidende Pointe verpasst, nämlich die ungleiche Produktivität verschiedener Formen sozialen Kapitals, bzw. die ungleiche Möglichkeit der Akteure konvertierbare Werte im Rekurs auf das potentielle Kapital zu realisieren, das einem Netz von interpersonalen Beziehungen innewohnt.

In seiner positiv bewerteten, ‚verknüpfenden‘ Form ist soziales Kapital weniger nur ein wesentliches Element, sondern ein Synonym für gesellschaftlicher Teilhabe, während Ausgrenzung gerade den Nicht-Zugang zu sozialem Kapital im Sinne positiv bewerteter, gesellschaftlicher Beziehungen bedeutet. Eine Verweigerung solcher Zugangschancen verweist auf die Chancenlosigkeit materieller wie (legitimer) symbolischer Aneignung (vgl. Bourdieu 1991: 30).

Geht man mit Woolcock (1999, vgl. Woolcock/Narayan 2000), von der Unterscheidung von bindendem (‚bonding‘), ‚brückenbildendem‘ (‚bridging‘) und verknüpfendem (‚linking‘) Sozialkapital aus, wird deutlich, an welchen Formen des Sozialkapitals es marginalisierten und ausgegrenzten Gruppen oder gar ‚ganzen Sozialräumen‘ mangelt. Es mangelt gerade nicht an dem ‚Bondig‘- Kapital<sup>160</sup>, d.h. der Handlungsressource, die sich aus engen Bindungen mit anderen, ebenfalls positional und dispositional benachteiligten bzw. marginalisierten Akteuren innerhalb kleiner Gruppen und Netzwerke ergibt (vgl. Portes 1998: 13f, Gesting/Janssen 2002). James F. Short (2002: 113) fasst den Stand der Forschung wie folgt zusammen:

„Gemeinschaften, die von konzentrierter Armut charakterisiert sind, *selektieren und binden* Personen [d.h. bindendes Sozialkapital], die außerordentliche wirtschaftliche, statusbezogene, zwischenmenschliche und familiäre Stresssituationen erleben und darüber hinaus *Probleme in den Beziehungen zu Institutionen* [d.h. Verknüpfungskapital] wie der Schule, der Polizei, der Jugend- und Strafgerichtsbarkeit, Wohlfahrtseinrichtungen, Versicherungen und anderen Unternehmen haben“.

Allerdings ist es genau jene Form der wechselseitigen interpersonalen Bindung, die innerhalb von kleinen Gruppen und Netzwerken, die innerhalb des kleinräumig bestimmten Sozialraums aktiviert werden soll und in seiner symbolisch ‚positiv‘ bewerteten Variante als ‚kleinräumige Solidarität‘ und ‚lokales Zusammengehörigkeitsgefühl‘ zur zentralen Ressource erklärt wird.

Jedoch stellt diese Ressource gerade unter den Bedingungen kollektiver Marginalisierung ohnehin einen - eher problematischen als hilfreichen Bedeutungsgewinn. Denn gerade unter den Bedingungen sozialer Deprivation

„gewinnen die Bindungen innerhalb kleiner Gruppen als Netzwerke der Unterstützung eine erhebliche Bedeutung, weil die Brückenbeziehungen zu wichtigen anderen Gruppen – wie sie zum Beispiel am Arbeitsplatz hergestellt werden – gering sind, und die Verbindungen zum institutionellen Bereich praktisch kaum existieren“ (Karstedt 2001: 17, vgl. Wacquant/Wilson 1989).

---

<sup>160</sup> Dazu auch Putnam, der eine Unterscheidung von bonding und bridging zwar vornimmt (2000: 22) dann aber durch die Behauptung, dass „in der Praxis [...] die meisten Gruppen bindend und brückenbildend zugleich“ (S. 29) seien, postwendend relativiert. Insgesamt gilt Putnams Sorge vor allem dem ‚Niedergang‘ jenes sozialen Kapitals, das auf Nähe und Unmittelbarkeit beruht.

Die Mehrheit aller relevanten Untersuchungen zu dieser Thematik konstatiert einheitlich, dass Akteure in Situation von Marginalisierung, Stigmatisierung und sozialer Entwertung regelmäßig dazu tendieren, „to react [...] by isolating themselves from the outside world and investing more time with their close set of friends and relatives (strong ties) [. Therefore] the frequency of weak ties diminishes<sup>161</sup>“ (Calvo-Armengol/Zenou 2002: 9). David Harvey (1987: 117) beschreibt gerade die ‚Communities‘ der machtlosen sozialen Klassen und jener Bevölkerungsgruppen mit dem niedrigsten Einkommen als Nachbarschaftsräume, in denen der Raum weniger den Ort konstituiert in dem sozialpolitisch exploitierbare Potentiale brachliegen, sondern sich vor allem eine ‚Falle‘ darstellt, in der dich

„sich enge, aber oft sehr konfliktreiche zwischenmenschliche soziale Bindungen im öffentlichen wie im privaten Bereich heraus[bilden]. Das Ergebnis ist häufig ein intensives Zusammengehörigkeitsgefühl zu Kiez und ‚Scholle‘ und ein genaues Gefühl für Grenzen, weil die Kontrolle über den Raum nur durch aktive Aneignung gesichert werden kann“.

Dem steht nicht entgegen, dass enge, ‚bindende‘ Netzwerke und ein damit einhergehendes starkes Maß an interpersonalem Vertrauen durchaus in der Lage sind, den Neigung der beteiligten Akteure zu entsprechen Informationen, Ideen und Fähigkeiten zu teilen. Dies geschieht aber nur *innerhalb* der Bande eines definierten Sets von Netzwerken und Beziehungen, vor allem jenen die aus sozialer Nähe und der engeren Nachbarschaft entspringen (vgl. Field et al. 2000: 261). Anders formuliert ist ‚bindendes‘ Kapital vor allem das soziale Kapital jener Gruppen, die Charles Horton Cooley (1929 [1909]) als ‚Primärgruppen‘ bezeichnet hat, d.h. Gemeinschaften die durch kontinuierliche, vielseitige und relativ dauerhafte persönliche Interaktionen sowie starke persönlich-empathische Verweisungs- und Loyalitätszusammenhänge zwischen ihren Mitgliedern konstituiert werden. Diese bindenden Formen sozialen Kapitals in parochialen Netzwerken werden durch die Jugendhilfe zusätzlich forciert, wenn durch einen ‚sozialraumorientierten‘ Ansatz versucht wird ein ‚emotionales Klima‘ und wechselseitige, interpersonale ‚Loyalität‘ aufzubauen bzw. zu verstärken (vgl. Hinte 2001: 3). Dabei sind nah- und sozialraumorientierte Ansätze gerade nicht darauf gerichtet, Netzwerke außerhalb der sozialräumlichen Gemeinschaft aufzubauen, sondern der Ansatz zeichnet sich im Gegenteil vor allem dadurch aus, dass die internen Bande der sozialräumlichen Community gestärkt werden sollen. Was Michael Woolcock (1998: 158) als das *mögliche* - wenngleich theoretisch und empirisch bestreitbare (vgl. Karstedt 2001d, Lederman et al. 2000) - Problem der Gruppen rekonstruiert, die über eine *große Menge an schwachen* und zu *wenig starke Bindungen* („high linkage but low integration“) verfügen: Eine „situation of ‚anomie‘ or lack of norms (too much freedom, not enough community)“, wird in den nah- und sozialraumorientierten Ansätzen als ein zentrales Problem beschrieben, dem mit Aktivierungsmaßnahmen zu begegnen sei.

Ein wesentliches Problem einer innergemeinschaftlichen Aktivierung sozialen Kapitals kann darin bestehen, dass sie Aktivierungsstrategien in Communities stattfinden, die sich in empirischer weniger nicht durch einen Mangel an *starken*, sondern an *schwachen* vor allem vertikalen Beziehungsnetzen auszeichnen - und es daher schon alleine funktional bestreitbar ist, dass mit diesen Strategien eine

---

<sup>161</sup> In diesen Kontext gehört auch die kulturpessimistische Besorgtheit über die Effekte der Internetnutzung, die potentiell und tendenziell eher auf ‚schwache Bande‘ verweist (vgl. Brint 2001): Although the Internet enhanced weak online ties, it simultaneously decreased stronger offline interactions (Wellmann et al. 2001: 434, vgl. Kraut et al. 1998; LaRose et al. 2001).



effektivere Form ‚nutzerorientierter‘ Sozialpolitik gefunden sei. Vor allem aber ist in diesem Zusammenhang zu befürchten, dass die intragemeinschaftliche Aktivierung von ‚bindenden‘ Sozialkapitalformen selbst ein entscheidendes Problem forciert. Dieses Problem besteht darin, dass die Wertigkeit der starken, bindenden Formen sozialen Kapitals als ‚ortspezifische Kapitalien‘ (vgl. DaVanzo 1981) auf ihr enges Wirkungsfeld beschränkt bleiben und in anderen - bezogen auf den gesamten gesellschaftlichen Raum in der Regel dominanten Feldern - weniger oder gar nichts ‚wert‘ sein oder sogar selbst als Moment der Verhinderung sozialer Teilhabe und sozialen Aufstiegs wirken können. Bindendes soziales Kapital als Beziehung, Informationsaustausch und Kooperation zwischen ‚Gleichen‘ (vgl. Bourdieu 1985, 1987) fördert Homogenisierungstendenzen innerhalb enger Gruppen und setzt zugleich eine „Anerkennung eines Minimums von ‚objektiver‘ Homogenität unter den Beteiligten voraus“ (Bourdieu 1983: 191). Auch umgekehrt beschreibt Jannet Pope (2000) eine ‚enforced homogeneity‘ als typische und wesentliche Konsequenz des ‚Reichtums‘ an bindendem sozialem Kapital. Dies liegt darin begründet, dass der Ressourcencharakter bindenden sozialen Kapitals auf einer Reihe von wechselseitigen Verpflichtungen - oder Gefälligkeiten - beruht (unübertroffen: Levi-Stauss 1969). Soziales Kapital in dieser Form kann daher nur auf der Basis zwei Momenten sichergestellt werden: Reziproke Handlungen zwischen Akteuren und/oder (durch informelle Sanktionen) ‚durchsetzbares Vertrauen‘ (‚enforceable trust‘)<sup>162</sup>. Durch beide Momente wird die Homogenität einer Gruppe alleine dadurch erhöht, dass der einzelne Akteur zur Fügsamkeit unter prävalente (Partikular)Gruppenerwartungen und -normen ‚gezwungen‘ wird (vgl. Frank/Yasumoto 1998). Innerhalb der ‚normativen‘ und sozialen Homogenität einer solchen Gruppe trägt soziales Kapital allerdings weniger dazu bei Auswege und Alternativen zum in den Gruppen je Gegebenen zu eröffnen, sondern sorgt eher für Redundanzen zum - damit der Reproduktion des - je Gegebenen: „We won’t have the opportunity to get know folks from different backgrounds. If knowing people leads to trusting them, we won’t develop faith in people unlike ourselves“. (Uslaner/Conley 1998: 2). Der Radius der Einsatzmöglichkeiten und der feldübergreifenden Konvertibilität ist jedoch entscheidend für den Wert von Kapitalressourcen, wenn sie gesellschaftlichen Aufstieg ermöglichen, bzw. einem weiteren Abstieg entgegenwirken sollen.

Dass die Reichweite des Wertes bindender Sozialkapitalformen stark begrenzt ist, ist eine grundlegende netzwerktheoretische Einsicht: Nicht ‚starke‘ soziale Beziehungen (in Familien oder kleinräumigen Nachbarschaften) stellen besonders geeignete Bedingungsfaktoren etwa für soziale Aufstiegsmöglichkeiten dar, sondern die ‚schwachen‘, dafür aber verhältnismäßig breit gestreuten, nicht-redundanten Beziehungen zu primärgruppenexternen Akteuren (vgl. Granovetter 1973).

Stärker noch betont Burt (1992) die Bedeutung schwacher Bindungen. Es seien, so das Ergebnis seiner Forschungen, gerade nicht enge, dichte und starke Bindungen, sondern im Gegenteil ihre relative *Abwesenheit* - die ‚structural holes‘ - die die ‚Geschlossenheit‘ des Netzwerks (dazu: Coleman 1990) aufbrechen und gerade dadurch eine individuelle (Auswärts-)Mobilität erleichtern. Während

---

<sup>162</sup> Dies ist ein Grund dafür, warum der Anteil dieser Form sozialen Kapitals innerhalb - insbesondere ‚nicht integrierter‘ - ethnischer Gruppen teilweise äußerst hoch ist, und in Bezug auf Intergruppenbeziehungen deutlich negativ mit ethnischer Heterogenität korreliert (vgl. Fukujama 1995, Uslaner/Conley 1998, Glaeser 2001)

starke Bindungen, im Sinne enger, geschlossener Netzwerke zumindest auf einer strukturellen Ebene zu einem beschränkten Informationsfluss und interpersonalen Austauschverhältnis tendieren, sind es vor allem die losen, weiter gestreuten und punktuellen ‚schwachen Bindungen‘, die Quellen für neues Wissen, andere Ressourcen und Handlungsmöglichkeit, kurz für Alternativen zu dem darstellen können, was Bourdieu als ‚doxische‘ Ökonomien der Praxis bezeichnet (vgl. Bourdieu 1987, 1997, 1998a, 1998b).

Damit verändert sich aber die Betrachtungsperspektive: Nicht das Ausmaß an sozialem Kapital per se, sondern die je spezifischen Einsatzbedingungen sind in Betracht zu ziehen. Es gilt also die Bedingungen zu klären, unter denen bestimmte Formen sozialer Beziehungen, Loyalität und Zusammenhalt zu Ressourcen werden, die ihrem Träger nützen oder schaden: Die Bewertung und die Bewertungsgrundlagen, die soziale Beziehungen zu einem ‚positiven‘ oder ‚negativen‘, d.h. situativ verwertbaren bzw. nicht-verwertbaren Kapital machen, sind von zentraler Bedeutung für die Realisierung Sozialer Arbeit. Denn die Frage ob sich die inhaltlichen Eigenschaften des sozialen Kapitals tatsächlich als wirksamer ‚Trumpf‘ erweisen können, hängt entscheidend davon ab, in welchem sozialen Kontexten, Sinnzusammenhängen oder ‚sozialen Feldern‘ (Bourdieu 1987) sie eingesetzt werden, da ihre Wertigkeit und Wirksamkeit an die Strukturen der praktischen Logik je spezifischer Feldes gekoppelt ist und dabei durch das ‚symbolische Kriterium‘ der wechselseitigen Anerkennung bestimmt wird. Insofern soziale Felder aber keine bloßen ‚Sinnprovinzen‘, sondern relationale (symbolische) Kampffelder darstellen (vgl. Bourdieu 1985, 1997), ist dem Hinweis von Jörg Nieland (2002: 32) zuzustimmen, dass soziales Kapital nicht als „eigenständig einigende Ressource bloßer Vereinigungen (öffentliches Gut)“ verstanden werden kann, sondern sich in seiner Eigenschaft als verwertbare und in andere Kapitalien konvertierbare Ressource vielmehr „aus (umkämpften) Hegemonialverhältnissen und -konstellationen innerhalb der [...] materiellen wie symbolischen Reproduktion existierender Klassengesellschaften“ bestimmt. Ähnlich konstatieren Wallis et al. (1998: 4), dass Gemeinschaften und Assoziationen durch ihre „reserves of financial capital, physical capital, and human capital“ bestimmt seien. Der Wert ihres sozialen Kapitals bestimmt sich erst vor diesem Hintergrund: „Social capital serves a catalytic role in mobilizing these resources toward attaining larger social objectives“.

Für Sozialpolitik und Soziale Arbeit ist es daher entscheidend, dass die Relationalität, Relativität und Risikohaftigkeit sozialen Kapitals auf dem Wege seiner Institutionalisierung abgefedert, substituiert bzw. ergänzt werden kann. Dazu ist es allerdings erforderlich, dass soziale Teilhabe nicht von intersubjektiven und letztlich willkürlichen Gefühlen wie Anerkennung und Respekt oder deren Verweigerung abhängig gemacht wird, sondern universell und ohne Ansehen der Person garantiert und institutionell realisiert wird (Rechtsansprüche). Genau dies gerät aber im Kontext nah- und sozialraumorientierter Aktivierungsstrategien tendenziell in den Hintergrund.

Folgt man den bisherigen Ausführungen erweist sich die Strategie einer Aktivierung sozialen Kapitals, das an soziale Nahräume gekoppelt und dabei normativ mit dem Qualitätsmerkmal ‚gute Nachbarschaft‘ versehen wird, als problematisch. Strategien unter dem Programmotto: ‚Wenn sich die Nachbarn helfen, funktioniert die Bürgergesellschaft‘ ignorieren, dass soziales Kapital als

überfeldspezifisch in andere Kapitalen konvertierbares Machtmittel, dass von einzelnen Akteuren realisiert werden kann klassenspezifisch ungleich verteilt (vgl. Fuchs/Offe 2001, Hall 2001, Portes 1998, Hughes et al. 2000). Auch der in den Länderstudien in dem von Putnam (2001) herausgegeben Band ‚Gesellschaft und Gemeinsinn‘

„anhand sozialstruktureller Kategorien wie Arbeiter, Angestellter, Bildungsgrad und teilweise Beruf und Haushaltseinkommen [...] dokumentierte Zusammenhang zwischen Klassenlagen und Sozialkapital [spricht] eine alle national existierenden Differenzen und Niveaus von Sozialkapital übergreifende, deutliche Sprache, die bis in sekundäre Faktoren (Bourdieu) wie Geschlecht Ethnie und auch Arbeitslose, Hausfrauen etc. als besondere Personenkategorien reicht“ (Nielandt 2002: 30)

Diese Ungleichverteilung gilt weniger bezogen auf die Menge sozialer Beziehungen, sondern vor allem hinsichtlich ihrer je spezifischen symbolischen Bewertung, d.h. in Bezug auf die verwertbare Form sozialen Kapitals als ‚symbolisches Kapital‘: Eine Disposition in einem sozialen Feld, die bezogen auf die eigene Position zu positiv bewertetem sozialem Kapital führt, kann in einem anderen Kontext genau diese Anerkennung verhindern. In relativ abgeschlossenen und insgesamt ‚deprivierten‘ Sozialräumen mit eigenen praxislogischen Regelsystemen können sich spezifische Formen von sozialem und kulturellem Kapital herausbilden und dort auch durchaus ‚wirksame‘ Ressourcen fungieren, aber gleichzeitig in anderen - gut situierten - Feldern nichts wert sein oder sogar den Eintritt in diese Felder verhindern und zur Abwertung der Akteure beitragen<sup>163</sup> (vgl. Anderson 1999, Bourgeois 1996).

In diesem Sinne ist soziales Kapital eine in Bezug auf die (orts- und feldspezifischen) Positionen und Machtmittel der sozialen Akteure relationale Ressource und kein inhärent positives, kollektives Gut, das allen Akteuren zugute kommt (vgl. Pope 2000, Grootaert/van Bastelaer 2001, Muntaner et al. 2001). Die Sozialkapitalformen auf der Basis ‚starker Bande‘ gehen auf der Ebene sozi-moralischer Perspektiven regelmäßig mit ausgeprägten aber partikularen Formen des interpersonalen Vertrauens - und verallgemeinerten Misstrauens - einher, dass sich auf jene Akteure zu denen starke Bande bestehen reduziert. Der ‚Radius des Vertrauens‘ (vgl. Fukayama 1995) wird dabei zugunsten dessen reduziert was Bernhard Williams (vgl. 1988, Hardin 1993) als ‚thick trust‘ innerhalb der eigenen sozialen Zirkel bezeichnet<sup>164</sup>. Eine entscheidendes Problem besteht dabei, dass kleinräumige, interpersonal spezifizierete, partikulare aber ‚starke‘ Formen von Vertrauen und ‚Gemeinsinn‘ häufig mit einer genau entgegengesetzten Wirkungen auf generalisiertes Vertrauen und somit auf die Anerkennung von ‚Nichtgruppenmitgliedern‘ einhergeht<sup>165</sup> (vgl. Knack 1999: 5, Coate/Loury 1993).

Es ist in empirischer Hinsicht unstrittig, dass bei ökonomisch, sozial und kulturell subdominanten Gruppen - zumindest statistisch betrachtet - nicht nur die starken Bande und Formen des ‚thick trust‘ dominieren, sondern nahezu proportional hierzu auch das ‚generalisierte Vertrauen‘ klassenspezifisch

---

<sup>163</sup> Um ein zugespitztes Beispiel zu geben: Die Mitgliedschaft bzw. die enge Beziehung zu einer ‚delinquenten Peergroup‘ in einem ‚sozialen Brennpunkt‘ kann eine hilfreiche und wertvolle Ressource im Feld eines ‚illegalen Marktes‘ sein aber diese Ressource wird für betroffenen Akteur eher hinderlich als nützlich sein um eine ‚anständige Arbeit‘ zu finden.

<sup>164</sup> Russell Hardin (1993: 510) präzisiert diese Perspektive wie folgt: „I may know my relations, close friends, and a small number of coworkers and others I regularly deal with well enough to know the limits of their trustworthiness. Among these people I therefore know whom I can trust for what. We may call this the thick-relationship theory of trust“.

<sup>165</sup> So kann es nicht verwundern, wenn Untersuchungen nachweisen, dass das *generalisierte* Vertrauen in dem kommunitaristischen Musterland Japan *geringer* ist als in den USA (vgl. Yamagishi et al.1998).

ungleich verteilt ist. Laut der 14. Shell-Jugendstudie<sup>166</sup> (2002: 80 f) hegt „nicht einmal jeder dritte Jugendliche ein grundsätzliches Vertrauen in andere Menschen [...] Weit mehr als die Hälfte der jungen Männer und Frauen zeigt sich betont zurückhaltend, meint, nicht vorsichtig genug sein zu können“. Die Ursachen hierfür weisen einen deutlich klassenspezifischen – und auf ‚kollektivistische‘ Orientierungsmuster verweisenden - Charakter auf:

„Der Vergleich der einzelnen Gruppen zeigt, das Jugendliche aus den alten Bundesländern [zur Langzeitwirkung der ‚Kollektivorientierung‘ bei Jugendlichen aus der ehemaligen DDR vgl. Förster 1999] sowie diejenigen aus der Oberschicht oder ohne Bildungsrisiko noch am ehesten anderen Menschen Vertrauen. Hingegen haben Alter und Geschlecht der Jugendlichen keinen Einfluss auf das Vertrauen in andere Menschen“.

In Bezug auf ‚sozialräumliche‘ Ausgrenzungen beziehungsweise Entkoppelungen stellt dieser ‚thick trust‘ zwar tendenziell eine Basis für *mehr* soziales Engagement und Interesse innerhalb des engen sozialen Nahraums dar, aber er ist zugleich auch eine Basis für eine verstärkte (Selbst)Abkapselung ebenso wie für *weniger* Engagement, Interesse und Identifikation in Bezug auf weiter gefasste gesellschaftliche Sphären, insbesondere für die gerade mit Blick auf ‚prekär inkludierte‘ Akteure äußerst wichtigen Bereiche, die unterschiedliche gesellschaftliche Segmente zusammenbringen (vgl. Berman 1997, Stolle 2001).

Knack und Keefer (1997) haben in einer internationalen Untersuchung ein vergleichsweise eindeutiges, dilemmatisches Muster rekonstruiert: relativ homogene Gemeinschaften und Assoziationen in heterogenen Gesellschaften können das Vertrauen und die kooperativen Normen *innerhalb* der Gruppen<sup>167</sup> stärken, führen aber gleichzeitig zu einer Schwächung des Vertrauen und der Kooperation *zwischen* diesen Gruppen. Es ist empirisch unstrittig, dass ‚zuviel‘ Bindungs- oder intra-gruppenbezogenes soziales Kapital dazu führt, sowohl die Entwicklung als auch die Aufrechterhaltungen von schwachen primargruppenexternen („cross-cutting“) Beziehungen zu unterminieren (vgl. Portes 1998, Putzel 1997; Cox/Caldwell 2000). D.h. es gibt eine starke negative Beziehung zwischen der Stärke der Bande („ties“) zwischen Akteuren und der Reichweite ihrer Netzwerke gibt (vgl. Campbell et al. 1986, Teorell 2000).

Wenn aber die Wahrscheinlichkeit der Bereitschaft in der weiter gefassten Gesellschaft eine aktive Rolle einzunehmen mit starken kleingemeinschaftlichen ‚In-Group‘ Beziehungen in einem negativen Zusammenhang steht (vgl. Uslander/Conley 1998), ist es die in den derzeitigen sozialpolitischen Diskursen zu beobachtende Tendenz die tatsächlich oder vermeintlich ‚positiven‘ Effekte der verschiedenen Formen sozialen Kapitals einfach zu addieren in empirischer Hinsicht kaum noch seriös. Ein Akteur der über sehr viele ‚starke‘ und zugleich über sehr viele ‚schwache‘ Bindungen verfügt ist unter Umständen zwar vorstellbar, aber schon gedankenexperimentell sehr schwer zu konstruieren. Man müsste sich einen Akteure vorstellen, der sich sozial und normativ stark mit einer Gruppe identifizieren, eine starke Gruppenloyalität aufzeigt und materiell wie symbolisch intensiv in diese Gruppe eingebunden ist, während er gleichzeitig über vielfältige diffuse Kontakte und Zugänge zu anderen Gruppen verfügt, die Alternativen und andere, ‚abweichende‘ Ideen, Vorstellungen und

---

<sup>166</sup> Die Frage der Shell Studie (2002: 439) ist die ‚klassische‘ (wenngleich methodisch nicht unumstrittene) Frage nach ‚generalisiertem Vertrauen: „Würden Sie sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, oder dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?“ (F 47)

<sup>167</sup> Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf ethnische (Minoritäts-)Gruppen

Informationen bieten, die dieser Akteur auch nutzt. Die Gleichzeitigkeit von intensiver wechselseitiger Abhängigkeit und Verbundenheit der starken Bindungen und das Maß an Autonomie die schwachen Bindungen ermöglichen sind offensichtlich schwierig widerspruchsfrei zu vereinbaren.

Die Mehrheit der ‚community development‘ Protagonisten, die das empirisch und theoretisch spannungsreiche Verhältnis von starken und schwachen Bindungen nicht einfach ignorieren, plädieren entsprechend weniger für ein Maximum dieser Sozialkapitalformen, sondern für ein ‚Optimum‘ bzw. für einen „healthy mix of bonding and cross-cutting ties“ (Stone/Hughes 2001, Narayan 1999, Woolcock 1998, 2000).

Während das Problem eines solchen Plädoyers darin besteht, dass eine qualitativ und quantitativ genaue Bestimmung des Verhältnisses der verschiedenen Formen sozialen Kapitals das ein solches Optimum, bzw. eine ‚gesunde Mischung‘ darstellen würde, bisher in keiner Weise widerspruchsfrei erfolgt ist, ist es in Bezug auf sozial deprivierte Gebiete bzw. ‚soziale Brennpunkten‘ jedoch weitgehend unstrittig, dass das Verhältnis der dort prävalenten Sozialkapitalformen in aller Regel kein Optimum darstellt. Es findet sich ein relativer ‚Überschuss‘ an ‚bindenden‘ ‚strong ties‘ gegenüber den Brücken- und Verknüpfungsformen. Ein zentrales Problem besteht dabei darin, dass diese Formen bindenden Kapitals mit zunehmender Deprivation und gesellschaftlicher Marginalisierung weiter zunehmen und darüber hinaus in den ‚nah-‘ und ‚sozialraumorientierten‘ Strategien noch zusätzlich aktiviert werden.

Ein massiver ‚Überschuss‘ an dieser Form sozialen Kapitals kann unter ungünstigen Bedingungen in einen ‚a-moralischen Familismus‘ münden (Banfield 1958) bzw. zu einer symbolischen Überbewertung der engen Primärgruppe „in der man am Erhalt der Grenzen arbeitet und zur Idealisierung der Innenwelt (im Gegensatz zur Außenwelt) als heilig, sanctum, neigt“ (Bourdieu 1998: 127). Das bedeutet aber, dass im Falle eines Übergewichts an symbolisch positiv konnotierten ‚bindenden‘ Sozialkapital – insbesondere in der Variante von Putnams Konzeption (vgl. Office for National Statistics 2001) die Gefahr der Entwicklung einer kleingemeinschaftlichen Selbstisolation besteht, in der eine weitgehend bedingungslose ‚In-Group‘ Loyalität, mit Misstrauen und Vorurteilen gegenüber Fremden ebenso gepaart ist wie mit dem Versuch des Ausschlusses von allem und allen, die von den partikularmoralischen Wertvorstellungen und ‚Selbstverständlichkeiten‘ abweichen (vgl. Halpern 1999, Elliot 2001 nach Office for National Statistics 2001). Michael Woolcock (2001a: 11) bringt diesen Zusammenhang auf folgende schlichte aber treffende Formel: Viel ‚bindendes‘ + wenig oder kein ‚verknüpfendes‘ Sozialkapital = Autoritarismus.

Auch wenn ein autoritärer Familismus einen durch die sozialpädagogische Aktivierung innergemeinschaftlichen Sozialkapitals nicht typischerweise zu erwartenden Extrempol darstellt, sind die Grenzen zwischen ‚bindendem Sozialkapital‘ und dem was Levi (1996 vgl. auch Chambers/Kopstein 2001, Rubio 1997), als ‚unsoziales Kapital‘ bezeichnet, von Beginn an fließend. Wie mittlerweile auch Francis Fukuyama (2002: 30) ausführt, ist soziales Kapital

„not (as some have maintained) a public good, it is a private good that produces extensive positive and negative externalities. [...A central problem is that] human beings have a tendency to build ‚in-group‘ solidarity at the expense of outsiders; thus, societies with many tightly bonded groups or networks may be fragmented and rife with conflicts and hostility when viewed as a whole. Even innocuous groups that do not produce clearly negative externalities may be self-regarding and cut themselves off from information, innovation, or ideas“.

Inbesondere wenn eine Intra-Gruppensolidarität - wie es tendenziell im Falle ‚marginalisierter‘ und stark problembelasteter Communities der Fall ist – zwischen deprivierten Akteuren bzw. zwischen ‚Außenseitern‘ erzeugt werden soll, besteht, jenseits der erhöhten Wahrscheinlichkeit ‚unsozialer‘ Wirkungen gegenüber Akteuren außerhalb der eigenen Gruppen, einer der Effekte ‚bindender‘ Formen sozialen Kapitals darin, bezogen auf die über die Primärgruppen hinausreichende Gesellschaft eher zusätzlich exkludierend und selbstexkludierend zu wirken, als den eng verbundenen Akteure gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen, die sie jenseits dieser Gruppenbindungen nicht hätten. Dieser Effekt ist vor allem dadurch begründet, dass enge Bindungen in parochialen Netzwerken die strukturelle und räumliche Mobilität ihrer ‚Mitglieder‘ einzuschränken.

Dabei fokussiert der dominante Sozialraum- bzw. Communitydiskurs „particularly on notions of belonging, place attachment and spatial mobility“ und unterstellt dabei, dass „a strong attachment to place, and the intertwining of people’s identities with that of places [...] contribute to social cohesion. [...] Thus t]he danger is that people may come to exist in small worlds“ (Kearns and Forrest, 2000: 1001).

In diesem Bereich finden sich deutliche Hinweise für eine zunehmende Selbstzweckhaftigkeit der Vorstellungen über lokale Gemeinschaftlichkeit in den Programmen und Begründungen von Bürgergesellschafts- und Aktivierungsprotagonisten: Der diskursive ‚Zwang‘, Sozialraumorientierung zu einem unverzichtbaren Paradigma für die Erbringung sozialer Leistungen zu erheben, geht so weit, dass dort wo die Aktivierung parochialer, lokaler Gemeinschaften offensichtlich nicht als Mittel zum gewünschten sozialpolitischen Zweck taugt, die Zweck-Mittel-Relation in einer Weise auf den Kopf gestellt wird, dass nicht das Mittel aufgegeben, sondern der Zweck umdefiniert wird. So führen etwa Jordan et al. (2001: 6) aus, „dass in einer Planungsregion, die durch objektiv ungünstige sozialstrukturelle Indikatoren sich von anderen abhebt gleichwohl ein nur geringer Bedarf an institutionalisierter sozialer Hilfe [d.h. ‚linking‘ Sozialkapital] besteht, weil positive Umfeldfaktoren [...] hier effektiv und problemlösend wirken“. Neben einer „heterogene[n] Altersstruktur“ und „bestehende[n] informelle[n] Netze[n]“ werden allen Ernstes „soziale Homogenität [und] niedrige Mobilität“ explizit als „positive Umfeldfaktoren“ benannt. Während die Antwort auf die Frage, wo der soziale Gewinn von Immobilität liegt wohl für immer ein Geheimnis der Kommunitaristen und sozialpädagogischen Sozialraumprotagonisten bleiben dürfte<sup>168</sup>, könnte dem Verweis auf den Nutzen sozialer Homogenität ja einiges ab gewonnen werden, wenn es sich nicht um ‚soziale Homogenität‘ in einem deprivierten Gebiet handeln würde, was im Klartext heißt, dass alle gleichermaßen ‚arm dran‘ sind. Aus der Perspektive der Jugendhilfe als einer *personenbezogenen* sozialen Dienstleistung dürfte in keiner Weise plausibel sein, warum dermaßen ‚positive Umfeldfaktoren‘, darauf verweisen sollten, dass ‚ein nur geringer Bedarf an institutionalisierter sozialer Hilfe‘ besteht. Demgegenüber ist das Argument aus der Perspektive einer Orientierung, die sich nicht auf einzelne Akteure, sondern auf den

---

<sup>168</sup> Eine solche Position verweist im besten Fall auf analytische Ignoranz, im schlechtesten auf blanken Zynismus: Pointiert formuliert kommt sie einer Aussage gleich à la ‚du bist zwar arm aber institutionelle Hilfe, hast du nicht nötig - schließlich verfügst du nebst der Tatsache, dass dir materielle Güter fehlen wenigstens über die ‚Ressource‘ dass es dir auch am immateriellen Gut ‚Mobilität‘ fehlt‘

„Sozialraum“ bezieht, ideologieimmanent nicht unlogisch. Die genannten ‚positiven Umweltfaktoren‘ tragen allesamt in sofern zur intra-gemeinschaftlichen Kohäsion bei, wie sie eine Grundlage zur Herausbildung bindender Formen sozialen Kapitals darstellen: Geographische und ‚soziale Mobilität‘ sind dann eben keine sozialpolitischen Ziele mehr, sondern „dissoziative Kräfte in modernen Gesellschaften“, die eine „effektive Netzwerkbildung erschweren“ usw. (Haus 2002: 94; zur ‚anomie-theoretischen‘ Deutung dieser These Gergen 1996).

Eine Zementierung sozialräumlicher und mittelbar auch sozialstruktureller Immobilität durch bindendes Kapital findet sich dabei auch empirisch vor allem für benachteiligte Klassen und Gruppen. So haben etwa Henning und Lieberg (1996) in einer schwedischen Studie aufgezeigt, dass auf ein bestimmtes lokales Areal begrenztes und durch starke interpersonale Bande gekennzeichnetes Netzwerk vor allem für soziale Akteure in ethnischen Minoritäten und Akteure der unteren und untersten gesellschaftlichen Sphären typisch ist, während der lokale ‚Sozialraum‘ für Akteure aus mittleren Klassen nur eine Praxisarena unter anderen darstellt<sup>169</sup>. „Der Mangel an Kapital“, schreibt Bourdieu (1997a: 164), „kettet an einen Ort“. Dies bestätigt Karl August Chassé (2002: 389), der in seiner Untersuchung über die ‚Weltaneignung bei benachteiligten Kindern‘ bilanziert, dass die „„Modernisierungsverlierer‘ [...] jene Kinder [seien], deren Benachteiligung sich in der neuen Form sozialer Segregation, nämlich der sozialräumlichen Isolation der Familie und der Begrenzung auf das unmittelbare Umfeld darstellt“<sup>170</sup>. Gegenüber diesen ‚Modernisierungsverlierern‘ zeichnen sich Akteure der Mittelklassen in der Regel nicht dadurch aus, dass sie über lokal basierte Netzwerke bzw. ‚bonding‘ Sozialkapital, sondern über vergleichsweise extensive Netzwerke verfügen, durch die ungleich ‚wertvollere‘ (Netzwerk-)Effekte erzielt werden können (vgl. Allen 1989).

Die verschiedenen Formen sozialen Kapitals können nicht einfach ‚addiert‘ werden, sondern stehen häufig in so fern in einem Spannungsverhältnis zueinander, dass die Existenz von ‚schwachen Bindungen‘, das Maß und vor allem die Bedeutung von ‚starken Bindungen‘ abschwächt: „Belonging to multiple communities increases maneuverability and opportunity, but makes interactions more contingent and uncertain“ (Wellman 2001: 26). In diesem Sinne kann angenommen werden, dass gerade die

„starke Bindungen im Primärbereich von Gruppen und Netzwerken die Ausbildung [...von Brücken- und Verknüpfungskapital behindern, während umgekehrt] besonders starke Bindungen zum institutionellen Bereich wie sie möglicherweise durch den Wohlfahrtsstaat gefördert werden, die Bindungen im Primärbereich abschwächen: so die Furcht von Putnam (1995), dass die wohlfahrtsstaatliche Versorgung die Hilfeleistungen innerhalb der Familien und Netzwerke deutlich abschwächt“ (Karstedt 2002: 17).

Dem steht nicht entgegen, dass enge, bindende Formen des Sozialkapitals eine beachtliche Quelle von (wechselseitigem) ‚social support‘ darstellen können. Ein wesentliches Moment der Reichweite und die Effektivität dieses Unterstützungspotentials liegt jedoch darin, dass soziales Kapital, eine ‚second

---

<sup>169</sup> Kulturvergleichende Studien legen es nahe dass Ungleichheit diese engen Formen der Bindungen nicht nur kleinräumig, sondern auch auf einer nationalen Ebene erhöhen. Diese Studien zeigen, „that more unequal societies tend to have both more collectivistic and non-egalitarian value patterns [...] Inequality furthers reliance on families and closely-knit networks rather than individual autonomy, and engenders cultural patterns that stress social hierarchy and social distance between groups at different levels of society“ (Karstedt 2003a: 308).

<sup>170</sup> Auch Oberwittler (2003: 37) spricht davon, dass Gymnasiasten im Vergleich zu Hauptschülern etwa „größere Aktionsräume haben und weniger Zeit in ihrem Stadtviertel verbringen“.

order ressource' (vgl. Boissevain 1974) ist. Nicht die starken Netzwerkverbindungen selbst, sondern die Ressourcen, die sich aus der Zugehörigkeit zu diesem Netzwerk für die unterschiedlichen Akteure ergeben (vgl. Bourdieu 1997, Bourdieu/Wacquant 1996), sind ungleich verteilt und fördern sozialstrukturell äußerst ungleiche (Reproduktions-)Dynamiken.

Die innere Verpflichtung, Geschlossenheit und Solidarität einer Gruppe bzw. eines Netzwerks durch ‚bindendes Sozialkapital‘ induziert typischerweise Prozesse der sozialen Schließung (vgl. Bourdieu 1982, 1987, 1997, 1998, Coleman 1990), durch die sich vor allem ressourcenstarke Gruppen einen ‚Exklusivitätsvorsprung‘ erhoffen und zugleich ihre Ressourcen dadurch schützen können, dass der Zugang für ressourcenschwache Gruppen verhindert wird (vgl. Wall et al. 1998). In diesem Kontext lässt eine ganze Reihe von Untersuchungen kaum einen Zweifel daran, dass „socio-economically advantaged insiders have the benefits of associations but less advantaged people do not [...]. In this way, group activities may ‚bond together‘ and assist the winners in society rather than create ‚bridges‘ for the losers“ (Fattore et al. 2003: 168, vgl. Johnston/Jowell 1999). Daher ist auch der Feststellung Bonnie Ericksons (2003: 26) zuzustimmen, dass die ‚Stärke starker Bindungen‘ gerade nicht für verhältnismäßig deprivierte Akteure zum Tragen kommt, „[but] applies best to the few people at the top, because they have highly-placed kin and friends who collect a lot of information and can exert a lot of influence“. Während mit Blick auf die Schließungsprozesse insgesamt angenommen werden kann, dass mittels einer gezielten sozialpolitischen Aktivierung der ‚Ressource‘ bindendes Kapital eine Art *Circulus Vitiosus* zuungunsten der je stärker benachteiligten Gruppen induziert wird, lässt sich darüber hinaus argumentieren, dass sich die durch bindendes Kapital erzeugten Dynamiken für ressourcenschwache Gruppen zugleich als eine Art soziale Selbstausschließung manifestieren können, denn Prozesse sozialer Schließung durch relevante soziale Gruppe induzieren „bei den dadurch ‚Ausgeschlossenen‘ gleichfalls Mechanismen der sozialen Schließung und Verhärtung. Die ‚Geschlossenheit‘ der starken Gemeinschaft blockiert dann jede Vernetzung auf Basis schwacher Bindungen die Heterogenes verbinden könnte“ (Göbel/Pankoke 1998: 467).

Wie Woolcock/Narayan (2000: 227) ausführen, verfügen deprivierte (und ethnisch definierte) Gruppen in der Regel über einen „close-knit and intensive stock of ‚bonding‘ social capital that they can leverage to ‚get by‘ [...], but they lack the more diffuse and extensive ‚bridging‘ social capital deployed by the non-poor to ‚get ahead‘“ (vgl. Burns et al. 2001, Reingold 1999). Insbesondere in Bezug auf benachteiligte und/oder ethnisch subalterne Gruppen in gesellschaftlich ‚abgehängten‘ Arealen gibt es kaum Hinweise darauf, das enge intra-kommunale Netze eine aussichtsreiche Basis darstellen, um etwa fundamentale Rechte abzusichern oder den Zugang zur ökonomischen und politischen Teilhabe zu erweitern (vgl. Narayan/Cassidy 2001). Pointiert formuliert, kann die Erzeugung von bindendem Sozialkapital vor allem im Sinne einer defensive Absicherungsfunktion als ‚Überlebenshilfe‘ unter ansonsten desolaten politischen und sozialen Bedingungen – insbesondere in vor- oder ‚anti-moderner Gesellschaften‘ (vgl. R. Rose 1998, Ingelhart 1998) - zur sozialen Stabilisierung von Räumen und sozialen Entitäten beitragen und auf der individuelle Ebene einige *Auswirkungen* von sozialer, kultureller und ökonomischer Deprivation erträglicher machen, ohne dass damit aber deren Ursachen bearbeitet und substanzielle Auswege geschaffen werden: Da insbesondere deprivierte Gruppe in ihrer



Mehrheit „have few extensive linking or bridging ties“ bleiben sie jedoch auf ihre „intensive bonding relations (family, friends, neighbors) to manage high levels of risk and vulnerability“ verwiesen (Ritzen et al. 2001: 6, vgl. Stack 1974). In diesem Sinne kann zwar von einem ‚Sozialkapitalmangel‘ dieser Gruppen Akteure gesprochen werden, in Bezug auf soziale Beziehungen fehlt ihnen aber weniger ein lokal bezogener Gemein Sinn<sup>171</sup>, sondern ihr Mangel besteht in erster Linie in einer „absence of organizations enabling those living in poverty to voice their collective interests and aspirations<sup>172</sup>“ (Woolcock 2000a: 4, vgl. Henly et al. 2003, Jenson/Beauvais 2002, Narayan 2000, Wacquant 1996, 2001). Deprivierten Gruppen fehlt es demnach nicht an ‚sozialem Kapital‘ als solchem, sondern an jenen Formen sozialen Kapitals, die als ‚Verknüpfungs-‘ und ‚Brücken-Kapital<sup>173</sup> Relationen herstellen, die auf vertikaler und horizontaler gesellschaftlicher Ebene Zusammenhalt zwischen unterschiedlichen Gruppen herstellen und Gruppengrenzen zu überbrücken bzw. unterschiedliche sozialtopologisch hierarchische Gruppen und Akteure zu verknüpfen in der Lage sind.

Als wesentliche gesellschaftliche Voraussetzung für die Etablierung dieser beiden Formen ‚schwacher Bindungen‘ sind in internationalen und interkulturellen Untersuchungen unter anderem die Wirkmächtigkeit formal-rechtsstaatlicher Institutionen („rule of law“), die Stärkung von Bürgerrechten, sowie eine möglichst geringe sozioökonomische Polarisierung und Segregation der Bevölkerung rekonstruiert worden (vgl. Knack 1999, Karstedt 1997, 2001d, 2001e, Girishankar et al. 2001, Fukuyama 2002, Narayan 1998, Temple 2000).

Während sich nah- und sozialräumlichen Strategien nicht zuletzt aufgrund der Diagnose einer zunehmenden Polarisierung und Segregation legitimieren, entfernen sie sich von Ideen eines formal-rechtsstaatlichen ‚Government‘ hin zu kleinräumigen Strategien, die als ‚local‘ oder ‚community governance<sup>174</sup>‘ verhandelt werden und auf die Ermöglichung, Erzeugung und Regulierung

---

<sup>171</sup> Wird auf dieses ‚Sozialkapitalproblem‘ durch die Aktivierung von ‚bindenden‘ Formen des sozialen Kapitals reagiert, so besteht die Konsequenz möglicherweise nicht nur darin die gegebenen Zustände selbst nicht zu stabilisieren und reproduzieren sondern darüber hinaus auch gerade auf der Basis dieser Kapitalform den Zugang zu Alternativen zu schließen.

<sup>172</sup> 2003 ist diese These in einer weit angelegten Untersuchung im Auftrag der Russell Sage Foundation am Beispiel von Sozialhilfeempfängern – genauer von ‚Temporary Assistance For Needy Families‘ (TANF) – eindrücklich bestätigt worden: „[F]ormer and current TANF recipients are embedded in social networks of family and friends that help sustain them on a day-to-day basis, but that this support is not powerful enough to raise their earnings or get them better jobs. Thus, when TANF families reach time limits their social networks may hold little promise as a replacement for welfare income. Likewise, social networks are unlikely to be an adequate substitute for earnings from even a low-wage job. Instead, TANF families are likely to utilize networks to lessen hardship and help cope with the difficulties of living on limited resources“ (Henly et al. 2003: 27).

<sup>173</sup> Brückenkapital kennzeichnet die Handlungsressourcen, die sich aus den ‚schwachen Bindungen‘ ergeben, die vor allem auf horizontaler Ebene zwischen unterschiedlichen Gruppen bestehen, und damit Gruppengrenzen über die territorialen Grenzen des jeweiligen sozialen Nahraums überbrücken können. Symbolisch positiv bewertetes Brückenkapital stellt genau diejenige Sorte sozialen Kapitals dar, wie sie den Vorstellungen über eine ‚gute‘ und ‚integrierte Zivilgesellschaft‘ zu Grunde liegt. Demgegenüber können Segregation, soziale Spaltung und soziale Verachtung von ‚Randgruppen‘ unter *anderem* als ein Ausdruck von ‚zu wenig‘ bzw. symbolisch ‚negatives‘ Brücken- und Verknüpfungskapital verstanden werden. Die Kompensation von ‚negativen‘ Brückenkapital oder die Erzeugung von ‚positivem‘ Brückenkapital kann logischerweise nicht im Rahmen von intra-kommunalen Aktivierungen geschehen. Empirisch gibt es positive Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen der ‚schwachen Bindungen‘ (Verknüpfungs- und Brückenkapital) während es deutlich negative Beziehungen zwischen schwachen und starken Bindungen gibt

<sup>174</sup> Genauer gesagt sind diese Strategien ein Teil dessen was international als ‚Local Governance‘ verhandelt wird. Während (rechtstaatlich demokratische) Formen des ‚bürokratischen‘ Government im Kontext der die klassischen gesellschaftlich verallgemeinerten Gewalten (teilungen) von Rechtssetzung, Rechtsdurchsetzung und Rechtsprechung gerahmt sind, geht es

kleinräumiger ‚Selbstregierungs-‘, bzw. Selbstversorgungs- und Selbstverwaltungskapazitäten zielen (vgl. Apostolakis 2000, Allen/Cars 2000, Bundesverwaltungsamt 2002, Crawford 1998, Keil 1998). Der sozialstrukturanalytisch diagnostizierte ‚Ausgangspunkt‘ kleinräumig manifestierter sozialer Spaltungen demnach vor allem auf einen Mangel an Brücken- und Verknüpfungskapital - als ein Teil des Problems mangelnder gesellschaftlicher Teilhabe – der allerdings durch eine Aktivierung von ‚Bindungskapital‘ eher verstärkt als angemessen bearbeitet, während zugleich erwartbar ist, dass sich die in den nah- und sozialräumlich orientierten Strategien enthaltene Relativierung individueller Rechtsansprüchen noch zusätzlich negativ auf die Herausbildung von ‚Verknüpfungs-‘ und ‚Brücken-Kapital‘ auswirkt.

Den reflektierten Protagonisten einer sozialräumlichen Mobilisierung sozialen Kapital ist dieser Zusammenhang auch durchaus bewusst. So konstatieren etwa Evers et al. (2000: 64) in ihrer Studie ‚soziales Kapital mobilisieren‘:

„Unter Umständen muss man damit rechnen, dass Effekte eher in Richtung ‚Stabilisierung‘ statt ‚Entwicklung‘ zu erwarten sind. Das kann heißen, dass nach und nach in einigen Bereichen – im öffentlichen Stadtraum, bei den Angeboten der öffentlichen Geschäfte, bei den sozialen Einrichtungen und den Arbeitsplätzen – eine ‚Zweitklassigkeit‘ Platz greift. Zwar werden Elemente der *lokalen* Integration erhalten, aber immer weniger Brücken führen hier in die Konsum-, Arbeits-, Lebens- und Erwerbsmodelle der ‚ersten Stadt‘“.

Ein Verzicht auf die Erzeugung und Aufrechterhaltung von ‚Verknüpfungs-‘ und ‚Brücken-Kapital‘ zugunsten der Aktivierung starker lokaler Gemeinschaftsbande kommt aber einer Erzeugung von internem Zusammenhalt und Gruppensolidarität in den Sozialräume auf Kosten externer Relationen gleich bzw. von „local cohesion in the context of wider social fragmentation“ (Forrest/Kears 2001: 2142). Eine solche Form der gemeinschafts- und ortsbezogenen Bearbeitung oder Bewältigungshilfe von Marginalität, Armut und eine Reihe weiterer ‚sozialer Probleme‘ kann demnach dazu führen, dass die Akteure in den ‚problematischen Stadtteilen‘ in ihre eigene Lokalgemeinschaft ‚ausinkliert‘ werden (vgl. Kleinman 2000):

„[The] relatively abundant, bonding form of social capital may enrich the lives of the very poor and socially excluded in many ways (although this can easily be romantically exaggerated), but [...] it is of limited use in directly assisting them to break out of their poverty and, arguably, even locks them into it“ (Szretzer 2002: 577).

Ein weiteres Problem ist es, dass die sozialräumlich konstruierten Gemeinschaften insbesondere in den ‚Problemquartieren‘ in der Regel selbst keine harmonische und homogene Common-Sense Gemeinschaften darstellen (vgl. Häußermann 2000). In diesem Sinne kann davon ausgegangen werden, dass die ‚sozialräumlichen‘ Spaltung und Polarisierungen eine doppelte Dimension haben: Es gibt nicht nur Differenzen im Zugang zu gesellschaftlichem Anschluss und Teilhabe *zwischen* verschiedenen Stadtteilen, sondern auch *innerhalb* eines Stadtteilen. Paul Collier (1998) hat die Verbindung von sozialem Kapital und Armut in Auftrag der Weltbank untersucht. Dabei stellt sich soziales Kapital als wertvolle und dauerhafte Ressource innerhalb eines Stadtteils für diejenigen heraus, die durch informelle Netzwerke und organisierte Zusammenschlüsse auf der Basis *reziproker* Interaktionen Zugang zu den Transmissionen aus dem dadurch etablierten Pool an Ressourcen und Informationen erhalten. Um diesen aber als nützlichen zu etablieren und zu erhalten, ist es notwendig ‚free-rider‘ aus diesem Pool herauszuhalten. ‚Free-rider‘ sind aber nicht nur jene Akteure, die

---

bei den ‚Urban-Governance‘-Strategien eher um in einem kleinräumigen Radius flexibel koordinierbare Topoi wie Aktivierung, Empowerment, Partnerschaften, ‚Human Resource Development‘, ‚Decentralized Management‘ etc..

„selbstsüchtig“ Reziprozitätsnormen durchbrechen, sondern auch jene, die sie deshalb nicht adäquat erfüllen können, weil sie unterhalb eines bestimmten Verfügungsgrades an ‚einbringbaren‘ anderen Kapitalsorten, allen voran an ökonomischem und kulturellem Kapital liegen. Aus dieser Perspektive forcieren sozialkapitalbasierte Netzwerke nicht nur unterschiedliche Entwicklungsniveaus zwischen Stadtteilen, sondern tendieren auch stadtteilimmanent dazu „to exclude the poor because they have less knowledge to pool“ (Grootaert/van Bastelaer 2001: 6).

Ohne explizit mit dem Analysekonzept ‚soziales Kapital‘ zu operieren, hat eine Untersuchung von Keim und anderen in Kassel (vgl. Keim 2001, Keim/Neef 2000) die Effekte der Ungleichverteilung und den unterschiedlichen Nutzen (Gebrauchswert), der sich aus den verschiedenen Formen und symbolischen Dimensionen sozialen Kapitals ziehen lässt indirekt bestätigt. So rekonstruiert Keim (2001, vgl. Keim/Neef 2000) drei Typen von Bewohnern in dem untersuchten ‚Problemquartier‘: die ‚Stabilen‘, die ‚Marginalisierten‘ und die ‚Prekären‘. Die ‚Marginalisierten‘ können als eine Gruppe gefasst werden, die, vor allem über ‚negatives‘ Bindungskapital verfügt (zum Folgenden: Schaubild 1). Keim charakterisiert sie als eine Gruppe mit mangelnden Ressourcen, die mit sozialen Entkopplungen *innerhalb und außerhalb* ihres Quartiers konfrontiert ist. Für diese Gruppe wäre es ohne Zweifel ein Fortschritt bzw. eine Verbesserung ihrer Situation wenn sie ‚wenigstens‘ über positiv bewertete Bindungen innerhalb der Community verfügen würde. In diesem Sinne könnten die Mobilisierungsversuche sozialen Kapitals unter Umständen durchaus hilfreich sein, in so fern sie etwa systematisch darauf gerichtet wären, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die sozialen und elementaren Anerkennungsbeziehungen zwischen den Bewohnern einen bestimmten Minimalstandard erreichen und insbesondere die soziale Einbettung jener Bewohner zu verbessern, deren Beziehungsstrukturen durch Apathie und Missachtung gekennzeichnet sind (vgl. Duyvendak 2003, dazu auch: Nussbaum 2003). Der Tatsache, dass insbesondere ‚starke Bindungen‘ eine Quelle ‚emotionaler Unterstützung‘ darstellen können (vgl. Klein 2003, Morrow 2001a) steht nicht entgegen, dass der Versuch sozio-ökonomische Verhältnisse der Bewohner solcher Stadtteilen mit diesen Mitteln zu bearbeiten durch solche Ansätze gänzlich unrealistisch ist (vgl. Duyvendak 2003, Øyen 2002) und dass zugleich vieles dafür spricht, dass solche Außenseiter gerade auch durch die Mobilisierung von Gemeinschaften selbst ‚produziert‘ werden (vgl. Portes 1998, Portes/Landolt 2000).

Sozialkapitaltheoretisch vielleicht noch interessanter ist jedoch, dass die Gruppe, die Keim (2001: 72), als die ‚Stabilen‘ bezeichnet, zahlreiche Verbindungen zu Feldern außerhalb des territorialisierten Nahraums ihres Quartiers haben, während sie diesem selbst „‚reserviert‘ bis ablehnend‘ gegenüber überstehen“. Demgegenüber sind es vor allem die so genannten ‚Prekären‘, die ihre Ressourcen hauptsächlich innerhalb ihres ‚Sozialraums‘ finden und auch normativ eine deutlich positivere Haltung gegenüber einnehmen bzw. eine Identifizierung mit ihrem Quartier vornehmen<sup>175</sup>. Sie stellen also

---

<sup>175</sup> Eine ganze Reihe internationaler (World Bank) vornehmlich aber amerikanischer, australischer und britischer Untersuchungen kommen ziemlich genau zu demselben Ergebnis. In diesem Kontext drängt sich dann aber der Verdacht auf, dass sich die ‚idealen‘ Akteure der nah- und sozialräumlichen Aktivierungsansätze auf einem ‚prekären‘ Niveau ‚stabilisieren‘. Wenn man sich vor Augen hält dass beispielweise Jordan et al. (2001: 6) in ihrer Expertise anderem „niedrige Mobilität“ und „soziale Homogenität“ und zwar in einer „Planungsregion mit ungünstigen sozialstrukturellen Indikatoren“ als

quasi den ‚idealen‘ Quartierbewohner im Sinne der hegemonial propagierten ‚sozialräumlichen Orientierung‘ dar. Sozialkapitaltheoretisch übersetzt besteht der zentrale Unterschied zwischen den ‚Stabilen‘ und den ‚Prekären‘ darin, dass erstgenannte über Verknüpfungs- und Brückenkapital verfügen, während die Ressource der ‚Prekären‘ vornehmlich in ‚positivem‘ Bindungskapital besteht, dass sie jedoch, schon alleine um ihr Kapital zu verwerten, ‚materiell‘ und ‚symbolisch‘ an ihr Feld ‚bindet‘<sup>176</sup>. Diese Gruppen, so führt Keim in seiner Untersuchung aus, finden ihre Ressourcen hauptsächlich innerhalb ihres ‚Sozialraums‘ und bleiben deshalb häufig „Gefangene des Quartiers“ mit wenigen Gelegenheiten für eine soziale Aufwärtsmobilität.

Das zentrale Risiko des sozialräumlichen Ansatzes lässt sich also dadurch beschreiben, dass gerade seine vermeintliche und propagierte Stärke der systematischen Beachtung ‚lebensweltlich‘ rekonstruierbarer und ‚milieuspezifischer‘ Gemeinschaftsbeziehungen

„entirely unintentionally, create and consolidate social divisions rather than healing them. Examples [...] include those regeneration strategies that focus on building of social capital within disadvantaged neighbourhoods, and thereby intensifying their separation from the outside world, rather than building bridged ties that allow access to externally-controlled resources“ (Field et al. 2000: 262)

Diese Einsicht, ist sowohl durch bundesdeutsche, vor allem aber durch britische und US-amerikanische Untersuchungen empirisch sehr gut unterfüttert und auch auf einer theoretischen Ebene plausibel. Wenn ein Kapital seinen Wert nur als ‚symbolisches Kapital‘ - d.h. als erkannte und anerkannte Ressource verwirklichen kann - und wenn dies nur in dem Maße geschieht, wie es zu den symbolischen Strukturen eines Feldes, bzw. dem feldspezifischen Common Sense ‚passt‘, dann ist es gerade für die ex ante als feldspezifisch konzipierte und auf enge Primärgruppen verweisende Ressource ‚lokales‘ oder ‚bindendes‘ soziales Kapital – als ‚ortspezifisches Kapital‘ (vgl. DaVanzo 1981) - einleuchtend, dass sie die Akteure an genau dieses Feld, genau diese Gruppen und genau diese gruppenspezifischen, commonsensualen Normen *bindet*, weil es sich vor allem oder gar ausschließlich dort als verwertbare Ressource erweist.

Von den wenigen Vertretern einer nah- oder sozialräumlichen Sozialkapitalaktivierungsperspektive, die dieses Dilemma überhaupt wahrgenommen und thematisiert haben (Evers et al. 2000: 64) wird aber der überraschende Schluss gezogen, es sei „kein Argument dagegen“ sich stärker den lokalen Aktivierungsstrategien zu zuwenden. Möglicherweise kann diese Position als eine ‚pragmatische Orientierung‘ verstanden werden, die angesichts aktueller ‚gesellschaftlicher Integrationsprobleme‘ wenigstens dazu dienen soll, den Alltag der Akteure innerhalb des Gegebenen ‚gelingender‘ zu gestalten usw. Allerdings ist eine solche Orientierung nicht nur ‚pragmatisch‘, sondern geht genau an dem Problem gesellschaftlicher Teilhabegerechtigkeit vorbei: Die Frage ob die Bindung deprivierter Akteure in ihre lokalen Gemeinschaften ein Argument für oder gegen lokale Aktivierungsstrategien ist eine Frage der politischen Zwecksetzung.

Die Nahraumorientierung der Jugendhilfe läuft Gefahr, Prozesse zu stärken, die dazu beitragen genau die Akteure, die sie zu unterstützen behauptet, aus einer weiter gefassten gesellschaftlichen Teilhabe

---

„positive Umweltfaktoren“ bezeichnen, die so „effektiv und problemlösend wirken“ würden, dass „nur ein geringer Bedarf an institutioneller sozialer Hilfe besteht“, dann ist dieser Verdacht noch vergleichsweise vorsichtig formuliert.

<sup>176</sup> In empirischer Hinsicht gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen bindendem Sozialkapital und niedriger (geographischer) Mobilität (vgl. Kasarda 1992).

‚auszintegrieren‘ (vgl. Kleinman 2000). Ironischerweise droht sie damit eine Idee zu realisieren, die zunächst von Charles Murray<sup>177</sup> formuliert worden war. Das ‚sozialpolitische‘ Interesse Murrays besteht vornehmlich darin, Wege eines effektiven Umgangs mit der ‚underclass‘ zu finden, deren Problem seiner Analyse nach darin besteht, dass sei eine Gruppe von Akteuren darstellt „[who] are essentially barbarians“. Seine Alternative zur wohlfahrtsstaatlichen Unterstützung dieser ‚Barbaren‘ besteht genau darin, sie durch Bindung an ihre eigene Gruppe und in ihrem eigenen Feld ‚auszintegrieren‘: „[B]ecause affiliations are both the basis for living according to one’s values and the building blocks of a vital little platoons, it becomes extremely important to let the low-income person affiliate with people who think as he does“ (Murray 1988: 285). Entsprechend plädiert er dafür, insbesondere den armen Communities „a massive dose of *self-government* [zu verpassen], with vastly greater responsibility for the operation of the institutions that effect their lives – including the criminal justice, educational, housing and benefit systems in their localities“ (Murray 1996: 134). Das dabei enthaltene Schließungsmoment ist gerade die Pointe seiner „bleak message“: „Money isn’t the key. Authentic self-government is. [...] Even if the underclass is out there and still growing, it needn’t bother the rest of us to much as long as it stays in its own part of town. Everybody’s happy – or at least not so unhappy that more action is to be taken“ (Murray 1996: 134).

Offensichtlich ist der derzeitige Weg einer Aktivierung von ‚Bindungs-‘ Kapital *kein* sozialpolitisch sinnträchtiger Weg, wenn es in der Sozialen Arbeit nicht um eine Festigung von Exklusion, sondern darum gehen soll die Akteure zu unterstützen, sich aus ihrer ‚lebensweltlichen‘ Miserabilität zu befreien. Wenn aber Soziales Kapital das Machtmittel Sozialer Arbeit darstellt, ist die Frage wesentlich, was die Alternativen sein könnten, bzw. - sozialkapitaltheoretisch formuliert - was kann sie zu einer Erzeugung von ‚Verknüpfungs-‘ und ‚Brücken-Kapital‘ beizutragen kann.

Auch diese beiden Sozialkapitalformen können zu nicht-intendierten ‚negativen Nebenfolgen‘ führen (vgl. Schaubild 1). Insbesondere dem auf asymmetrische Beziehungen verweisenden ‚Verknüpfungskapital‘ ist eine ‚Herrschaftsdimension‘ unsuspendierbar immanent<sup>178</sup>. Der Umgang mit dieser Herrschaftsdimension verweist auf das grundlegende Problem der Selbstpositionierung der Jugendhilfe und stellt in so fern nicht alleine eine Frage ihrer Methoden bzw. der Machtmittel ihrer Interventionen dar. Wie es Fattore et al. (2003: 173) formulieren:

„community-building exercises promoted in political rhetoric that encourage the ‚third sector‘ or ‚more community!‘ solutions for the disadvantaged [...] may do little or nothing to change the prevailing climate of low trust and pessimism. Policies that restore the credibility of public institutions may depend on how they treat marginalised groups or those who feel disempowered in politics, at work, or in the community“.

Auch mit Blick auf das Verknüpfungskapital kommt es demnach auf dessen Gebrauch an, etwa ob es primär als administratives Regulierungs- und Beherrschungsinstrument seitens der stärkeren Partei - in diesem Falle der Institutionen - oder ‚advokatorisch‘ und zur Durch- und Umsetzung der Rechte der

<sup>177</sup> Murray war Politikberater von Ronald Reagans und ist der wohl bekannteste Mitarbeiter des Manhattan Institute, einer der einflussreichsten ‚neo-liberalen think tanks‘ (vgl. Dixon 2000, Wacquant 2000).

<sup>178</sup> Mit Blick auf den Umgang mit ‚Herrschaftsdimensionen‘ ist der Versuch einer Antwort erforderlich, auf die (auch) für eine herrschaftstheoretisch aufgeklärte reflexive Soziale Arbeit entscheidende Frage Howard, S. Beckers (1967): ‚On who’s side are we on?‘ Dabei ist es eine vergleichsweise unerheblich, ob diese Frage im Kontext eines ‚politischen Mandats‘ oder eines ‚professionellen Auftrags‘ (vgl. Merten 2001) beantwortet wird.

Adressaten zum Einsatz kommt (vgl. Brumlik 1992, 2000, Bateman 2002). In jedem Falle würde ein Rekurs auf ‚Verknüpfungs-‘ und ‚Brücken-Kapital‘ jedoch eine andere Form der Leistungserbringung und mittelbar auch andere Inhalte induzieren, als dies in der gegenwärtigen ‚Nahraumorientierung‘ angelegt ist.

Auf die Dimension ‚Brückenkapital‘ verweist beispielsweise eine Vernetzung von ‚Sozialen Bewegungen‘ (vgl. Roth 1999, 2001), einem ‚poor peoples movement‘ (vgl. Cloward/Piven 1977), von Basis-, Protest- und Selbsthilfegruppen etc. Vor allem Manuel Castells (1997) hat darauf aufmerksam gemacht, dass den sozialen Bewegungen ungeachtet ihrer lokalen Identität und weit über einen engen lokalen Kreis hinaus eine wachsende Bedeutung, nicht nur hinsichtlich der Kritik und des Protests, sondern auch hinsichtlich sozialer Regulierungsprozesse zukommt (vgl. Bourdieu 2001b, Brand 2003). Vernetzungen zwischen Gruppen auf einer horizontal vergleichbaren sozialen Ebene, bieten *idealtypisch* die Möglichkeit eines *vergleichsweise* geringen intra-gruppenspezifischen Interessen- bzw. Machtgefälles<sup>179</sup>. Sie erleichtern den Informations- und Strategeaustausch, ermöglichen alternative Zugänge zu diversen ‚Kapitalformen‘ und können die Machtposition- und den Wirkungsradius der einzelnen Gruppen erheblich erhöhen. Sozialkapitaltheoretisch stellt eine solche Form des ‚Brückenkapitals‘ ein ‚konvertierbares‘ Kapital dar. Allerdings implizieren diese Gruppen andere Formen der Community, als die in der ‚sozialräumlichen Orientierung‘ fokussierten Gemeinschaften: Sie sind frei gewählte ‚Communities of Choice‘ (vgl. Rose 2000).

In der Regel sind ‚Communities of Choice‘ auf ein spezifisches Ziel gerichtet, konstituieren sich aus diesem gemeinsamen Ziel und sind in diesem Sinne als Quelle einer über ihrer spezifische Zielsetzung hinaus reichende Unterstützung nur bedingt ‚tauglich‘. Ihre im sozialpolitischen möglicherweise progressive Bedeutung liegt primär auf der Ebene ‚lokalen Widerstands‘: Sie

„sind keine Alternative zum Wohlfahrtsstaat, sie können keine Verbesserung materieller Lebensbedingungen vor Ort herbeiführen. Aber sie sind der Nährboden für die Entwicklung neuer Institutionen und Ideen, die allmählich neue Formen der Politik und des Zusammenlebens hervorbringen können“ (Stern 1999: 20f).

Häufig bauen über Brückenkapital vernetzte Gruppen über kurz oder lang ‚Verbindungen‘ zu anderen Hierarchieebenen bzw. zu institutionellen Bereichen auf. Dies verweist dann auf eine Mischform von Brücken- und Verknüpfungskapital. Wenn etwa die Soziale Arbeit in einem Netzwerk aus (subdominanten) Gruppen beteiligt ist, ist ihr institutioneller Beitrag analytisch betrachtet selbst eine Form des sozialen Verknüpfungskapitals. Eine Strategie der Erzeugung (oder ‚Aktivierung‘) von Brückkapital durch Soziale Arbeit, wäre es z.B. solche Vernetzungen zu erleichtern, zu ermöglichen oder zu initiieren. Aber neben der Frage ob, wo und unter welchen Bedingungen solche ‚vernetzbar‘ Gruppen existieren - und ob sie Soziale Arbeit überhaupt ‚brauchen‘ - stellt sich aus einer ‚Wohlfahrtsperspektive‘ auch hier das Problem, dass solche Freiwilligenassoziationen zwar Motor politischer Veränderungen sein können, aber in aller Regel keine universalisierbaren Dienste darstellen (Turner 2001: 202), sich empirisch selten aus den untersten gesellschaftlichen Straten rekrutieren bzw. häufig sowohl hinsichtlich ihrer Akteure als auch der artikulierten Ziele ‚mittelschichtslastig‘ sind

---

<sup>179</sup> Gewerkschaften können in einem gewissen Sinne ebenfalls als durch ‚Brückenkapital‘ gebildete Gemeinschaften betrachtet werden. Gleichwohl lässt sich nicht behaupten, dass die Hierarchien in Gewerkschaften per se flach sind. Positions- und Machtunterschiede sind in ausnahmslos allen Gruppen immanent.

(vgl. ebd. Brömme/Strasser 2001, Karstedt 1999) und darüber hinaus nicht selten einen ‚Clubcharakter‘ annehmen (vgl. Turner 2001: 202), d.h. eine Form ‚exklusiver Solidarität‘ erzeugen (Brömme/Strasser 2001). Kenneth Newton (2001: 16) weist z.B. darauf hin, dass die Mehrheit der ‚freiwilligen Assoziationen‘ analytisch betrachtet eher bindendes als Brückenkapital generieren:

„Sports organisations, usually the largest category in surveys of voluntary activity, are also likely to be bonding rather than bridging to the extent that activists and players (as opposed to the large and very heterogeneous range of spectators who sit in front of their TV sets) are often divided by class and race. Country clubs, rowing, sailing, riding, fencing, squash, golf, and tennis usually sit on one side of the social divide. Football, pool, baseball, cycling, athletics, though more popular and more mixed, generally sit on the other. Like churches, sports that attract a social mix of participants are often divided into associations that have a membership of similar types of people in terms of class, religion, or ethnicity, if only because they tend to be based on fairly homogeneous neighbourhoods and communities. Even choral societies have been said to recruit mainly single, young people with an interest in classical music“.

Evans (2001, vgl. Evans/Cattell 2000) verweist auch darüber hinaus auf das Problem des ‚bindenden‘ Charakters bestimmter Formen von ‚Brückenkapital‘, die vor dem Hintergrund in Westeuropa vorherrschenden heterogenen und sozial differenzierten ‚Sozialräumen‘ zu verzeichnen sind:

„Such localities may contain communities, but these are not necessarily ‚place based‘ and cut across many neighborhoods and beyond. They may display strong bonding ties and seemingly strong bridging ties across the sites of their local manifestation, but such bridging ties are often attenuated bonding ties“ (Evans 2001: 12).

Diese Formen des Brückenkapitals als ‚abgeschwächtes‘ Bindungskapital, weißt - wenn auch in einer ebenso ‚abgeschwächten‘ Form - ein strukturell ähnliches Potential aber auch analoge Probleme wie die bindenden Formen sozialen Kapitals im engeren Sinne auf.

Für einzelne Akteure gestaltet sich der Versuch einer ‚Erzeugung‘ von Brückenkapital noch schwieriger: Soziale Arbeit könnte versuchen Arrangements zu schaffen, in den sich z.B. Akteure aus unterschiedlichen Stadtteilen oder Akteure verschiedener sozialer oder ethnischer Herkunft etc. ‚kennen lernen‘ bzw. in institutionellen Arrangements ‚gezwungen‘ sind ‚miteinander auszukommen‘, sich zu akzeptieren, zu kooperieren etc.. Diese Arrangements können unter Umständen dazu beitragen ‚Vorurteile‘, abzubauen und den Umgang mit ‚Differenzen‘ ebenso wie z.B. demokratische und ‚zivile‘ Prinzipien und Tugenden ‚zu lernen‘ usw.. Selbst wenn solche Arrangements in mancherlei Hinsicht einsichtig und sinnträchtig sein können, ist der ‚wohlfahrtsstaatliche‘ Nutzen bzw. das spezifische soziale Unterstützungspotential einer solchen ‚Strategie‘ per se aber nicht ohne weiteres ersichtlich. Zumindest ist er nicht in dem Maße einsichtig, dass argumentiert werden könnte, durch die Schaffung solcher Arrangements wäre eine Strategie gefunden, durch die den Teilhabe- sowie und vor allem den Gerechtigkeitsdefiziten der ‚neo-sozialen‘ bzw. fortgeschritten liberalen Strategien und Rationalitäten substanziell begegnet werden könnte. Darüber hinaus steht ein solcher ‚Ansatz‘ vor dem Problem, dass ein einfaches ‚Zusammenbringen‘, im Sinne der Generierung einer höheren Frequenz von Kontakten zwischen unterschiedlichen Akteuren, existierende, auf ‚dickem Vertrauen‘ (‚thick trust‘ vgl. Williams 1988) basierende und daher exklusive Gemeinschaftsorientierungen unter Umständen nicht relativiert, sondern vorhandene Orientierungen sogar noch verstärkt. So haben etwa Uslaner und Conley (1998) am Beispiel chinesischer Einwanderer in den USA nachgezeichnet, dass deren innerethnische Gemeinschaftsorientierung in ‚multikulturellen‘ Gebieten teilweise stärker zum Ausdruck kommt und die Ausprägungen ihres ‚gesamtgesellschaftlichen‘ Interesses und Engagements geringer

sind, als bei vergleichbaren Gruppen in ethnisch homogenen Enklaven („Chinatown“). Auch dass zumindest in Westdeutschland die ethnisch definierte Abgrenzung gegenüber ‚Ausländern‘ bei Jugendlichen mit niedrigem Bildungsstatus eher stärker als geringer ist als bei ‚durchschnittlichen‘ Jugendlichen (vgl. Shell 2000), spricht – bei aller Wichtigkeit von Kontakten (vgl. Pettigrew 1998) - dafür, dass eine gruppenübergreifende Kontaktfrequenz *alleine* - die ja alleine statistisch etwa in Haupt- und Sonderschulen deutlich höher ist als in Realschulen oder Gymnasien (vgl. Deutsches PISA-Konsortium 2001) - nicht zwangsläufig verallgemeinerte Gemeinschaftsorientierungen impliziert: „There is no indication whatsoever that interaction with other group members would automatically lead to the development of a more socially oriented value pattern, to a rise in trust levels, or to abandoning prejudices“ (Hooghe 2000: 5 zit nach: Delhey/Newton 2003)

Das ‚Zusammenbringen‘ hat nur in sehr spezifischen Formen einen positiven Effekt, nämlich dann wenn die Kontaktsituation ‚Freundschaftspotential‘ enthält und wenn sie, wie Thomas Pettigrew (1998) den Stand der Forschungen zur ‚Intergroup Contact Theory‘ zusammenfasst, „allows equal group status within the situation, common goals, intergroup cooperation, and authority support“. All dies kann für lokale sozialräumliche Gemeinschaften keinesfalls ex ante unterstellt werden.

In dieser Hinsicht ist anzunehmen, dass Soziale Arbeit und Sozialpolitik dann einen entscheidenden Beitrag dafür leisten kann, dass die sozialen Akteure zu ‚verwertbarem bzw. transformierbarem Brückenskapital‘ gelangen, wenn die Herstellung von ‚Verknüpfungskapital‘ gelingt. Wie ausgeführt bezeichnet Verknüpfungskapital einen Typ sozialen Kapitals, der auf eine Verknüpfung zwischen hierarchischen Ebenen und gesellschaftlichen Schichten und vor allem zum institutionellen Bereich verweist. Dabei kann angenommen werden, dass die Jugendhilfe im Gegensatz zur *konzeptionellen Programmatik* - die in erster Line auf die Aktivierung des bindenden sozialen Kapitals innerhalb des ‚Sozialraums‘ und parochialen Nachbarschaften, Gemeinschaften und nicht zuletzt Familien zielt – de facto in einem nicht zu unterschätzendem Maße ‚Verknüpfungskapital‘ produziert. In dieser Hinsicht besteht die Möglichkeit, dass der Sozialen Arbeit in Hinblick auf die Generierung dieser Form sozialen Kapital in so fern eine wesentliche Bedeutung zukommt, dass sie eine wichtige Rolle als ‚Broker‘ (vgl. Woolcock 2000) einnimmt, d.h. als Mittlerin von „connections between otherwise disconnected segments“ (Burt 2000: 1). Netzwerktheoretisch zeichnen sich ‚Broker‘ dadurch aus, dass sie Kontakte zu Beziehungsnetzen haben, die sich außer in ihrem Fall, nicht überlappen (vgl. Boissevain 1974). Anders formuliert: Sie füllen, strukturelle Lücken zwischen intern verbundenen Netzwerken, indem sie in der Funktion von Mittlern nicht-redundante Kontakte‘ verbinden.

Diese Konstellation hat den Vorteil, dass die Kontakte, die dadurch eröffnet werden, ein Maximum an nicht-redundanten Informationen und an Varianz und alternativer möglicher Leistungen eröffnen (Burt 2000a, Grannovetter 1974 zu diesem Mangel bei den ‚urban poor‘: Wilson 1997). Während Burt den Vorteil dieser Position für den ‚Broker‘ bzw. ‚between actor‘ selbst in den Blick nimmt, schlägt Prell (2003) auf Basis einer breit angelegten empirischen Studie eine alternative Deutung vor, „[that] shifts the focus toward the benefits of being connected to a between actor“. Gerade hier könnte als das Potential für die Nutzer Sozialer Arbeit bestehen, wenn diese gerade nicht *innerhalb* bzw. ‚im Zentrum‘ eines engen sozialräumlichen Netzwerks operiert, sondern als ‚Broker‘, der zwischen



unterschiedlichen, sich nicht überlappenden Netzwerken agiert und damit zur Erweiterung der Unterstützungsmöglichkeiten, zur Realisierung von Ansprüchen und Rechten, zur Ausweitung des Informationspools und zu einer Erweiterung der Möglichkeiten der Deckung des Bedarf seiner Adressaten beitragen kann. Das Ziel könnte in diesem Kontext darin bestehen, „to give poor people a voice and boost their economic opportunities“ (Woolcock 2002: 2). Diese ‚Stimme‘ muss jedoch nach ‚außen‘ dringen, es nützt wenig wenn sie nur innerhalb eines deprivierten Sozialraums selbst Gehör findet. Soziale Arbeit würde dabei Zugänge zu den Ressourcen anderer Institutionen eröffnen, die Alternativen zu den gegebenen Möglichkeiten anbieten könnten (dazu: Domínguez/Watkins 2003). Eine Reihe von Forschungen weist darauf hin, dass eine solche Erweiterung des Netzwerks - wie sie in den derzeitigen institutionellen Vernetzungen bereits angelegt sind - sich insbesondere dann als ein wesentliches Mittel erweist, um soziales Vorankommen zu unterstützen, wenn es ‚structural holes‘ eröffnet und damit die Geschlossenheit eines engen lokal begrenzten Netzwerks aufbricht (vgl. Burt 2000a). Für Niedrigschwelligkeit und Erreichbarkeit von Angeboten zu sorgen, ebenso wie ein Bemühen darum, die Angebote am stärker am Bedarf der Adressaten auszurichten - wie es unter anderem ein Ziel der Vernetzungen zumindest in den reflektierten Formen der Sozialraumorientierung (z.B. den Ansätzen von INTEGRA) und vor allem der Paragraphen 78 und 81 SGB VIII darstellt - verweist sozialkapitaltheoretisch betrachtet auf die Möglichkeit der Produktion von bzw. die Erleichterung des Zugangs zu ‚Verknüpfungskapital‘. Eine solche Perspektive kann möglicherweise als das genau Gegenteil der in den derzeitigen nahraumorientierten Strategien der Jugendhilfe rekonstruierbaren Tendenz des ‚Einschließens‘ der Adressaten in ihren Sozialräumen (vgl. Kessl et al. 2002) betrachtet werden. Die Aufgabe Sozialer Arbeit, so Jordan und Jordan (2000: 201, 203),

„in such a situation might be to soften the harshness of the informal code, to uphold the rights of the oppressed in small social unity, and to develop more constructive links with the world outside [...] This argument [that there is a potential in community work] does not rest on an [...] acceptance of the current practices and culture of such activities. Instead we recognize the very negative features of the blood-and-guts code of deprived districts, and the need to soften them and to build bridges individuals trapped in ‚communities of fate‘ [...] into mainstream society“.

Allerdings bestehen innerhalb einer nah- oder sozialräumlichen Orientierung dann zwei Probleme mit Blick auf das Verknüpfungskapital, das Soziale Arbeit bereitstellen bzw. selbst darstellen kann, wenn es als ein mögliches ‚Nebenprodukt‘ der derzeit dominanten Ansätze und Strategien betrachtet wird. Zum einen wäre diese Form des sozialen Kapitals in dem Maße wie die Jugendhilfe ihren lokalzentrierten Aktivierungsrationalitäten und -pragmatiken verhaftet bleibt, ein Mittel zum Zweck der Mobilisierung von Bindungskapital. Sofern die Strategien erfolgreich wären, könnte sich demnach eine problematische Substitution von Sozialkapitalformen abzeichnen: Das durch die Soziale Arbeit generierte bzw. repräsentierte Verknüpfungskapital richtet sich strategisch auf die Erzeugung intrakommunalen Zusammenhalts und lokaler Gemeinschaftsbildung und wird damit in bindendes Kapital transformiert. Das zweite Problem hängt - jenseits der ‚Substitutionsfalle‘ auf der Aktivierungsebene - mit einem territorialbezogenen Fokus des Verknüpfungskapitals im Kontext eines Sozialraumbezugs zusammen. Vor allem der Stadtsoziologe John Kasarda (1992, Kasarda et al. 1997), hat auf die möglichen Fallen von - im territorialen Sinne - ‚räumlich konzentrierten‘ Formen institutioneller Unterstützung hingewiesen. Auf eine Stadtteilorientierung begrenzte soziale

Dienstleistungen („community based services“), so zeigt Kasarda auf, wirken häufig selbst als „sticking forces“: Sie tragen dazu bei, die räumliche und damit mittelbar verbunden auch die soziale (Aufwärts)Mobilität (dazu: Fainstain/Fainstein 1980, Hughes 1995) ihrer lokalen Nutzer einschränken, indem sie diese an ihre wenig alternative Möglichkeiten bietenden Sozialräume „binden“ (vgl. Kasarda 1992: 621). Sozialkapitaltheoretisch formuliert, wären diese Verbindungen selbst auf die enge Bindungen und auf Stärkungen - oder zumindest einer Erhöhung der Attraktivität - der „Loyalty“ gegenüber lokal basierten sozialen Diensten bzw. auf tendenziell redundante „strong ties“ und prävalente, deprivierte Gegebenheiten und damit entsprechend eingeschränkten Gelegenheiten bezogen. Auch verknüpfungskapitalbasierte Unterstützungen fördern in dieser Konstellation eher ein - möglicherweise durchaus „besseres“ - „Auskommen“ im Gegebenen aber eben kein soziales „Vorankommen“ der Adressaten. Die territorial bindenden Kräfte, so Kasardas Argument, würden vor allem die in Bezug auf ihre Verfügung an kulturellem Kapital Benachteiligten treffen, weil sich gerade für diese Gruppen die ohnehin hohen Opportunitätskosten einer Schaffung von Alternativen, durch die Gefahr einer tendenziellen Aufgabe der räumlich gebundenen Unterstützungen zusätzlich erhöht.

All dies impliziert, dass ein reflektierter Ansatz in der Sozialen Arbeit darauf gerichtet sein müsste, die Sozialräume zu „öffnen“ und nicht zu „schließen“. Die Rationalitäten aktueller Formen einer „nahräumlichen Orientierung“ zurückzuweisen, bedeutet jedoch keinesfalls, dass der lokale „Sozialraum“ ignoriert werden kann und die Beziehungen zwischen den „sozialräumlichen“ Akteuren irrelevant wären. Wesentlich ist vielmehr auf welche Weise er in den Blick genommen und bearbeitet wird. In diesem Kontext ist ein Rekurs auf die klassische Arbeit von Albert O. Hirschman (1970) erhellend. Hirschman verweist darauf, dass im Verhältnis zwischen Akteuren und Institutionen im Kern drei Optionen zur Verfügung stehen: „Loyalty“, „Exit“ und „Voice“. Bezieht man diese Optionen auf den „Sozialraum“, besteht das Problem von Institutionen die als „sticking forces“ wirken, dass sie vor allem die Dimension „Loyalty“ erzeugen, während Leistungserbringungen, die auf eine alleinige Konzentration auf die „Exit“- Option aufweisen, auf eine Gestaltung des Sozialraums verzichten (dazu: Sampson 2002). Die bereits angesprochene „sozialraumsensiblen“ Gestaltung Sozialer Arbeit als personenbezogener sozialer Dienstleistung stellt eine mögliche, reflexive Alternative hierzu dar.

Für eine „sozialraumsensible“ Soziale Arbeit ist der lokale soziale Raum – der ja zugleich ein *Ort* darstellt, in dem sich eine Vielzahl allgemeinerer sozialer Probleme und Probleme der Lebensführung (zumindest phänomenologisch) manifestiert - eine Dimension des Erbringungskontextes unter anderen, während die Logik der Dienstleistungserbringung in Bezug auf ihre Ziele auf die Schließung der Diskrepanz von subjektiven Rechten und der Bedingung der Möglichkeit ihrer Realisierung und in Bezug auf ihren Weg auf der Beachtung und Stärkung einer demokratisch-partizipativen Voice-Option besteht, deren Grundlage die „Annahme“ einer *individuell* - nicht kollektiv und schon gar nicht lokal gemeinschaftlich – rekonstruierten und kommunikativ adressierbaren, personalen Identität darstellt (dazu: Karstedt 2001, Scherr 2001a, Brumlik 1993). Damit geht es im Kern um eine – in letzter Instanz nur normativ und nicht instrumentell begründbare - Form der „Subjektivierung“ der Akteure, die sich weniger um ihre Teilnahme an einem kleingemeinschaftlichen und moralisch verpflichtenden Kollektiv bemüht, als um die Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe als Bürger mit Rechten.

Die Basis hierfür kann aber nur die Etablierung ‚schwacher Bindungen‘ sein, deren Stärke darin liegt, dass sie eine „individuelle Ablösung aus sozialen Bindungen“ ebenso ermöglichen wie „Integrationsfähigkeit und Flexibilität auf individueller wie kollektiver Ebene“ (Karstedt 2001: 1015) und damit auf der Basis staatsbürgerschaftlich begründeter und nur durch institutionelle Rückkopplung garantierbarer Rechtsansprüche (vgl. Offe 1996, Preuss 1990) die relative Autonomie einer individuellen Lebensführung sowie die Kompensation der Risiken ihres Scheiterns erlaubt.

Zur Produktion eines solches ‚Verknüpfungskapitals‘ beizutragen, würde für Sozialpolitik wie Soziale Arbeit bedeuten, es aufzugeben, die je für die gegebenen marginalisierten gesellschaftlichen Positionen redundanten Dispositionen zu befördern, und damit durch ein ‚einfaches Zurechtkommen‘ in der Marginalität, selbst Marginalität zu reproduzieren. Im Gegenteil müsste sich die sozialpolitischen und sozialpädagogischen Akteure darum bemühen, diese ‚schweigende Doxa‘ aufzubrechen (vgl. Wayand 1998), d.h. die Nutzer nicht nur im ‚Auskommen‘, sondern im lokalen ‚Raus-‘, und gesellschaftlichen ‚Weiterkommen‘ zu unterstützen. Soziale Arbeit und gerade auch Jugendhilfe sind somit dazu aufgefordert, einerseits die Bemächtigung der ‚Subjekte‘ zu unterstützen und ihnen andererseits auf einer sozialpolitischen Ebene Optionen gesellschaftlicher Teilhabe zu erschließen, d.h. neue (Handlungs)Möglichkeiten zu eröffnen - seien sie lokal oder nicht. Ein solches Vorgehen würde die Vermeidung einseitiger Reduktionen auf individualisierbare Dispositionen zugunsten einer Kopplung an gesellschaftliche Positionen und somit die Einbeziehung sozialstruktureller Ungleichheitsbedingungen voraussetzen, die jedoch keinesfalls nur und nicht einmal hauptsächlich in einem kleinräumig begrenzten, territorialen ‚Sozialraum‘ liegen. Demgegenüber Soziale Arbeit wäre dazu aufgefordert, das zu erweitern, was im Anschluss an Bourdieu als ‚doppelten Kompetenzbegriff‘ – mit Armartya Sen ließe sich auch von ‚Capabilities‘ sprechen - bezeichnet werden kann: Kompetenz als *Fähigkeit*, die von der Jugendhilfe in durchaus bildungstheoretischer Tradition eine Befähigung des ‚Subjekts‘ abverlangt und Kompetenz als *Befugnis*, d.h. einem Eröffnen von *neuen Möglichkeiten*, womit die Vermeidung einer einseitigen Reduktion auf individualisierbare Dispositionen zugunsten einer Kopplung an gesellschaftliche, zumindest jedoch feldspezifischen Position postuliert ist.

Dabei ist es fraglos richtig, dass der Struktur und Reichweite von Beziehungen – das soziale Kapital – innerhalb des sozialen Nahraums der Akteure bei dem Erwerb dieser doppelten Kompetenz eine wesentliche Rolle zukommt. Gerade deshalb erscheint es für eine reflexive Form der Erbringung personenbezogener sozialer Dienstleistung aber als wenig hilfreich sich auf die Förderung sozialen Kapitals im Sinne seiner quantitativen Erhöhung und Intensivierung als scheinbar substanzhafte Ressource zu konzentrieren, sondern im Sinne der Akteure soziales Kapital als das zu fassen, was es ist: Eine nur relational fassbare Form des Kapitals. Es bezeichnet ein in dynamische und komplexe soziale Prozesse eingebettetes Austausch- und Beziehungsverhältnis, dass bezogen auf seine Effekte

1. keinesfalls immer zum wechselseitigen Nutzen führt, ja noch nicht einmal ‚neutral‘ ist, sondern ‚Gewinner‘ *und* ‚Verlierer‘ produziert und
2. als soziales Beziehungsverhältnis nicht nur nicht nur ein materielles Tauschverhältnis beschreibt, sondern zugleich individuelle und soziale Identitäten hervorbringt.

Entsprechend kann gerade für ‚positional‘ und/oder ‚dispositional‘ ‚benachteiligte‘ Akteure die Rolle, die soziales Kapital dabei spielt, ihre marginalisierte Lebenslage zu reproduzieren und zu verhärten oder aber dazu beitragen kann, diese Lebenslage zu überwinden, ihre gesellschaftliche Teilhabe zu sichern, und Wege zu eröffnen, von den ihnen formal zugestandenen Rechten substantziellen Gebrauch zu machen, nicht abgekoppelt von den formellen auf einer quasi-universellen Form des ‚legalen Kapitals‘ basierenden, politischen und sozialen Institutionen betrachtet werden. Soziales Kapital ist in diese eingebettet und mit ihnen verknüpft (vgl. Berman, 1997). So sind es der *aktive und starke* Sozialstaat und seine Institutionen, der die Defizite in der Deckung des individuellen Bedarfs an ‚verwertbarem‘ bzw. ‚transformierbarem‘ Sozialkapital auszugleichen in der Lage ist und der selbst eine wichtige Voraussetzung für die Produktion von ‚schwachen‘ Formen des Sozialkapitals und generalisiertem Vertrauen darstellt (vgl. Karstedt 1997, Sampson 2002). Stolle und Lewis (2002: 7) machen darauf aufmerksam, dass die individuell verwertbaren, nicht-exklusiven und auch in demokratischer Hinsicht ‚förderlichen‘ Formen sozialen Kapitals „[do] not exist independently in the realm of civil society: governments, societal cleavages, economic conditions and political institutions channel and influence social capital [...] In this account, the capacity of citizens to develop co-operative ties is also determined by (the effects of) state policy“.

Die Förderungen der für die Akteure wertvollen, schwachen Formen des Sozialkapitals kann demnach kaum auf der Basis ‚aktivierter‘ und ‚selbstverantwortlicher‘ - nichtsdestoweniger jedoch deprivierter - kleinräumiger Gruppen jenseits eines ‚aktiven‘ Sozialstaats und seinen Institutionen geschehen, der Rechte sichert, ihre Verwirklichung gewährleistet und ihre ungleichen, ökonomischen Bedingungen aktiv kompensiert<sup>180</sup> (vgl. Evers 2002, Fattore et al. 2003, Foley/Edwards 1998, Levi 1998, Rothstein 1998, Skocpol 1996).

Die wesentliche Basis für die Erzeugung der Stärkung der ‚Stimme‘ (‚Voice‘) der Adressaten, der Ermöglichung einer autonomen Lebensführung, und der Verhinderung von Marginalität und Ausgrenzung ist, wie es Wacquant (2001: 410) formuliert, „again and always, to strengthen and expand social and economic rights“. Die Lösung liegt aus dieser Perspektive nicht im Ausmaß von Gemeinschaft und Gemeinsinn, sondern im Ausmaß ökonomischer, kultureller, sozialer und symbolischer Ressourcen, die die Bedingungen zur Möglichkeit von Autonomie und demokratischer Teilhabe darstellen. – Davon aber sind der ‚neo-soziale Regulationsstaat‘ und seine ‚aktivierenden‘ Institutionen weit entfernt.

---

<sup>180</sup> Dass die Unterstützung durch die ‚weak ties‘ sozialer Dienstleistungen, zugleich jenen ‚social support‘ zu kompensieren in der Lage ist der die (vermeintliche) Stärke der starken Bindungen ausmacht wird in einer exzellenten Studie von Silvia Domínguez und Celeste Watkins (2003: 129) am Beispiel afro-amerikanischer ‚low-income mothers‘ deutlich: „[There are] several clear examples of mothers abandoning the dense, insular, and localized neighbor and familial-based networks described in Carol Stack’s *All Our Kin* (1974) in favor of an institution-based network that was able to provide financial, child rearing, and emotional support. While scholars like James Coleman (1988); Robert Putnam (2000); and Catherine Ross, John Mirowsky, and Shana Pribesh (2001) are concerned with increasing mistrust in disadvantaged neighborhoods and a general decline of social capital, our research uncovered a new source of trust and social capital: social service organizations. These institutions go beyond providing the basic services advertised and are becoming important links in the women’s social support networks. Some institution-based networks provide clear advantages such as reliable, high quality resources and relationships that are less stressful and burdensome in terms of reciprocity. In addition, in a context of segregation and disadvantage, service professionals can serve as social mobility bridges, connecting low-income mothers with appropriate strategies and tools“.

Interpretiert man sie als Ausdruck einer neo-sozialen Regulation fortgeschritten liberaler Gesellschaftsformationen, kann durchaus bestritten werden, dass die sozialräumlich-kommunitaristischen Perspektive per se eine ‚*more social*‘ (vgl. Hughes 1998) Alternative zur Marktorientierung darstellt. Sie verhält sich eher komplementär zu dieser. Dabei verweißen sowohl die Neuen Steuerungsmodelle der Sozialen Arbeit und ihre Kommunalisierung auf Strukturveränderungen, die sich einfügen „in eine sozialpolitische Generalagenda, über die versucht wird, auf der Basis einer Neudefinition von Staatsaufgaben unter dem Schlagwort des ‚aktivierenden Staates‘ staatliche Normierungs- und Kontrollaufgaben zu revitalisieren“ (Otto/Schnurr 2000: 9). Gemeinsam erscheint ihnen den quasi universellen und sozietär-gemeinschaftlichen Standpunkt *des Sozialen*, zu Gunsten einer partikularisierenden Perspektive zu verlassen, die auf Basis ‚partnerschaftlicher‘ lokal-gemeinschaftlicher Aktivierungsstrategien erfolgt oder noch enger, das Soziale „zu einem Begriff verdünnt, der ausschließlich der individuellen Daseinsvorsorge zugerechnet wird“ (Redaktion Widersprüche 2001: 4).

Durch eine Politik der Gestaltung partikularer Identitäten wird das einstige ‚Monopol‘ der Identität als Bürger relativiert. Zwar kann an der ‚fordistischen‘ Konzeption des ‚Bürgerstatus‘ kritisiert werden, dass er sich primär, wenn nicht ausschließlich um den Lohnarbeiterstatus - als verallgemeinerte Normalexistenzform (vgl. Schaarschuch 1990) – ‚herum‘ konstituiert hatte (vgl. Narr 1999), gleichwohl garantierte der „universalistische Kern der Staatsbürgerschaft [...] das verbürgte Recht auf Partizipation aller Bürger an den Verteilungskämpfen moderner Gesellschaften“ (Mackert 2001: 293). Im Kontext einer gemeinschaftsbezogener Politik der Identität wird dieser universalistische Kern sukzessive aufgegeben und durch den Bezug auf Gemeinsinn, Gemeinschaft und räumlicher, wie ‚sozialtopologischer Nachbarschaft‘ (vgl. Bourdieu 1987) faktisch „auf der Grundlage der Zugehörigkeit zu ethnischen oder kulturellen Gruppen reorganisiert“<sup>181</sup> (Mackert 2001: 293). Anders formuliert wird „der einzige allgemeine Status der Staatsbürgerschaft gegen die Mobilisierung partikularistischer, kollektiver Identitäten eingetauscht“ (Mackert 2001: 293). Diesen Strategien ist je gemeinsam, ihr Augenmerk verstärkt auf Aspekte der Eigenverantwortung, Privatinitiative, einer rational zu kalkulierenden Wahl-, Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit sowie persönlicher Vorsorge zu legen. Insbesondere wenn die sozialräumliche Orientierung vor dem Hintergrund einer marktförmigen Dienstleistungsperspektive betrachtet wird, zeigt sich, dass

„sich eine solche Ausrichtung [...durchaus] ‚rechnet‘. Denn mit der Begründung von Strategien des aktiven Einbezugs von Dienstleistungskonsumenten in die Produktion sozialer Dienstleistungen verfügen wir über eine ökonomische Begründungsfolie für die Rationalität sozialraumbezogener Aktivierungs- und Einmischungsstrategien, die die ökonomische Produktivität dieser Arbeitsansätze belegen kann [. Dies geschieht scheinbar] ohne die weitreichenden humanwissenschaftlichen Zielsetzungen der sozialpädagogischen Lebensweltperspektive einer betriebswirtschaftlichen Begriffsmechanik opfern zu müssen“ (Olk 2000b: 15).

<sup>181</sup> Ignatieff (1984: 138) weist die bloße Möglichkeit der Herausbildung kollektiver Identitäten dieser Art als (Solidaritäts-) Basis moderner Gesellschaften zurück: „Worte wie Brüderlichkeit, Zugehörigkeit und Gemeinschaft sind dermaßen von Nostalgie und Utopismus durchtränkt, dass sie nahezu nutzlos sind, um uns echte Möglichkeiten von Solidarität in modernen Gesellschaften zu erschließen“.

So ist es nicht verwunderlich, dass gerade aus der Perspektive der Vertreter einer Sozialraumorientierung im Kontext eines aktivierenden Sozialstaats „viele Instrumente und Verfahren der Verwaltungsmodernisierung, wie sie im Zusammenhang mit dem ‚new public management‘ bislang vor allem auf kommunaler Ebene institutionalisiert worden sind, durchaus in die richtige [d.h. die selbe] Richtung [weisen]“ (Olk 2000: 110)

Die Korrespondenz von dem marktökonomischen Modells der Neuen Steuerungsmodelle, dem aktivierendem Sozialstaat und einer kommunitären ‚Sozialraumorientierung‘ wird u.a. darin deutlich, dass professionelle Leistungen und Beratungen als residuale Kompensationen gegenüber ihren vermeintlichen Äquivalenten in den Bereichen der verstärkt geforderten Selbsthilfe, der informellen Hilfen durch Angehörigen und kleinräumigen ‚soziale Netzen‘ zurückgedrängt werden sollen. In den Fällen, in denen professionelle Hilfeleistungen weiterhin angezeigt sind, sollen sie je nach den Selbsthilfekräften der Adressaten bzw. Kunden möglichst effizient und effektiv nach individuell abgestimmter Absprache, Planung und ‚Contracting‘ erbracht werden. Der ökonomische Nutzen der Sozialraumorientierung ergibt sich dabei daraus, dass das Angebot an Transferleistungen und direkter sozialer Dienstleistungen nicht weiter ausgebaut werden muss:

„Die Pflicht zur Erbringung von Leistungen wird auf die ‚moralische‘ Zuständigkeit der Familien (so vorhanden) sowie der Frauen und älteren Menschen übertragen bzw. von diesen erwartet. ‚Solidarität‘, ‚Nachbarschaftshilfe‘ und ‚Selbsthilfe‘ sind gefragt. [...] Durch öffentliche und frei-gemeinnützige Träger werden nur noch diejenigen Dienstleistungen organisiert, die mangels Nachfrage weder kommerziell vermarktet noch in Selbsthilfe organisiert noch der ‚Moral‘ der informellen Sphäre überantwortet werden können“ (Bauer 2000: 16).

Der sozialpolitische und diskursive Hintergrund dieser Umorientierung hebt auf der Basis des Konzepts eines ‚aktivierenden Staates‘ darauf ab, dass der bisherige aktive „Rundum-Sorglos-Staat“ (Hombach 1998), das Moment individuell einforderbarer Rechte überbetont (vgl. Wendt 1997) und eine moralisch fragwürdige ‚Kultur der Abhängigkeit‘ geschaffen, die die Ausübung eigener Verantwortung verhindere der Leistungsempfänger verhindert habe (vgl. Murray 1990). Aus der Perspektive des ‚aktivierenden Staates‘ wird dabei gegenüber einem ‚aktiven Sozialstaat‘ eine vergleichsweise krude Form der Kritik an einem scheinbar ‚allgegenwärtigen‘ und überbordende Zuständigkeiten reklamierenden Staat formuliert und ein „Lied vom kalten Ungeheuer, das uns gegenübersteht“ (Foucault 2000: 65) angestimmt, indem dem bisherigen sozialen Interventionsstaat eine Bedeutung, Einheitlichkeit, Machtanspruch und ein Organisationsgrad unterstellt wird, die „der Staat weder in der Gegenwart noch im Verlauf seiner Geschichte je [besessen hat]“ (Foucault 2000: 65). In Abgrenzung dazu wird der reaktivierte Slogan ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ allerdings weniger „als Ermöglichung kollektiver Selbstbestimmung über das eigene Lebensschicksal“ (May 1998: 102) gefasst, sondern als eine in Marktkategorien begriffene und in Anlehnung an betriebswirtschaftliche Standards vermittelte Form der Selbsthilfe formuliert, die sich im wesentlichen „auf eine Hilfe zur individuell-selbstständigen Reproduktion durch *Teilnahme* an Arbeits- und Warenmärkten“ (May 1998: 102) bezieht. Das ‚Empowerment‘ zur Selbsthilfe folgt dabei einer Flexibilisierungslogik, in der

„Handlungsfähigkeit nicht am subjektiven Leben des einzelnen Menschen gemessen wird, sondern [...in der] der abstrakte Vergesellschaftungsmodus individueller Lebensführung der Maßstab der Handlungsfähigkeit ist. Handlungsfähig ist, wer [...in der dominanten praktischen Ökonomie des] Kapitalismus Erfolg hat, die anderen Menschen müssen flexibler werden und lernen“ (Böhnisch/Schröer 2001: 92).

Das im Kontext einer solchen ‚staatlich verordneten‘ (kommunitären) Selbsthilfe und reinterpretierten Form der ‚Subsidiarität‘ betonte Moment der Freiheit - als Freiheit der ‚richtigen‘ Wahl - reflektiert vor allem eine Verantwortungszuschreibung an die Adressaten, die als ‚Planungsbüro in eigener Sache‘ (vgl. Rauschenbach 1998) auch im Falle des Scheiterns - wenn ihre Bemühungen eben ‚zu niedrig‘ oder ihre Erwartungen ‚zu hoch‘ waren - ‚selber schuld‘ sind (vgl. Schmidt-Semisch 2000).

In diesem Kontext auch der Rekurs auf Autonomie und Selbstverantwortung keine politisch widerständige oder emanzipatorische Konnotation mehr. Er wird, als konditionierte, relationierte und gesteuerte Freiheit, selbst zu einer Technik des Regierens (vgl. Krassmann/de Marinis 1998) durch die die Adressaten sozialer (staatlicher) Leistungen nunmehr aufgefordert werden, ihre Handlungsfähigkeit dafür zu nutzen, die ‚Steuerung‘ ihrer Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Vor allem die Rede vom ‚Empowerment‘ avanciert dabei zu einer Technologie des Regierens, deren Interventionen darauf zielen, planförmig auf Akteure einzuwirken und ihre Fähigkeiten zur Selbststeuerung bzw. -regierung zu steigern. Diese Autonomie ist jedoch weniger gegen staatliche Herrschaftszumutungen gerichtet, sondern erscheint als ein zentrales Element einer ‚nachfordistischen‘ Regulationsweise bzw. als „responsibilization strategy [that] leaves the centralized state machine more powerful than before, with an extended capacity for action and influence“ (Garland 1996: 454). Einst staatlichen Verantwortlichkeiten lösen sich dabei nicht einfach auf, sondern werden zu einer Angelegenheit nicht staatlicher Akteure und verlängern sich in die gesellschaftlichen Mikrostrukturen (vgl. Krassmann 2000: 306), in dem der Einzelne aufgefordert wird, sich innerhalb der - im Sinne einer staatlichen Kontextsteuerung - etablierten Arrangements ‚klug‘ zu verhalten und für seine eigenen Bedürfnisse und Absicherungen selbst zu sorgen (vgl. O´Malley 1996). In diesem Sinne stellt ‚Selbstorganisation‘ oder besser ‚Self-Management‘ nicht länger die Antithese von Herrschaft dar, sondern einen avancierten Modus ihrer Ausübung und wird, wie es Kreissl (1998) formuliert, zur „last hope of capitalism [...] Der Mensch regiert sich selbst – und trägt damit zu Reproduktion der herrschenden Ordnung bei“.

Aus der Perspektive eines fortgeschritten liberalen Regulationsstaates und seiner Institutionen verspricht es sowohl ökonomischer effektiver und effizienter als auch - zumindest bezogen auf einen großen Teil seiner Bürger - ideologisch besser legitimierbar zu sein, eine managerielle Haltung einzunehmen, die, mit Max Weber (1980: 542) gesprochen, darauf gerichtet ist politische Herrschaft „kraft Autorität“ - mitsamt ihren in der fordistisch-keynesianischen Ära dominanten ‚Subjektrepräsentationen‘ bzw. ‚Subjektivierungsweisen‘ - und Gehorsamsimperativen gegenüber einer ‚ökonomischen‘ Herrschaftsrationalität „kraft Interessekonstellationen“ zurückzudrängen. Diese Herrschaftsrationalität impliziert per se nicht weniger, aber andere Formen von ‚Gehorsamsimperativen‘ (Weber 1980) und verlangt - damit eng verbunden - auch nach anderen ‚Subjektivierungsweisen‘: Indem der Staat zunehmend darauf verzichtet, in direktiver und aktiver Weise über die Bürger zu regieren – und damit direkt verantwortlich zu sein – kann er sich in den meisten Fällen darauf beschränken in einem simulierten ‚Reich der Freiheit‘ (Marx) lediglich in einer Weise ‚aus der Distanz‘ zu kontrollieren und ‚Interessekonstellationen‘ zu arrangieren, zu regulieren

und zu initiierten, dass sich einzelne Bürger und Gruppen ‚angemessen‘ ‚selbst regieren‘ (dazu: Wouters 1999). Wichtiger als die Formung des ‚guten‘, disziplinierten etc. Einzelnen, erscheint nun die Regulierung der Beziehungen zwischen den Einzelnen zueinander und die Strukturierung ihres Aktionsrahmens (vgl. Foucault 1991). Die Form der Regierungskunst verweist auf eine ‚Gouvernementalität‘, „die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2000: 64) und die in ihrer aktuellen Form gerade darauf basiert, dass „markets, civil society, citizens [...] have their own logics and densities, their own intrinsic mechanisms of self regulation“ (Rose 1993: 289). Im Mittelpunkt einer ‚neuen Gouvernementalität‘ fortschritten liberaler Regulationsstaaten steht der Versuch diese Eigenrationalitäten und Autonomiepotentiale eher effektiv und effizient zu nutzen und zu regulieren als einzuschränken<sup>182</sup>.

Sofern die epistemologische Einsicht geteilt wird, dass Akteure nicht nur passiv bestimmten Machtformen unterworfen sind, sondern sich erst auf der Basis prävalenter Machtkonstellationen und Denkformen konstituieren und sich auch erst auf dieser Basis als bestimmte Subjekte wahrnehmen sowie - dadurch vermittelt - korrespondierende Denk-, Bewertungs- und Verhaltensschemata und -rationalitäten hervorbringen (vgl. Bourdieu 1976, 1987, 1997, Bourdieu/Wacquant 1996, Bröckling et al. 2000, Foucault 1976, 2000), lässt sich argumentieren, dass v.a. fortgeschritten liberale Formen der ‚Governance‘ nicht nur planmäßige Einwirkungen Seitens ‚regierender‘ Akteure auf ‚Machtunterworfenen‘ implizieren, sondern auch und primär auf das Einwirke je einzelner, relativ autonomer Akteure auf sich selbst zielen. In diesem Sinne ist neben einem Blick auf Machtausübung in staatlich-institutionellen Arrangements auch die Dimension der ‚Mentalität‘ oder Habitusformierung als ein zentraler Bestandteil von Regierungsrationalitäten auf der Seite der ‚subjektivierten‘<sup>183</sup> Akteure zu beachten.

Symbolische Macht bei Bourdieu verweist ebenso wie das Konzept der ‚gouvernementalité‘ bei Foucault auf den Prozess der Hervorbringung bestimmter Muster und Weisen der Wahrnehmung, Bewertung, Erkenntnis und Anerkennung – ‚ways of thinking‘ und ‚ways of acting‘ (vgl. Garland 2001) - auf Seiten der ‚Macht ausübenden‘ wie der ‚herrschaftsunterworfenen‘ Akteure, die dazu führen,

---

<sup>182</sup> Diese ‚Distanz‘ des Staates hat allerdings dort seine Grenzen, wo die regulierte Autonomie die durchaus flexibilisierten Grenzen unterschreitet und dann nicht mehr als effektiv und effizient betrachtet werden kann. Der Zugriff des ‚strafenden‘ Staates – aber auch die Interventionen der sozialen Dienste – ist in nahezu allen westlichen Staaten in diesen Fällen rigider geworden. Die ‚soft control‘ im Sinne einer Formung der Arrangements in denen die Selbstregulierung unterstützt und gefördert werden soll, kann keinesfalls als die ausschließliche Form (semi-)staatlicher Machtausübung in fortgeschritten liberalen Gesellschaften betrachtet werden. In Anlehnung an David Garland (2001: 103 ff) sich nicht nur für den kriminalsondern auch für den sozialpolitischen Bereich von einem in einer verallgemeinerbaren Form feststellbaren zunehmenden staatlichen ‚Herrschaftsverlusts‘ bzw. -verzichts (vgl. Haferkamp 1980) oder einer allgemeinen Tendenz zum ‚Sanktionsverzicht‘ (vgl. Lindenberg/Schmidt-Semisch 1995) sprechen, sondern eher von einer Art widersprüchlichen Dreifaltigkeit der politischen Rationalität staatlicher Herrschaftspraxis im Sinne einer ‚adaption‘ eines ‚denial‘ und eines ‚acting out‘ staatlicher Macht, die in einer flexiblen Form und in differenzierter Abhängigkeit von Akteur, Fall und Feld Anwendung findet.

<sup>183</sup> Subjektivierung ist ein Wortspiel Foucaults aus den französischen Begriffen für ‚Subjekt‘ und ‚Unterwerfung‘. Sie beinhaltet zugleich die Konstitution von Identität und die damit verbundene Unterwerfungsformen der individuellen Akteure dar. Subjektivierung so führt Foucault aus „wird im unmittelbaren Alltagsleben spürbar, welches das Individuum in Kategorien einteilt, ihm seine Individualität aufprägt, es an seine Identität fesselt, ihm ein Gesetz der Wahrheit auferlegt [...] Es ist eine Machtform, die aus Individuen Subjekte macht“. (Foucault 1987: 246)



dass bestimmte Möglichkeiten, etwas wahrzunehmen oder zu erkennen ex ante präferiert werden, während andere ausgeschlossen bleiben. Eine stabile Form (symbolischer) Herrschaft verweist aus dieser Perspektive v.a. auf das Passungsverhältnis von (,objektiv') gegebener bzw. gestalteter und (,subjektiv') wahrgenommener sozialer Welt. Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass sich die Formen der Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Welt seitens der Akteure in einer erstaunlichen Kompatibilität oder gar Parallelität zu den Rationalitäten zeitgenössischer Regulationsverweisen entwickelt haben. Als Indikator hierfür lässt auf die beiden jüngsten Shell Jugendstudien verweisen. So wird in der 13. Shell Jugendstudie (2000: 96) unter anderem hervorgehoben, dass jene Jugendlichen am „optimistischsten hinsichtlich ihrer eigenen Zukunft [... sind], die ihr Geschick in die eigenen Hände nehmen und sich selbst in hohem Maße ,leistungsfähig' erleben, die lebenslang in sich genug Ressourcen und Potentiale bündeln, um für wechselnde Weichen gerüstet zu sein“. Schenkt man den Ausführungen der 14. Shell-Jugendstudie (2002) Glauben, ist ,der Jugend' 2002 ein ,unideologischer', leistungsorientierter, pragmatischer Habitus zu konstatieren – von ,Egotaktikern' die Rede –, der eine Orientierung an einem aktiven ,Umweltmonitoring' zum Ausdruck bringen würde und darauf gerichtet sei, persönliche Chancen zu ergreifen und Risiken zu minimieren. Auf der Ebene der normativen Bewertungskriterien der sozialen Welt wird darüber hinaus zugleich von einem dramatischen ,Wandel' des in der Hochphase des Wohlfahrtsstaates rekonstruierbaren Wertewandels, weg von ,postmaterialistischen' Werten hin zu Fragen von Sicherheit und Gemeinschaft gesprochen, der sich insbesondere für die jüngere(n) Generation(en) rekonstruieren lässt (vgl. Hradil 2002, 2003, Klein 2003). In der Shell Jugendstudie werden diesbezüglich vor allem die Übernahme von (Selbst)Verantwortung sowie Leistung (und Wettbewerb), Sicherheit, Macht, Ordnung und Fleiß in einem weit stärkeren Maße als in den 1980er Jahren als zentrale Wertdimensionen und Orientierungsmuster Jugendlicher rekonstruiert, die sich insgesamt als „grundlegende[r] Wertewandel hin zu einer pragmatischen Haltung“ (Shell 2002: 17) beschreiben lassen. Die sozialen Aktivitäten der Jugendlichen seien nicht auf ,die Gesellschaft' als solche gerichtet, sondern auf die konstruktive ,Verbesserung' im eigenen (näheren) Lebensumfeld - inklusive der Frage des ,guten' Zusammenleben und der ,Ordnung und Sicherheit' in der eigenen Nachbarschaft - konzentriert und dabei vornehmlich auf konkrete, praktische Probleme fokussiert, die mit einer tatsächlichen oder vermeintlichen Verbesserung ihrer persönlichen Chancen verbunden seien etc. (vgl. Shell 2002).

Die Korrespondenz dieser ,Mentalität' und den rekonstruierten Formen und Rationalitäten der Regierung (franz. ,gouvernement') fortgeschritten liberaler Gesellschaften ist erstaunlich. Beide Elemente der Herrschaft können in einen sehr offensichtlichen Zusammenhang gebracht werden: „Junge Frauen und Männer“ so führt Bundesfamilienministerin Christiane Bergmann (2002) in einer Pressemitteilung zu dieser Studie aus,

„zeigen eine hohe Leistungsbereitschaft. Sie wollen ,aufsteigen statt aussteigen'. Optimistisch und pragmatisch nehmen sie ihr Leben selbst in die Hand, wollen ihre Chancen nutzen und Probleme in Angriff nehmen. Ehrgeiz, Fleiß, Streben nach Einfluss und auch Sicherheit gehören wieder zu den gefragten Werten. Mit dieser Jugend können die gesellschaftlichen und politischen Reformen aktiv angegangen werden. Die Ergebnisse bestätigen unsere politische Richtung. Denn die ,aktivierende Jugendpolitik' der Bundesregierung fördert die Fähigkeiten der Jugendlichen, fordert Jugendliche aber zugleich auf, ihre Talente und Ideen aktiv für die Gesellschaft zu nutzen“.

Diese Hervorbringung des ‚richtigen‘ Gebrauchs der eigenen Freiheit kann als eine Dimension eines neuen Paradigmas des Sozialstaats betrachtet werden, in der trotz - oder gerade wegen - aller Betonung der Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen den personenbezogenen sozialen Diensten eine neue, möglicherweise zentralere Rolle im Kontext sozialstaatlicher Erbringungsleistungen zudedacht wird: In dem traditionell etablierten Paradigma des Sozialen und hierauf verweisenden sozialstaatlichen Zielsetzungen und Interventionen, ist das Ausmaß und der Erfolg der Wohlfahrtsstaatlichkeit üblicherweise dem Grad der ‚De-Kommodifizierung‘ bemessen worden<sup>184</sup>, d.h. dem Ausmaß der Möglichkeit in dem die Mitglieder einer Gesellschaft auf der Basis von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen<sup>185</sup> ihr Leben arbeitsmarktunabhängig gestalten können (vgl. Sachße 1993: 66). Eine solche wohlfahrtstaatlich vermittelte De-Kommodifizierung ist primär auf die Kompensation der endemischen Risiken des kapitalistisch organisierten Warentausches, durch die Bereitstellung von ‚Gebrauchswerten‘ zur Ermöglichung der sozialen Reproduktion gerichtet (vgl. Cremer-Schäfer 1995; Schaarschuch 1990). Diese Bereitstellung von individuellen Ressourcen gegenüber (kollektiven) Risiken bezieht sich sowohl auf Aspekte des Wohnens, Einkommens und des Konsums als auch auf Qualifikation und andere soziale Dienstleistungen. Mit dem Konzept des ‚aktivierenden Staates‘, der sich einem ‚liberalen‘ Wohlfahrtsstaatsmodell annähert, „das dem Staat lediglich die Rolle der Sicherung eines letzten sozialen Netzes zuweist, eine umfassende Risikovorsorge auf hohem Niveau sowie insbesondere die Lebensstandardsicherung, jedoch der individuellen Entscheidung überlässt“ (Zimmer 2000: 104), ist eine Abkehr von dem aktiv auf De-Kommodifizierung gerichteten Sozialstaatsverständnis eingeleitet. Die sozialen Sicherheitssysteme werden, sofern sie als ein ‚Aufbewahrungsort‘ de-kommodifizierter Arbeitskraft verstanden werden, *relativ* zum gesellschaftlichen Bedarf systematisch abgebaut. Verstärkte Aufmerksamkeit wird dagegen auf Aktivierungsstrategien wie „die Bereitstellung von Bildungs- und Qualifikationsangeboten als Empowerment bzw. als Hilfe zur Selbsthilfe“ gelegt (Schaarschuch 1999: 58), die jedoch in ihrem Verständnis als sozialpädagogische Konzepte<sup>186</sup> von ihren, gegen die (‚fürsorglich‘) überwachenden und disziplinierenden Momente des Soziastaats gerichteten Konnotationen ‚befreit‘ werden (vgl. Stern 2000). In einer affirmativen Wendung dieser Strategien als ein ‚Empowerment‘, das an einen bestimmten Gebrauch eher zugeschriebener, als durch aktive wohlfahrtsstaatliche Interventionen in ‚das Soziale‘ strukturell ermöglichter Entscheidungsfreiheiten, Handlungsfähigkeiten und individuellen Verantwortlichkeiten gebunden wird (vgl. Groenemeyer 2001, Cruikshank 1993), werden die ‚Klienten‘ bzw. ‚Leistungsempfänger‘ des Wohlfahrtssystems als „aktiv[e] Bürger“ ‚re-subjektiviert‘, denen die „Ermächtigung“ gegeben werden soll, ihre nunmehr „eigenen Angelegenheiten“ „selbst in die Hand zu nehmen“ (Olk 2000: 109 f). In diesem Kontext wird der einzelne ‚aktive Bürger‘ für seine Entscheidungen - inklusive seiner ‚Fehlentscheidungen‘ und Misskalkulationen sowie für seine scheinbar individuellen Dispositionen - selbst verantwortlich gemacht, während strukturelle Zwänge und Beschränkungen fortgeschritten liberaler Gesellschaften jenseits unmittelbarer situativer

---

<sup>184</sup> Dies gilt insbesondere in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung bis Ende der 1980er Jahre als Konsens.

<sup>185</sup> Nicht unwesentlich ist dabei auch die Frage, in wie weit ein solcher Anspruch über allgemeine Bürgerrechte vermittelt ist.

<sup>186</sup> Dabei geht es durchaus auch um Konzepte die den 60er Jahren von ‚radikalen‘ amerikanischen wie, etwas später, auch von deutschen (vgl. Herriger 1991) disziplinären wie professionellen Sozialarbeitern hervorgebracht worden sind.

Arrangements häufig ebenso wenig berücksichtigt bleiben wie „Prozesse der Macht und der sozialen Kontrolle bei ihrer Herstellung“ (Groenemeyer 2001: 53).

Die Herrschafts- und Kontrolldimension besteht in dem Versuch, auf den einzelnen Akteur in einer Weise einzuwirken, die ihn dazu ‚ermutigt‘ aber von ihm auch von ihm auch ‚fordert‘, sich möglichst ‚freiwillig‘ und ‚selbstverantwortlich‘ jene Handlungsstrategien zu wählen, die die Rationalitäten seiner sozialen Felder erfordert. Die Akteure werden im Idealfall dieser Herrschaftsrationalität nicht nur ‚im Spiel gehalten‘, sondern selbst zum ‚produktiven Mitspielen‘ animiert, während die Regeln des Spiels selbst weitgehend unangetastet bleiben. Gerade für am stärksten benachteiligten Akteure kann diese Kopplung von Ermutigung und Responsibilisierung dem Versuchs einer „optimierte[n] Anpassung von Kindern und Jugendlichen an [...ihre] schlechte[n] Lebensbedingungen“ (Sturzenhecker 2000: 15) gleichkommen, ohne dass dabei ein substanzieller Ausweg aus diesen Lebensbedingen eröffnet wird. Während diese Form der regulierten Selbstverantwortung an Konformität im weitesten Sinne gekoppelt bleibt – Michailowski (1985) spricht von ‚willig conformity‘ - nimmt Abweichung den Charakter einer ‚Lebensgestaltungsverantwortungslosigkeit‘ an. Damit verändert sich die Konstitution von Abweichung und Abweichlern. Wie Jock Young (1999a: 390) über die ‚moderne‘ Welt des Nachkriegsfordismus und die ‚spätmoderne Welt‘ der nach-fordistischen Phase des Kapitalismus ausführt, ist die

„modern world [...] intolerant of *diversity* which it attempts to absorb and assimilate and is relatively tolerant of *difficulty*, of obdurate people and recalcitrant rebels which it sees as more of a challenge to rehabilitate and reform. The late modern world celebrates *diversity* and *difference* which it readily absorbs and sanities, what it cannot abide is *difficult* people and *dangerous* classes which it seeks to build the most elaborate defences against, not just in terms of insiders and outsiders, but throughout the population“.

In diesem Kontext kann sich eine auf den ersten Blick paradoxe Wende in der Sozialpolitik und Sozialen Arbeit vollziehen, in der sie zwar eine vergleichsweise unflexible Orientierung an verallgemeinerten Normalitätsmustern zwar nicht aufgibt, aber zumindest dynamisiert<sup>187</sup> und zugleich in ihren Kontrollstilen und –formen gegenüber ihrem ‚klassischen‘, eben ‚problematischen‘ Klientel eher rigider als permissiver wird. Dies geschieht innerhalb einer Refiguration der politischen Bearbeitung und Formierung des Sozialen, in der Soziale Arbeit mit Blick auf die Gestaltung der positional-dispositionalen Matrix ihrer Adressaten den gesellschaftlichen Positionierungen weniger Aufmerksamkeit schenkt<sup>188</sup>, sondern sich vornehmlich auf eine Zurückdrängung ihrer ‚inadäquaten‘ Haltung richtet und in der es die Sozialpolitik selbst zunehmend aufgibt „an den gesellschaftsstrukturellen Ursachen problematischer Lebenslagen, [anzusetzen] sondern an deren Auswirkungen auf den Einzelnen“ (Bommes/Scherr 2000: 54).

Die Verschiebung der politischen Rationalitäten im Feldes des Sozialen tragen in dem Maße wie das Soziale von einer Sphäre kollektivierter Risikobearbeitung (vgl. Donzelot 1991) zu einer Sphäre eines primär individuellen oder partikulargemeinschaftlichen Risikomanagements disaggregiert wird (vgl. Kempshall 2002, O'Malley 1992) dazu bei, dass eine regulationsstaatlich induzierte ‚identitätspolitische‘

---

<sup>187</sup> So ‚bröckelt‘ z.B. zwar möglicherweise der Leitbildcharakter der ‚Normalerwerbsbiographie‘ mit Bezug auf eine Orientierung an der Lohnarbeit selbst kann aber eher vom Gegenteil die Rede sei.

<sup>188</sup> Im Extremfall lässt sie sich sogar auf Deutungsmuster des Sozialen ein, das keine Klassen mehr kennen möchte, sondern nur noch Individuen, Biographien und biographische Entscheidungen.

„*Moraltechnologie*“ an die Stelle der fordistisch-keynesianischen Versuche der Sozialtechnologie rückt (vgl. Stenson 2001: 23, dazu auch: Purvis/Hunt 2001). Diese zeichnet unter anderem dadurch aus, dass die ‚Fehlentscheidungen‘ und Versäumnisse der individuellen Lebensgestaltungsverantwortung (vgl. Kessl/Otto 2002a) nicht als nur dysfunktional verhandelt werden, sondern auf der Ebene individueller Akteure auch in Form einer moralisch-ethischen Schuld<sup>189</sup>. Zugleich finden sich deutliche Veränderungen in der Bedeutung, die den unterschiedlichen Macht- und Steuerungsmitteln sozialer Regulation zugeschrieben werden. Wird die soziale ‚trajectoire‘ der Akteure (vgl. Bourdieu 1997)

„nicht als Ergebnis sozialer Zwänge [gedeutet] sondern, [...] auch im Falle gescheiterter biographischer ‚Experimente‘ immer öfter individuellen Fehlentscheidungen zugerechnet [...] impliziert dies eine ‚Kulturalisierung‘ sozialer Ungleichheit [...] in der], die hergebrachten wohlfahrtsstaatlichen Mittel zur Bearbeitung ‚sozialer Probleme‘ – nämlich: Geld und Recht [...] an Wirksamkeit verlieren“ (Berger 2001: 78).

Eine solche Abwertung von Geld und Recht als sozialpolitische Ressourcen kann zwar möglicherweise als eine Aufwertung der Lebenswelt in sozialpolitischen Arrangements interpretiert werden, impliziert aber zumindest zwei wesentliche Konsequenzen auf der Ebene der Interventionen in das und der symbolischen Auseinandersetzungen im Sozialen. Entsprechenden sozialen *Interventionen* geht es zunehmend weniger „um die Beeinflussung der Ressourcenausstattung einer Lebenslage, sondern um die Intervention in einen sozialen Sinnzusammenhang, der eher durch individuelle Orientierungen und Motivationen sowie durch interaktive Gruppenprozesse geprägt ist“ (Groenemeyer 2001a: 1696). Hiermit korrespondierend zeichnet sich ab, dass die *sozialen Auseinandersetzungen* im fortgeschritten liberalen Sozialstaat nicht mehr nur auf der Ebene von ökonomischen Verteilungs- und Berechtigungskämpfen – mitsamt einer ‚Kolonialisierung‘ scheinbar eigensinniger kultureller Lebenswelten (vgl. Habermas 1981) – angesiedelt sind, „sondern im Sinne Bourdieus (1982) auch neue ‚Geschmacks-‘ oder Abgrenzungskämpfe drohen“ (Berger 2001: 28). Diese Refiguration sozialer Konfliktlinien steht in einem engen Zusammenhang damit, dass in neo-sozialen Interventionsstaaten, die ‚soziale Ordnung‘ als primäre und allgemeine Rahmung sozialer und feldspezifischer Auseinandersetzungen weniger – wie im ‚sozialdemokratischen Integrationsstaat‘ - als Kombination einer sozialpolitischen und Marktintegration der sozialen Akteure implementiert und aufrecht erhalten wird (vgl. Groenemeyer 2001c, siehe auch Donzelot 1994, Böhnisch et al. 1999), sondern in einem wesentlich stärkeren Maße in Form einer Kombination aus einer forcierten Markt- und kulturell-

---

<sup>189</sup> Dies liegt schlicht darin begründet, dass das Konzept von ‚Schuld‘ – im Gegensatz zu den Konzepten von individueller oder Sozialpathologie (die auf Individuen ‚abstrahlt‘) – ‚Verantwortung‘ und die Möglichkeit anders handeln zu können (d.h. ‚Wahlfreiheit‘) voraussetzt. Auch umgekehrt impliziert ein Verstoß gegen normative Handlungserwartungen und -standards dann wenn sie als Ergebnis einer autonomen, selbstverantwortlichen freien Wahl heraus geschieht ein Konzept ‚moralischer Schuld‘ (dazu auch Melossi 2000, Westmarland 2001). Durch welches Konzept Abweichungen thematisiert werden ist keinesfalls irrelevant. Während dem Konzept der individuellen Pathologie eine therapeutische Intervention entspricht und das Konzept der Sozialpathologie Sozialpolitik und soziale Reform als Interventionen impliziert, prädisponiert ein Konzept von Schuld Interventionen im Umfeld von Strafe und Sühne (vgl. Groenemeyer 2001c, Melossi 2000). Sofern diese Argumentation auch nur ansatzweise sinnfälliger ist, würde dies aber implizieren, dass das ‚Chiffre‘ ‚Kunde‘, das in den personenbezogenen sozialen Diensten ja gerade für eine Subjektivierungsweise steht die Autonomie, Selbstverantwortung und Wahlfreiheit systematisch in den Mittelpunkt rückt, und eine empirisch rekonstruierbare stärkere Bereitschaft zu punitiven Reaktionen Seitens der Professionellen keinesfalls nur als Widerspruch sondern als *logische* Korrespondenz verhandelt werden kann.

solidarischen, bzw. kleinräumig partikulargemeinschaftlichen Integrationsformen<sup>190</sup> (vgl. Groenemeyer 2001c dazu auch Rose 1996, 1999).

Eine solche Form der Generierung und Stabilisierung sozialer Ordnung verweist nicht nur auf eine bloße sozialpolitische Umorientierung, sondern auf eine Refiguration des Sozialen selbst. Zumindest implizit gewinnt dabei eine Erklärung sozialer Ungleichheit an Gewicht, die einer fortgeschritten liberalen ‚Subjektivierung‘ der Akteure korrespondiert: Ungleichheit wird stärker als zuvor aus einem Mangel an ökonomisch-technischen, moralisch-kulturellen, kognitiven und affektiven - jedenfalls aus individuell inkorporierbaren - ‚Kompetenzen‘ und Haltungen einzelner Akteure erklärt.

Radikale Formen dieser Erklärung finden sich bei den – in einem gewissen Sinne *strukturell* diskursdominanten<sup>191</sup> (vgl. Groenemeyer 2001c, O’Malley 1999) – neo-konservativen/neo-liberalen Sozialtheoretikern und Sozialphilosophen. Nicholas Capaldi (1998: 105 ff) z.B. argumentiert, es sei die Wurzel aller ‚sozialen Probleme‘ und Ungleichheiten, „dass es das mangelnde oder *unvollständige Individuum* gibt“. „Ein unvollständiges Individuum zu sein“, so erläutert er,

„ist eine Geistesverfassung. [...] Das unvollständige Individuum lässt sich, phänomenologisch gesprochen, über Gefühle von Neid, Groll, mangelndes Selbstvertrauen, Opfersein und Selbstmitleid, kurz: über einen Minderwertigkeitskomplex, identifizieren. Was diesen Menschen hemmt, ist *kein* Mangel an Gelegenheit, *kein* Mangel an politischen Rechten, *kein* Mangel an Geldmitteln, sondern ein Charakterfehler, eine *moralische Inadequatheit*. [...] Wir können ihnen nicht helfen, autonom zu werden, indem wir die *falsche Wahrnehmung*, die sie von sich als Opfer haben, verstärken. Wir können anderen nicht dadurch helfen, dass wir sie davon abhalten sich selbst zu helfen. [...] Den wichtigsten Faktor der [...] zu diesem Misslingen beiträgt bilden aber vielleicht die fehlgeleiteten Versuche die völlige Integration [an eine individualistische Moralkultur] durch eine fehlerhafte Analyse oder durch eine öffentliche Wohlfahrtspolitik zu verhindern, die den Mangel and Impulskontrolle verstärkt [...] Die einzige Möglichkeit ein Individuum zu werden, liegt darin, sich seines Vermögens zur Selbstdisziplin bewusst zu werden. Dies ist keine technologische sondern eine moralische Aufgabe. Daher kann es auch nicht mechanisch von außen bewirkt werden, durch eine Politik die auf irgendeiner Sozialtechnologie beruht. Was wir auf dem Wege der Sozialpolitik allenfalls schaffen können, sind Gelegenheiten um Autonomie zu erlernen“ (vgl. auch Murray 1984, 1990, Olasky 1992, Gottfredson/Hirschi 1990)

Obgleich diese Deutungsform in einer solchen Radikalität in der Bundesrepublik noch kaum vertreten wird, fällt eine rhetorische Nähe zu (sozial)pädagogischen Diskurstraditionen auf, die keinesfalls zufällig ist, sondern auf eine auch hierzulande deutlich werdende Tendenz zu einer ‚Versozialarbeitung‘ der Sozialpolitik verweist.

Im Kontext neo-sozialer Regulationsweisen in denen von ‚sozialtechnologischen‘ Versuchen einer - als ideologielastiger Etatismus und ‚Rundum-sorglos Staat‘ reinterpretierten - kollektivierenden sozialen Risikoabsicherung Abstand genommen wird, manifestiert sich diese ‚Versozialarbeitungsprozess‘ darin, dass soziales und kulturelles Kapital als - Macht- und Interventionsmittel der Sozialen Arbeit – ihren Charakter als ‚sekundäre Hilfen‘ (Bommes/Scherr 2000) sukzessive verlieren und gegenüber den auf der Zuteilung von ökonomischem und legalem Kapital basierenden ‚primären‘ Interventionen an

---

<sup>190</sup> Die entsprechenden Integrationsrationalitäten stehen in einem durchaus spannungsvollen Zusammenhang: „Je stärker die globalisierten Märkte Zeit und Raum destabilisieren desto mehr versuchen staatliche und semi-staatliche Institutionen, das Lokale mittels einer gleichzeitigen Integration und Teilung städtischer Gemeinschaften zu stabilisieren“ (Fitzpatrick 2001: 25)

<sup>191</sup> Ein Beispiel für die strukturelle Diskursdominanz der neo-liberalen/neo-konservativen Topoi unter vielen ist die Verbreitung der ‚three E‘ Ideologie (Economy, Efficiency, Effectiveness), die ein direktes ‚Produkt‘ einschlägiger ‚Think Tanks‘ in diesem Fall dem IEA (Institute of Economic Affairs) darstellt. (vgl. dazu Dixon 2000). Vor einiger Zeit ließ sich die renommierte Sunday Times mit Bezug auf das Mutterhaus der neoliberalen Think Tanks, der Société du Mont-Pélerin, und ihrem ersten Präsidenten, Friedrich August von Hayek zu folgender Aussage bewegen: „Hayek and the Mont Pelerin Society are to the 20th century what Karl Marx and the First International were to the 19th century“.

Bedeutung und Eigenständigkeit gewinnen. Dies wird dadurch forciert, dass die Problemdefinition auf die eine ‚aktivierende‘ bzw. ‚fördernde‘ und ‚fordernde‘ Form der Sozialpolitik reagiert sich in einem weniger auf unzureichende Ressourcenausstattungen, sondern auf unangemessene, defizitäre, verantwortungslose usw. Dispositionen der Leistungsempfänger konzentriert, während sich das Ziel der Interventionen hin zu einer Förderung von angemessenen Habitus und adäquaten Formen individueller Lebensführung und Lebensgestaltung sozialer Akteure verschiebt<sup>192</sup>.

In diesem Kontext avancieren in der politischen Bearbeitung des Sozialen jene Interventionsformen, die bereits in der wohlfahrtstaatlichen Ordnung des ‚sozialdemokratischen Interstaates‘ auf die je individuell und dispositionsbezogen zu bearbeitenden *Folgewirkungen* sozialer Risiken kapitalistischer Gesellschaften konzipiert waren, zu einem primären Bearbeitungsmittel für die Mehrheit der sozialen Probleme und Risiken fortgeschritten liberaler Gesellschaften. Die präferierten Machtmittel sozialpolitischer Interventionen verschieben sich von einer verhältnismäßig umfassenden Bereitstellung institutionalisierbarer und weitgehend unabhängig von individualisierten Merkmalen distributierbaren Kapitalen, die die sozialen Reproduktion der Akteure garantieren sollten, zu einer Aktivierung und Förderung immaterieller, je individuell inkorporierbarer (Reproduktions-)Potentiale und Ressourcen. Diese Kapitalformen, d.h. das kulturelle und - das insbesondere für einen sozialen Ordnungsrahmen, der auf kulturell-solidarischen Formen sozialer Integration verweist wesentliche - soziale Kapital, bleiben relativ eng an ihre personalen Träger gebunden.

Während den durch individuelle und kollektive Akteure inkorporierbaren Formen des Kapital eine identitätsstiftende Funktion konstatiert werden kann, bleiben sie zugleich unhintergebar auf bestimmte gesellschaftliche Formen ihrer symbolischen Bewertung verwiesen, die diese ‚Kapitalen‘ erst zu transformierbaren und das heißt ‚verwertbaren‘ positiven Gütern ‚machen‘ (vgl. Bourdieu 1985, 1997, 1998). Die Relevanz der Wert verwirklichenden Symbolform dieser Kapitalen wirft demnach die Frage der dominanten Referenzgrößen auf, nach denen sich diese Bewertungen vollziehen. Im Kontext kulturell-solidarischer - bzw. mit Blick auf die Sozialen Dienste, kommunitär-nahräumlicher Ordnungsrahmen - sind es weniger die institutionell verallgemeinerten und in juristischen Kapital geronnenen Regelmäßigkeiten *des Sozialen*, sondern die (lokal-)idiosynchratischen Strukturierungen und ‚Praxisökonomien‘ einzelner Sozialräume, die als eine wesentliche Referenzgröße fungieren. In dieser Hinsicht wird eine sozialstaatliche Normalität – die trotz aller Kritik den marginalisierten Gruppen soziale Teilhabe sichert – zumindest partiell durch eine Vielzahl relativ autonomer *sektorale Hegemonien* substituiert.

Bezogen auf die ‚Zumutungen‘ (vgl. Bauman 1999), die auch je sektoralhegemoniale Normen und Ordnungen an einzelne Akteure richten, kann es – selbst noch mit Blick auf die Muster lebensweltlicher Bewältigungsversuche gegenüber sozialen und Lebensführungsversuchen – genügen, wenn die Akteure den Anforderungen der sektoralen Hegemonie entsprechen. Eine solche ‚Einlösung‘ der individuellen ‚Bringschuld‘ gegenüber lokalen Ordnungen sichert diesen Akteuren jedoch - im

---

<sup>192</sup> In diesem Sinne ist die aktuelle Konjunktur von Begriffen wie ‚Selbstmanagement‘, ‚Humankapital‘, ‚Biographiekompetenz‘, ‚aktive Biographisierung‘, ‚Kompetenzmanagement‘, ‚life long learning‘, ‚social networking‘, ‚Identitätsarbeit‘, ‚personal relations management‘, ‚life-politics‘ etc. ein Verweis auf verschiedene Stränge ein und des selben Diskurses

Gegensatz zur Einlösung dieser Bringschuld gegenüber dem inklusiven Ordnungsrahmen (vgl. Young 1999) des fordistischen sozialen Interventionsstaats - keine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Da der Umfang und Wert sozialen Kapitals in der relationalen Positionierung im gesellschaftlichen Raum nicht nur von den Beziehungsressourcen eines Akteurs *innerhalb* ‚seiner‘ Gemeinschaft abhängt, sondern auch vom Umfang des (sozialen) Kapitals, das diese Gemeinschaft relational zu anderen insgesamt besitzt, schützt die ihn die Einhaltung sektoraler Norm- und Ordnungszumutungen nicht davor - mitsamt der Partikularität, in die er symbolisch und gegebenenfalls sogar materiell integriert sein mag (und in gestimmten Konstellationen sogar gerade *weil* er hierin fest integriert ist) - gegenüber dem gesamten gesellschaftlichen Raum entkoppelt zu bleiben.

In diesem gesellschaftlichen und sozial-strukturellen Zusammenhang lässt sich nun Wandel sozialer Kontrolle und eine Neukonstitution des Beitrags der Jugendhilfe zu dieser leisten, rekonstruieren. Dieser Wandel verweist nur in zweiter Linie auf eine quantitative Dimension, die sich als ‚mehr‘ oder ‚weniger‘ Kontrolle thematisieren lässt, sondern zuvorderst auf einen Wandel der Zielparameter, der teils neue (Freiheits-)Gewinne und Verluste mit sich bringt, teils die alten umformt und neu legitimiert. Allerdings gibt es gute Gründe für die Annahme, dass gerade das ‚klassische Klientel‘ der Jugendhilfe sich der Tendenz nach auf der Seite der ‚Verlierer‘ dieser Wandlungsprozesses befindet<sup>193</sup>.

Ein zentrales Argument ist es dabei, dass im Kontext eines verstärkten programmatischen Rekurses auf die ‚Zauberformel Prävention‘ (vgl. Plewig 1998), zwar keine völlige Ersetzung der Versuche einer assimilativ-disziplinierenden Erzeugung eines nomozentristischen Subjekts im sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu konstatieren ist, aber Verschiebungen hin zu einer ‚präventiven‘ Steuerung und Regulation lokaler Gemeinschaft einerseits und einem pragmatischen Management von Risiko-Kontingenzen andererseits, die von einer Verstärkung ‚punitiver‘ Ausgrenzungsformen begleitet werden<sup>194</sup>. Diese neue Form der Prävention, so die These, speist sich aus einer komplementären Mischung von - ‚moralischen-autoritären‘ Formen (vgl. Hughes 1998, Hughes/Mooney 1998) des - Kommunitarismus und Kosten-Nutzenerwägungen nach Maßgabe ökonomischer Modelle.

Beiden Kontrollrationalitäten ist gemeinsam, dass sich der ‚Gewaltmonopolist Staat‘ zumindest in einzelnen Sektoren zugunsten der Etablierung diverser ‚kooperativer‘ Arrangements von seinem Monopol distanziert, während er zugleich bei bestimmten Anlässen und in bestimmten anderen Sektoren symbolisch-expressiv seine ‚Souveränität‘ demonstriert (vgl. Garland 2001).

Vor diesem Hintergrund verschieben sich zentrale Kontrollrationalitäten: Es geht nicht mehr nur um die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung und den materiellen und symbolischen Schutz juristisch definierter Rechtsgüter, sondern verstärkt um eine ‚präventive‘ Schaffung und Steuerung der ‚guten‘

---

<sup>193</sup> Dieser Prozess der Neukalibrierung sozialer Kontrolle firmiert zwar unter der ‚Zauberformel Prävention‘ (vgl. Plewig 1998) jedoch kann – zumindest für die Jugendhilfe – im historischen Rückblick wie theoretisch-analytisch bestritten werden, dass es sich dabei um einen Wandel handelt der etwa mit dem Slogan ‚von der Intervention zur Prävention‘ beschrieben werden kann. Tatsächlich kann es als von Beginn an als konstitutiv für die Jugendhilfe betrachtet werden, dass all ihre Interventionen sowohl von ihrer Intension als auch in ihrer Wirkung - zumindest zugleich - auf die Zukunft gerichtet, und damit in Bezug auf diese Zukunft präventiv waren.

<sup>194</sup> Jock Young (1999a) spricht metaphorisch von der Ablösung einer ‚anthropophagischen‘ Logik der ‚Moderne‘ durch eine ‚bulimische‘ Logik der ‚Spätmoderne‘.

Gemeinschaft. Im Vordergrund steht dabei weniger eine aktive normierende Normalisierung einzelner sozialer Akteure, sondern die Gestaltung und das Management von unterschiedlichen Settings sowie die Nutzung der Kapazitäten unterschiedlicher öffentlicher und privater Akteure und differenzieller Akteurskollektive.